Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

Linksfaschistische Cyber-Terroristen haben „Unser-Mitteleuropa“ attackiert!

Von Redaktion

Jan 29, 2024

Unseren Lesern wird nicht entgangen sein, dass unser Portal tagelang nicht und davor nur eingeschränkt erreichbar war. Grund dafür war, dass dieses Portal von Meinungsterroristen im Solde und im Auftrag einer der selbsternannten „demokratischen Parteien“ attackiert und blockiert wurde. Diese Zensur-Faschisten versuchen, jede Kritik an ihrer Irrsinnspolitik auf allen Ebenen zu unterbinden. Betroffen war nicht nur „Unser-Mitteleuropa“, sondern die auch an dieser Stelle oft zitierte Seite „www.klimaschwindel.net“, die wir in neuer Form demnächst wieder aktivieren werden.

Die selbsternannten „demokratischen Partien“ entlarven sich daher einmal mehr als Demokratiefeinde, die angesichts ihrer täglich größer werdenden Probleme gegenüber dem Souverän, nämlich uns, dem Volk, den demokratischen Diskurs verunmöglichen möchten. Ihre Narrative geraten auf breiter Front in die Defensive. Immer weniger Menschen glauben an den Energieirrweg, die Wende zum Ende einer gesicherten Energieversorgung, der Behauptung, dass das CO2 unsere Atmosphäre „erhitzen“ (so das neue Wording), an die Herrlichkeit grenzenloser Zuwanderung, an einer Fülle verschiedener Geschlechter und viele andere Dummheiten, durch die unsere Wirtschaft und Gesellschaft in den Untergang getrieben werden soll.

Immer mehr Menschen wenden sich gegen den Meinungsterror einer winzigen links-grünen Minderheit, der es gelungen ist, praktisch alle Mainstreammedien zu okkupieren und versucht das „dumme Volk“ permanent Gehirn zu waschen. Der Widerstand gegen die Deutungshoheit dieser Usurpatoren wird durch eine Vielzahl von alternativen Medien unterstützt. Wie dringend der Kampf gegen die alternativen Medien für den politischen

Mainstream ist, hat Ursula von der Leyen auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos unlängst zum Ausdruck gebracht: Vordringlich sei ihrer Meinung nach der Kampf gegen „Desinformation“, also jede Art von Information, die die offizielle Desinformation in Frage stellen und somit die Regierungen delegitimieren.

Wie an dieser Stelle schon mehrfach ausgeführt, ist die (H)Ampelregierung in den letzten Monaten gehörig in die Defensive gekommen. Nicht nur, dass die AFD in den Umfragen fast wöchentlich zulegt, zerbröseln die drei Regierungsparteien dementsprechend. Schlimm für die Regierung ist auch, dass es die oppositionelle CDU/CSU durch die Abspaltung der Werteunion zerlegt. Nach den nächsten Wahlen könnte es sein, dass alle links-grünen Parteien, zu denen die CDU/CSU inzwischen auch gehört, keine absolute Mehrheit mehr zustande bringen.

Somit wird die panikartige Hysterie, die die Ampel an den Tag legt, verständlich. Das links-grüne Experiment könnte nach der nächsten Wahl zu Ende sein! In ihrer Verzweiflung greift sie ein Rezept aller Diktaturen im letzten Jahrhundert auf: die Regierung organisiert Demonstrationen gegen die Opposition!

Die Mehrheit, die sie im Bundestag derzeit noch hat, reicht für die Legitimierung des täglichen Irrsinns den sie produziert, nicht mehr. Sie braucht jetzt teilweise sogar bezahlte Claqueure, die sie jetzt schon wöchentlich aufmarschieren lässt. Ab jetzt wird nicht mehr durch den Bundestag, sondern durch die Straße regiert. So etwas bezeichnet man gemeinhin als Pöbelherrschaft. Solche Machtdemonstrationen auf der Straße sind typisch für alle totalitären Herrschaftssysteme, die uns im letzten Jahrhundert beglückt haben, nämlich Kommunismus und Nationalsozialismus! Bei uns wird die Stiefeltruppe der Funktionseliten, die mit finanziellen Zuwendungen ausgestatteten Antifa-Schläger, bereits jetzt schon bei „Bedarf“ auf anständige Bürger oder Politiker oder Lokalbesitzer losgelassen. Sie besorgen die Drecksarbeit, die das System noch nicht selbst verrichten will. Es „soll ja alles demokratisch“ aussehen, um den Genossen Honecker zu zitieren.

Wie im Nationalsozialismus darf der Pöbel jetzt ungestraft seine Gewaltfantasien ausleben. AFDler töten stand letztes Wochenende auf einem Transparent. Die Opposition wird für vogelfrei erklärt. Wir werden also mit dieser Regierung in die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zurückversetzt!

Viel Feind’, viel Ehr’!

Es ehrt die Redaktion von UNSER MITTELEUROPA, dass unsere Gegendarstellungen zu der offiziellen Desinformation bereits so gefährlich eingeschätzt werden, dass man unseren Internetauftritt torpedieren muss! Den Lügnern und Fake-News Produzenten sind offenbar die Argumente ausgegangen – sie suchen ihr Heil nur mehr in verfassungswidriger Zensur und Pöbel-Aufmärschen und erinnern an ertrinkende Personen, die sich in ihrer Not aneinanderklammern.

NOTFALLSEITE

Für den Fall, dass unsere Seite wieder ausfällt, haben wir für unsere Leser die Notfallseite „unser-mitteleuropa.net“ eingerichtet, die parallel zur Hauptseite „unser-mitteleuropa.com“ im Fall von Störungen dann aufgerufen werden kann. Leicht zu merken: „net“ statt „com“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:
Linksfaschistische Cyber-Terroristen haben „Unser-Mitteleuropa“ attackiert!
Von Redaktion

Großgliederung Europas Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee Seiten E 1 - 49

01) 30.01.2024 Predigtkreis Reerdigung & Shoah & Religionswachstum
02) So wird das Holocaust-Gedenken missbraucht
Von Historiker Michael Wolffsohn
03) Steffen Reich am 16.01.2024
04) "Widerspruch ist eine Erkenntnismethode" Gespräch mit Michael Wolffsohn
05) Erinnerung an SS-Siedlung. Schönes Wohnen an Himmlers Himmelsteig
06) An alle AfD-Liebhaberinnen & -Liebhaber von Nasir Ahmad
07) Predigtkreis. Predigt im Gottesdienst am 7.1.204 in San Eugenio zur Liebe & Audiodatei & Liturgie des Gottesdienstes & Text zur Hamas von Eric Gujer. Steffen Reiche 09.01.2024
08) Noch zwei Vorankündigungen für die darauffolgende Woche
09) Keine Ideologie ist mächtiger als der politische Islam – und keine ist Mörderischer. Die Hamas ist kein Einzelfall. Von Eric Gujer
10) Predigtkreis & Hauskonzert bei Familie Bruhns & Greift Putin die Nato an? Steffen Reiche am 02.01.2024
11) Einladung zum Hauskonzert
12) Putin wird die NATO angreifen. Schon 2024? Von Richard Herzinger
13) Keine Ideologie ist mächtiger als der politische Islam – und keine ist Mörderischer. Die Hamas ist kein Einzelfall. Von Eric Gujer
14) In Deutschland geht die größte Gefahr von Islamisten aus

E. b) Themen global, die uns auch bewegen Seiten E 50 – E 80

01) Südafrikas Klage vor dem Internationalen Gerichtshof. Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas
02) Alfred de Zayas: Westliche Staaten haben den Gaza-Konflikt geduldet und mitfinanziert! Interview
03) Die 50 Länder mit der stärksten Verfolgung von Christen.
Open Doors Nachrichten für den Gemeindebrief

04) Wahlen in Taiwan diese Woche: Werden die Karten in Fernost neu gemischt? Von JURY TAWROWSKY
05) IWF-Geständnis – Dollar-Anteil weltweiter Währungsreserven im Sinkflug
06) Der Untergang der alten Welt. James Graham Ballards „Garten der Zeit" wird zum Gleichnis für den Fall Europas.
Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seite E 81

01) Damit wir nicht „verhungern"! EU-Kommissarin will 4,5 Millionen Einwanderer pro Jahr

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seite E 82

Keine Berichte

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. Seiten E 83

Keine Berichte

E. f) Europa, Europa und die Welt Seite E 84 / EU Seiten E 85 – E 90

Keine Berichte

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seiten E 85 - E 90)

01) Meinungsfreiheit in der EU akut bedroht: Totalzensur durch „Digital Services Act"
02) Wegen Viktor Orbán vergewaltigt die EU die eigenen Regeln.
Von PETER HAISENKO
03) Brüssel in Panik: Orban könnte EU-Ratspräsident werden

E. g) Mitteleuropa Seite E 91

Keine Berichte

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten Seiten E 92 – E 202

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 92 – E 173)

01) KW 5 (29.01. bis 04.02.2024) – erratisch. Von Ed Koch
02) Er war dabei: Ulrich Vosgerau über das angebliche «Geheimtreffen der AfD mit Neonazis» in Potsdam
03) Tendenziöse Denunziations- und Zensurplattform Correctiv in Glaubwürdigkeitskrise
04) Geheimplan gegen Deutschland – Correctiv
05) Die Scheinheiligen spielen die Guten. Von Redaktion, von DAVID BERGER
06) Alice Weidel rechnet mit den Deutschland-Hassern der Regierung ab! Von Redaktion
07) Landhaus des Bösen. Nicht Verteufelung der AfD, wirksame Grenzkontrollen retten das Prestige der Demokratie. Von Thilo Sarrazin
08) Wider den tierischen Ernst - Ein Hauch von Grausamkeit. Von Ed Koch
09) Verhaltener Grund zum Jubeln: Ergebnis Saale-Orla-Kreis. Von Ed Koch
10) „Hyperdigitale Zahlungswelt“ oder „Bargeld-Renaissance“? Die Bundesbank stellte drei Szenarien für die Bargeldsituation bis 2037 vor Von Redaktion
11) **„**Ricarda sagt grün definierten Verfassungsfeinden“ den Kampf an. Von ELA
12) Der Herrgott hat gewonnen im Saale-Orla-Kreis in Thüringen. Von Ed Koch
13) KW 4 (= 22. - 28.01.2024) – Zu viele Themen. Von Ed Koch
14) Rechte Welle, linke Panik: Kampfzone Demokratie?
15) Lasst Weselsky doch gewinnen. Von Ed Koch
16) Ricarda Lang unbedarft wie immer – Durchschnittsrente kennt sie nicht
17) KW 3 (13. bis 21.01.2024) – Na endlich. Von Ed Koch
18) Gefahr der Eskalation: Petr Bystron (AfD) kommentiert russischen Angriff auf französische Söldner
19) Baerbock und Habeck zum Rapport nach Davos
20) Einer hat endlich genug! Von REDAKTION
21) Geheimtreffen - Er war dabei: Ulrich Vosgerau über das angebliche «Geheimtreffen der AfD mit Neonazis» in Potsdam
22) Ulrich Vosgerau (CDU): „Ich werde rechtlich gegen ‚Correctiv‘ vorgehen“ TE-Interview
23) Wir erleben einen ungeheuerlichen Politik- und Medienskandal! – AfD-Fraktion im Bundestag
24) Mitgliederschwund. Von Ed Koch

25) Kampagne gegen Patrioten. Mit Fake News soll Opposition kriminalisiert werden. Von A. Schmitt
26) ACHTUNG REICHELT!
Interview mit Emrah Erken. „Es ist eine Schuldkultur, die uns dazu bringt, den Westen zu hassen
27) Die „demokratischen Parteien“ wollen die AfD verbieten – wieder einmal
28) KW 2 (08. bis 14.01.2024): Ich trink Ouzo. Von Ed Koch
29) Wacht jetzt der deutsche Michel endlich auf?
30) ACHTUNG REICHELT!
Die Lügen-Maschine. Die Regierung will uns einschüchtern und fast alle Medien machen mit
31) Ampel wie „nasser Hund“ – Proteste „abgeschüttelt“ und weiter wie gehabt
32) Man muss nur daran glauben – Lauterbach gegen Homöopathie. Von Ed Koch
33) Retten die Lebensmittelretter. Von Ed Koch
34) Bereits 2016 – „Gesetz zur Enteignung im Notfall könnte nun greifen“
35) KW 1 (01. bis 07.01.2024): Das Jahr fängt nicht gut an. Von Ed Koch
36) Nach Zensur-Warnhinweisen 007 Bond nun in bester Gesellschaft mit Pippi Langstrumpf
37) SPD nach Umfragen-Absturz im Panikmodus: Scharfmacherinnen Köpping und Esken für AfD-Verbot
38) An Dummheit nicht zu überbieten. Von Ed Koch
39) „Energiewende“ schafft neue kriminelle Nischen – Wärmepumpen-Diebstähle boomen
40) Deutsches Fernsehen: Tödliche Abgänge. Von Ed Koch
41) An die „Ampel“: Reißt Euch endlich zusammen. Von Ed Koch
42) Bundesnetzagentur erklärt „Zeit der billigen Energie vorüber“

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 174 – E 202)

01) Energetic Aperitivo ging in die nächste Runde. Von Ed Koch
02) Gasometer EUREF-Campus - Pünktliche Übergabe an Deutsche Bahn
03) Nachhaltig beein-druckt. Von Ed Koch
04) Kultur hautnah erleben. Von Ed Koch
05) Dörfliche Idylle. Von Ed Koch
06) Bildungssenatorin bildet sich weiter. Von Ed Koch
07) Reformstau. Ein Abend mit Karl Lauterbach. Von Ed Koch
08) Ein Kasten Buntes. Preisverleihung für das „Stromkastenstyling“ 2023
09) Wo bitte, ist dieses Berlin? Von Ed Koch
10) KW 3 (= 1 5. bis 21.01.2024) – Die schönen Momente. Von Ed Koch
11) KW 3 (= 15. bis 21.01.2024) - Na endlich. Von Ed Koch
12) Besuch aus dem Oman

13) Willkommen im neuen Jahr. Von Ed Koch
14) Rettet die Lebensmittelretter. Von Ed Koch
15) Orden für Zander Junior
16) Das ist doch Murks
17) Einer von uns beiden muss nun gehen. Von Ed Koch
18) Giffey verzichtet auf Parteivorsitz

E. i) Ostmitteleuropa — Seiten E 203– E 221

P o l e n (Seiten E 203 - E 204)

01) Neo-liberaler Backslash in Polen – Donald Tusk Ministerpräsident

T s c h e c h i e n (Seiten E 205 – E 211)

01) Susanna Roth-Übersetzungswettbewerb 2024

S l o w a k e i (Seiten E 212 – E 215)

01) Fico kritisiert „dumme liberale Demagogen“, die auf Militärhilfe für Kiew bestehen!

S e r b i e n (Seiten E 216 – E 221)

01) Bibliothek des Deutschen Volksverbandes

E. j) Osteuropa — Seiten E 222 – E 227

U k r a i n e (Seiten E 222 – E 227)

01) CNN: Vor Spaltung der Ukraine – Oberbefehlshaber Saluschny wird Gefeuert. Von Redaktion Ungarn
02) Getreu dem „Korruptionsranking“ – 40 Millionen Dollar bei ukrainischem Militär veruntreut Von ELA
03) Ukraine: Ausländische Militärbasis bei russischen Raketenbeschuss zerstört – 62 Franzosen tot ***LÜGE?***

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei — Seite E 228

Keine Berichte

E. l) Südosteuropa — Seite E 229

Keine Berichte

E. m) Süd- und Westeuropa — Seite E 230

Keine Berichte

E. n) Nordwest- und Nordeuropa — Seite E 231 – E 232

N o r w e g e n (Seiten E 231 – E 232)

01) Oslos Elektrobusse geben wegen Kälte den Geist auf

P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmtteieuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 - 49

Wir wünschen Herrn Pfarrer Steffen Reiche für die Zukunft alles Gute, wir danken für seine hervorragende Arbeit in der Vergangenheit und wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit!

Reinhard M. W. Hanke

25.12.2023

01) Predigtkreis Reerdigung & Shoah & Religionswachstum

Steffen Reiche Di., 30. Januar 2024, 19:48

an

Liebe Predigtkreisgemeinde,
dieser Text wird morgen in "Idea" erscheinen. Ich habe Ihnen die Seite angehängt. Und zugleich ein Video über das Wachstum der Religionen und den Vortrag von Michael Wolffsohn von vor 2 Tagen.
Herzlich grüßt Sie Ihr Steffen Reiche

Nachdem wir geboren wurden, ist uns nur eines gewiss: Dass wir sterben werden. Und dass wir beerdigt werden. Aber erst Jahre nach unserer Geburt werden wir uns dessen bewusst. Der Psalm 90 ermahnt uns in einer Bitte: „*Herr lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.*“ Ja. Bei allem was wir lernen und wissen können, steht das über allem: *Respice finem*. Bedenke das Ende. Nicht nur von allem, was wir tun. Sondern eben auch das Ende des eigenen Seins, das Ende meines Lebens. Viele verdrängen diese Perspektive, weil sie sich davon überfordert fühlen. Weil sie sich nicht belasten wollen in ihrem fröhlichen Leben, um dessen Ende wir aber immer sehr wohl Bescheid wissen. Aber da wo etwas verdrängt wird, bahnt es sich doch, aber dann meist ungesund, einen Weg. Bisher gab es in unserem Kulturkreis, zumindest seit dem 19. Jahrhundert, wo gegen viel Widerstand die Krematorien in Deutschland eingeführt worden sind, nur zwei Möglichkeiten: Sich beerdigen zu lassen oder aber sich verbrennen zu lassen. Sarg oder Urne.
Von einer dritten Möglichkeit hatten wir zwar gehört, denn wir haben ja gelesen oder am Karfreitag in der Kirche gehört: Jesus wurde in eine Höhle gelegt. Die Bibel spricht so davon: *Ein Mensch wird zu seinen Vätern gelegt*. Denn auch die waren ja schon vor uns dorthin gelegt worden. Bei Jesus war es die Grabhöhle eines sehr respektvollen Menschen – Joseph von Arimathäa. Der wollte, dass Jesus nach der schmachvollen Kreuzigung nun wenigstens ein würdevolles Begräbnis bekommt. Also würdevoll ins Grab kommt.
Nun gibt es, in abgewandelter Form, diese Möglichkeit auch in Deutschland. Man wird in einen Sarg gelegt auf Blumen und Heu und Stroh und innerhalb von 40 Tagen laufen dann nun all die Prozesse ganz natürlich und selbstverständlich ab, die, wenn wir nicht mehr leben, eben einfach stattfinden. 40 Tage lang. 40 ist eine heilige Zahl. Jesus war 40 Tage

in der Wüste, um im Gespräch mit Gott sich auf sein Wirken für die Menschheit vorzubereiten. Israel war 40 Jahre in der Wüste, ehe Israel ins Heilige Land eingezogen ist. 40 Tage ist die Fastenzeit vor Ostern lang, eine Bußzeit, um sich neu zu orientieren. 40 Tage lang muss man in Quarantäne – die Zahl steckt ja sogar im Wort.
Der Mensch muss wieder zu Erde werden. Und daher wir am Grab immer als Letztes, vor dem Vaterunser ausgerufen: Erde zur Erde, Asche zur Asche, Staub zum Staub.
Und also ist da im Grunde schon als Drittes die Reerdigung angelegt. Dass also das, was nach 40 Tagen von uns bleibt, nämlich etwas wie Kompost (was besser klingt als Staub), beerdigt wird. Die Knochen werden gebrochen und mit dem „Kompost“ beerdigt. So also kommt am Ende unseres Lebens wieder in die Erde, von der wir genommen sind, was von uns geblieben ist nach 40 Tagen. Denn wir haben uns ja ein Leben lang ernährt, mit dem was in der Erde gewachsen ist. Nun wird werbend gesagt: Das wäre ökologisch. Das ist für mich in dem Zusammenhang nur zweitrangig. Es ist einfach für mich und mein Denken tröstlicher als Anderes. Denn Reerdigung ist etwas ganz Natürliches. Es ist ein Prozess, der in der heiligen Zeit von 40 Tagen abläuft. Denn danach wird diese Erde in der Erde des Kirchhofes oder des Friedhofes beerdigt. Diese Vorstellung gibt mir Trost. Sie tröstet mich über die unveränderliche Perspektive der eigenen Endlichkeit hinweg. Denn mit meinem natürlichen Leib geschieht etwas ganz Natürliches. Und: Ja natürlich hoffe ich, dass Gott mich am Ende meines Lebens, nach meinem Sterben, im Tod, in seine Zeit, die wir Ewigkeit nennen, auferweckt. Ein Leben in anderen Dimensionen. Über die nachzudenken einem menschlichen Verstand, der auf die 4 Dimensionen von Raum und Zeit – Länge, Breite, Höhe und Zeit begrenzt ist, nicht möglich ist. Und sei es selbst der Verstand eines Genies wie Einstein. Mit dieser Perspektive kann ich mein eigenes Sterben besser annehmen. Und kann, so wie es der Psalm 90 verspricht, klug werden.

02) So wird das Holocaust-Gedenken missbraucht

Von Historiker Michael Wolffsohn

Das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau • *Foto: Getty Images*

Von: Prof. Dr. Michael Wolffsohn*
27.01.2024 - 08:25 Uhr

Wir alle wissen: „Das Gegenteil von ‚gut' ist oft ‚gut gemeint'" und das gut Gemeinte wird dann sogar missbraucht.

Das gilt leider auch für das Gedenken an das sechs millionenfache Judenmorden der deutschen Nationalsozialisten. Nicht nur in Deutschland wird das Holocaust-Gedenken missbraucht. Von vermeintlich Klugen mit Titeln wie „Herr oder Frau Professor" ebenso wie von Otto und Ottilie Normalverbraucher. Wen wundert's, dass man dabei auch auf Politiker und Journalisten stößt. Wer den Missbrauch des Holocaust-Gedenkens abschaffen möchte, sollte sich gerade am heutigen „Holocaust-Gedenktag" darüber Gedanken machen.

In bester Absicht hatte Bundespräsident Roman Herzog am 3. Januar 1996 den 27. Januar zum Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialsozialismus erklärt. Weshalb den 27. Januar? Weil am 27. Januar 1945 die fast ausschließlich jüdischen Todeskandidaten aus der Vernichtungshölle Auschwitz befreit wurden.

Schon Herzogs Erklärung war historisch und moralisch nicht unproblematisch. Dass vornehmlich Juden „Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes" waren, bleibt unerwähnt. „Die Erinnerung darf nicht enden", schrieb er. Richtig, aber dann muss auch klar gesagt werden, an wen vor allem zu erinnern sei.

Schon Herzogs Erklärung war historisch und moralisch nicht unproblematisch. Dass vornehmlich Juden „Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes" waren, bleibt unerwähnt. „Die Erinnerung darf nicht enden", schrieb er. Richtig, aber dann muss auch klar gesagt werden, an wen vor allem zu erinnern sei.

Unvermeidlich ergibt sich daraus diese ketzerische Frage: War das gut Gemeinte nur scheinbar, also nicht wirklich gut gemeint. Oder war das gut Gemeinte nicht gut gedacht und durchdacht? Das sei wohlwollend unterstellt. Jedenfalls war das gut Gemeinte schlecht gedacht. Und was schlecht gedacht wurde, kann nicht gut gemacht werden.

Das bedeutet: Von Anfang an war am amtlichen Holocaust-Gedenken „der Wurm drin". Jeglichem Missbrauch waren damit Tür und Tor geöffnet. Und siehe da, so kam es. „Wir sind die neuen Juden", behaupten seit Jahren deutsche und andere europäische Rechtsextremisten. Rechtsextremisten stehen ohne jeden Zweifel in der Tradition der deutschen Nationalsozialisten. Daraus folgt: Die ideologischen Nachfahren der Massenmörder, die Täter, verkleiden sich als Opfer.

Teile der AfD behaupten: Die von den Nationalsozialisten ermordete deutsche Studentin Sophie Scholl würde heute AfD wählen. Das rechtsextremistische Muster ist wieder leicht zu durchschauen: Nachfahren der Täter verkleiden sich als Nachfahren der Opfer.

Liebe ostdeutsche Mitbürger, lasst euch nicht missbrauchen.

Daraus folgt: Wer Wahrhaftigkeit und keine Maskierung (außer im Karneval) will, kann nicht diejenigen wählen, die Deutschland dahin zurückführen, wo und was es 1945 war: Ruinen.

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“, so hatte sich die DDR selbst gepriesen. Leider hatte sie ohne Waffen Ruinen geschaffen. Mit oder ohne Waffen – gerade Ostdeutsche sollten aufgrund der NS- und DDR-Vergangenheit verstehen, dass die AfD ihnen langfristig zerstört, was vor allem sie selbst nach der Wiedervereinigung geschaffen und geschafft haben.

Liebe ostdeutsche Mitbürger, lasst euch nicht missbrauchen. Sägt nicht den Ast ab, auf dem ihr sitzt. Auch wenn der Ast nicht eurem Ideal entspricht. Im Westen ist ebenfalls vieles nicht Gold, was glänzt.

Dass arabische Nationalisten und muslimische Fundamentalisten sich am NS-deutschen Judenmorden aktiv beteiligten, ist eine Tatsache. Sie wird jedoch meist unter den Teppich gekehrt. Wer zurecht (!) über die Diskriminierung von Muslimen klagt oder gar von „Islamophobie“ (= krankhaftem Islamhass) spricht, sollte nicht über die deutsch-islamisch-arabische Zusammenarbeit beim Holocaust schweigen. Jede Medaille hat zwei Seiten. Halbes Erinnern ist kein Erinnern. Nur ganzes Erinnern aller Beteiligten und ihrer Nachfahren schafft Gemeinsamkeiten beim und für das Neue, Bessere und Menschliche.

Völlig daneben liegt UNO-Generalsekretär Guterres. Israels reaktives militärisches Vorgehen im Gazastreifen nennt er „Völkermord“. Dieser Begriff wurde ursprünglich auf den Holocaust bezogen. Ohne jede Möglichkeit zur Gegenwehr wurden dabei bekanntlich sechs Millionen Juden ermordet. Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 Israel aktiv überfallen und dabei 1200 Israelis ermordet, gefoltert, lebendig verbrannt, vergewaltigt und die Entführten in einem Triumphzug den jubelnden palästinensischen Massen vorgeführt. In, an oder unter fast jedem Haus dieser Massen war ein Waffenlager oder Tunnel. Aus fast jedem Haus, jeder Wohnung wurde auf Israelis geschossen. Das soll „Völkermord“ sein? Krieg, ja. Jeder Krieg ist entsetzlich. Manche sind aktiv, andere reaktiv. Aktiv war hier Hamas, reaktiv Israel.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten“. Das wird hoffentlich beim amtlichen Gedenken in Bundestag und UNO nicht verschwiegen. Wenn doch, dann wäre auch das Missbrauch und unmoralische Umkehrung des Holocaust-Gedenkens.

„Gegen Rechts“ im Sinne von rechtsextrem ist notwendig, gut und richtig. Doch auch hier lasse man „die Kirche im Dorf“, bewahre also das richtige Maß: Wer das berüchtigte Potsdamer Treffen der vertreibungswilligen Rechtsextremisten „Wannsee-Konferenz 2.0“ nennt, redet ahnungslosen Unsinn. Auf der Wannsee-Konferenz wurde am 20. Januar 1942 von NS-Vollzugsverantwortlichen die „Endlösung der Judenfrage“ geplant, also das schließlich sechsmillionenfache Judenmorden. Wer heute, wie in Potsdam, Migranten aus Deutschland millionenfach abschieben will, ist, wie einst die Nazis, sowohl unmoralisch als auch dumm, weil für Deutschland wirtschaftlich selbstmörderisch. Aber keiner der „Potsdamer“ bekleidet ein Staatsamt. Dass es so bleibt, ist unser aller Aufgabe. Nicht nur bei Wahlen.

Schließlich sei der vermeintlichen Elite der Nation(en) ins Stammbuch geschrieben. Ihr behauptet: Israel wäre „kolonialistisch“. Die Juden Israels würden die Palästinenser „wie die Nazis“ die Juden im Holocaust behandeln. Israel würde die Araber wie einst das Apartheid-Regime Südafrikas behandeln. Ihr habt keine Ahnung. Weder vom Holocaust noch von Nazi-Deutschland, Israel, Palästina, Südafrika oder Apartheid. Auch ihr gehört zu denen, die das Gedenken an den Holocaust schamlos oder ahnungslos missbrauchen.

**Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist Historiker, Publizist und Buchautor („Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus“, „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“; „Ewige Schuld?“; „Wem gehört das Heilige Land?“)*

Quelle:https://www.bild.de/politik/kolumnen/politik-inland/heute-vor-79-jahren-wurde-auschwitz-befreit-so-wird-das-holocaust-gedenken-missb-86926212.bild.html

03) Steffen Reich am 16.01.2024

Predigtkreis mit Predigt vom letzten Sonntag, 14. Januar 2024, und "Widerspruch ist eine Erkenntnismethode" Gespräch mit Michael Wolffsohn & Wie sprechen wir wann & Himmlers Himmelsteig & An alle Freunde der AfD - Kluger Text von Nasir Ahmad

Liebe Predigtkreisgemeinde,

mit herzlichen Grüßen sende ich Ihnen die Predigt des vergangenen Sonntags und als Anhang die Liturgie und eine Audio-Datei und ein sehr lesenswertes Interview mit Michael Wolffsohn.

Herzlich grüßt Sie

Ihr Steffen Reiche

Predigt zu Evangelium Joh. 2 und Alttestamentlicher Lesung 2. Mose 33

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem, der da war, der da ist und da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder!

„Weicht Ihr Trauergeister, denn mein Freudenmeister, Jesus tritt herein.“

haben wir eben gesungen. Und nach diesen Barock-Worten von Johann Franck ist auch der heutige Sonntag benannt. Der Freudenmeister-Sonntag. Dieses Wort wird nicht so oft verwendet, dass es zum Wort des Jahres werden könnte. Aber es ist ein Wort, was mich in der Tiefe berührt! Denn es erzählt von Etwas, was ich empfinde, was ich erlebe.

Die meisten denken bei Freudenmeister wohl erst mal an Freudenhaus. Wie das unserem HdB gegenüber. Irrtum.

Im Freudenhaus hat Mann bestenfalls Spaß. Das ist der Spaß, den die im Freudenhaus oder im Bordell suchen, die keine Freude mehr zu Hause erleben. Denn die Frauen erleben ja im Freudenhaus sowieso keinen Spaß und erst recht keine Freude, sondern sie werden bezahlt, um sich dann anderswo eine Freude gönnen zu können.

Instinktiv möchte man in dem Lied auch anders singen: Trauergeister reimt sich ja nicht nur mit Kerkermeister, sondern im Kerker wird man ja eben auch von Trauergeistern geplagt – darüber, dass man seine Freiheit verloren hat oder über die Schwere der eigenen Schuld.

Aber die Trauergeister können ja weichen, können aufgefordert werden, zu gehen, weil eben nicht der Kerkermeister, sondern der Freudenmeister eintritt.

Gott ist ein Freudenmeister, unser Freudenmeister. Denn das Leuchten auf dem Gesicht von Mose nachdem er Gott hinter her gesehen hat, ist doch ein Leuchten der Freude.

Und: Jesus ist ein Meister der Freude! Denn er bereitet Freude. Wir sind zur Freude bestimmt, weil wir zur Liebe bestimmt sind! Gott lieben, unseren Nächsten lieben, wie uns selbst und uns selbst! Das ist unser Amt! Wer lieben kann, der empfindet Freude. Und daher hängt das uralte Wort Freude, das aus den Anfängen unserer Sprache stammt, etymologisch auch mit „froh sein“ zusammen. Ja, wer Freude hat, ist froh.

Und dieser Freudenmeister Jesus macht Freude, in dem er z.B. Wasser in Wein verwandelt.

Das unabdingbar Notwendige, denn ohne Wasser können wir nur bestenfalls 3 Tage leben, in das besondere Wasser der Heilszeit, was wir z.B. im Abendmahl schon einmal vorkosten. Man muss in der Kirche keinen Alkohol trinken. Aber man darf.

Neben den vielen Gründen z.B. kein Moslem sein zu wollen, ist das für mich einer.

Aus Saudi-Arabien muss man selbst als Angehöriger des Königshauses mit dem Erdöl-Geld nach Dubai fliehen, um sich dann dort mit anderen als der eigenen Frau oder mit Freunden im 7-Sterne Hotel Burdsch Kalifa zu verlustieren und dann dort auch Wein trinken zu dürfen.

Wer froh ist, hat Freude und lebt aus der Freude.

Jesus antwortet seiner Mutter: Meine Stunde ist noch nicht gekommen. Das heißt: Die Heilszeit hat noch nicht angefangen. Aber der Wein ist das Zeichen dafür, dass die Heilszeit im Werden, im Beginnen ist.

Auch Gott hat es so wie Jesus bei der Hochzeit zu Kana gemacht. Für die Welt ist es üblich, dass zuerst das Gute gegeben wird, dann das Schlechtere, wenn die Aufmerksamkeit nicht mehr so groß ist. Aber Gott hat den Juden zuerst das nur vorläufige Alte Testament gegeben. So konnte er sich seinem Volk verständlich machen. Damit es wenigstens einen Stamm von einem Volk in der Welt gibt, die Gott in Jesus verstehen konnten. Denn es gab zur Zeit Jesu schon nicht mehr ganz Israel, sondern nur einer der 12 Stämme, Juda und die Juden, in dem einen Volk unter Hunderten auf der Welt, Israel, war diese Wahrheit anvertraut. Und nun bekommt die ganze Welt diesen Wein der neuen Welt Gottes, die im Anbruch ist.

Wer Freude hat, hat Freunde. Und wenn Jesus der einzige Freund sein sollte.

Denn Jesus ist eben kein Kumpel. Sondern wer ihn an der Seite hat, der hat Freude, der ist innerlich auf Freude gestimmt, der kann bei sich bleiben, denn auch sein Trauerhaus wird zum Haus der Freude, zum Freudenhaus. Und deshalb muss er nicht mehr woanders hin gehen, um sich froh zu stimmen, um Spasssss zu haben!

Spaß ist ein neues Wort! Es ist noch nicht alt. Es taucht in unserer Sprache erst im 17. Jahrhundert auf und ist aus dem Italienischen von spasso, Vergnügen, entlehnt.

Spasso kommt von spassare, dem italienischen Wort für sich zerstreuen, sich unterhalten. Und das kommt von dem Wort expandere! Expander kennen sie alle! Das meint soviel wie sich ausbreiten, sich die Zeit vertreiben. Wir, die wir alle keine Zeit haben, wir, die wir alle 70, wenn's hoch kommt 80 Jahre alt werden, wir vertreiben uns die Zeit?

Geht's noch? Wie unlogisch. Wie widerlich. Wir vertreiben das, was wir nicht haben? Zeit?

Und schauen Sie sich mal die an, die Spaß hatten! Sie grinsen noch und immer wieder, wenn sie daran denken. Das Gesicht legt sich in lustige Falten! Die Haut wird expandiert, manchmal fast in Grimassen gelegt.

Ganz anders bei jemandem, bei einer, die Freude hat. Da bleibt das Gesicht ganz ruhig! Aber die Augen strahlen! Ganz tief! Manchmal füllen sie sich mit Wasser, um das Feuer zu löschen.

Freude hat einen Grund, keinen Anlass. Höchstens einen Anlass, wieder an die Freude zu denken. Spaß hingegen hat nur einen flüchtigen Anlass, ist Freude ohne Wurzeln.

Sie hat zwar Zeit vertrieben, aber schnell ist der Spaß auch wieder verflogen.

Freude hat lange Wellen und Spaß hat hohe Piks, hohe Spitzen.

Man kann sich ausschütten vor Lachen, wenn man richtig Spasssss hat.

Aber wer in Freude lebt und aus Freude lebt, der hat sich tief gegründet! Der hat sein Haus nicht auf Sand gebaut. Der hat nicht nur einen Grund zur Freude, sondern er hat den Grund zur Freude auch erkannt. Und deshalb können eben auch die Augen so leuchten, weil sie etwas erkannt haben, was aus der Tiefe kommt und einen in der Tiefe berührt.

Hört den Menschen genau zu – ob jemand Spasssss am Job hat oder Freude im Beruf!

Das ist ein himmelweiter Unterschied! Auch wenn viele jetzt wohl abwinken würden! Man kann doch nicht jedes Wort auf die Goldwaage leben. Natürlich! Muss man sogar, denn wenn Reden Silber ist und Schweigen Gold, dann muss man sogar das Schweigen auf die Goldwaage legen.

Freude ist die Grundlage für Balance. Denn wer Boden unter den Füßen hat, kann Balance halten. Daher gibt uns Freude auch Ruhe und Gelassenheit.

Nicht um alle Fünfe gerade sein zu lassen! Sondern eine tiefe innere Gestimmtheit, die etwas lassen kann und einen anderen lassen kann.

Nicht loslassen, sondern sich seine Freiheit lassen. Sich und dem anderen.

Und diese Freiheit eines Christenmenschen kommt aus einer froh machenden, einer Freude stiftenden Botschaft. Der Frohen Botschaft von Jesus, dass wir Zeit nicht durch Spaß vertreiben müssen, sondern dass uns Zeit geschenkt ist, weil wir auf die Auferweckung hoffen dürfen.

In dieser Ruhe und Gelassenheit, die uns Gott in Jesus schenkt, habe ich die Möglichkeit und die Kraft, mein Leben zu überdenken! Mich zu überdenken!

Die mittlerweile über 8 Milliarden Menschen auf der Erde haben natürlich Milliarden verschiedene Lebensentwürfe, die sie verfolgen. Da gibt es im Grunde keine Uniformität. Denn wenn zwei das

Gleiche machen, ist es noch lange nicht Dasselbe. Aus der Freude an Jesus und Gott gewinne ich Ruhe! Vielleicht sogar für einen Neuanfang, weil ich sehe, ich laufe den falschen Weg.

Gottes Gericht ist ein gnädiges Gericht. Es setzt den Menschen wieder instand. Es setzt ihn immer wieder neu in den Stand eines Kindes Gottes. Wir sind geliebte Kinder Gottes und können nicht nur daher leben, sondern auch „Daraus“.

Was für eine bittere Tragik, wenn Menschen nur an ihrem Leben vorbeigelaufen sind.

Wenn sie nichts draus gemacht haben, sondern immer nur gelebt worden sind.

Sich haben leben lassen! Sich gehen ließen! Ja sicher, meist auch, weil sie mal gebrochen worden sind.

Welche Bitterkeit für vielen Menschen, die sich in Afrika auf den Weg machen, hierher nach Makaronesien. Mit der Unterstützung von teuer bezahlten, kriminellen Schleusern! Und dann hier in La Laguna warten, auf das, was kommen mag.

Oder in Lateinamerika. Die 500 000 Menschen allein in diesen Tagen, die in die USA wollen.

Wie die Bremer Stadtmusikanten in dem Glauben, dass sie etwas Besseres überall finden!

Und dann immer wieder auf den größten Friedhöfen der Welt, Mittelmeer und Atlantik untergegangen sind, gestorben, nein, ertrunken sind.

Sagen was ist, ist der Anfang von einem neuen Miteinander, dass dann auch irgendwann in Freude gelebt werden kann.

Mose bittet Gott „Lass mich deine Herrlichkeit sehen!“ Und Gott lässt sein Geschöpf Mose am Leben, gibt ihm Grund zur Freude, weil er ihm nicht gegenübertritt, sondern Mose vor sich, vor Gott verbirgt, damit er weiterleben kann. „Siehe, es ist ein Raum bei mir, da sollst du auf dem Fels stehen. Wenn dann meine Herrlichkeit vorübergeht, will ich dich in die Felskluft stellen und meine Hand über dir halten, bis ich vorübergegangen bin. Dann will ich meine Hand von dir tun und du darfst hinter mir hersehen; aber mein Angesicht kann man nicht sehen.“

Es ist schon einiger Maßen einfältig, wenn jemand Gott sehen will, aber nicht einmal Gottes Größe begreifen kann. Denn Gott ist doch der, der unsere Welt geschaffen hat, auf der wir in einer Sekunde mit 30 km durchs Weltall rasen und es nur nicht sehen und spüren! Weil alles, was wir kennen, was uns umgibt, mit uns rast.

Wir können Gott bestenfalls wie Mose immer nur hinterherschauen! So wie wir doch auch Jesus nur hinterherschauen. Und selbst die, die damals dabei waren, wie Petrus und Maria, wie die Jünger Matthäus oder Bartholomäus, auch die schauen im Grunde Gott in Jesus immer nur hinterher. Weil sie ihn immer erst danach begreifen und verstehen!

Und uns würde es doch auch nicht anders gehen.

Und auch beim Wichtigsten, bei dem eigentlichen Grund unserer Freude, bei der Auferweckung Jesu durch Gott, die dann in die Auferstehung Jesu einmündet, waren wir alle nicht dabei. Nicht einmal die Frauen, obwohl sie die ersten am Grabe waren.

Auch sie haben nur hinterhergeschaut!

Und brauchten einen Engel, also einen Boten Gottes, der ihnen das Evangelium erst erklärt hat! Und dann erst konnten sie es den Männern sagen! Und die haben auch dann noch einige Zeit wie der ungläubige Thomas gebraucht, um das zu kapieren.

Und deshalb sind alle Diskussionen darüber, ob Frauen auch Pfarrerinnen, Priesterinnen sein können, so absurd!

Denn Gott hat diese Frage doch längst entschieden und hat uns sogar in der Taufe Nachhilfeunterricht gegeben – 2000 Jahre lang! Denn Mädchen sind doch immer wie Jungen getauft worden. Aber bis 1918 Jahren durften in Deutschland auch nicht wählen, weil „Mann“ nicht wusste, ob sich aus der gleichen Taufe für Männer und Frauen auch die Gleichberechtigung ergibt?! Nicht Gottes Gericht ist hart, sondern das fiese, miese, kleinliche Urteil der Menschen, das wir aus dem machen, was Gott uns anvertraut hat.

Ja die Kirche war fast immer auf menschlichen Abwegen!

Weil sie zu schlecht, zu kleinlaut, zu kleinlich weitergeben hat, was Gott ihr anvertraut hat. Deshalb ekelt mich die Kirche meistens an, wenn ich sie durch die Jahrhunderte, die 2 Jahrtausende ihres Bestehens betrachte.

Aber ihr Lieben! , die ihr nun vielleicht überheblich werden wollt, ich liebe sie dennoch!!!

Weil doch die Kirche der Ort immer war und immer noch ist, wo Menschen die Möglichkeit haben, Gott zu begegnen, ihn zu hören!

Sein Evangelium gesagt zu bekommen, weil es dort vorgelesen wird. Und deshalb liebe ich diese Kirche immer noch und immer wieder.

Kirchenkritik ist doch immer der Versuch, sich frei zu schwimmen, von Vorgaben, die Kirche zumindest gemacht hat. Meist ohne Grund im Evangelium allerdings!

Obwohl die, die die Kirchen als Ketzer verteufelt haben, oft die waren, die die Kirche auf den rechten, den richtigen Pfad zurückgeführt haben. Wie z.B. Martin Luther.

Kirchen werden heute zerstört im Nahen Osten und im Orient und in China, in Indien, im ganzen Osten von uns bis hin nach Japan. Sie werden zerstört, weil die Herrschenden sehr genau wissen, dass die Christen durch Christus befreit worden sind und sich deshalb nicht mehr eignen als Untertanen von Diktatoren. Nirgendwo werden Christen und Kirchen so verfolgt wie von dem kleinen Dicken in Nordkorea, weil er absurde Angst hat vor den Christen, die wie z.B. in Südkorea ihre Freiheit leben und sich ein Leben aufgebaut haben, von dem auch die Menschen in Nordkorea träumen, wie sie überall davon träumen und sich auf den Weg machen. Ihre Kirchen werden zerstört und ihre Hoffnung!

Für den aktuellen Weltverfolgungsindex 2023 hat Open Doors die Situation von Christen in 150 Ländern untersucht. Die jährlich veröffentlichte Rangfolge listet die 50 Staaten mit der härtesten Christenverfolgung auf. Von China bis Subsahara-Afrika haben gewaltsame Übergriffe auf Christen und Kirchen erheblich zugenommen. Während wir sie hier bei uns in Europa und Amerika, also im Westen Kirchen bauen lassen. 360 Millionen Menschen werden zurzeit weltweit als Christen verfolgt. Die Soziologen Brian J. Grim und Roger Finke kommen in ihrer Studie The Price of Freedom Denied (Cambridge) auf 130.000 bis 170.000 ermordete Christen.

Und deshalb frage ich: Was tut Deutschland oder Belgien, was tun die Veto-Mächte USA oder Großbritannien, was tun Frankreich oder Russland im UN-Sicherheitsrat?

Was sagt der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK)?

Nicht nur mal leise und nebenbei, sondern laut und unüberhörbar!

Der Papst hat diese Woche klar seine Meinung gesagt und getwittert.

Wenn das, was ich an Protest mache, nichts bewirkt, muss ich etwas anders machen! Appeasement war schon immer falsch. Bei den Nazis, bei den Deutschen der Kaiserzeit usw. Das haben wir doch nun wohl gelernt?!

Und so sage ich mit den Worten von Martin Niemöller, der nie etwas von Appeasement hielt: "Als die Araber die Christen holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Araber.

Als die Chinesen die Christen einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Chinese.

Als die Inder die Christen holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Inder.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

Kennen sie den leidenschaftlichsten Wunsch von Jesus in seiner großen Abschiedsrede bei dem Evangelisten Johannes: Et unum sint. Dass sie eins seien.

Das ist vom Papst als Motto übernommen worden und gilt heute – so wie immer: wir sollen eins seien, eine Menschheit! Und dabei soll es keine Trennungen geben, sondern die große Gemeinschaft aller Völker!

Und die EU ist wie die Kirche – ein klägliches, aber würdiges Bild für das, was Jesus von uns will. Dass wir eins sind! Et unum sint. Amen.

Der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft bewahre unsere Herzen und Sinne in dem Christus Jesus.

In Italienisch singt man,
in Englisch dichtet man,
in Deutsch verhandelt man,
in Französisch liebt man
und in Spanisch betet man.
Spanischer König

04) "Widerspruch ist eine Erkenntnismethode" Gespräch mit Michael Wolffsohn

"Widerspruch ist eine Erkenntnismethode" Gespräch mit Michael Wolffsohn

Waltraud Schwab (taz). Gespräch mit Michael Wolffsohn

• *Historiker Michael Wolffsohn kam in Tel Aviv zur Welt und wuchs in Berlin auf.*

• *Seit Jahren warnt er vor wachsendem Antisemitismus in Deutschland.*

• *Von den Linken, denen er eigentlich nahesteht, fühlt er sich heute ausgestoßen*

• *Der ehemalige Professor an der Bundeswehruniversität in München ist „vom Herzen her" Antimilitarist.*

Als Treffpunkt für das Gespräch schlägt Michael Wolffsohn das Café Lichtburg im Berliner Wedding vor. Der Ort ist eng mit seiner Familiengeschichte verbunden. „Lichtburg" hieß der Kinopalast, der hier bis in die 70er Jahre stand. Er gehörte seinem Großvater, bis die Nazis ihn verjagten.

taz: Herr Wolffsohn, als deutsch-jüdischer Historiker sind Sie seit dem 7. Oktober sehr gefragt. Sie sollen alles erklären: Israel, Palästina, Antisemitismus, Judentum, Terror, Krieg, alles. Wie halten Sie es aus? Michael Wolffsohn: Ich bin ein altes Schlachtross. Und das Sprechen ist auch Entlastung. Denn ich bin zutiefst niedergeschlagen. Von der Entwicklung in Nahost. Und von der Entwicklung in Bezug auf

jüdisches Leben in der Diaspora, in Deutschland im Besonderen und ganz besonders in Berlin. Nie habe ich mir vorgestellt, dass es hier je wieder einen so virulenten Antisemitismus gibt. Das auszusprechen ist eine Aufgabe, der ich mich stellen muss.

Um Verständigung herzustellen? Ich versuche, die Vielschichtigkeit des Konfliktes darzustellen. Geschichte besteht aus vielen Schichten, wie dieses wunderbare Wort zeigt. Das gibt es so in keiner anderen Sprache, die ich kenne.

Am 7. Oktober griff die Hamas Israel an, ermordete um die 1.200 Menschen, verschleppte 250. Haben Sie je mit so einem Angriff gerechnet? Nein. Aber es überrascht trotzdem nicht.

Die Palästinenser sind in der arabischen Welt jene, die im Umgang mit der modernen Waffentechnologie am fähigsten sind. Nicht zuletzt sahen sie sich aufgrund ihrer tragischen Konkurrenz zu Zionismus und Israel auf ihre Weise dazu gezwungen. Seit 2007 wird Israel ständig mit Raketen beschossen. Zuerst waren es selbstgebaute, die dann immer perfektionierter wurden.

Was ist anders an diesem Angriff? Die Dimension. Wenn wir uns die Geschichte der Terrorakte anschauen, dann ist der 7. Oktober 2023 mit Ausnahme des 11. September 2001 der größte Terrorakt in der westlichen Welt.

Warum diese Gewalt? Da sind wir bei der mörderischen, aber vor allem selbstmörderischen Strategie der Palästinenser. Denn die Anwendung von Gewalt hat nur Sinn, wenn man ein klar definiertes und erreichbares strategisches Ziel anpeilt.

Und Sie meinen, das ist in der Geschichte der palästinensischen Nationalbewegung nicht der Fall? Bei aller, aus palästinensischer Sicht nachvollziehbaren Empörung und Wut über Zionismus, war es völlig unrealistisch zu erwarten, dass man Israel damit in die Knie zwingen könne, zumindest seit 1968, seit die palästinensische Befreiungsorganisation PLO den Terrorismus führend mitmacht.

Im Gegenteil, das hat die israelische Bevölkerung in ihrer Reaktion selbst immer radikaler gemacht. Das können wir an den Koalitionen, die es in Israel parallel zu den Terrorwellen gab, festmachen. Insofern hat die palästinensische Führung den Zeitpunkt verfehlt, an dem die Gewalt zu einem politischen Zweck im Sinne der Palästinenser oder zu einer friedlichen Lösung geführt hätte.

Wann wäre das gewesen? 1993 nach der ersten Intifada. Die hatte einen strategischen Sinn, der dazu führte, dass es zum Friedensvertrag in Washington kam.

Und warum scheiterte der Friedensprozess? Weil die palästinensische Führung entschied, eine Doppelstrategie anzuwenden, nämlich Diplomatie und Terror. Ein Fehler. Dann hat die israelische Öffentlichkeit gesagt, also wenn wir „das Risiko des Friedens“ auf uns nehmen, wie der damalige Ministerpräsident Rabin sagte, dann möchten wir auch Frieden und nicht mehr Terror.

Das führte 1996 zu ersten Wahl Netanjahus, der Frieden und Sicherheit versprach, aber nicht halten konnte. Dies wiederum führte zur zweiten großen Chance zum Frieden unter der Regierung von Barak, der im Sommer 2000 in Camp David unter der Regie von Clinton den Palästinensern 98 Prozent des Westjordanlandes angeboten hat, Gaza sowieso, plus Ostjerusalem als Hauptstadt.

Klappte das? Nein, die palästinensische Seite schlug nicht nur das Angebot aus, sie setzte auch weiter auf Gewalt und Terror. Dies führte in der Folge dazu, dass Barak abgelöst und Scharon gewählt wurde. Es kam zur zweiten Intifada. Aber auch hier die Einsicht von Scharon, der alles andere als eine Taube war, 2005 noch mal das Risiko des Friedens einzugehen, und sich aus Gaza zurückzuziehen.

Das Ergebnis: die Machtergreifung in Gaza durch die Hamas, die dann in einem Bürgerkrieg die Fatah, eine weltliche Partei, die zur PLO gehört, aus Gaza vertrieb und seit 2007 Israel kontinuierlich mit Raketen bombardierte.

Warum wird so reagiert? Spätestens seit 2007 ist die palästinensische Gewaltanwendung nur noch Selbstzweck. Die Pläne von israelischen, wie auch arabischen Akteuren, Gaza, ich sag es mal salopp, zu einem Hongkong oder Singapur des Nahen Ostens werden zu lassen, waren fix und fertig in der Schublade. Das politisch ungeschickte Handeln des Palästinenserpräsidenten Abbas und der Terror der Hamas hat diese Entwicklung verhindert. Das ist die Tragödie des palästinensischen Volkes. Dass es Gewalt einsetzte, aber nicht als Mittel zum politischen Zweck, sondern allein als Mittel der Rache und Wut. Besonders deutlich wurde das am 7. Oktober. Die Dimension der Blutorgie ist unvorstellbar. Die Konsequenz: Gaza wird in Schutt und Asche gelegt. Es ist eine Tragödie. Man kann die Wut der Palästinenser nachvollziehen, aber sie müsste sich eigentlich gegen ihre Führung richten, die nicht bereit ist, das Los der eigenen Bevölkerung zu verbessern.

Rache generiert Rache, Hass generiert Hass, sagten Sie einmal. Siedler haben Anfang des Jahres ein palästinensisches Dorf überfallen und zerstört. Ein Mensch starb. Darf man das mit dem Einfall der Hamas vergleichen? Furchtbar. Von den Mechanismen her identisch. Von der Quantität her nicht vergleichbar, und die Straftaten der Siedler werden im demokratischen Rechtssystem Israels untersucht und vor Gericht bestraft. Die Siedler-bewegung steht in Korrelation mit der aus meiner Sicht falschen, weil auf Gewalt setzenden Politik der Palästinenser.

Es hat mehrere Chancen gegeben, dass das Westjordanland Autonomie erhält. Sie wurden alle abgelehnt. 1978 gab es 700 Siedler im Westjordanland. Heute sind es 700.000. Das war die Antwort. Ich beschönige nichts: Ich halte die Siedlungspolitik politisch für eine Torheit und viele Siedler sind mir zuwider. Eine Dummheit ergibt die andere.

Sie sagen das so offen, weil Sie gerne das Widersprüchliche an Situationen herausarbeiten. Widerspruch ist eine Erkenntnismethode. Ich lass mich davon nicht abbringen.

Vor dem Überfall der Hamas deuteten Sie vor allem auf die innere Zerrissenheit Israels. Es gibt „zwei Israels“ sagten Sie. Eigentlich sogar drei, auch die israelischen Palästinenser kommen hinzu. Die sich bisher, anders als bei früheren Konflikten, ruhig verhalten. In Israel hatten wir vor dem 7. Oktober eine absolut polarisierte Gesellschaft. Und nach dem wahrscheinlichen Sieg über die Hamas werden die innenpolitischen Gegensätze erneut wieder aufflammen.

Es gab auch Proteste gegen die Hamas in Gaza. Ebenso wie im Iran. Es gibt Umfragen aus dem Süden von Gaza und dem Westjordanland, wie zuverlässig die sind, kann man bezweifeln, dass 75 Prozent sich mit der Mordaktion vom 7. Oktober identifizieren. Aber richtig, es gab diese Proteste. Im Iran, anders als in Gaza, waren es Massenproteste. Das viele Geld, das in den Gazastreifen floss, der Luxus, den sich die Eliten leisten, und das Geld, das in die Tunnelsysteme gesteckt wurde, die Bevölkerung hätte Besseres damit machen können.

In Interviews werden Sie nicht müde zu erklären, dass nach dem Holocaust eines nie mehr geschehen dürfe, nämlich dass Jüdinnen und Juden je wieder so Opfer werden. Der Angriff hat genau das gezeigt. Wie gehen Sie damit um? Zionismus und Israel haben nie versprochen, dass es Sicherheit *nach außen* geben werde für das jüdische Volk. Sondern immer nur *nach innen*. Der Zionismus ist eine Reaktion auf den innenpolitischen Antisemitismus in den Ländern Europas, in Frankreich, in Deutschland, in Osteuropa vor allem. Immer wieder gab es Pogrome bis hin zum Holocaust. Es war vom Beginn der zionistischen Besiedlung von Palästina, oder Zion wie die Juden sagen, klar, dass es zu einem Clash mit der örtlichen Bevölkerung kommen würde. Kurzum, Israel wurde als Zufluchtsort für die Juden und Jüdinnen gegründet, die dort vor innenpolitischem Antisemitismus sicher sein sollten. Ziel war, dass es in diesem Land kein Berlin-Neukölln geben soll, in dem „Tod Israel", „Tod den Juden" skandiert wird. Von innen her sollte es keine Judenfeindlichkeit geben.

Ist der Gaza-Konflikt für Sie eigentlich ein innenpolitischer oder ein außenpolitischer Konflikt? Das ist eine interessante Frage. Die habe ich mir so noch nicht gestellt. Wenn die Maxime von Israel ist, nie wieder Opfer, dann ist das militärische Übergewicht Israels zwingend. Das ist die Quittung, die die christliche und die islamische Welt bekommt für ihren Jahrtausende währenden Umgang mit den Juden. Die Frage ist doch, wenn Israel verliert, diese letzte Zuflucht, dann, wohin? Nach Neukölln?

Warum schafft es Israel nicht, dass ganz Palästina prosperiert? Dazu gehören zwei. Es gab im September 2008 von Ministerpräsident Olmert, der Scharon nachfolgte, wieder das Angebot, das Westjordanland zu räumen, der Gazastreifen war es ja schon. Darauf ließ der Palästinenserpräsident durchblicken, dass die Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge die Voraussetzung wäre.

Aber wer sind die Vertriebenen? Im Unabhängigkeitskrieg 1947/48 waren es 700.000 Menschen. Heute sind es mehr als 5 Millionen. Die Angaben schwanken. Das wäre der Selbstmord Israels und die totale Negierung des zionistischen Gründungsmoments, nämlich dass die Juden in ihrem Staat keine Minderheit sind. In dem Augenblick, wo die jüdische Bevölkerung die Minderheit ist, wäre die Situation in Zion identisch wie sie 2.000 Jahre in Europa war, und genau das wollte man verhindern.

Ja, klar, man kann fragen, warum akzeptieren die Juden es nicht, wenn sie Minderheit sind.

Dann antworte ich: Sie hatten 2.000 Jahre einfach schlechte Erfahrungen damit.

Aus all diesen Gründen sind Sie ein Verfechter des Militärs? Natürlich.

Sie lehrten Geschichte an der Bundeswehrhochschule und waren gleichzeitig jemand, der der Idee des Pazifismus verbunden ist. Wie passt das zusammen? Krieg ist eigentlich inakzeptabel. Und Pazifismus ist eine wunderbare Vorstellung. Ich bin kein Pazifist, sondern vom Herzen her ein Antimilitarist.

Israel ist eine Sache, die andere Deutschland. Sie sind 1947 in Israel geboren, ab 1953 wuchsen Sie in Berlin auf. Als Jude in der Bundesrepublik sind Sie ein Seismograf für Antisemitismus. Schon vor 15 Jahren sagten Sie, es werde immer schlimmer. Sie dachten ans Auswandern. Und jetzt? Ich bin zu alt. Aber ich bin jetzt skeptischer denn je. Nicht weil dieser Staat uns nicht schützen will, sondern weil er es nicht kann. Die sicherheits

politischen Defizite nach innen, wie auch nach außen, sind so eklatant, dass mir Angst und Bange wird. Auf der anderen Seite sehe ich dankbar, dass die Mehrheit der Deutschen Sicherheitspolitik am liebsten nicht haben möchte. Ich kann das nachvollziehen, erst recht nach dem „Dritten Reich“ und dem Militär im Kaiserreichs, aber es ist unrealistisch.

Antisemitismus in Deutschland kommt aus drei Richtungen, sagen Sie. Von den Linken, von der Rechten und von der muslimischen Seite. Wie geht das jetzt weiter? Indem man die Wirklichkeit als Wirklichkeit erkennt. Die Einschätzung und die Gegenstrategien zum Antisemitismus waren bis kürzlich geradezu absurd. Bis zum 7. Oktober, das besagen auch die Statistiken, wurde vor allem der rechtsextreme Antisemitismus gesehen. Dabei war schon vorher völlig klar, dass es den links-extremistischen teilweise bis ins linksliberale Lager hineinreichende Antisemitismus auch gibt.

Bei der neuen Linken ist es etwas anders als früher, sie versteht sich als antikolonialistisch und Israels Zionismus ist für sie die Speerspitze des westlichen Kolonialismus und Imperialismus, daher die starke Identifizierung mit den Palästinensern. Das ist allerdings bar jeder historischen Realität. Es ist blanker Unsinn und eine Ideologie, die wie ein Krebsgeschwür insbesondere an Universitäten wuchert.

Im linken Lager ist es schwierig, den muslimischen Antisemitismus zu benennen, übrigens auch dessen Homophobie und Frauenfeindlichkeit. Dabei ist es doch eindeutig. Die erlebte verbale oder körperliche Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, die in zig Statistiken, vor allem von der EU-Agentur für Grundrechte belegt wurde, sagt, dass die meiste Gewalt gegen diese zuletzt von Muslimen ausgegangen ist. Warum kriegt man in Deutschland Ärger, wenn man das ausspricht? Man kann in der Demokratie alles sagen. Aber hier setzt die Schweigespirale ein und da mache ich nicht mit. Dazu gehört eigentlich nicht viel Mut, man muss nur ein Stück weit gesellschaftliche Isolierung auf sich nehmen. Jetzt reden übrigens alle nur noch über die muslimische Gefahr. Das ist in dieser Pauschalität auch völlig idiotisch, es gibt nach wie vor die beiden anderen auch.

Manchmal klingt es so, als fühlten Sie sich als Jude von den Linken besonders verraten.

Ja, weil ich mich denen atmosphärisch immer näher gefühlt habe. Vom internationalistischen Selbstanspruch her. Auch dass sie im kulturellen Sinne das Spießertum bekämpfen will, finde ich gut. Im Grunde fühle ich mich von denen ausgestoßen. Oder anders: Ich kann mich nicht nähern, wenn zwischen Anspruch und Wirklichkeit diese Diskrepanz besteht und fühle mich geschützter durch das konservative Deutschland.

Wenn Sie sich in Talkshows oder Interviews ins Zeug legen, entsteht mitunter der Eindruck, dass es nicht nur um Verstehen geht. Sondern auch um Lösen. Gar um Heilen. Die Konflikte heilen. Wenn ich das nicht wollte, müsste ich gar nicht erst an Talkshows teilnehmen. Sonst wäre es nur noch Selbstdarstellung.

Sehen Sie eine Lösung für das politische Chaos in Israel? Ja, ich habe es in meinem Buch zum Weltfrieden dargelegt. Es wäre eine Mischung aus bundesstaatlichen und -staatenbündischen Elementen mit mehreren Kammern und Quotenregelungen. In Ansätzen ein Schweizer Modell. Es gibt Möglichkeiten, einen friedlichen Weg zu finden, wenn man sich vom Nationalstaat als einziger Lösung löst. Was jetzt wieder gesagt wird, Zweistaatenlösung, das ist doch gar nicht durchdacht. Von den meisten Politikern aller Parteien bekomme ich auf mein Friedensmodell die Antwort, interessant, aber unrealistisch, auch von der Linken. Mit der AfD spreche ich nicht.

Sie haben vor ungefähr zwanzig Jahren einen Häuserblock in Berlin geerbt. Einst gehörte er mit dem Filmpalast „Lichtburg“ Ihrem Großvater. Er wurde von den Nazis enteignet und floh nach Israel. Kurz nach dem Krieg, kam er zurück und kämpfte sehr darum, sein Eigentum wiederzubekommen. Mit der Gartenstadt Atlantic, einer 20er-Jahre-Reformsiedlung, gelang es. Mit dem Kino nicht. Wie groß ist die Gartenstadt?

500 Wohnungen mit Kindergärten, einer Stiftung, Restaurants, mit Spenden und mit Fördergeldern finanzierte Lernwerkstätten in Physik, Musik, bildende Kunst, Kochen, Natur, Theater, Literatur und neue Medien. Mit 73.000 Teilnehmenden vor Corona pro Jahr.

Als Sie die Gartenstadt erbten, riet man Ihnen, sie zu verkaufen. Sie aber haben Kredite aufgenommen, sie saniert und vermieten bewusst an jüdische und muslimische Menschen, biodeutsch oder nicht. „Die Frage ist doch, wenn Israel verliert, diese letzte Zuflucht, dann, wohin? Nach Neukölln?“ Wir vermieten an alle

Gelingt das Zusammenleben? Ja, es ist eine friedliche Oase. Dass es klappt, hat nichts mit jüdisch oder muslimisch zu tun, sondern mit der Frage, was braucht der Mensch? Er braucht eben mehr als ein Dach über dem Kopf. Es geht darum, sich heimisch zu fühlen.

Der Mensch muss im Vordergrund stehen und nicht die Frage, wie maximiere ich meine Rendite.

Ist die Gartenstadt die Plattform, wo Sie wenigstens ein bisschen das kulturelle, religiöse und politische Chaos heilen können? Ja, aber Operation gelungen, Patient tot. Die Erfolge, die wir auf der Mikroebene herzerwärmenderweise haben, spiegeln sich auf der Makroebene nicht wider. Das erleben wir seit dem 7. Oktober mit „Tod den Juden und Tod Israel“. Das ist weltweit der Fall, und leider setzten sich die illusionsfreien Verständigungsbereiten nicht durch.

Ist die Macht der Worte also passé? Das Judentum ist eine Wortreligion und das Schicksal der Juden zeigt, dass diese Worte nicht sehr mächtig sind.

Keine Hoffnung? Wenig.

Die Anfänge. Michael Wolffsohn wurde 1947 in Tel Aviv geboren, seine Eltern waren aus Nazideutschland geflohen. 1953 zogen sie zurück nach Berlin. Ab 1966 studierte er an der Freien Universität, ging dann aber 1967 nach Israel, um dort den dreijährigen Wehrdienst zu leisten.

Der Erklärer. Ab 1970 studierte er Geschichte in Berlin, Tel Aviv und New York. Von 1981 bis 2012 lehrte er Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München. Einer seiner Schwerpunkte: israelisch-deutsche Geschichte. Er hat zahlreiche Bücher veröffentlicht und ist ob seiner Bereitschaft, kontrovers zu diskutieren, ein gefragter Gast in Talkshows.

05) Erinnerung an SS-Siedlung

Schöner Wohnen an Himmlers Himmelsteig

In Berlin-Zehlendorf entstand von 1937 bis 1939 eine Siedlung der SS. Nun werfen aktuelle Forschungsergebnisse ein neues Licht auf die dunkle Vergangenheit der Gegend.

Mehr erfahren Sie auf FAZ.NET unter:
https://m.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ss-siedlung-in-berlin-geschichte-weist-noch-erhebliche-luecken-auf-19431428.html?premium=0xe3e56ca6d053b74917df34789f7d63d7569acd0a43e69c42799889f44ba6efe8

06) An alle AfD-Liebhaberinnen & -Liebhaber von Nasir Ahmad

Ihr seid unzufrieden mit der Flüchtlingspolitik? Ich auch.

Euch kotzt es an, dass das Sozialsystem von Migranten missbraucht wird? Mich auch.

Ihr wollt ein härteres durchgreifen gegen Kriminelle? Guess what: ich auch.

Wisst ihr was das Problem ist? Eure rassistische Politik trifft die Falschen.

Wieso zieht ihr Menschen, die geflüchtet sind, Migranten, die ihr Geld hart verdienen, Menschen, die nicht "deutsch genug" sind - in den ganzen Dreck?

Wieso macht ihr eure rassistische Politik auf den Rücken jener Menschen, die mit den ganzen Problemen nichts zu tun haben?

Wie gesagt, ich bin auch nicht zufrieden. Aber dafür gehe ich wählen, rede mit der lokalen Politik, versuche Parteien zu unterstützen, die es besser machen können.

Nein, die AfD wird es nicht besser machen, wirklich nicht.

Ich weiß, dass Politiker unzufriedene Menschen instrumentalisieren.

Ich weiß das aus nächster Nähe: Muslime, die unzufrieden mit der westlichen Politik sind werden genauso von extremistischen Predigern politisch instrumentalisiert - es ist das gleiche Spiel. Ihnen wird Hass eingehaucht, Hass gegenüber "dem Westen", pauschalisierend, kollektiv und auf diesen Hass folgen Taten.

Die Zeit ist rau, sehr rau. Es braucht jene, die diesen politischen Extremismus ein Ende setzen und ihn endlich in die Schranken weisen. Ohne Menschen wie mich in den Dreck zu ziehen. Ohne Menschen kollektiv für Straftaten anderer zu bestrafen.

07) Predigtkreis. Predigt im Gottesdienst am 7.1.204 in San Eugenio zur Liebe & Audiodatei & Liturgie des Gottesdienstes & Text zur Hamas von Eric Gujer. Steffen Reiche 09.01.2024

an

Liebe Predigtkreisgemeinde,

mit herzlichen Grüßen sende ich Ihnen die Predigt zur Jahreslosung 2024.
Zum einen als Text hier im Anschluss, zum anderen als Audio-Stream.

Ich wünsche Ihnen eine gute Woche

Ihr Steffen Reiche

Predigt zur Jahreslosung 2024

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und der da sein wird!

Liebe Schwestern und Brüder,

„Alles was Ihr tut, geschehe in Liebe.“ ist die Jahreslosung für dieses Jahr aus dem Brief von Paulus an die Gemeinde in Korinth. Und eines der klarsten und schönsten Glaubensbekenntnisse der ganzen Kirchengeschichte, ja der ganzen Religionsgeschichte schreibt Johannes in seinem 1. Brief:

Gott ist Liebe. Und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm.

3 Worte – Gott ist Liebe. Das ist das kürzeste Glaubensbekenntnis.

Am Konsistorium in Berlin, also dem Sitz des Bischofs und der Kirchenleitung, war lange ein großes Plakat befestigt: Liebe tut der Seele gut. Und manche laufen sogar mit einem T-Shirt herum, auf dem in goldenen Buchstaben steht: Liebe tut der Seele gut.

Ja, das ist der Goldstandard unseres Glaubens.

Für die Liebe lohnt es sich zu leben. Und im Grunde heißt das: Nur für die Liebe lohnt es sich zu leben. Denn: Gott ist Liebe. Und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm. Und wenn wir eines Tages sterben werden, was uns mit der Geburt ja schon vorgegeben ist, wird das Einzige, was zählt, sein: die Liebe. Mit der wir geliebt haben. Mit der wir geliebt worden sind.

Und der andere, der 2. Satz, den die Kirchenleitung dazu gestellt hat und den man auch jetzt an mancher Kirche findet, heißt: Hass schadet der Seele.

Ja! Hass macht hässlich, so grässlich hässlich.

Jesus fasst alle Gebote, die Gott und Mose und die Hohepriester dem Volk Israel gegeben haben, in einem Dreifachgebot zusammen, in dem es nur um eines geht: Die Liebe.

„Du sollt Gott lieben“ und damit auf die Liebe Gottes, die dich in die Existenz, ins Leben gerufen hat, antworten. Und so sollst Du auch all die anderen Menschen, denen Gott das Leben geschenkt hat, lieben wie Dich selbst. Denn auch Du selbst bist ja ein Geschenk Gottes. Denn Liebe ist Leben, mit Leib und Seele.

Und Paulus, der ja manchmal auch sehr streng und manchmal fast trocken sein kann, wenn er von der Liebe redet, kommt er ins Schwärmen und packt ihn die Leidenschaft.

„Die Liebe höret nimmer auf, wo doch das prophetische Reden aufhören wird und das Zungenreden aufhören wird und die Erkenntnis aufhören wird. Denn unser Wissen ist Stückwerk und unser prophetisches Reden ist Stückwerk. Wenn aber kommen wird das Vollkommene, so wird das Stückwerk aufhören. …. Jetzt erkenne ich stückweise; dann aber werde ich erkennen, gleichwie ich erkannt bin. Nun aber bleiben Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.“

Am Anfang unseres Lebens, in der Zeugung durch unsere Eltern, in Ihrer Liebe, entstehen wir sozusagen als unendlich großer Lottogewinn: – Wir, jeder Einzelne von uns, sind der Jackpot, der Sechser mit Zusatzzahl, bei der Verschmelzung von männlicher Samenzelle und der mütterlichen Eizelle. Millionen von Samenfädchen machen sich auf den Weg! Aber nur einer von ihnen ist die Grundlage für unser Leben, gibt uns sozusagen die hardware für unser Leben, die genetische Grundausstattung, die über unser Leben wesentlich mitentscheidet.

Und so haben wir doch allen Grund mit dem Psalm 8 zu sagen: „*HERR, unser Herrscher, wie herrlich ist dein Name in allen Landen, der du zeigst deine Hoheit am Himmel! Aus dem Munde der jungen Kinder und Säuglinge hast du eine Macht zugerichtet... Wenn ich sehe die Himmel, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne, die du bereitet hast: was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt.“*

Und dann entwickelt sich diese befruchtete Eizelle! Und wissen Sie, was als erstes von uns entsteht? Der Herzmuskel. Also der Ort, wo wir die Liebe verorten.

Und aus dem Herzmuskel heraus entwickelt sich dann alles Weitere durch Zellteilung, durch immer größere Spezialisierung. Auch unser Gehirn, die ganzen anderen Muskeln und unser Skelett. Ich finde, das ist ein wunderbares Gleichnis! –

Denn der Herzmuskel, der uns begleitet, uns ausmacht, der arbeitet nun, der schlägt, von unserem 1. Geburtstag in die Zeit, bis zu unserem 2. Geburtstag, dem in die Ewigkeit.

Und im Herzen verorten wir auch das, was uns vor allem ausmacht, uns prägt, uns sein lässt – die Liebe. Jesus fasst alle 613 Gebote der Juden und die 10 Gebote Gottes von Mose so zusammen: *Ein Lehrer des Gesetzes, versuchte Jesus und fragte: Meister, welches ist das höchste Gebot im Gesetz? Jesus aber sprach zu ihm: »Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt«. Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst«.*

In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.

Dieser letzte Satz hat immer wieder zu dem Missverständnis geführt, als handele es sich hier um ein Doppelgebot. Das ist falsch. Das ist eine jahrhundertelange Irrlehre der Kirche!!! Denn Jesus hat uns in seiner Liebe ein Dreifachgebot gegeben: Du sollst Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.

Das ist das Unglaubliche, dass wir unsern Nächsten, also den, der uns nahe ist und damit zur Aufgabe geworden ist, so lieben sollen und dürfen, wie uns selbst.

Nicht weniger! Aber auch nicht mehr!

Und uns selber aber eben auch so, wie wir einen anderen, den wir lieben, lieben.

Dieser Auftrag zu lieben, ist ein Auftrag zur Freiheit.

Denn Lieben kann nur, wer frei ist. Ein Sklave kann das gerade nicht.

Jemand der abhängig ist, der muss vielleicht verehren, aber lieben kann er nicht.

Liebe geschieht in Freiheit und gibt neu Freiheit.

Das Dreifachgebot der Liebe spricht uns als freie Menschen an, denn es traut uns zu, dass wir in Liebe wissen, was jetzt aktuell geboten ist. Und es lässt uns die Freiheit, das, was wir als das Richtige erkannt haben, dann auch in Freiheit zu tun.

Mir begegnen in der Kirche seltsamer Weise immer wieder Menschen, die bemühen sich, dieses Doppelgebot ganz ernst zu nehmen! Und begreifen leider eben nicht, glauben nicht und leben nicht, dass dazu eben auch gehört, sich selbst zu lieben und anzunehmen.

Sie lieben Gott und bemühen sich, den Nächsten zu lieben! Aber mit sich selbst haben sie so ihre Probleme.

„Nur einen fröhlichen Geber hat Gott lieb." Hat Martin Luther einmal gesagt. Und hat in seiner wunderbar klaren Sprache an anderer Stelle hinzugefügt: Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz.

Wir sollen, ja wir dürfen das Dreifachgebot der Liebe leben! Und daher bitte ich Sie: Nehmen Euch an, so wie ihr seid, auch selber aus Gottes Hand an!

Als großartiges Geschenk Gottes an die Welt und nun auch an die eigene Familie und an uns hier in der Gemeinde. Und natürlich auch als Geschenk an sich selbst.

Das ist also das Zentrum unseres Glaubens. Das Zentrum unseres Glaubens ist die Liebe, das Dreifachgebot der Liebe, mit der wir von Gott geliebt werden, als einzigartige Menschen und darauf mit unserer Liebe zu Gott und dem Nächsten, im gleichen Umfang wie uns selbst, antworten. Ein bisschen anders als die Anderen! Ein bisschen besser vielleicht! Und hoffentlich damit dann auch irgendwie auffällig.

Nur in der Kirche kann man so ungeniert von Liebe reden. Weil sie eben unser zentraler Auftrag ist und weil jeder spürt, dass wir hier von etwas anderem reden, als wenn woanders davon geredet würde. Und alle dann bloss hören würden: Lass uns Liebe machen.

Nein, das genau ist nicht gemeint. Obwohl unsere Sexualität eine der schönsten Gaben Gottes für uns Menschen ist. Oder nicht?

Wenn woanders von Liebe geredet wird, dann hat das immer eine andere Konnotation, weil sie sich selber zur Liebe entschließen. Unsere Liebe aber ist unser Auftrag – von dem, der uns zuerst geliebt hat.

Wir aber sagen: Lass uns Liebe leben! Und zwar die Liebe, mit der uns Gott in seiner Liebe zu freien Geschöpfen macht.

Der fromme Begründer der modernen Pädagogik hat seine ganze Pädagogik in einem Axiom, einem Grundsatz, seinem Leitsatz, zusammengefasst:

Erziehung ist Vorbild und Liebe und sonst nichts.

Und ich habe jedes Jahr, wenn ich im Auftrag des Landes Brandenburg die neuen Lehrer in den Dienst des Landes genommen habe, anfangs noch zum Entsetzen meiner MitarbeiterInnen gesagt: *Sie können alles vergessen, was sie im Studium gelernt haben.*

Sie können auch alles vergessen, was sie im Seminar hören! Sie können vergessen, alles was meine Mitarbeiter hier im Hause und ich Ihnen sagen, wenn sie nur den einen Satz von Pestalozzi nicht vergessen und ihn zur Grundlage ihrer Arbeit machen:

Erziehung ist Vorbild und Liebe und sonst nichts.

Wenn Sie diesen Satz zur Grundlage Ihres Lebens und Ihrer Arbeit machen, dann machen sie automatisch alles richtig. Denn dann unterrichten sie Kinder nicht, sondern richten sie **auf.** Dann leben sie ihnen vor, was die ihnen nachleben können. Sie geben ihnen dann mit ihrer Zuneigung und Liebe den Freiraum, sie selbst zu werden.

Und der auch fromme Schüler von Pestalozzi, Fröbel, hat doch das, was er erfunden hat, entwickelt hat, nicht zufällig Kindergarten genannt, sondern deshalb, weil er Kinder, bevor sie zur Schule gingen, in ein Paradies hineinsetzen wollte am Anfang ihres Lebens. Denn aus dem Paradies kommen wir und in ein Paradies sollen und wollen wir doch gehen! Darauf dürfen wir doch hoffen - eben den himmlischen Garten Gottes, das Paradies, in den wir mit unserem 2. Geburtstag hinein geboren werden.

In der Kita, für die ich 11 Jahre zuständig war, hatten wir ein Kind mit besonderem Förderungsbedarf. Und nach einiger Zeit fragte ich die Kollegin, wie es mit dem Kind denn so gehe. Und sie sagte: Wenn man das Mädchen einfach nur Liebe und Zuneigung spüren lassen würde, dann wäre sie ganz normal und es gäbe keine Probleme. Sie würde nicht schreien und bockig sein, sondern dann kann man mit ihr ganz normal reden.

Sehen sie? Diese Kindergärtnerin lässt das Kind also in Liebe so sein, wie es ist!

Der Mensch spürt dann: Ich bin angenommen! Und kann sich daher nun auch ändern! Vermag durch Liebe mehr, als wenn man ihn irgendwohin ziehen würde, erziehen würde.

Es kann sich nun selber ziehen! Weil es gehalten ist. Es kann sich entwickeln.

Und das alles gilt natürlich und ebenso für die Menschen, die andere auf der letzten Etappe ihres Lebens begleiten, da wo Fragen noch viel direkter gestellt werden!

Wo man mit Lebens-Enttäuschungen umgehen muss und der Angst, der Sorge, vor der Endlichkeit des eigenen Lebens in der scheinbar unendlichen Zeit.

Ich habe oft in der Altenpflege gearbeitet, Praktika gemacht und immer wieder erlebt, wie schön es ist, diese große Dankbarkeit zu erleben, wenn ältere Menschen wieder Zuwendung erleben, wo sie sich doch oft abgehängt, manchmal gar als *abgehakt* erleben. Und das gilt natürlich auch für die, die in der Verwaltung arbeiten und mit Papier und Gesetzen, Entscheidungen umzugehen haben. Wie schön, wenn man da jemanden erlebt, der strahlt! Der etwas ausstrahlt! Der keinen Job macht, sondern einen erleben lässt: auch er oder sie erlebt die Arbeit als Beruf, als Berufung.

Sie oder er nimmt sich Zeit, zu erklären und benötigt dadurch letztlich weniger Zeit!

Weil der, dem etwas erklärt wird, sich nicht danach beschwert! Nicht nervt! Nicht wieder kommt! Sondern vielleicht sogar ein paar Blumen schickt oder einen Dank stammelt, weil er bzw. sie sich als Mensch gesehen fühlt und nicht als Nummer, die nur abgearbeitet wird.

Sie alle leben und arbeiten zwar an Verschiedenem, aber mit demselben Auftrag und eben für Menschen, die von uns etwas erhoffen, erwarten! Und jeder von uns kann Sie enttäuschen! Oder aber eben jeder auch an seiner Stelle glücklich machen.

Ich habe mal bei Mitarbeitereinführungstagen einer Stiftung einen Koch im Gespräch erlebt, der strahlte, wenn er von seiner Arbeit redete. Wir hatten in der Gesprächsgruppe, die ich zu leiten hatte, das Thema Job oder Beruf. Man kann Koch eben als Job machen für die Pinunse oder aber eben als Beruf für Menschen verstehen.

Luther hat eine ganz neue, wunderbare Berufsethik geschaffen, eben weil er gesehen, begriffen und verstanden hat, dass alle, nicht nur die Priester, in ihren Beruf hineingerufen worden sind von Gott. Wer sein Hobby zum Beruf macht, muss nie arbeiten. Sagt ein Sprichwort. Deshalb habe ich den Menschen in der Gesprächsgruppe gesagt, dass ich das Glück habe, dass ich noch nie in meinem Leben gearbeitet habe. Aber auch noch nie arbeitslos war. Ich habe noch nie gearbeitet, weil alles was ich bisher gemacht habe, immer Ausübung eines Rufes war, also Berufung. Auch als Tischler, wo ich Chippendale-Füße und Tische machen konnte.

Der alte Ptolemäus hat mal eine physikalische Erkenntnis formuliert, die uns ungeheuerlich, ja absurd erscheint, aber richtig ist.

„*Zeige mir den Punkt, wo mein Fuß fest steht und ich bewege die Erde.“*

Physikalisch völlig richtig, denn würden wir einen solchen Punkt außerhalb der Erde haben, könnten wir mit unserer Kraft die Erde bewegen.

Aber in der Liebe haben wir schon einen solchen Punkt gefunden, haben wir schon festen Boden unter den Füßen, stehen sozusagen auf Granit und haben daher eben nicht auf Granit gebissen.

Gottes Liebe und unsere menschliche, von Gott inspirierte Liebe ist die Sonne, in der Menschen wachsen können! Und deshalb verlässt sich Gott in Jesus Christus auch darauf, dass man mit diesem Dreifachgebot der Liebe alles**, aber auch alles** ausrichten kann:

In dem man Gott zurückliebt mit der Liebe, mit der wir zuerst geliebt worden sind und ebenso sich selbst und dann auch den, den man so als seinen Nächsten entdeckt.

Und Gottes Liebe selber ist so radikal, so von der Wurzel ausgehend und jede Wurzel ergreifend, dass ich mit dem Heiligen Kirchenvater Origines und dem großen Theologen des 20. Jahrhunderts Karl Barth glaube, dass Gott mit seiner Liebe jeden verändern will und kann. Und dass Gottes Liebe zu seinen Geschöpfen so groß ist, dass sie nicht scheitert. Sondern alle Menschen zur Wahrheit führt, zu Gott führt. Wenn nicht in diesem Leben, so dann jenseits unseres Sterbens.

Die Kirche hat diese Lehre von der Wiederbringung aller, die Lehre von der Apokatastasis panton, immer wieder mal als falsch, gar als Irrlehre diskreditiert. Aber ich kann mit dem Blick auf die übergroße Liebe Gottes nichts anderes denken und sehen und glauben. Und deshalb schaue ich lieber auf die übergroße Liebe Gottes als auf die Lehre der Kirche.

Es gibt ein schönes Gebet von der wunderbaren Heiligen Theresa von Avila:

Herr der Töpfe und Pfannen, ich habe keine Zeit, eine Heilige zu sein und Dir zum Wohlgefallen in der Nacht zu wachen, auch kann ich nicht meditieren in der Morgendämmerung und im stürmischen Horizont.

Mache mich zu einer Heiligen, indem ich Mahlzeiten zubereite und Teller wasche.

Nimm an meine rauen Hände, weil sie für Dich rau geworden sind.

Kannst Du meinen Spüllappen als einen Geigenbogen gelten lassen,

der himmlische Harmonie hervorbringt auf einer Pfanne?

Sie ist so schwer zu reinigen und ach, so abscheulich!

Hörst Du, lieber Herr, die Musik, die ich meine?

Die Stunde des Gebetes ist vorbei, bis ich mein Geschirr vom Abendessen gespült habe, und dann bin ich sehr müde. Wenn mein Herz noch am Morgen bei der Arbeit gesungen hat, ist es am Abend schon längst vor mir zu Bett gegangen.

Schenke mir, Herr, Dein unermüdliches Herz, dass es in mir arbeite statt des meinen.

Mein Morgengebet habe ich in die Nacht gesprochen zur Ehre Deines Namens.

Ich habe es im Voraus gebetet für die Arbeit des morgigen Tages, die genau dieselbe sein wird wie heute.

Herr der Töpfe und Pfannen, bitte darf ich Dir anstatt gewonnener Seelen die Ermüdung anbieten, die mich ankommt beim Anblick von Kaffeesatz und angebrannten Gemüsetöpfen?

Erinnere mich an alles, was ich leicht vergesse; nicht nur um Treppen zu sparen, sondern, dass mein vollendet gedeckter Tisch ein Gebet werde.

Obgleich ich Martha-Hände habe, hab' ich doch ein Maria-Gemüt, und wenn ich die schwarzen Schuhe putze, versuche ich, Herr, Deine Sandalen zu finden.

Ich denke daran, wie sie auf Erden gewandelt sind, wenn ich den Boden schrubbe.

Herr, nimm meine Betrachtung an, weil ich keine Zeit habe für mehr. AMEN.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in dem Christus Jesus.

Ankündigungen – Peter Mischo

Nach dem Gottesdienst findet das "Kirchcafé" im Haus der Begegnung statt.

Auf folgende Veranstaltungen in der nächsten Woche können Sie sich freuen:

Montag, den 08.12. um 9:30 Uhr wird wieder gewandert. Wir starten ins neue Jahr mit einer Küstenwanderung bei Palm Mar. Die Wanderung beträgt ca. 11 km, mit etwa 250 Höhenmetern ist sie leicht bis mittelschwer. Treffpunkt, wie immer an der Llanos de Troya beim Golfclub in Playa de las Américas.

Die Promenadenwandergruppe schließt sich der beschriebenen Wanderung an, also auch für die Promenadenwanderer gilt: Treffpunkt 9:30 Uhr beim Golfplatz

Dienstag um 10:00 Uhr findet wieder Yoga mit Marita statt.

Um 12:00 Uhr bietet Christel Nizami ihren Spanischkurs an

Und um 18:00 Uhr (nicht um 17:00 Uhr) findet Line Dance mit Maria

Mittwoch, um 11:00 gibt es Stuhlgymnastik mit Carla

Und um 16:30 Uhr findet das Bibelgespräch mit Pfarrer Reiche im HdB statt.

Um 18:30 Uhr wird die Gesprächsreihe "Wir erzählen aus unserem Leben" fortgesetzt.

Am Mittwoch wird unser Pfarrer Steffen Reiche aus seinem Leben erzählen.

Das Buch „Tiefträumen und hellwach sein“ können sie dann auch für 18 € kaufen.

Am Donnerstag, den 11. Januar legt der Chor los. Treffpunkt ist um 11:30 im Haus der Begegnung. Unter dem Motto: „Freue am Singen“ sind neue, sangeslustige Interessierte herzlich willkommen

Ebenso am Donnerstag wie gewohnt und nicht wie im Gemeindeblatt geschrieben am Mittwoch und dann auch schon **um 16:00** Uhr zur gewohnten Zeit trifft sich der Literaturkreis. Dieses Mal geht es um „Mit Rilke ans Meer“ - Gedichte. Und damit Sie alle während der Lesung aufs Meer schauen können, sind Sie alle sind in die Pfarrwohnung in Chaoyfa eingeladen.

Freitag findet um 15:00 der Spielenachmittag statt.

Nach dem Spiele-Nachmittag um 18:00 Uhr gibt es eine <u>besondere</u> Veranstaltung

Nach dem großen Erfolg am vergangenen Freitag findet im Haus der Begegnung das zweite Konzert mit "musica e parole" statt.

Katharina Richter & Rudolf Gäbler geben sich die Ehre mit "Berlin? Da könn' wa'n Lied von singen "Von der Krummen Lanke bis zum Alexanderplatz. Na, komm'Se kieken!

Der Eintritt ist frei, um Spenden wird gebeten.

Am Samstag um 10:00 Uhr veranstaltet Marita wieder „Yoga auf dem Stuhl“

Am nächsten Sonntag, also am 14. Januar findet im Anschluss an den Gottesdienst das Bergfest statt. Mit dem Bergfest wollen wir in diesem Jahr nicht nur die Halbzeit einläuten, sondern gleichzeitig das dreißigjährige Bestehen der evangelischen Kirchengemeinde Teneriffa Süd feiern. Martin Götz, der damalige Gründer wird auch dabei sein.

Wer uns unterstützen möchte, beispielsweise beim Aufbau, oder durch Kuchenspenden kann sich in Haus der Begegnung in die bereitliegende Liste eintragen. Schon einmal herzlichen Dank im Voraus.

08) <u>Noch zwei Vorankündigungen für die darauffolgende Woche</u>

Am Freitag den 19. Januar um 10:00 Uhr findet wieder das Frauenfrühstück statt. Anmeldung bitte über die Liste im Haus der Begegnung oder direkt bei Lydia Gerstenberg.

Ebenfalls am Freitag, den 19. Januar um 18:00 Uhr geben Katharina Richter und Rudolf Gäbler ihr drittes und letztes Konzert unter dem Titel „Sexappeal- Eine Dieseuse plaudert über ihre Verhältnisse“. Auch hier wird der Eintritt frei sein, um großzügige Spenden wird gebeten. Denn die beiden mussten ja hierher fliegen und hier auch wohnen.

Also bitte vormerken.

Wochenspruch: Die Finsternis vergeht und das wahre Licht scheint schon. 1. Johannes 2,8b

Lied EG 401, 1+4+6+7

Gestern vor 182 Jahren „Einer kam heim nur aus Afghanistan“ 1842

„Das Trauerspiel von Afghanistan“ von Theodor Fontane

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,

Ein Reiter vor Dschellalabad hält,

"Wer da!" - "Ein britischer Reitersmann,

Bringe Botschaft aus Afghanistan."

Afghanistan! Er sprach es so matt; Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,

Sir Robert Sale, der Kommandant, Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn, Sie setzen ihn nieder an den Kamin,

Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht, Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

"Wir waren dreizehntausend Mann, Von Kabul unser Zug begann,

Soldaten, Führer, Weib und Kind, Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer, Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,

Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt, Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt."

Sir Robert stieg auf den Festungswall,

Offiziere, Soldaten folgten ihm all',

Sir Robert sprach: "Der Schnee fällt dicht,

Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,

So lasst sie's hören, dass wir da,

Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,

Trompeter blast in die Nacht hinaus!"

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',

Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,

Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,

Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,

Laut, wie nur die Liebe rufen mag

Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,

Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

"Die hören sollen, sie hören nicht mehr,

Vernichtet ist das ganze Heer,

Mit dreizehntausend der Zug begann,

Einer kam heim aus Afghanistan."

Es ist ein Skandal wenn nur noch Migranten sich in Deutschland trauen, wie Ahmed Mansour oder Gyner Balci oder der Feuerwehrmann Baris Coban die Wahrheit zu sagen - es waren zu zwei Dritteln in der Silvesternacht Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Ablehnung des Staates, in dem sie Zuflucht suchen, durch Angriffe und Übergriffe auf Uniformierte zeigten. (vor allem Syrer, Afghanen und Araber über ein Drittel)

Schlussgebet – Jeder kann es gern haben.

Ich bin dankbar

- für die Steuern, die ich zahle, weil das bedeutet, ich habe Arbeit und Einkommen;

- für die Hose, die ein bisschen zu eng sitzt, weil das bedeutet, ich habe genug zu essen;

- für das Durcheinander nach der Feier, das ich aufräumen muss, weil das bedeutet, ich war von lieben Menschen umgeben;

- für den Rasen, der gemäht, die Fenster, die geputzt werden müssen, weil das bedeutet, ich habe ein Zuhause;

- für die laut geäußerten Beschwerden über die Regierung, weil das bedeutet, wir leben in einem freien Land und haben das Recht der freien Meinungsäußerung;

- für die Parklücke, ganz hinten in der äußersten Ecke des Parkplatzes, weil das bedeutet, ich kann mir ein Auto leisten;

- für die Frau in der Gemeinde, die hinter mir sitzt und falsch singt, weil das bedeutet, dass ich gut hören kann;

- für die Wäsche und den Bügelberg, weil das bedeutet, dass ich genug Kleidung habe;

- für die Müdigkeit und die schmerzenden Muskeln am Ende des Tages, weil das bedeutet, ich bin fähig, hart zu arbeiten;

- für den Wecker, der morgens klingelt, weil das bedeutet, mir wird ein neuer Tag geschenkt.

Lied EG 44 „O Du fröhliche“

Fürbitte Du dreieiner Gott, lehre uns, wie Gemeinschaft gelingt und sei mit deinem Segen in dieser Welt, die zerrissen ist, zerstritten, geschändet, gequält von Hass und Gewalt.

Du dreieiner Gott, lehre uns, wie wir einander verstehen und sei mit deinem Segen bei denen, die gegen Hass und Gewalt demonstrieren.

Du dreieiner Gott, lehre uns, Versöhnung zu suchen und sei mit deinem Segen bei denen,

die sich der Gewalt verweigern und Brücken bauen.

Du dreieiner Gott, lehre uns, barmherzig zu sein und sei mit deinem Segen bei den Kranken und Sterbenden und bei denen, die sie pflegen und beschützen.

Du dreieiner Gott, lehre uns, füreinander dazu zu sein und sei mit deinem Segen bei denen, die mit ihrem Wissen und Können dem Leben dienen.

Du dreieiner Gott, lehre uns zu glauben und sei mit deinem Segen

in deiner weltweiten Kirche, in unserer Gemeinde, bei unseren Freunden und Familien.

Du dreieiner Gott, nimm denen die Macht, die sie an sich gerissen haben und nicht wieder her geben, Menschen unterdrücken und über sie verfügen, als ob sie ihr Eigentum wären – in Moskau und in Minsk, in Damaskus oder im Jemen, Syrien, Myanmar und Nordkorea.

Du dreieiner Gott, du bist die Quelle, du bist das Leben, bei dir ist Frieden.

Dir vertrauen wir uns an – heute und alle Tage. Amen.

Mit den Menschen, die heute morgen lange vor uns in Samoa begonnen haben und in Amerikanisch Samoa lange nach uns enden werden, beten wir:

Vater unser im Himmel. Geheiligt werde dein Name. Dein Reich komme.

Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden. Unser tägliches Brot gib uns heute. Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.

Und führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Bösen.

Denn dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit in Ewigkeit. Amen.

Ich wünsche Euch einen von Gottes Gegenwart begleiteten Start ins Neue Jahr,

Und ich wünsche uns, dass wir in diesem Jahr beten können, als hinge alles von Gott ab. Und ich wünsche uns, dass wir handeln, als hinge alles von uns ab.

Sendung Herr, stärke und segne alle, die das Leben schützen und bewahren wollen.

Nichts soll dich ängstigen, nichts dich erschrecken.

Alles geht vorüber, Gott allein bleibt derselbe.

Alles erreicht der Geduldige und wer Gott hat, der hat alles. Gott allein genügt.

Gott segne dich in deinem Sein und segne dich in dem, was Du bist den anderen.

Segen Gott segne dich in deinem Wirken und segne dich in dem, was Du bewirkst.

Gott segne dich in deinem Tun und segne dich in dem, was daraus entsteht und bleibt und wirkt in allen deinen Werken. Ein offenes Herz schenke er dir für all die Menschen,

die deine Hilfe benötigen. So sei du gesegnet in deinem Sein. So sei du gesegnet in deinem Tun. So sei du gesegnet in deinem Wirken. Es segne dich der dreieinige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist. Amen

Musik

09) Keine Ideologie ist mächtiger als der politische Islam – und keine ist mörderischer
Die Hamas ist kein Einzelfall

Der Islamismus neigt zu exzessiver Gewalt. Die Massaker der Hamas wiederholen nur, was der Islamische Staat
und die Kaida vorgemacht haben. Die Migration verbreitet die Mischung aus Religion und Politik auch in Europa.

Von Eric Gujer

Es wäre blauäugig, auf ein baldiges Ende der islamistischen Gewalt zu hoffen – nicht in Europa und erst recht nicht im Nahen Osten.

Im Namen einer Religion scheint es besonders leicht, auf erbarmungslose Weise zu morden. Die christliche Inquisition marterte Häretiker und Hexen mit glühenden Zangen und ließ sie im Feuer elend sterben. Heute ist es der Islam, der den Zusammenhang von

Gewalt und Glauben bestätigt. Islamischer Staat (IS), Kaida und Hamas: Die Namen sind zum Synonym für Barbarei geworden. Sie verbindet dieselbe perverse Lust an der Tortur und an der Erniedrigung ihrer Opfer.

Der IS hielt den jordanischen Piloten Muas al-Kasaba in einem Eisenkäfig gefangen, liess Benzin in den Käfig fließen und entzündete es. Die Henker hielten die letzten Minuten des 26-jährigen Leutnants im Bild fest und stellten das Video ins Netz.

Die Kaida im Irak filmte die Enthauptung der Geisel Nicholas Berg in allen grässlichen Details und veröffentlichte die Aufnahme im Internet mit dem Kommentar: «Abu Musab al-Zarkawi (der Anführer der irakischen Jihadisten) schlachtet einen Amerikaner.»

Überlebende Augenzeugen der Massaker in Südisrael berichten, wie Hamas-Kämpfer Jüdinnen nicht nur vergewaltigten, sondern diese vorsätzlich quälten und verstümmelten. Den halbnackten und misshandelten Leichnam der Israelin Shani Louk fuhren ihre Peiniger im Triumphzug durch Gaza. Sie brüsteten sich in einem Video mit der Schändung und stellten ihr Opfer wie eine Jagdtrophäe zur Schau.

Der Sadismus hat System

Es sind Grausamkeiten, wie sie religiöse Inbrunst hervorbringt. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Mörder gläubig sind. Sie benutzen die mit Zitaten aus dem Koran geschmückten grünen Fahnen und Stirnbänder, die zum Erkennungszeichen der muslimischen Gotteskrieger geworden sind. Die Religion liefert die Rechtfertigung für Inhumanität. Der stolz bekannte Sadismus entspringt nacktem Hass. Die Opfer – ob Muslime, Juden oder Christen – sind in den Augen der Henker keine Menschen. Sie sind Ungeziefer, das es auszurotten gilt.

Nach allen Begriffen der Zivilisation sind diese Taten wahnsinnig, und doch folgen sie ihrer eigenen Rationalität. Es ist dieselbe Vernunft, die schon die Nazis bewog, in Osteuropa einen Vernichtungsfeldzug gegen Slawen und Juden zu führen, während sie an der Westfront die damaligen Standards des Kriegsrechts meistens einhielten. Man kann verrückt und zugleich vernünftig sein.

In dieser Logik plante die Hamas ihre Vergewaltigungsorgie: methodisch und mit langem Vorlauf. Die Bestialität entspringt nicht dem Zufall oder dem Affekt, sie ist Strategie. Erst das macht ihre ganze Monstrosität aus.

Politische Ideologien können denselben mörderischen Fanatismus gebären. Die Gaskammern der Nazis legen Zeugnis davon ab. Doch jede Epoche schafft sich ihren eigenen Irrsinn. Das letzte Jahrhundert brachte die Massenideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus hervor. Sie waren zugleich säkularisierte Religionen. Heute haben sie nur noch begrenzte Anziehungskraft.

Der Islamismus, die mit Politik aufgeladene Religion, drückte dem 21. Jahrhundert hingegen gleich am 11. September 2001 einen Stempel auf. Weltweit ist keine Ideologie derzeit wirkmächtiger. Ihre Stärke liegt gerade darin, dass sie die Grenzen zwischen säkularer Lebenswelt und Religiosität überwindet.

Der Islamismus ist die erfolgreichste Antwort des Islam auf die Moderne. Er dominiert in Afghanistan genauso wie in Iran oder der Türkei, und er breitet sich in Europa aus. Es ist

also keine Islamfeindlichkeit, sondern nüchternes Risikokalkül, wenn man auf den Zusammenhang von Islam, Terror und Migration hinweist.

Russland und China sind geopolitische Rivalen des Westens, Putin führt einen Krieg gegen die europäischen Werte. Aber Moskau und Peking besitzen keine Ideologie, die Menschen im Gazastreifen und in den Vorstädten von Paris gleichermaßen in ihren Bann zieht. Die Breitenwirkung macht den Islamismus so gefährlich und unterscheidet ihn von der Bedrohung durch staatliche Akteure.

Der religiöse Fanatismus ist nichts Fremdes, er hat in Europa Wurzeln geschlagen. Längst eingebürgerte Migranten oder ihre Kinder hängen ihm genauso an wie Asylbewerber, welche die große Völkerwanderung nach Europa verschlägt. Die Islamisten sind keine Sekte. Ihre Mischung aus Religion und Ideologie strahlt selbst dorthin aus, wo die blutrünstigen Exzesse weit weg scheinen. Der Berliner Stadtteil Neukölln ist friedlich, meistens jedenfalls, und doch ist er ein Kampffeld. Die Hamas ist der palästinensische Arm der Muslimbrüder. Diese sind gut organisiert und verfügen auch in Europa über respektabel erscheinende Aushängeschilder.

Zugleich ist der Islamismus schwer zu fassen. Er kommt in vielerlei Gestalt daher bis hin zu der in Genf registrierten «Nichtregierungsorganisation», die Hamas-Propaganda im Internet verbreitet. Auch das Verhältnis zur Gewalt variiert von gewaltfrei bis barbarisch. Gemeinsam sind allen Schattierungen die Indienstnahme der Religion für politische Zwecke und der unbedingte Glaube an die Überlegenheit des Islam.

Linke Antirassisten behaupten, Juden seien wie Weiße generell Unterdrücker. Sie lieben den Begriff «Islamophobie», der jede kritische Auseinandersetzung mit dem Islam, also auch mit dem Islamismus, als krankhaft stigmatisiert. Aber die Linke ignoriert den Anspruch der Islamisten auf Suprematie ihrer Religion. Nirgendwo wird diese Selbstüberhebung so deutlich wie in der Selbstverständlichkeit, mit der Organisationen wie Kaida, Hamas und IS jenseits aller Normen und Gesetze über Leben und Tod entscheiden.

Mit den Ängsten von Menschen zu spielen, löst Allmachtsgefühle aus. Das mag manches kompensieren: ein miserables Leben in den Palästinensergebieten, in der Banlieue oder einem deutschen Asylbewerberheim. Doch ist der Islamismus keine defensive Reaktion auf soziale Benachteiligung. Die Deutung ist zwar bequem, weil sie westlichen Denkschablonen entspricht. Sie übersieht aber die Urgewalt der Bewegung, welche die Welt ihren Vorstellungen untertan machen will.

Wenn die Hamas als Organisation überlebt, wächst das Risiko von Anschlägen

Die exzessive Gewalt schreckt Sympathisanten nicht ab, im Gegenteil. Was andere anwidert, verschafft ihnen einen Kick. Der sadistische Irrsinn zieht verwandte Naturen an. Viele der Einzeltäter, die nur mit einem Messer bewaffnet überall in Europa zuschlagen, leiden unter psychischen Störungen. Terror und Wahn sind Zwillinge.

Der Köpfe abschlagende Schlächter Zarkawi hat die Grausamkeit als Markenzeichen entwickelt. Der IS übernahm sie und wurde seinerseits zum Vorbild, wohl auch für die Hamas. In Frankreich enthaupteten Islamisten mehrere Personen. Erfolgreiche Werbestrategien werden kopiert, gerade wenn sie pervers sind.

Es wäre daher blauäugig, auf ein baldiges Ende der islamistischen Gewalt zu hoffen – nicht in Europa und erst recht nicht im Nahen Osten. Der IS ist längst zerschlagen, und doch

inspiriert er noch Menschen zu Anschlägen. Auch die am 7. Oktober demonstrierte Bestialität wird Nachahmer finden. Und die irreguläre Einwanderung bringt traumatisierte Menschen nach Europa: ein unerschöpfliches Reservoir für Fanatismus und Gewalt.

In Deutschland geht die größte Gefahr von Islamisten aus

Neu eingeleitete Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft im Jahr 2023 (bis Ende August)

• Islamismus: b **284**
• Rechtsextremismus: 11
• Linksextremismus: 0
Quelle: Bundesanwaltschaft

Während der IS Anschläge in Europa plante und seine Anhänger dazu aufrief, konzentrierte sich die Hamas auf Israel. Die palästinensische Miliz sah sich als disziplinierte Streitmacht, die den Judenstaat mit technisch anspruchsvollen Raketen bekämpfte und nicht mit Attentaten wie in ihrer Frühphase. Terror ist das Mittel des militärisch Unterlegenen. Je mehr Hamas-Brigaden Israel unschädlich macht, umso grösser wird die Unterlegenheit. Damit steigt das Risiko von Anschlägen in Europa, weil diese leicht auszuführen sind und eine hohe Propagandawirkung entfalten.

Eine Hamas, die als militärische Organisation geschwächt ist, sich aber einen Rest an Handlungsfähigkeit bewahrt, wäre das schlechteste Ergebnis des Gaza-Kriegs. Orientierten sich die Europäer an ihren Sicherheitsinteressen, würden sie die israelische Armee darin unterstützen, alle Kriegsziele zu erreichen.

Die Hamas in eine Nachkriegsordnung einzubeziehen, ist nach dem 7. Oktober undenkbar. Auch mit der Kaida und dem IS gab es keinen Kompromiss. Die westlichen Streitkräfte verfolgten nur ein Ziel: sie zu eliminieren. Alle gutgemeinten Vorschläge des Interessenausgleichs und der Inklusion scheitern an Organisationen, die jegliche Zivilisation hinter sich gelassen haben. Das gilt auch für ihre Ableger in Europa, denen immer noch viel zu verständnisvoll begegnet wird.

Kommentare:
Wolff Heinrichsdorff vor einem Tag
Der Import des politischen Islam wird nicht durch abverlangte Schwüre zur Verfassungstreuer gestoppt!
Der Koran erlaubt das zielgerichtete Täuschen und Betrügen ausdrücklich!

O. G. vor einem Tag
den Blinden aus dem Linken Spektrum nicht wichtig zu sein. Die ganze Pro-Palästina Bewegung zeugt Hervorragender Kommentar von Herrn Gujer. Israel dient als Damm, der diesen gefährlichen organisierten Terror von Europa und dem Westen fernhält. Die Vernichtung der Hamas und allen von Iran gesteuerten islamistischen Terrorgruppen (Hisbollah etc.) muss zu Ende geführt werden, auch
wenn die Bilder aus Gaza noch so schlimm und schrecklich sind. Krieg war nie schön und wird es auch nie sein. Statt Israel Druck zu machen, den Krieg zu beenden, sollte der Westen lieber Israel und der Welt helfen, dieses Islamismus-Geschwür vollständig zu

zerstören. Die naivste Forderung derzeit ist die Forderung zum Waffenstillstand. Als ob damit die Probleme gelöst werden würden. Dass es vor dem 7.10. einen Waffenstillstand gab, und wer diesen gebrochen hatte, das scheint von Ignoranz und Naivität.

Quelle: https://www.nzz.ch/meinung/die-hamas-ist-kein-einzelfall-der-politische-islam-neigt-zur-gewalt-ld.1770329

10) Predigtkreis & Hauskonzert bei Familie Bruhns & Greift Putin die Nato an?

Steffen Reiche Di., 2. Jan., 20:00

Liebe Predigtkreisgemeinde,

hier die Predigt vom Silvester-Abend.

Im Anhang die ganze Agende des Gottesdienstes und eine Audio-Datei, wo man die Predigt auch hören kann.

Feliz ano - das nuevo lassen die Canarios weg, wie sie auch sonst Spanisch sehr schnell und effizient sprechen - z.B. auch das s in gratias weg lassen.

Herzlich grüßt Sie

Ihr Steffen Reiche

Predigt am Altjahrsabend von Pfarrer Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und kommen wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

„Der Himmel der ist, ist nicht der Himmel, der kommt……, wenn einst Himmel und Erde vergehen.“ Haben wir gerade gesungen wir mit dem Lied von Kurt Marti EG 153.

Ein Lieblingslied von mir. Mit so wenig Text so viel zu sagen, das kann nur ein großer Dichter, Verdichter von Gedanken.

Wir reden vom Himmel, aus dem unser Wetter kommt und dem Himmel Gottes.

Wir haben also zwei Himmel, aber nur ein Wort. Die Briten haben für Himmel zwei Worte – sky und heaven. Der Himmel unseres Wetters, in dem wir fliegen ist sky und wir sehen die skyline. Aber der Himmel von „Vater unser im Himmel“ ist heaven.

Weil wir nur ein Wort für Himmel haben und deshalb so viele Enttäuschungen und noch mehr Missverständnisse entstehen über die, die vom Himmel reden, verlieren so viele ihren Glauben.

Der Himmel der ist, ist das Ordnungssystem der Zeit. Deshalb gibt es Jahre. Am Ende des Jahres aber bleibt von jedem Abreißkalender nur ein Haufen von Zetteln.

Zum Jahreswechsel dreht sich alles um den Kalender. Aber warum eigentlich? Wofür gibt es „Jahre“? Und was „machen“ sie mit mir?

Ich will mit ihnen heute vor Gott danach fragen, warum die Welt so ist, wie sie ist und: Warum sie anders sein sollte und könnte.

Das heute vergehende Jahr war nicht nur das wärmste seit den Aufzeichnungen von 1881, sondern das dritte Jahr in Folge, was diesen Rekord aufstellte. Sandsäcke helfen gegen die Fluten, aber nicht gegen den Klimawandel, den viele noch nicht sehen. Es war ein Jahr in dem es gleich mehrere Kriege in Europa gab. 706 Tage Krieg in der Ukraine, 85 Tage in Nahost. 700 000 Tote in dem einen, wohl über 21 000 Tote in dem anderen gibt es. Wir können den Ukrainern und den Israelis und den Palästinensern zwar helfen, indem wir sie unterstützen, für sie beten und Solidarität zeigen, aber mehr können wir scheinbar im Moment nicht.

Und wir sind in das Anthropozän eingetreten, das Zeitalter der Erde, in dem erstmals der Mensch die Erde verändert und prägt und nicht die Erde uns Menschen prägt und verändert.

Zugleich war das vergangene Jahr ein Jahr des Protestes. An vielen Orten der Welt, aber auch überall hier im Land, gab es Proteste, weil Menschen merken, dass es so nicht weiter geht und weil sie fürchten, dass es einfach so weiter gehen könnte.

Und von anderen, weil sie nicht einsehen, dass es nicht mehr so weiter geht.

Beide Gruppen stehen sich zunehmend unversöhnlich gegenüber und die Gesellschaft ist in immer mehr Staaten der Erde gespalten – leider oft beinahe pari pari und wir haben immer weniger Möglichkeiten das Not-Wendende zu tun, weil sich die demokratischen Mehrheiten dafür gar nicht oder immer erst zu spät finden lassen.

Im Iran und in China bewegt sich etwas und wir hoffen, dass die Menschen die Kraft haben, sich Ihre Rechte zu erkämpfen gegen menschenfeindliche Diktatoren. Und an die widerlichste Diktatur haben in Nordkorea haben wir uns gewöhnt, weil sich seit über 70 Jahren nichts ändert.

Und: Ja, die Not ist gelindert worden. Es gibt immer weniger, die nur von einem Euro pro Tag leben müssen. Aber zugleich wird die Spaltung der Gesellschaft in den Ländern und auf der Erde immer größer. Hatte früher ein Unternehmer oft „nur“ das vierzigfache des Einkommens im Vergleich zu seinen Arbeitern, so ist es heute oft weit mehr als das Doppelte, manchmal hundertfach mehr als die, die doch die eigentliche Arbeit leisten.

Die erste Predigt Jesu, gehalten in einer Synagoge in Nazareth, der Heimatstadt seiner Eltern, hält er nachdem er den Propheten Jesaja gelesen hat: *„Der Geist des Herrn ist auf mir, weil er mich gesalbt hat und gesandt, zu verkündigen das Evangelium den Armen, zu predigen den Gefangenen, dass sie frei sein sollen, und den Blinden, dass sie sehen sollen, und die Zerschlagenen zu entlassen in die Freiheit und zu verkündigen das* ***Gnadenjahr des Herrn****.« Und als er das Buch zu tat, gab er's dem Diener und setzte sich. Und aller Augen in der Synagoge sahen auf ihn. Und er fing an, zu ihnen zu reden: Heute ist dieses Wort der Schrift erfüllt vor euren Ohren.“*

Deshalb haben wir unsere Zeitrechnung umgestellt und zählen die Zeit seit seiner Geburt, weil wir ihm glauben, dass mit seinem Kommen in die Welt, wirklich die Zeit erfüllt ist und die Gnadenzeit Gottes begonnen hat.

Ja, wir hatten auch 2023 trotz alledem ein Gnadenjahr des Herrn. Denn Gott ist noch einmal gnädig mit uns gewesen. Aber ich weiß nicht, ob die Menschen in der Ukraine oder im Iran, die in China oder die im Jemen oder die in Syrien auch so denken.

Von der Gnade reden, heißt eben auch zu verstehen, anzunehmen, zu akzeptieren, dass wir Gnade brauchen. In der Kirche, dem ganz anderen Ort, der Heterotopie, dem Ort, an dem die Uhren anders gehen, und dem Ort der Utopie, an dem anders und Anderes geredet wird, reden wir von Gnade, weil wir wissen, dass wir aus der Gnade Gottes leben, dass wir sie brauchen.

Und wir geben damit zugleich Antwort auf den, der uns zuerst geliebt hat. Diese Liebe zeigt sich, in dem Gott uns in dem Kind in der Krippe ganz unverschämt, also ohne Scham nahe-gekommen ist. Unser Auftrag seit dem Kommen Gottes in die Welt ist die Welt besser zu machen, nicht für einige wenige, sondern für alle, denn wir alle sind in gleicher Weise Geschöpfe Gottes.

Einer der die große katholische Welt-Kirche geprägt hat über Jahrzehnte, seit er bei dem 2. Vatikanischen Konzil mit dabei war, hat sein wichtigstes Buch über den wichtigsten geschrieben – über Jesus. Dem wollte er nachfolgen und hat deshalb sein ganzes Denken auf ihn gerichtet, an ihm geschärft.

2. Der Himmel, der kommt, das ist der kommende Herr, wenn die Herren der Erde gegangen. Haben wir gesungen.

Bundespräsident Heinemann hat es einmal wunderbar auf den Punkt gebracht: „Die Herren der Welt gehen. Unser Herr aber kommt.“ Und mit einem Lied aus meiner Jugend will ich uns erinnern:

Seht, man musste sie begraben, die der Welt Gesetze gaben, und ihr Wort hat nicht Bestand. Ihre Häuser wurden Trümmer, ihre Münzen gelten nimmer, die man in der Erde fand.

Ihre Namen sind verklungen, ihre Lieder ungesungen, ihre Reiche menschenleer.

Ihre Spiegel sind zerbrochen, ihre Sprachen ungesprochen, ihr Gesetz gilt längst nicht mehr.

Jesu Name wird bestehen, Jesu Reich nicht untergehen, sein Gebot gilt alle Zeit.

Jesu Wort muss alles weichen und ihn kann kein Tod erreichen. Jesus herrscht in Ewigkeit.

Weil die Christen das glauben, haben sie den Mut und die Kraft und die Macht gehabt, die antike Welt im Römischen Reich zu entzaubern. Sie haben nicht mehr an die alten Götter Roms geglaubt oder die alten Götter in Ägypten, sie haben nicht mehr an Astrologie, nichtmehr an Sternzeichen geglaubt, nicht an das Fatum, dass über einen Menschen

verhängt ist, sondern an den lebendigen Gott, von dem Jesus geredet hat. Den Jesus uns vorstellte auf der Welt. Denn in ihm war diese Weissagung des Propheten Jesaja erfüllt.

Und nachdem sie die Welt entzaubert haben, wie es der große Soziologe Max Weber genannt hat, haben sie begonnen, die Welt neu im Namen Jesu zu verzaubern. Über 1700 Jahre, nach der Anerkennung des christlichen Glaubens, haben sie es in kleinen Schritten, gegen Staaten und Kirchen versucht, die Welt zu verändern, besser zu machen.

Unglaublich viel ist gelungen. Gemessen an unserer Aufgabe aber haben wir noch immer jämmerlich versagt. Beides ist wahr, beides ist auszuhalten.

Als der Verfassungsrechtler Wolfgang Böckenförde über „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ in einem Aufsatz nachdachte, hat er geschrieben: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Diese Voraussetzung ist letztlich und ursprünglich der Glauben an Jesus Christus, denn er hat in einem fast zweitausendjährigen Kampf dazu geführt, dass wir verstehen und anzuerkennen gelernt haben, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, weil sie uns von Gott gegeben worden ist.

Und wir haben Gott sei Dank den Mut und die Weitsicht gehabt, das für alle Menschen zu behaupten, verfassungsrechtlich zu normieren und nicht nur für die Getauften in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. *Denn Gott will, dass allen Menschen geholfen werde.*

Nicht nur denen, die schon jetzt ihm folgen und sich haben taufen lassen. Die Taufe ist das Zeichen für diese Verzauberung der Welt, denn sie ist das menschheitsgeschichtlich erste religiöse Ritual, das an Männern und Frauen, Mädchen und Jungen, in gleicher Weise vollzogen wird.

Es ist damit auch letztlich welt- und profangeschichtlich der Ursprung der Gleichberechtigung und heute endlich auch der Gleichstellung von Frauen! Auch wenn es fast 2000 Jahre gedauert hat, bis wir das in unseren Alltag vordringen lassen haben, bis es heute nun rechtliche Wirksamkeit hat, in unseren Gesetzen steht und vor Gericht eingeklagt werden kann.

Das ist einer der Gründe, warum zwar immer mehr Menschen in die westliche Welt wollen und dafür höchstgefährliche Fahrten in Nussschalen auf sich nehmen, zugleich aber immer mehr Staaten den Kampf gegen diesen Westen proklamieren.

An einem Tag wie heute, wo wir in ein neues Jahr gehen und über die Beschneidung Jesu und seine Taufe, über die wir dann am 8. Januar

nachdenken, lassen sie uns einmal mit aller Klarheit fragen, wie die Religionen die Welt geprägt, verändert haben. Diese Frage muss wieder und wieder gestellt und beantwortet werden! Gerade weil man sie sich heute nicht mehr zu stellen wagt, weil sie über Jahrhunderte, ja vermutlich Jahrtausende, immer wieder leider auch der Beginn von Ungleichbehandlung, von Ungerechtigkeit und von Diskriminierung gewesen ist. Das aber darf nicht sein. Das ist intolerabel! Alle Menschen, egal welchen Geschlechts, egal welcher Hautfarbe, egal welcher Religion oder Konfession, egal welcher Nationalität oder welcher sexuellen Identität, egal ob behindert oder nicht, haben die gleichen Rechte.

Sie merken und wissen: das sind die Grundrechte des Grundgesetzes der Bundesrepublik von 1949 und die internationalen Menschenrechte der UNO von 1948. Aber wo kommen sie her? Sind sie vom Himmel gefallen? Im Grund ja. Mit Jesus nämlich. Im Hören auf ihn haben Christen, also Nachfolger von ihm, das verstanden und haben es dann mit über 1900 Jahren Verzögerung durchgesetzt, umgesetzt, zu verbindlichem Recht werden lassen.

Für Juden ist diese Gleichberechtigung erst ein Ereignis, wenn Gott auf seine Erde zum Zion kommt. Es ist ein eschatologisches Ereignis am Ende aller Zeiten. Für die Muslime gilt es bis heute nicht und wird auch nur sehr unzureichend praktiziert. Auch Hindus oder Buddhisten haben dazu leider keinen Anstoß gegeben, sondern es ist eine Rechtsauffassung des christlichen Abendlandes, des Westens, die die US-Amerikaner und die Briten und Franzosen bei der Gründung der Vereinten Nationen nach dem Desaster des 2. Weltkrieges durchgesetzt haben. Mitglied konnte nur werden, wer das anerkannt hat.

3. Der Himmel, der kommt, das ist die Welt ohne Leid, wo Gewalttat und Elend besiegt wird. Noch einmal, um nicht missverstanden oder nicht missbraucht zu werden:

Auch wenn die Menschenrechte sozusagen auf dem christlichen Acker gewachsen sind und von Menschen, die auf Jesus gehört haben, gegen Kirchen und Staaten durchgesetzt worden sind, haben wir keinen Grund zur Überheblichkeit! Keinen Grund zur Arroganz. Das war eben unser Auftrag.

Und wir haben leider von Pfingsten im Jahr 33 nach Christi Geburt bis 1948 gebraucht, also hatten über 1900 Jahre Verspätung, um diesen Auftrag Jesu umzusetzen. Es hat die Reformation, die Europäischen Revolutionen und die Aufklärung gebraucht, bis wir diesen Auftrag in gültiges Recht umgesetzt haben. Unerträglich langsam.

Wir haben als Christen also keinen Grund uns auf die Schulter zu klopfen, sondern wir sollen nur wissen, wo unsere Rechte, unser Denken und damit auch letztlich unser Wohlstand herkommen, damit wir die Quelle unseres Denkens, unserer Rechte und somit unseres

Wohlstandes sauber halten. Denn noch nie seit Hitler und den Deutschen Christen ist diese Quelle so gefährdet gewesen, wird sie so missachtet, ja zer-trumpelt wie heute und in putinesker Weise geschändet.
Auch und leider gerade von denen, denen wir doch im 20. Jahrhundert die Rettung unserer Zivilisation verdanken! Die mit Würde und Anstand die Welt wieder in Balance gebracht haben. Der Beitrag der Russen dazu ist leider immer marginal geblieben im Vergleich zu ihrem Hunger nach mehr Macht und Einfluss, ja Besitz von immer mehr Territorien, bis hin zu einem Sechstel der Erde, was sie sich einmal zu eigen gemacht haben, unterworfen haben in Gestalt der Sowjetunion. Und auch heute gehört den 132 Millionen ein Achtel der bewohnbaren Erdoberfläche.
Heute vor 20 Jahren hat nach Gorbatschow und Jelzin Putin die Macht in diesem Riesenreich übernommen und er nutzt seine Macht seit Jahren leider vor allem, um seine Ideen von einer Großmacht Russland durchzusetzen – rund um Russland mit vielen frozen conflicts, die er jederzeit wieder hochfahren kann. In Syrien, wo er einen der widerlichsten Diktatoren an der Macht hält, der für über 400 000 Tote verantwortlich ist und viele Millionen Flüchtlinge. Und seit 706 Tagen in der Ukraine, die er vom Weg nach Europa abhalten will.

Jesus hat, als seine Mutter und seine Brüder zu ihm kamen und seine Zuhörer sich aus Respekt und Rücksicht zurückziehen wollten, zu ihnen gesagt: Wer Gottes Wort hört, dass sind meine Schwestern und Brüder. Bleibt hier sitzen.

Und hat seine Mutter und Brüder weggeschickt. Unerträglich asozial für die damalige Welt. Aber die geistige Grundlage für unsere heutige Gesellschaft.

Und eine solche Kirche hilft dann eben auch den Staat so zu formen, dass er nicht zur Beute wird für die Reichen und Mächtigen, sondern, - leider viel zu schwach, viel zu kläglich, aber immerhin, - dafür sorgt, dass die Menschen in Würde und Recht und auch die Ärmsten mit ein bisschen Wohlstand leben können.

4. Der Himmel, der kommt, das ist die fröhliche Stadt, und der Gott mit dem Antlitz des Menschen.

Der Sohn von Maria, Jesus, hat Revolutionen und Reformen inspiriert, die die Welt verändert haben. Und fragen wir weiter! Woher kommt der Wohlstand?

Warum ist gerade auch in den Ländern, in denen seine Botschaft verkündet wurde, die moderne Naturwissenschaft entstanden und später die moderne Form zu produzieren? Nicht durch Zufall, Rasse

oder Klima! Sondern deshalb, weil man hier über Jahrhunderte die Schöpfungsberichte der Bibel gelesen hat und ihnen glaubte, auf sie vertraute. Und dort eben gelesen hat, dass Gott alles geschaffen hat – durch sein Wort.

Gott hat nicht selber Hand angelegt, hat nicht selber die Erde gebastelt, wie es in anderen Schöpfungsmythen zu lesen ist, sondern die Schöpfung ist durch sein Wort geworden.

Und dann haben die Menschen damals angefangen darüber nachzudenken, was das bedeutet und die Kirchen haben das zu Beginn über viele Jahrzehnte als Hybris abgelehnt und diese Menschen dann als Ketzer verurteilt und sogar verbrannt oder auf andere Weise getötet. Weil die Kirche leider eben Sorge hatte und Angst, dass wenn sich die Sonne nicht um die Erde dreht, der Mensch dann nicht mehr im Mittelpunkt stehen würde und man der Kirche dann vielleicht nicht mehr glauben würde.

Aber Jesus Christus hat die Menschen eben auch dazu inspiriert und Ihnen den Mut gegeben, der Kirche so zu widersprechen, wie er vor seiner Kreuzigung der Synagoge, dem Tempel, den Hohenpriestern und Schriftgelehrten widersprochen hatte.

Deshalb haben Johannes Kepler und Galileo Galilei die Gesetze des Kosmos entdecken können und der Kirche widersprochen und es hat sich wundervoller Weise gezeigt: Alles das, was Gott durch sein Wort geschaffen hat, dass kann in seiner Wirkweise, in seinem Mechanismus auch wieder in Worte, in Naturgesetze gespiegelt werden. So wie der ganze Kosmos einst auf Gottes Schöpfungswort gehört hat, so bewegt er sich bis heute nach den für den Menschen erkennbaren, den der Schöpfung von Gott eingestifteten Gesetzen. Wir nennen sie heute Naturgesetze.

Und als man einmal damit angefangen hatte, wollte und konnte man nicht wieder aufhören! Denn man fand ja nun immer wieder Neues! Nicht nur im Kosmos durch die Kosmologie und Astronomie, sondern auch in der Physik, in der Chemie und in der Biologie, in der Genetik, in der modernen Medizin. Und dann gelang es sogar, alles auf „Ja oder Nein“ zurückzuführen, auf 0 oder 1, auf die digitale Entscheidung und digitale Prozesse.

5. Der Himmel, der kommt, grüßt schon die Erde, die ist, wenn die Liebe das Leben verändert.

Martin Luther hat einmal geschrieben: „Die Heilige Schrift ist ein Kräutlein! Je mehr du es reibst, desto mehr duftet es.“ Das Kräutlein reiben, damit es duftet, das sollen und können wir im neuen Kirchenjahr. Und die Welt lieben mit dem, den Gott uns als unseren Nächsten anvertraut hat. Nur durch Liebe verändern wir dauerhaft, bleibend die Welt. Denn dann sehen wir den anderen wie er ist und können ihn lieben, also annehmen wie uns selbst. Denn wir haben doch alle die gleichen Rechte. Und damit müssen wir im neuen Jahr noch ernster sein als im letzten Jahr. Und so dürfen wir mit der neuen Jahreslosung ganz verwundert erkennen: Du bist ein Gott, der mich sieht.

Wir alle haben doch die selben Fragen. In den Glaubenskursen haben immer alle letztlich dieselben existentiellen Fragen – ob schon lange gläubig oder erst bei den ersten Schritten.

Und lassen sie uns bitte in diesem kommenden Jahr des Heils wieder etwas mehr unsere dummen Ressentiments überwinden. So wie es der globale Intellektuelle Pankaj Mishra in seinem neuen Buch über „Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart“ fordert.

Unsere auf Vorurteilen oder einem Gefühl der Unterlegenheit oder dem Neid beruhende gefühlsmäßige Abneigung, so ist Ressentiment ja zu verstehen, hilft uns nicht weiter.

Wir haben nur diese eine Erde. Und wir teilen sie miteinander und müssen uns in diesem Raumschiff, in dem wir auch gerade jetzt mit über 107 000 Stundenkilometern durchs All rasen, gemeinsam **ein**richten, sonst können wir in Zukunft gar nichts mehr **aus**richten. Bitte lassen sie uns vernünftigen Glauben und eine glaubhafte Vernunft im neuen Gnadenjahr des Herrn in eine gute Balance bringen. Ich will als Bruder von Ihnen und als Pfarrer, als Pastor meinen Teil gern dazu beitragen.

Auch in diesem Jahr habe ich wieder an alten Fachwerkhäusern gelesen: Anno domini – „Jahr des Herrn“ oder „Jahr des Heils“. Menschen haben sich das als Merkposten an ihre Hauspfosten geschrieben, um unter des Herrn Hut zu leben und so „ein und aus“ zu gehen. Sie zählen ihre Zeit von der Weihnacht damals in Bethlehem, weil sie glauben, dass es Gott gut mit uns meint, weil sie daraus leben, dass wir in einer Gnadenzeit leben – und in ein neues Gnadenjahr des Herrn gehen. Das wünsche ich uns, dass wir das gemeinsam glauben, dass wir gemeinsam daraus leben und die Quellen unseres Lebens nicht versanden, nicht verdrecken lassen. Amen.

11) Einladung zum Hauskonzert

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

Über viele Jahre luden wir in unseren Salon ein. Der Hausherr kochte, wir genossen das Essen und Trinken und führten angeregte Gespräche. Pfarrer Reiche vermittelte uns immer wieder interessante Gesprächspartner. Ab 2024 heißt es: Auf zu neuen Ufern.

Wir laden **zu unserem ersten Hauskonzert ein: am Sonntag den 21.01.2024, um 18.00.**

Wir freuen uns auf **Uwe Hirth-Schmidt und sein Morpheus Trio*:**

Das sind MinJung Kang (Violine), Miguel Lucas (Viola), Uwe Hirth-Schmidt (Cello) und Marcel Mok (Klavier).

Sie spielen für uns eine bunte Zusammenstellung aus u.a. Bach (Goldberg Variationen neu gemischt für zwei Besetzungen), Mozart (Klavierquartett KV493), Clara Schumann (Klaviertrio Op.17) und Robert Schumann (Klavierquartett Op.47).

Dieses alles in unserem Wohnzimmer: Der Eintritt ist frei. Dafür nehmen wir einen Austritt. Wir bitten um eine **reichliche Spende** für diese vier erstklassigen Künstler.

Wir freuen uns über Euer/Ihr Kommen! Mit freundlichen Grüßen

Ilsa und Jürgen Bruhns

u.A.w.g. bis zum 15.1.2024

Lückhoffstr. 16

12) Putin wird die NATO angreifen. Schon 2024?

Von Richard Herzinger

Wer glaubt, dass Putin vor einem Angriff auf NATO-Staaten Halt machen wird, hat das Wesen des russischen Terrorstaats noch immer nicht verstanden. Und schon gar, wer sich daran klammert, Russland könnte irgendwann zu einem „Frieden" bereit sein. Putin und sein Regime existieren vielmehr nur für den Krieg, für die globale Verbreitung von Tod und Zerstörung. Und Russland hat dabei zu allem entschlossene Verbündete und Helfer. 2024 wird sich die Bedrohungslage für die gesamte freie Welt daher dramatisch weiter zuspitzen.

https://herzinger.org/putin-wird-die-nato-angreifen-schon-2024

13) Keine Ideologie ist mächtiger als der politische Islam – und keine ist mörderischer. Die Hamas ist kein Einzelfall

Der Islamismus neigt zu exzessiver Gewalt. Die Massaker der Hamas wiederholen nur, was der Islamische Staat und die Kaida vorgemacht haben. Die Migration verbreitet die Mischung aus Religion und Politik auch in Europa.

Von Eric Gujer

Es wäre blauäugig, auf ein baldiges Ende der islamistischen Gewalt zu hoffen – nicht in Europa und erst recht nicht im Nahen Osten.

Im Namen einer Religion scheint es besonders leicht, auf erbarmungslose Weise zu morden. Die christliche Inquisition marterte Häretiker und Hexen mit glühenden Zangen und liess sie im Feuer elend sterben. Heute ist es der Islam, der den Zusammenhang von Gewalt und Glauben bestätigt. Islamischer Staat (IS), Kaida und Hamas: Die Namen sind zum Synonym für Barbarei geworden. Sie verbindet dieselbe perverse Lust an der Tortur und an der Erniedrigung ihrer Opfer.

Der IS hielt den jordanischen Piloten Muas al-Kasaba in einem Eisenkäfig gefangen, liess Benzin in den Käfig fliessen und entzündete es. Die Henker hielten die letzten Minuten des 26-jährigen Leutnants im Bild fest und stellten das Video ins Netz.

Die Kaida im Irak filmte die Enthauptung der Geisel Nicholas Berg in allen grässlichen Details und veröffentlichte die Aufnahme im Internet mit dem Kommentar: «Abu Musab al-Zarkawi (der Anführer der irakischen Jihadisten) schlachtet einen Amerikaner.»

Überlebende Augenzeugen der Massaker in Südisrael berichten, wie Hamas-Kämpfer Jüdinnen nicht nur vergewaltigten, sondern diese vorsätzlich quälten und verstümmelten. Den halbnackten und misshandelten Leichnam der Israelin Shani Louk fuhren ihre Peiniger im Triumphzug durch Gaza. Sie brüsteten sich in einem Video mit der Schändung und stellten ihr Opfer wie eine Jagdtrophäe zur Schau.

Der Sadismus hat System

Es sind Grausamkeiten, wie sie religiöse Inbrunst hervorbringt. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Mörder gläubig sind. Sie benutzen die mit Zitaten aus dem Koran geschmückten grünen Fahnen und Stirnbänder, die zum Erkennungszeichen der muslimischen Gotteskrieger geworden sind. Die Religion liefert die Rechtfertigung für Inhumanität. Der stolz bekannte Sadismus entspringt nacktem Hass. Die Opfer – ob Muslime, Juden oder Christen – sind in den Augen der Henker keine Menschen. Sie sind Ungeziefer, das es auszurotten gilt.

Nach allen Begriffen der Zivilisation sind diese Taten wahnsinnig, und doch folgen sie ihrer eigenen Rationalität. Es ist dieselbe Vernunft, die schon die Nazis bewog, in Osteuropa einen Vernichtungsfeldzug gegen Slawen und Juden zu führen, während sie an der Westfront die damaligen Standards des Kriegsrechts meistens einhielten. Man kann verrückt und zugleich vernünftig sein.

In dieser Logik plante die Hamas ihre Vergewaltigungsorgie: methodisch und mit langem Vorlauf. Die Bestialität entspringt nicht dem Zufall oder dem Affekt, sie ist Strategie. Erst das macht ihre ganze Monstrosität aus.

Politische Ideologien können denselben mörderischen Fanatismus gebären. Die Gaskammern der Nazis legen Zeugnis davon ab. Doch jede Epoche schafft sich ihren eigenen Irrsinn. Das letzte Jahrhundert brachte die Massenideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus hervor. Sie waren zugleich säkularisierte Religionen. Heute haben sie nur noch begrenzte Anziehungskraft.

Der Islamismus, die mit Politik aufgeladene Religion, drückte dem 21. Jahrhundert hingegen gleich am 11. September 2001 einen Stempel auf. Weltweit ist keine Ideologie derzeit wirkmächtiger. Ihre Stärke liegt gerade darin, dass sie die Grenzen zwischen säkularer Lebenswelt und Religiosität überwindet.

Der Islamismus ist die erfolgreichste Antwort des Islam auf die Moderne. Er dominiert in Afghanistan genauso wie in Iran oder der Türkei, und er breitet sich in Europa aus. Es ist also keine Islamfeindlichkeit, sondern nüchternes Risikokalkül, wenn man auf den Zusammenhang von Islam, Terror und Migration hinweist.

Russland und China sind geopolitische Rivalen des Westens, Putin führt einen Krieg gegen die europäischen Werte. Aber Moskau und Peking besitzen keine Ideologie, die Menschen im Gazastreifen und in den Vorstädten von Paris gleichermassen in ihren Bann zieht. Die Breitenwirkung macht den Islamismus so gefährlich und unterscheidet ihn von der Bedrohung durch staatliche Akteure.

Der religiöse Fanatismus ist nichts Fremdes, er hat in Europa Wurzeln geschlagen. Längst eingebürgerte Migranten oder ihre Kinder hängen ihm genauso an wie Asylbewerber, welche die grosse Völkerwanderung nach Europa verschlägt. Die Islamisten sind keine Sekte. Ihre Mischung aus Religion und Ideologie strahlt selbst dorthin aus, wo die blutrünstigen Exzesse weit weg scheinen. Der Berliner Stadtteil Neukölln ist friedlich, meistens jedenfalls, und doch ist er ein Kampffeld. Die Hamas ist der palästinensische Arm der Muslimbrüder. Diese sind gut organisiert und verfügen auch in Europa über respektabel erscheinende Aushängeschilder.

Zugleich ist der Islamismus schwer zu fassen. Er kommt in vielerlei Gestalt daher bis hin zu der in Genf registrierten «Nichtregierungsorganisation», die Hamas-Propaganda im Internet verbreitet. Auch das Verhältnis zur Gewalt variiert von gewaltfrei bis barbarisch. Gemeinsam sind allen Schattierungen die Indienstnahme der Religion für politische Zwecke und der unbedingte Glaube an die Überlegenheit des Islam.

Linke Antirassisten behaupten, Juden seien wie Weisse generell Unterdrücker. Sie lieben den Begriff «Islamophobie», der jede kritische Auseinandersetzung mit dem Islam, also auch mit dem Islamismus, als krankhaft stigmatisiert. Aber die Linke ignoriert den Anspruch der Islamisten auf Suprematie ihrer Religion. Nirgendwo wird diese Selbstüberhebung so deutlich wie in der Selbstverständlichkeit, mit der Organisationen wie Kaida, Hamas und IS jenseits aller Normen und Gesetze über Leben und Tod entscheiden.

Mit den Ängsten von Menschen zu spielen, löst Allmachtsgefühle aus. Das mag manches kompensieren: ein miserables Leben in den Palästinensergebieten, in der Banlieue oder einem deutschen Asylbewerberheim. Doch ist der Islamismus keine defensive Reaktion auf soziale Benachteiligung. Die Deutung ist zwar bequem, weil sie westlichen Denkschablonen entspricht. Sie übersieht aber die Urgewalt der Bewegung, welche die Welt ihren Vorstellungen untertan machen will.

Wenn die Hamas als Organisation überlebt, wächst das Risiko von Anschlägen

Die exzessive Gewalt schreckt Sympathisanten nicht ab, im Gegenteil. Was andere anwidert, verschafft ihnen einen Kick. Der sadistische Irrsinn zieht verwandte Naturen an. Viele der Einzeltäter, die nur mit einem Messer bewaffnet überall in Europa zuschlagen, leiden unter psychischen Störungen. Terror und Wahn sind Zwillinge.

Der Köpfe abschlagende Schlächter Zarkawi hat die Grausamkeit als Markenzeichen entwickelt. Der IS übernahm sie und wurde seinerseits zum Vorbild, wohl auch für die Hamas. In Frankreich enthaupteten Islamisten mehrere Personen. Erfolgreiche Werbestrategien werden kopiert, gerade wenn sie pervers sind.

Es wäre daher blauäugig, auf ein baldiges Ende der islamistischen Gewalt zu hoffen – nicht in Europa und erst recht nicht im Nahen Osten. Der IS ist längst zerschlagen, und doch inspiriert er noch Menschen zu Anschlägen. Auch die am 7. Oktober demonstrierte Bestialität wird Nachahmer finden. Und die irreguläre Einwanderung bringt traumatisierte Menschen nach Europa: ein unerschöpfliches Reservoir für Fanatismus und Gewalt.

14) In Deutschland geht die größte Gefahr von Islamisten aus

Neu eingeleitete Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft im Jahr 2023 (bis Ende August)
- Islamismus: **284**
- Rechtsextremismus: 11
- Linksextremismus: 0

Quelle: Bundesanwaltschaft

Während der IS Anschläge in Europa plante und seine Anhänger dazu aufrief, konzentrierte sich die Hamas auf Israel. Die palästinensische Miliz sah sich als disziplinierte Streitmacht,

die den Judenstaat mit technisch anspruchsvollen Raketen bekämpfte und nicht mit Attentaten wie in ihrer Frühphase. Terror ist das Mittel des militärisch Unterlegenen. Je mehr Hamas-Brigaden Israel unschädlich macht, umso grösser wird die Unterlegenheit. Damit steigt das Risiko von Anschlägen in Europa, weil diese leicht auszuführen sind und eine hohe Propagandawirkung entfalten.

Eine Hamas, die als militärische Organisation geschwächt ist, sich aber einen Rest an Handlungsfähigkeit bewahrt, wäre das schlechteste Ergebnis des Gaza-Kriegs. Orientierten sich die Europäer an ihren Sicherheitsinteressen, würden sie die israelische Armee darin unterstützen, alle Kriegsziele zu erreichen.

Die Hamas in eine Nachkriegsordnung einzubeziehen, ist nach dem 7. Oktober undenkbar. Auch mit der Kaida und dem IS gab es keinen Kompromiss. Die westlichen Streitkräfte verfolgten nur ein Ziel: sie zu eliminieren. Alle gutgemeinten Vorschläge des Interessenausgleichs und der Inklusion scheitern an Organisationen, die jegliche Zivilisation hinter sich gelassen haben. Das gilt auch für ihre Ableger in Europa, denen immer noch viel zu verständnisvoll begegnet wird.

Kommentare:
Wolff Heinrichsdorff vor einem Tag
Der Import des politischen Islam wird nicht durch abverlangte Schwüre zur Verfassungstreue gestoppt!
Der Koran erlaubt das zielgerichtete Täuschen und Betrügen ausdrücklich!

O. G. vor einem Tag
Herrvoragender Kommentar von Herrn Gujer. Israel dient als Damm, der diesen gefährlichen organisierten Terror von Europa und dem Westem fernhält. Die Vernichtung der Hamas und allen von Iran gesteuerten islamistischen Terrorgruppen (Hisbulla etc.) muss zu Ende geführt werden, auch
wenn die Bilder aus Gaza noch so schlimm und schrecklich sind. Krieg war nie schön und wird es auch nie sein. Statt Israel Druck zu machen, den Krieg zu beenden, sollte der Westen lieber Israel und der Welt helfen, dieses Islamismus-Geschwür vollständig zu zerstören. Die naivste Forderung derzeit ist die Forderung zum Waffenstillstand. Als ob damit die Probleme gelöst werden würden. Dass es vor dem 7.10. einen Waffenstillstand gab, und wer diesen gebrochen hatte, das scheint den Blinden aus dem Linken Spektrum nicht wichtig zu sein. Die ganze Pro-Palästina Bewegung zeugt von Ignoranz und Naivität.

Quelle: https://www.nzz.ch/meinung/die-hamas-ist-kein-einzelfall-der-politische-islam-neigt-zur-gewalt-ld.1770329

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im Februar 2024 wird der Ukrainekrieg zwei Jahre andauern, und es nicht damit zu rechnen, dass bis dahin die Waffen schweigen werden. Hunderttausende Menschen, Zivilisten und Soldaten starben. Das ukrainische Volk verblutet, das Land wird verwüstet. Aufrüstung in Europa allerorten. Hermann Theisen und Helmut Donat sind die Herausgeber eines Buches, in dem diese schwärende Wunde mitten in Europa von vielen Autoren und Autorinnen seziert wird.

15) Bedrohter Diskurs - Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg

So der Titel des Buches, an dem 57 Autoren und Autorinnen mitgearbeitet haben. Dabei sind prominente Zeitzeugen wie Margot Käßmann, Gabriele Krone-Schmalz, Sahra Wagenknecht, Peter Brandt, Eugen Drewermann, Wolfram Wette, Detlef Bald, Tessa Hofmann, Michael Müller, Ekkehard Lentz, Heribert Prantl, Günter Verheugen, Joachim Schuster, Dietmar Köster, Guido Grünewald, Peter Sörgel, Ekkehard Lentz, Michael Schmid, Andreas Zumach und viele andere. Alle setzen sich auf unterschiedliche Weise dafür ein, dass trotz starker Widerstände und vieler Schwierigkeiten der Krieg zu beenden ist und Verhandlungen beginnen.
Das 368 Seiten starke Buch erscheint Anfang 2024 im Donat Verlag. 24,80 €.
Wir wünschen allen noch eine besinnliche Adventszeit und friedvolle Weihnachten!
Mit besten Grüßen,
Helmut Donat

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 50– E 80**

01) Südafrikas Klage vor dem Internationalen Gerichtshof. Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas

IssN 1022 – 2448
Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-8802 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 60 30
Telefax: +41 44 350 60 31
redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch
ZKZ 59600 PVSt

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

23. Januar 2024
32. Jahrgang
Nr. 2
AZA
9802 Bazenheid
POST CH AG

Südafrikas Klage vor dem Internationalen Gerichtshof

*Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas**

Alfred de Zayas (Bild zvg)

Zeit-Fragen: Die Republik Südafrika hat beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag eine 84seitige Klageschrift gegen den Staat Israel eingereicht. Mit der Klageschrift verbunden ist der Antrag, eine dringende Anordnung zur Umsetzung vorläufiger Massnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung zu erwirken. Am 11. Januar hat Südafrika vor dem Gerichtshof entsprechend vorgetragen. Mit dem Antrag auf Erlass vorläufiger Massnahmen will Südafrika erreichen, dass Israel den Krieg gegen die Palästinenser sofort beendet. Südafrika behauptet, Israel verfolge mit seinem Krieg genozidale Absichten. Was ist für Eindruck von der Klageschrift und dem Vortrag Südafrikas vor dem Gericht? Wie beurteilen Sie die rechtliche und politische Bedeutung dieser Klage?

Alfred de Zayas: Der von Südafrika eingereichte juristische Schriftsatz ist überzeugend. Die Zuständigkeit wurde gemäss Artikel IX der Völkermordkonvention begründet, und Südafrika dokumentiert detailliert, wie Israel gegen Artikel II. Absätze a, b und c verstossen hat:

> «Völkermord [bedeutet] eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:
> (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
> (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
> (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ...»

Südafrika hat Beweise vorgelegt, die belegen, dass Israel alle diese Verbrechen begangen hat. Die Schlüsselfrage ist die des «Vorsatzes», und die Seiten 59–67 des südafrikanischen Schriftsatzes dokumentieren diesen Vorsatz sorgfältig durch die Worte von *Benjamin Netanyahu*, von seinen Ministern und Generälen. Es gibt wirklich kein Entrinnen vor der Feststellung eines Völkermordes. Alles andere würde bedeuten, den Wortlaut der Konvention zu ignorieren. Es wäre eine Verhöhnung von Ziel und Zweck der Konvention. Ausserdem ist der *Internationale Gerichtshof* (IGH) an seine eigenen Präzedenzfälle gebunden.

Das Vorgehen Israels in Gaza ist zweifelsohne weitaus grausamer als das einmalige Massaker von Srebrenica 1995, das bereits vom *Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien* und vom *Internationalen Gerichtshof* selbst als Völkermord eingestuft wurde. Israel hat die Grenze definitiv überschritten. Die Schwelle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Völkermord ist überschritten.

Der IGH ist an seine eigenen Präzedenzfälle gebunden und kann in diesem Fall keinen Rückzieher machen. Würde er dies tun, würde er jede Autorität und Glaubwürdigkeit verlieren. Dies ist ein entscheidender Moment für den IGH.

Israel hat am 12. Januar vor dem IGH angegeben, alle Vorwürfe zurückgewiesen und statt dessen versucht, die Hamas und auch Südafrika auf die Anklagebank zu setzen. Wie bewerten Sie Israels Stellungnahme?

Der Zynismus der israelischen Antwort ist erschreckend. Wir wissen, dass Anwälte darin geschult sind, das Recht «auszuinterpretieren». Schlupflöcher in Verträgen zu finden und zu versuchen, sich aus Verpflichtungen herauszuwinden. Aber hier sehen wir eine absichtliche Zerstörung der Sprache, eine Verzerrung der Realität und eine Umkehrung der Wahrheit. Im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet dies eine Beleidigung der Intelligenz der 15 Richter des IGH. Es sendet die falsche Botschaft an die Welt.

Aus Ihrer langjährigen Erfahrung als Völkerrechtler und Insider internationaler Organisationen, welches Urteil erwarten Sie?

Der IGH hat keine andere Wahl, als das Unterlassungsgebot zu fällen, und er sollte dies so schnell wie möglich tun, denn jeder Tag bedeutet die Fortsetzung des Völkermords. Der IGH muss feststellen, dass die Bestimmungen von Artikel II a, b, c von Israel verletzt wurden. Es ist eine schwierige Entscheidung, aber Israel hat sie dem IGH und sich selbst aufgezwungen. Eine solche Feststellung zieht die Feststellung der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach sich. Von Israel wird ein hohes Mass an Reparationszahlungen an die Palästinenser verlangt werden. Aber ich würde mir nicht zu viel versprechen. Israel hat die Erfahrung gemacht, dass es UN-Entscheidungen straflos ignoriert, weil es die bedingungslose Unterstützung aller US-Regierungen geniesst. Damit ist nicht die Unterstützung durch das amerikanische Volk gemeint, sondern nur durch die sogenannten demokratischen Präsidenten, Senatoren und Kongressabgeordneten, die in den Diensten des fortgesetzten Imperialismus und Kolonialismus stehen.

Israel hat bereits angekündigt, kein Urteil zu akzeptieren, das sich gegen die Fortsetzung seines Krieges richtet. Kann ein Urteil des IGH trotzdem Konsequenzen haben? Wie würde die Völkergemeinschaft auf ein Urteil gegen Israel reagieren?

Ein Urteil des IGH gegen Israel bedeutet einen erheblichen Prestigeverlust nicht nur für Israel, sondern auch für die Vereinigten Staaten und alle Länder, die den israelischen Völkermord an den Palästinensern nicht verurteilt haben. Durch die Lieferung von Waffen an Israel haben sich die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland gemäss Artikel III e der Konvention an dem Völkermord beteiligt.

Ein Urteil des IGH gegen Israel sollte auch eine «Uniting for Peace»-Resolution[1] der Generalversammlung der Uno und einen internationalen Boykott Israels auslösen. Natürlich wird der Sicherheitsrat wenerhin von den USA blockiert, die in der Vergangenheit bereits etwa 80 Resolutionen mit ihrem Veto blockiert haben, um Israel vor den Konsequenzen seiner illegalen Handlungen zu schützen. Ich könnte mir vorstellen, dass Dutzende von lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern den gesamten Handel mit Israel boykottieren.

Die Verbrechen Israels rechtfertigen eindeutig die Aktivierung der Doktrin der «Schutzverantwortung», wie sie in der Resolution 60/1 der Generalversammlung vom 24. Oktober 2005[2] in den Ziffern 138 und 139 festgelegt ist. Allerdings wurde die R2P bisher nur gegen die Gegner des «kollektiven Westens» gebraucht gemacht. Dies wäre das erste Mal, dass sie gegen einen mit dem Westen verbündeten Staat angewendet werden könnte.

Israel kann diesen Krieg nur führen, weil es dabei politisch, finanziell und militärisch von Staaten des Westen, insbesondere den USA und Deutschland, unterstützt wird. Sehen Sie irgendwelche Anzeichen dafür, dass die Unterstützerstaaten Israels ihre Politik nach einem Urteil des IGH gegen Israel korrigieren werden?

Nein, zumindest noch nicht. Das menschliche Syndrom der Unempfindlichkeit, der Unwilligkeit zu akzeptieren, dass man im Unrecht ist, ist stärker als der gesunde Menschenverstand. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die Europäische Union, insbesondere Deutschland, werden aus diesem Dilemma mit einem grossen Prestigeverlust in den Augen der globalen Mehrheit in der Welt hervorgehen.

Kann die Zivilgesellschaft etwas tun, damit der Krieg im Nahen Osten beendet wird?

Ja. Millionen von Menschen sollten in Berlin, Frankfurt, Zürich, Genf, Paris, Lyon, London, Manchester, Amsterdam, Den Haag, Rom, Mailand, Kopenhagen, Oslo, Stockholm auf die Strasse gehen und einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Millionen von Menschen sollten von ihren «demokratisch gewählten» Regierungen verlangen, das Gemetzel zu beenden.

Schweigen ist keine Option. *Qui tacet consentire videtur* (Wer schweigt, stimmt zu). Selbst die Rechtsprechung des *Internationalen Gerichtshofs* im Völkermordfall Bosnien gegen Serbien von 1996[3] hat klargestellt, dass es eine *Ergo omnes*-Verpflichtung [Rechtspflichten gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft] zur Verhinderung von Völkermord gibt. Und Artikel III c verbietet die Aufstachelung zum Völkermord, deren sich unsere Medien in ihrer verzerrten Berichterstattung über den Völkermord an den Palästinensern, in ihrer

Fortsetzung auf Seite 2

Breite internationale Unterstützung für Südafrikas Klage vor dem IGH

ef. Die Kriegsverbrechen Israels haben weltweit zu anhaltenden Protesten und zu weiteren Klagen geführt. Auch unterstützen unter anderen die Regierungen zahlreicher Länder explizit die Klage von Südafrika vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag. Zu diesen Staaten gehören Nicaragua, Venezuela, Kuba, Bolivien, Malaysia, Türkei, Jordanien, Bangladesch, Malediven, Namibia, Pakistan, Kolumbien und Brasilien. Hinzu kommen die *Arabische Liga* und die Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIZ) mit 57 Mitgliedstaaten, aber auch über 1000 Volksbewegungen, Parteien, Gewerkschaften und weitere Organisationen unter ihnen auch eine Petition von über 600 Israeli.

Am 15. Januar berichtet die türkische staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu*, Südafrika bereite eine separate Klage gegen die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs vor. Der südafrikanische Anwalt *Wikus van Rensburg*, der das Team von inzwischen fast 50 Anwälten leitet, begründet die Klage damit, dass sich die beiden Länder an den Kriegsverbrechen Teil Aviv gegen die Bevölkerung von Gaza mitschuldig gemacht haben.

Auch Chile wird eine Klage beim *Internationalen Strafgerichtshof* einreichen, «um eine Untersuchung der in den besetzten palästinensischen Gebieten begangenen internationalen Verbrechen zu beantragen», wie die ständige Vertreterin Chiles bei den Vereinten Nationen (UN), *Paola Narváez*, am 9. Januar vor der UN-Generalversammlung in New York bekanntgab. «Chile wird der aktuellen Situation und dem Schmerz des palästinensischen Volkes nicht gleichgültig gegenüberstehen.»

Nach der Anhörung im IGH gab es auch in den USA grosse Proteste, die sich auch gegen die Bombardierung des Jemen am selben Tag, als Südafrika seine Klage vorgetragen hat, richteten. Am vergangenen Wochenende demonstrierten allein 400000 Menschen in Washington D.C., um einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern und gegen Israels anhaltenden Völkermord in Gaza zu protestieren. Die Demonstranten hinterliessen blutige Babypuppen vor den Toren des Weissen Hauses, um den Völkermord im Gaza-Streifen und die Tötung von mehr als 10000 Kinder zu verurteilen. In Spanien demonstrierten am vergangenen Samstag zigtausend Menschen in 115 Städten.

Auch beim 19. Gipfeltreffen der *Bewegung der Blockfreien Staaten* (NAM), das vom 15.–20. Januar in Uganda ausgerichtet wurde, haben afrikanische Staats- und Regierungschefs Israels Militäraktion im Gaza-Streifen verurteilt und ein sofortiges Ende des andauernden Konflikts gefordert. Die NAM ist ein Zusammenschluss von 120 Staaten, die formal keinem der grossen Machtblöcke angehören. Die Bewegung der Blockfreien Staaten, die während des Zusammenbruchs der Kolonialsysteme entstand, ist von grosser historischer Bedeutung. Laut ihrer Webseite hat die NAM eine zentrale Rolle bei den Entkolonialisierungsprozessen gespielt und sieht sich verpflichtet, den weltweiten Frieden und die Zusammenarbeit zu fördern.

Der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, *Denis Francis* (Trinidad und Tobago), forderte in einer eindringlichen Erklärung die NAM auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um der verheerenden Gewalt Einhalt zu gebieten: «Ich muss Ihnen sagen, dass ich zutiefst besorgt und in der Tat bestürzt bin über die anhaltende Katastrophe im Gaza-Streifen, und deshalb rufe ich diese Bewegung auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um dem Gemetzel, das wir alle unglücklich miterleben, ein Ende zu setzen.»

Ugandas Präsident *Yoweri Kaguta Museveni* schloss sich diesen Worten an: «Wir, die Widerstandskämpfer Ugandas, sind fassungslos und schauen mit Geringschätzung auf die philosophische, ideologische und strategische Oberflächlichkeit einiger Akteure in der Welt herab. Warum respektiert man nicht die Freiheit eines jeden, wenn man sagt, man sei ein Demokrat? Wie kann man sagen, man sei ein Demokrat, und trotzdem wollen, dass andere Menschen Sklaven sind?»

Er warnte die führenden Politiker davor, der Gesellschaft, in der sie leben, ihre enge einseitige ideologische Ausrichtung aufzuzwingen, geschweige denn der Welt: «Die Unterdrücker verrechnen sich, wenn sie ihren zeitweiligen Vorsprung in Wissenschaft und Technik dazu nutzen, andere Menschen auf unbestimmte Zeit zu unterdrücken. Die Unterdrückten werden lernen, aufzustehen und die Unterdrücker besiegen. Aus diesem Grund brechen Imperien immer zusammen. Die Idee von Imperien ist eine schlechte Idee. Warum versuchen sie nicht, die Menschen durch ihr gutes Beispiel zu beeinflussen, anstatt durch Manipulation, Belehrungen und Drohungen?»

---

* *Alfred-Maurice de Zayas* ist ehemaliger stellvertretender UN-Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung (2012–2018), leitender Jurist im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Leiter der Petitionsabteilung. Dr. Zayas wurde in Chicago auf studierte Geschichte und Jura, erwarb einen J.D. von der Harvard Law School und promovierte zum Dr. phil. in moderner Geschichte an der Universität Göttingen. Er ist Autor von 13 Büchern, darunter «Building a Just World Order» (2021), «Countering Mainstream Narratives: Fake News, Fake Law, Fake Freedom» (2022) und «The Human Rights Industry» (2023) (siehe claritypress.com). Für sein Buch «Building a Just World Order» (Aufbau einer gerechten Weltordnung) wurde er 2022 mit dem *International Book Award* in der Kategorie Recht ausgezeichnet.

Südafrikas Aussenministerin Naledi Pandor: «Unsere gemeinsame Menschlichkeit gebietet es»

Erklärung von Dr. Naledi Pandor, Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, in der Nationalversammlung der Republik Südafrika vom 7. November 2023 zum andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt

Naledi Pandor (Bild zvg)

[…]

Verehrte Mitglieder des Parlaments

Ich danke Ihnen, dass Sie mir erlauben, diese Erklärung abzugeben.

Heute schliessen wir uns der Welt an und bringen unser Entsetzen über die Kriegsverbrechen zum Ausdruck, die in Palästina begangen werden, indem Zivilisten, zivile Infrastruktur, UN-Gebäude und andere gefährdete Ziele angegriffen werden.

Diese Handlungen erinnern uns an unsere Erfahrungen als schwarze Südafrikaner, die unter der Apartheid lebten. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Südafrikaner, wie Menschen in Städten auf der ganzen Welt, auf die Strasse gegangen sind, um ihre Wut und Besorgnis über die Geschehnisse in Gaza und im Westjordanland zum Ausdruck zu bringen.

Diese Demonstrationen sind Ausdruck der weltweiten Empörung darüber, dass Menschen angegriffen werden und ihr Leben verlieren, während kaum etwas unternommen wird, um diese Greueltaten zu beenden.

Die Fakten, die über die verheerenden Auswirkungen des aktuellen Konflikts veröffentlicht wurden, sind entsetzlich. Über 10000 Tote [mittlerweile mehr als 23000], Tausende von Verletzten, zerstörte öffentliche Einrichtungen und grausame und mutwillige Bombardierungen sind an der Tagesordnung.

Deshalb fordern wir als Südafrika weiterhin standhaft eine sofortige Beendigung des Konflikts; die vollständige Öffnung aller humanitären Korridore, um sicherzustellen, dass die dringend benötigte Hilfe und Grundversorgung die Bedürftigen erreicht.

Frau Vorsitzende

Die Aktionen Israels, die wir alle täglich miterleben, sind eine Verletzung des Völkerrechts, einschliesslich der UN-Charta, der *Genfer Konvention* und ihrer Protokolle. Mit ihren Angriffen auf und Entführungen von unschuldigen Zivilisten hat die Hamas ebenfalls gegen das Völkerrecht verstossen.

Während wir unser Entsetzen über die Gewalt zum Ausdruck bringen, ist es entscheidend, dass wir anerkennen, dass die jahrzehntelange illegale Besetzung Palästinas durch Israel zu bitterem Hass und zunehmender Gewalt geführt hat. Und es ist nicht das erste Mal, dass die Menschen in Palästina diese Gewalt erleben. Sie dauert schon seit vielen Jahrzehnten an. Nichts, was wir sagen, wird diese Tatsache auslöschen.

Die Ermordung von Kindern, Frauen und alten Menschen durch Israel ist jedoch ein Akt, der dazu führen sollte, dass der *Internationale Strafgerichtshof* einen sofortigen Haftbefehl gegen wichtige Entscheidungsträger, einschliesslich Herrn *Netanjahu*, ausstellt, die für Verstösse gegen das Völkerstrafrecht verantwortlich sind.

Frau Vorsitzende
und Mitglieder des Parlaments

Es ist wichtig zu betonen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nur durch die Errichtung von zwei Staaten, Palästina und Israel, die Seite an Seite in Frieden leben, gelöst werden kann. Der palästinensische Staat sollte in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und im Einklang mit den UN-Resolutionen gegründet werden. Damit diese Zwei-Staaten-Lösung zustande kommt, muss dringend ein von den Vereinten Nationen initiierter Friedensprozess eingeleitet werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Schaffung eines palästinensischen Staates durch die Zunahme der Siedlungen und die illegale Besetzung unmöglich gemacht wird. Die Welt muss die bantustanartige Balkanisierung ablehnen, die zu mehr Bitterkeit und Hass geführt hat. Wir müssen daher alle Anstrengungen für die beiden Staaten verstärken.

Frau Vorsitzende und verehrte Mitglieder

Die kollektive Bestrafung, die Israel dem gesamten palästinensischen Volk auferlegt, ist ein Affront, der schon viel zu lange andauert. Die Welt hat ihr Entsetzen zum Ausdruck gebracht, aber nicht wirksam gehandelt, um das Leben der Palästinenser zu retten. Traurigerweise gibt es sogar in unserem Land viele, die vor diesen Greueltaten die Augen verschliessen.

Am 27. Oktober 2023 gehörte Südafrika zu den mehr als zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die in der Generalversammlung einen sofortigen Waffenstillstand forderten. Dieser Beschluss der Vereinten Nationen ist ignoriert worden.

Wir können nicht die Bedeutung des Völkerrechts und die Bedeutung der UN-Charta in einigen Situationen proklamieren und in anderen nicht, als ob die Rechtsstaatlichkeit nur für ein paar Auserwählte gelten würde. Damit das Völkerrecht glaubwürdig ist, sollte es einheitlich und nicht selektiv angewendet werden.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, dass Israel eine Besatzungsmacht ist, wie vom *Internationalen Gerichtshof* und den Vereinten Nationen bestätigt wurde. Als Besatzungsmacht kann Israel auf rechtsstaatliche Instrumente zurückgreifen, einschliesslich polizeilicher Befugnisse, um gegen kriminelle Handlungen in dem von ihm besetzten Gebiet vorzugehen. Ein Besatzungsstaat kann nicht die Kontrolle über das von ihm besetzte Gebiet ausüben und dieses Gebiet gleichzeitig militärisch angreifen mit der Begründung, es sei «fremd» und stelle eine äussere nationale Bedrohung der Sicherheit dar.

Der Begriff des Rechts Israels, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, wurde von einigen fälschlicherweise und von anderen absichtlich benutzt, um die unrechtmässige Gewaltanwendung Israels gegen die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen und im Westjordanland zu rechtfertigen.

Fortsetzung auf Seite 3

ef. In der Parlamentsdebatte, die der Rede von *Naledi Pandor* folgte, wurde sie gefragt: «Sie behaupten, dass die Greueltaten, über die wir hier sprechen, die Enthauptung von Kindern, «fake news» sind, dass das nicht stimmt. Ist das die Position der südafrikanischen Regierung? Das möchte ich Sie jetzt fragen.»

Sie antwortete: «Nein, es sind Beweise, die von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen sowohl in Israel als auch in Palästina vorgelegt wurden. Denn wir sprechen nicht nur mit Palästinensern, sondern auch mit friedliebenden Israeli. Und wir wissen, dass es eine Menge «fake news» gibt, die versuchen, die Palästinenser in ein schlechtes Licht zu rücken. Und selbst der Sprecher des Weissen Hauses hat zugegeben, dass diese Erklärung, die auf höchster Ebene abgegeben wurde, nicht den Tatsachen entsprach. Herr Abgeordneter, ich habe also auf Ihre Frage geantwortet, und es ist wichtig, wie ich zu Beginn meines Beitrags sagte, dass wir, wenn wir uns zu diesen Themen äussern, ehrlich und sachlich sein sollten.

Tatsache ist, dass den Menschen in Palästina das Recht verweigert wird, als menschliche Wesen zu existieren. Man verweigert ihnen das Recht, die Freiheiten und Rechte zu geniessen, die wir als Südafrikaner so lieben.

Die Rechte und Freiheiten, für die wir so hart gekämpft haben, die Rechte und Freiheiten, auf die wir uns als ein vielfältiges südafrikanisches Volk geeinigt haben.

Heute sind einige von uns in diesem Haus der Meinung, dass diese Rechte den einen gehören und den anderen nicht. Dies ist nicht die südafrikanische Auffassung, an die wir glauben.

Alle Menschen haben das Recht, in Freiheit zu leben und sich der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu erfreuen. Und das ist die Botschaft, die von diesem Haus ausgehen muss. Dieses Haus kann keinen Missbrauch dulden, es kann nicht dulden, dass andere Menschen in ihren Rechten verletzt werden, ganz gleich, wer diese Menschen sind. Wir haben nie nach Rache gestrebt.

Ich kann die Geschichte meines Grossvaters erzählen, der an einem gebrochenen Herzen starb. Er war Schneider und hatte sehr hart gearbeitet, mit seinen Fingern bis unter die Haut, um genug Geld zu verdienen, damit er sich ein Haus in Durban kaufen konnte. Und sie bekamen dieses Haus, mein Grossvater und meine Grossmutter.

Zwei Jahre, nachdem sie es erworben hatten, wurde das Gebiet zu einem weissen Gebiet erklärt. Sie verloren das Haus ohne Entschädigung, und er starb im Grunde an gebrochenem Herzen.

Ich empfinde keine Rache, denn heute bin ich Teil der Bemühungen, ein besseres Südafrika aufzubauen. Und unsere Aufgabe muss es sein, eine bessere Welt zu schaffen, in der wir in den Genuss der Menschenrechte, einer fantastischen Verfassung und demokratischer Institutionen kommen, die für alle von uns arbeiten.

Dieses Privileg gilt nicht nur für uns. Es muss für alle gelten. Und in jeder Debatte, die wir führen, werden wir, wenn wir uns selbst treu sind, wenn wir unserer Geschichte treu sind, wenn wir dem treu sind, was wir erreicht haben, aufstehen und sagen, dass das, was dem palästinensischen Volk angetan wird, falsch ist, dass es unerträglich ist und dass wir nicht bereit sind, das hinzunehmen.»

Quelle: https://www.youtube.com/watch?v=5GiAEBPSZ3g
(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Südafrikas Klage …»
Fortsetzung von Seite 1

Apologetik von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Die Urteile des *Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda*[4] sind relevant für die strafrechtliche Verantwortung von Politikern und Journalisten, die sich der Aufwiegelung schuldig machen, die auch durch Artikel 20 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* verboten ist.

Artikel III der Völkermordkonvention macht die Regierungen der USA, Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs zu Mitschuldigen am Völkermord. Die Zivilgesellschaft muss dies wissen und entsprechend handeln. In Artikel III heisst es: «Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen: a) Völkermord, b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord, c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord, d) Versuch, Völkermord zu begehen, e) Teilnahme am Völkermord.»

Vielen Dank, Professor de Zayas, für das Interview. •

[1] Die am 7. Oktober 1950 verabschiedete Resolution 377 (V) besagt, dass die Generalversammlung handeln kann, wenn der UN-Sicherheitsrat mangels Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder seiner Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht nachkommt. *https://www.un.org/en/sc/repertoire/otherdocs/GAres377A(v).pdf*

[2] *https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2F69%2F1&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False*

[3] *https://icj-cij.org/case/91*

[4] *https://unictr.irmct.org/en/news/historic-judgement-finds-akayesu-guilty-genocide; https://encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/incitement-to-genocide-in-international-law*

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Präsident von Namibia verurteilt Deutschlands Stellungnahme zum Genozid-Vorwurf gegen Israel

Hage Geingob (Bild zvg)

zf. Am 12. Januar 2024 veröffentlichte die deutsche Bundesregierung folgende Pressemitteilung:[1]

«Am 7. Oktober 2023 haben Terroristen der Hamas unschuldige Menschen in Israel brutal überfallen, gequält, getötet und entführt. Das Ziel der Hamas ist es, Israel auszulöschen. Israel verteidigt sich seitdem gegen den menschenverachtenden Angriff der Hamas.

Angesichts der deutschen Geschichte und des Menschheitsverbrechens der *Shoa* sieht sich die Bundesregierung der Konvention gegen Völkermord besonders verbunden. Diese Konvention ist ein zentrales Instrument des Völkerrechts, um das ‹Nie wieder› umzusetzen. Einer politischen Instrumentalisierung treten wir entschieden entgegen.

Wir wissen, dass verschiedene Länder die Operation Israels im Gaza-Streifen unterschiedlich bewerten. *Den nun vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel erhobenen Vorwurf des Völkermords weist die Bundesregierung aber entschieden und ausdrücklich zurück. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.*

Die Bundesregierung unterstützt den *Internationalen Gerichtshof* in seiner Arbeit, so wie sie es seit vielen Jahrzehnten tut. Die Bundesregierung intendiert, in der Hauptverhandlung als Drittpartei zu intervenieren.» (Hervorhebung *zf*)

Daraufhin gab der Präsident von Namibia, *Hage Geingob*, folgende Stellungnahme ab.[2] Namibia war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die deutsche Kolonie Südwest-Afrika.

«Namibia lehnt Deutschlands Unterstützung der genozidalen Absichten des rassistischen israelischen Staates gegen unschuldige Zivilisten in Gaza ab.

Auf namibischem Boden beging Deutschland in den Jahren 1904–1908 den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, bei dem Zehntausende unschuldiger Namibier unter unmenschlichsten und brutalsten Bedingungen starben. Die deutsche Regierung hat den Völkermord, den sie auf namibischem Boden begangen hat, noch immer nicht vollständig gesühnt.

Angesichts der Unfähigkeit Deutschlands, Lehren aus seiner schrecklichen Geschichte zu ziehen, bringt Präsident Hage Geingob daher seine tiefe Besorgnis über die schockierende Entscheidung zum Ausdruck, die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gestern, am 12. Januar 2024, mitgeteilt hat, in der sie die moralisch aufrechte Anklage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof zurückgewiesen hat, wonach Israel Völkermord an den Palästinensern in Gaza begeht. Es ist besorgniserregend, dass die deutsche Regierung den gewaltsamen Tod von mehr als 23 000 Palästinensern im Gaza-Streifen und verschiedene Berichte der Vereinten Nationen ignoriert, in denen in verstörender Weise auf die Binnenvertreibung von 85 % der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen angesichts des akuten Mangels an Lebensmitteln und lebenswichtigen Dienstleistungen hingewiesen wird, und dass sie sich dafür entschieden hat, vor dem *Internationalen Gerichtshof* die genozidalen und grausamen Handlungen der israelischen Regierung gegen unschuldige Zivilisten im Gaza-Streifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verteidigen.

Deutschland kann sich nicht moralisch zur Konvention der Vereinten Nationen gegen Völkermord bekennen, einschliesslich der Sühne für den Völkermord in Namibia, und gleichzeitig das Äquivalent eines Holocausts und Völkermords in Gaza unterstützen. Verschiedene internationale Organisationen, wie *Human Rights Watch*, sind zu dem erschreckenden Schluss gekommen, dass Israel in Gaza Kriegsverbrechen begeht. Präsident Geingob bekräftigt seinen Aufruf vom 31. Dezember 2023: ‹Kein friedliebender Mensch kann das Gemetzel an den Palästinensern in Gaza ignorieren.› In diesem Sinne appelliert Präsident Geingob an die deutsche Regierung, ihre verfrühte Entscheidung zu überdenken, als Drittpartei zur Verteidigung und Unterstützung der genozidalen Handlungen Israels vor dem *Internationalen Gerichtshof* aufzutreten.» •

[1] *https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-zur-verhandlung-am-internationalen-gerichtshof-2252842*

[2] *https://twitter.com/NamPresidency/status/1746259656871149956* (Übersetzung *Zeit-Fragen*)

02) Alfred de Zayas: Westliche Staaten haben den Gaza-Konflikt geduldet und mitfinanziert! Interview

19. 01. 2024

Interview mit Alfred de Zayas zu juristischen Möglichkeiten, „damit der Eskalation in Gaza gestoppt wird.“

Frage: *Welche Bedeutung hat es, dass Südafrika im Zusammenhang mit dem Gaza-krieg an den Internationalen Gerichtshof (IGH) gelangt ist?*

Professor Dr. Alfred de Zayas Die Tatsache, dass das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser vor dem Internationalen Gerichtshof gekommen ist, ist eine historische Zäsur, eine bewusste Ablehnung der Straflosigkeit Israels seit 75 Jahren, ein Schrei für Gerechtigkeit, ein Ausdruck der Hoffnung in der internationalen Justiz, eine logische Folge der Verpflichtungen, die sich aus der Uno-Charta ergeben. Besonders wichtig ist der Antrag gemäß Art. 41 des Statuts des IGH, vorsorgliche Maßnahmen zu bezeichnen. Dies bedeutet ein Antrag, dass Israel sofort aufhört, Palästinenser abzuschlachten.

Südafrika hat den Anklage-Brief am 29. Dezember 2023 eingereicht, und das Gericht hat den Fall als Nr. 192 registriert.[1] Allerdings wäre es besser gewesen, wenn die Initiative von einer Koalition von Staaten aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa (zum Beispiel Spanien, Norwegen, Schweden) gekommen wäre. In einer derartigen fundamentalen Frage der jahrzehntelangen Impunität des Staates Israel für die laufenden Okkupationsverbrechen, für die Apartheidpolitik, für die Unterdrückung der Palästinenser braucht man internationale Solidarität. Heute, am 11. Januar 2024, nimmt der IGH seine Untersuchungen auf, indem beide Seiten verhört werden und ihre Argumente vorbringen können.[2] Israel wehrt sich dagegen, sein Vorgehen gegen die Hamas als Völkermord bezeichnet zu sehen.

Zweifelsohne haben Hamas-Politiker Verbrechen an israelischen Zivilisten befohlen und der militärische Arm der Hamas hat diese Verbrechen vollzogen. Zweifelsohne müssen sie auch bestraft werden. Aber hier geht es nicht nur um den 7. Oktober, sondern um Jahrzehnte der Unterdrückung durch Israel, um die seit 2007 von Israel verhängte Blockade, die für eine humanitäre Katastrophe in Gaza sorgte, wogegen sich die Hamas wehrte. Die UNWRA hat die Situation in Gaza seit Jahren dokumentiert.[3] Allein die Blockadepolitik erfüllt Artikel II c der Völkermordkonvention «vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet ist, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.» Berichte belegen, was die israelische Politik seit dem 7. Oktober bedeutet: Nun sind alle Palästinenser in Gaza Freiwild.[4]

Alle kennen die «Doktrin» der Responsibility to Protect (General Assembly Resolution 60/1 vom 24. Oktober 2005, Paragraphen 138 und 139).[5] Wenn diese Doktrin überhaupt etwas bedeutet, dann wohl im Gazakrieg.

Frage: Warum wird gerade Südafrika in dieser Angelegenheit aktiv?

Alfred de Zayas: Der Präsident Südafrikas, Cyril Ramaphosa, hat sich bereits als ernstzunehmender Staatsmann auf der Weltbühne profiliert, etwa mit seinem 10-Punke-Plan für Frieden im Ukraine-Krieg. Er ist nach Kiew und Moskau gereist und will Vernunft in der Weltpolitik sähen. Ramaphosa ist nicht der einzige Afrikaner, der die Politik des Westens für verbrecherisch hält.

Besonders wichtig ist Ramaphosas Verwendung des Artikels 41 des IGH-Statuts, der besagt:

«Der Gerichtshof ist befugt, sofern es seines Erachtens die Umstände erfordern, diejenigen vorsorglichen Maßnahmen zu bezeichnen, die zum Schutze der Rechte jeder Partei getroffen werden müssen.» Darum geht es – den Völkermord sofort zu stoppen.

Mir scheint es, dass die Verheissung der Vernunft und des Rechts nicht mehr aus Amerika und Europa kommt, sondern aus der sogenannten «Dritten Welt», von einer globalen Mehrheit, die den westlichen Imperialismus, die westliche Doppelmoral und Hypokrisie satt hat. Die westlichen Staaten haben dagegen die Verbrechen Israels nicht nur geduldet, sondern auch mitfinanziert.

Frage: Man kann die Kriegsführung Israels kritisieren, der mehrheitlich Zivilisten zum Opfer fallen. Aber geht Südafrika hier nicht zu weit, indem es das Vorgehen Israels als Völkermord einstufen lassen will? Hat ein Völkermord nicht grössere Dimensionen?

Alfred de Zayas: Den südafrikanischen Juristen ist es gelungen, eine brillante Artikulierung der Völkerrechtskonvention und des Völkerrechts vor den Richtern zu machen.[6] Israel strebt aber eine Umkehrung der Realität an.

Südafrika liegt völkerrechtlich richtig. Niemand kann bestreiten, dass Artikel II, Absätze a, b und c durch Israel verletzt worden sind. Die Lage ist juristisch gesehen klar. Politisch gesehen, so drehen und wenden sich die israelischen und amerikanischen Juristen verzweifelt und versuchen, die «Absicht» der endgültigen «ethnischen Säuberung» Palästinas als «Selbstverteidigung» zu tarnen. Die vielen Aussagen von israelischen Politikern und Militärs widerlegen aber diese Banalisierung der Lage.

Artikel II: «In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

(a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;

(b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;

© vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;

(d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;

(e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Hinzu kommt, dass seit Jahrzehnten die Uno-Sonderberichterstatter über den Israel/Palästina- Konflikt die Verbrechen genau dokumentiert haben, unter anderen John Dugard, Richard Falk, Michael Link[7] und Francesca Albanese.[8]

Frage: Sind nicht noch weitere Verfahren gegen Israel hängig?

Alfred de Zayas: Doch der Gang Südafrikas an den IGH ist nicht das einzige Verfahren, mit dem Israel konfrontiert ist. Seit Beginn des Jahres 2023 läuft die «Advisory Opinion» über die «Legal Consequences of the Continued Occupation of Palestine by Israel» (Die rechtlichen Konsequenzen der anhaltenden Besatzung Palästinas durch Israel), wobei vor allem die Apartheidpolitik Israels untersucht wird.[9]

Zusätzlich gibt es noch den Fall vor dem Internationalen Strafgerichtshof, der von Algerien und anderen Staaten eingebracht wurde, und zwar persönlich gegen Benjamin Netanjahu.[10]

Und als Letztes gibt es eine weitere Untersuchung vor dem Uno-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung – eine Inter-State complaint (zwischenstaatliche Beschwerde) von Palästina gegen Israel.[11] Israel muss sich mehrfach für sein Vorgehehen vor internationalen Gremien verantworten. Nicht nur vor dem IGH wegen Völkermords. Deshalb spreche ich von einer Zäsur.

Frage: Was sind die Kriterien, um ein Vorgehen als Völkermord zu klassifizieren?

Alfred de Zayas: Man muss vor allem «intent» beziehungsweise die «Absicht», Völkermord zu begehen, beweisen. Erstaunlicherweise liefern die konkreten Aussagen und Befehle israelischer Politiker und Militärs den Beweis die, «Gruppe» der Palästinenser «als solche ganz oder teilweise zu zerstören». So berichtet Professor Norman Finkelstein in seinem Buch «Gaza».[12] Der ehemalige Uno-Sonderberichterstatter für das Palästinensische Besetzte Gebiet, Richard Falk, und Uno-Berater Jeffrey Sachs haben dies in etlichen Berichten dargelegt.

Das Vorgehen Israels in Gaza erfüllt zweifelsohne die Kriterien eines Völkermords. Aber nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Das Vorgehen Israels erfüllte auch seit Jahrzehnten die Kriterien des Verbrechens der Apartheid im Sinne der Konvention von 1976 («International Convention on the Suppression and Punishment of the Crime of Apartheid»).[13]

Artikel III der Völkermordkonvention besagt: Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen: (a) Völkermord, (b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord, © unmittelbare und öffentliche Aufhetzung zur Begehung von Völkermord, (d) Versuch, Völkermord zu begehen, (e) Teilnahme am Völkermord.

Frage: Ist hier nur Israel im Fokus? Das Land wird nahezu von allen europäischen Staaten unterstützt.

Alfred de Zayas: Seit Jahrzehnten haben westliche Staaten und Medien, Israel als das einzige «demokratische» Land im Mittleren Osten gepriesen. Gleichzeitig haben sie die Palästinenser karikiert und gegen sie Hetze betrieben, und dabei gegen Artikel 20 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstoßen. Jene Politiker, Journalisten, Akademiker und Medien, die die Verbrechen Israels banalisieren und verleugnen, sind ebenfalls im Sinne des Artikels III Absatz c der Völkermordskonvention daran beteiligt. Hier kann man sich auf die Jurisprudenz des Internationalen Strafrechtstribunals für Ruanda stützen[14] sowie auf die Jurisprudenz des IGH in seinem Urteil von 1996 im Fall Bosnien vs. Serbien, die auch eine Verpflichtung aller Staaten feststellte, Maßnahmen zu ihrer Verhütung vorzunehmen.[15] Die Hetze und Verleugnung in westlichen Medien verstoßen gegen diese Jurisprudenz.

Frage: Gemäß Uno-Charta hat Israel das Recht auf Selbstverteidigung. Warum soll das hier nicht gelten?

Alfred de Zayas: Nein, das ist nicht so einfach. Israel kann sich nicht auf Artikel 51 der Uno-Charta berufen, denn Israel ist ein Okkupant, ein Besetzer. Da gelten vor allem die Genfer Konventionen von 1949 und die Zusatzprotokolle von 1977. Wiederum können die Palästinenser wohl ihr Recht auf Selbstbestimmung behaupten und daher auch ein Recht auf Selbstverteidigung gegenüber Israel in Anspruch nehmen und sich dabei auf etliche Uno-Resolutionen stützen, unter anderem auf 2625 und 3314 sowie auch auf die vielen Resolutionen der Generalversammlung über das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Selbstverteidigung ist mit Völkermord nicht gleich zu setzen. Hier sind zwei Aspekte des Artikel 51 der Uno-Charta hervorzuheben. Die Anwendung von Gewalt ist dem Sicherheitsrat vorbehalten. Selbstverteidigung ist eine Ausnahme und nur dann möglich, wenn es von kurzer Dauer ist, bis sich der Sicherheitsrat damit beschäftigt. Der Uno-Generalsekretär António Guterres hat Artikel 99 der Uno-Charta aktiviert und den Sicherheitsrat aufgefordert, Frieden in Gaza zu ermöglichen. Dies ist durch einen Staat, die USA, vereitelt worden. Außerdem muss jede «Selbstverteidigung» die Verhältnismäßigkeit wahren. Art. 51 der Uno-Charta liefert keine Legitimierung der Völkermordpolitik Israels.[16]

Hier sind zwei Punkte hervorzuheben. Der Angriff der Hamas vom 7. Oktober war nicht der Beginn des Krieges – sondern eine Antwort auf die illegale Blockade, die Israel gegen Gaza seit 2007 unterhält.[17]

Man denkt sofort an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943. Gewiss hatten die Nazis kein Recht auf «Selbstverteidigung» gegenüber den Juden im Warschauer Ghetto, die durch die Nazis verhungert sind. Der Warschauer Aufstand im Mai 1943 war durchaus verständlich und legitim. Aber er wurde durch die Nazis mit Völkermord beantwortet.

Ein zweiter Punkt ist hervorzuheben. Die «Antwort» der Israelis auf die 1200 Toten vom 7. Oktober hat inzwischen etwa 23000 Menschenleben in Gaza gekostet – überwiegend Frauen und Kindern – Zivilisten, die unter der IV. Genfer Konvention von 1949 schutzberechtigt sind. Hier ist eine groteske Verletzung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit.

Frage: Warum kann Südafrika diese Klage einreichen?

Alfred de Zayas: Artikel IX der Völkermord Konvention vom 9. Dezember 1948 besagt:

«Streitfälle zwischen den vertragschließenden Parteien hinsichtlich der Auslegung, Anwendung oder Durchführung dieser Konvention einschließlich derjenigen, die sich auf die Verantwortlichkeit eines Staates für Völkermord oder eine der sonstigen in Artikel III aufgeführten Handlungen beziehen, werden auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet.»

Dies bedeutet, dass der IGH unmittelbare Jurisdiktion über den Fall besitzt. Jede Staatspartei der Völkermordkonvention kann einen Fall direkt an den IGH schicken, ohne vorherige Resolution des Sicherheitsrates.

Die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ist eine «Erga omnes»-Verpflichtung aller Staaten. Und tatsächlich haben sich inzwischen eine Reihe von Staaten im Sinne Südafrikas geäußert. Man darf hoffen, dass sie alle Gutachten an den Internationalen Gerichtshof liefern, damit der Genozid in Gaza gestoppt wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Dies wäre auch die Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs. Art. 6 des Statuts von Rom[18] liefert die Basis für eine juristische Untersuchung des Falls und eine Bestrafung nicht nur von Premierminister Benjamin Netanyahu, sondern auch von allen Politikern, die Netanyahus Politik dadurch ermöglicht haben, dass sie die Waffen lieferten und immer noch liefern, die für den Völkermord an den Palästinensern gebraucht werden.

Artikel III e der Völkermordkonvention macht auch diese Politiker strafbar – unter anderen George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump und Joe Biden. Mitverantwortliche sind auch viele europäische Politiker, unter anderen Rishi Sunak, Emmanuel Macron, Olaf Scholz etc.

Frage: Angenommen, der IGH bestätigt die Einschätzung Südafrikas. Was hätte das für Folgen für die israelischen Regierung?

Alfred de Zayas: Zunächst ein enormer Verlust an Prestige. Aber Israel besitzt eine mächtige Propagandamaschinerie in der ganzen Welt und hat seit 1947 seine falsche Darstellung der Fakten in den meisten Medien durchgesetzt.

Juristisch gesehen müsste Israel den Krieg sofort beenden und enorme Wiedergutmachung an die Palästinenser bezahlen. Aber der Internationale Gerichtshof besitzt keine Möglichkeiten, für die Umsetzung seiner Urteile zu sorgen. Dies kann der Uno-Sicherheitsrat, aber er kann es nicht tun, denn die USA werden mit Sicherheit ein «Veto» einlegen – inzwischen sind es mehr als 80 Resolutionen über Israel, die die USA durch ein Veto vereitelt haben.

Nur eine Weltkoalition, die die Straffreiheit Israels nicht mehr duldet, könnte Zwangsmaßnahmen ergreifen, zum Beispiel keinen Handel mehr mit Israel treiben, nichts

kaufen, nichts verkaufen, keinem israelischen Flugzeug Landegenehmigung geben, keinem israelischen Schiff Hafen bieten.

Frage: Hat Israel die Möglichkeit gegen ein allfälliges Urteil zu rekurrieren?

Alfred de Zayas: Gegen ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs gibt es keine Appellationsmöglichkeit. Bisher hat Israel Uno-Resolutionen am Laufmeter ignoriert. Auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 wurde von Israel total ignoriert – und dies ohne Konsequenzen, weil die USA nach wie vor Israel schützen, egal welche Verbrechen es begeht.

Leider gibt es zu viele Präzedenzfälle, bei denen die Urteile des IGH ignoriert worden sind, so zum Beispiel das Urteil von 1986 gegen die USA wegen ihrer Aggressionen gegen und ihrer Einmischung in Nicaragua. Die USA haben keinen Rappen Wiedergutmachung an Nicaragua bezahlt.[19]

Frage: War das das Gutachten vom Juli 2004 über die von Israel damals geplante Mauer auf palästinensischem Gebiet?

Alfred de Zayas: Ja, damals ging es um den Bau der Mauer auf palästinensischem Gebiet, was vom IGH in einem Gutachten als völkerrechtswidrig bezeichnet wurde. Die Uno-Charta und etliche völkerrechtliche Verträge, unter anderem der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Internationale Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte, die Konvention gegen die Rassendiskriminierung, die Konvention über Kinderrechte, und so weiter wurden durch Israel verletzt. Das 70 Seiten umfassende Gutachten wurde mit 14 Richterstimmen angenommen. Die einzige Gegenstimme war jene des Richters aus den USA, Thomas Buergenthal. Das Gutachten hat die Folgen der Israel-Politik verurteilt und Umsetzungsvorschläge unterbreitet, unter anderem die sofortige Zerstörung der illegalen Mauer und die Zahlung von Kompensation an die Opfer. Dies ist nicht geschehen.[20]

Frage: Was kann die Uno sonst noch tun?

Alfred de Zayas: Der Uno-Generalsekretär António Guterres müsste deutlicher werden, kein Blatt vor den Mund nehmen. Den Völkermord als solches bezeichnen und noch einmal Artikel 99 der Uno-Charta in Anspruch nehmen und den Uno-Sicherheitsrat entsprechend ermahnen.

Frage: Welches Szenario sehen Sie in der Zukunft?

Alfred de Zayas: Keiner weiß, wie sich die Sache weiterentwickelt. Es besteht eine grosse Gefahr, dass sich Staaten wie die Türkei, Iran, Irak, Libanon, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien tiefer in die Sache einmischen. Dies könnte zu einem III. Weltkrieg führen.

Das Problem ist nicht nur die Person Benjamin Netanyahu, der nicht einlenken wird, auch wenn er von jüdischen Professoren wie Ilan Pappé[21] und Jeffrey Sachs[22] mehrfach aufgefordert worden ist, sich an das Völkerrecht zu halten. Das Problem liegt in der «Arrogance of Power».[23]

Frage: Welche weitere Implikation hat der israelische beziehungsweise US-amerikanische Starrsinn?

Alfred de Zayas: Israel und die USA versuchen, die Uno-Charta auszuschalten, die Völkermordkonvention von 1948 und die Genfer Konventionen von 1949 zu unterminieren. Wenn es so weiter geht, und dies von der Weltgemeinschaft toleriert wird, haben wir ein Chaos, haben wir kein Völkerrecht mehr. Wenn der IGH das israelische Vorgehen nicht deutlich verurteilt und wenn die Uno-Generalversammlung keine konkreten Maßnahmen ergreift, können wir die Uno vergessen. Es war «eine gute Idee», aber manche Staaten haben sie beerdigt.

Frage: Wie beurteilen Sie die bisherige Berichterstattung über den IGH Fall?

Alfred de Zayas: Viele Politiker und Journalisten in Lateinamerika, Afrika und Asien berichten einigermaßen objektiv. Es lohnt sich, viele Quellen zu lesen und viele Argumente zu hören. Ich verfolge die Berichterstattung in *Al-Jazeera*, *CGTN*, *Global Times*, *Asia Times*, *Telesur* und so weiter, auch in *RT* und *Sputnik*, denn ich lese Russisch. Natürlich lügen viele, und viele unterdrücken wichtige Informationen. Viele Politiker und Journalisten in den USA und Europa, unter anderen *The New York Times*, *Washington Post*, *CNN*, *BBC* sind nicht um Objektivität bemüht. Vielmehr machen sie eine Apologie von Kriegsverbrechen und Völkermord. Besonders peinlich empfinde ich die Doppelmoral in den USA und in Deutschland.

Frage: Was kann Südafrika, was können die afrikanischen Staaten tun, wenn der IGH und der Internationale Strafgerichtshof (ICC) nicht agieren?

Alfred de Zayas: Der IGH agiert schon. Ich rechne mit der Bezeichnung von vorsorglichen Maßnahmen gemäß Artikel 41 des IGH-Statuts, das heißt Waffenstillstand. Wenn Israel dies missachtet, haben wir natürlich mit einer zusätzlichen Verletzung des Völkerrechts zu tun.

Was den Internationalen Strafgerichtshof betrifft: Sollte der Chefankläger beim ICC nicht einlenken und keine Anzeige gegen Netanyahu erlassen, sollten die afrikanischen Staaten en masse ihre Beteiligung im ICC und das Statut von Rom kündigen. Der jetzige Chef-Ankläger ist britischer Staatsbürger und verfolgt seit Jahren eine US- und UK-Politik. Seine Glaubwürdigkeit ist gleich null. Die Afrikaner und Asiaten sollten darauf bestehen, dass er zurücktritt.

Frage: Wie ist es so weit gekommen? Wieso befindet sich die Welt in dieser Misere?

Alfred de Zayas: Ich versuche einige Antworten in meinem Buch «Building a Just World Order» zu liefern, vor allem im Kapitel 2, meine:

«25 Prinzipien der Weltordnung»

Kapitel 3 «Peace as a Human Right» und

Kapitel 5 «The Right of Self-determination of Peoples.»[24]

Tatsächlich ist die Realisierung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker eine friedensfördernde präventive Strategie. Auch der Gaza-Krieg ist ein Krieg um das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Der Uno-Menschenrechtsrat hat in etlichen Resolutionen die Ursachen so vieler Völkermorde und Kriege dargelegt, unter anderem in der Resolution 48/7 vom Oktober 2021.

Aber das, was spezifisch Israel und Palästina betrifft, wissen wir, dass dies eine sehr lange Vorgeschichte hat und vieles davon hat mit Imperialismus und Kolonialismus zu tun. In der Tat ist die Politik Israels gegenüber den Palästinensern eine Art Kolonialismus, und die Verbrechen gehen zurück auf die infame, imperialistische «Balfour Declaration» des britischen Außenministers Arthur James Balfour vom 2. November 1917.[25] Diese Erklärung hat entsetzliche Konsequenzen für Millionen Menschen im Nahen Osten entfaltet – nicht nur in Palästina, sondern auch in Ägypten, Jordanien, Libanon, und Syrien. Das «Israel Experiment» hat die Welt seit 1947 in permanenter Spannung gehalten.

Frage: Was würden Sie vorschlagen – nicht als Völkerrechtsprofessor, sondern als Mensch?

Alfred de Zayas: Man muss alles für den Frieden tun, für Frieden mit Gerechtigkeit, für Frieden auf der Basis der Sicherheitsratsresolution 242 vom 22. November 1967,[26] auf der Basis des IGH-Gutachtens vom 9. Juli 2004.[27]

Ich würde gerne Millionen Menschen sehen, die in Washington, London, Paris, Berlin, Rom, Madrid, Zürich auf die Straßen gehen, und einen sofortigen Waffenstillstand verlangen. Sei es durch «civil disobedience», ich möchte sehen, dass die Menschen in demokratischen Ländern verlangen, dass ihre Politiker Schluss mit Kolonialismus und mit Imperialismus machen.

Als Christ möchte ich sehen, dass die Menschheit die Bergpredigt (Matthäus V, VI, VII) ernst nimmt, vor allem, dass alle Christen bemüht sind, Frieden überall in der Welt zu stiften, dass wir alles tun, damit Frieden im Heiligen Land zurückkehrt. Ich empfehle allen diese zwei Bücher von Ex-Präsident Jimmy Carter zu lesen: «We can have Peace in the Holy Land» (2009)[28] und «Palestine: Peace Not Apartheid» (2006). Simon and Schuster, New York.[29]

Ich hatte die Ehre, diese Bücher mit Präsident Carter zu diskutieren, als ich sein Gast im Carter Center in Atlanta war. Hätten wir heute einen Jimmy Carter im Weißen Haus, hätten wir den Völkermord in Gaza nicht, hätten wir diese Tragödie nicht.

«War is over – when we want it» – wie John Lennon sang.

Herr Professor de Zayas, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Literaturverzeichnis:

[1] *www.icj-cij.org/case/192, www.msn.com/en-us/news/world/israel-is-facing-a-genocide-case-in-international-court-could-it-halt-the-war-in-gaza/ar-AA1mGYyK*
[2.] *mail.google.com/mail/u/0/?pli=1#inbox/WhctKKZPJXJflgkjVSzBkXgWFKNGwcxSBdPctPXrDcSjNrkFmWCNfgsJnGHfgDtVklrXMmg*
[3] *www.unrwa.org/gaza-emergency, edition.cnn.com/videos/world/2024/01/07/exp-unrwa-gaza-intv-fst-010701aseg01-cnni-world.cnn*
[4] *apnews.com/article/unrwa-lazzarini-gaza-israel-hamas-war-95ce3c409bd8566ed26d60aa75223546*
[5.] *www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_60_1.pdf*
[6] *www.youtube.com/watch?v=MOW_1exsHE8*
[7] *www.claritypress.com/product/protecting-human-rights-in-occupied-palestine-working-through-the-united-nations/*

[8] *www.ohchr.org/en/special-procedures/sr-palestine*
[9] *www.icj-cij.org/case/186*
[10] *www.middleeastmonitor.com/20231107-algeria-calls-on-icc-to-hold-israel-accountable-for-its-crimes-in-gaza/, edition.cnn.com/2023/11/17/middleeast/israel-gaza-war-crimes-icc-referral/index.html*
[11] *www.ohchr.org/en/treaty-bodies/cerd/inter-state-communications*
[12] *www.normanfinkelstein.com/books/gaza-an-inquest-into-its-martyrdom/*
[13] *www.un.org/en/genocideprevention/documents/atrocity-crimes/Doc.10_International%20Convention%20on%20the%20Suppression%20and%20Punishment%20of%20the%20Crime%20of%20Apartheid.pdf*
[14] *unictr.irmct.org/*
[15] *icj-cij.org/case/91/judgments*
[16] *www.un.org/en/about-us/un-charter*
[17] *www.amnesty.org/en/latest/news/2023/10/israel-opt-israel-must-lift-illegal-and-inhumane-blockade-on-gaza-as-power-plant-runs-out-of-fuel/, www.reuters.com/article/idUSTRE78C59R/*
[18] *www.icc-cpi.int/sites/default/files/RS-Eng.pdf*
[19] *www.icj-cij.org/case/70*
[20] *www.icj-cij.org/case/131*
[21] *www.democracynow.org/2023/10/31/ilan_pappe_israel_invades_gaza*
[22] *www.jeffsachs.org/newspaper-articles/ssm8mz6kfzysdwb9gh6m7ykhlk7sa7*, *www.youtube.com/watch?v=-wiwuhtx6o0*
[23] J. William Fulbright: The Arrogance of Power, Penguin 1967. *archive.org/details/arroganceofpower0000fulb/page/n9/mode/2up*
[24] *www.claritypress.com/product/building-a-just-world-order/*
[25] *www.bbc.com/news/world-middle-east-41765892, www.history.com/topics/middle-east/balfour-declaration*
[26] *digitallibrary.un.org/record/90717*
[27] *www.icj-cij.org/case/131*
[28] *archive.org/details/wecanhavepeacein0000cart*
[29] *www.democracynow.org/2006/11/30/palestine_peace_not_apartheid_jimmy_carter*

***

Zu Professor Dr. Alfred de Zayas: Alfred de Zayas ist Professor für Recht an der Genfer Hochschule für Diplomatie und diente von 2012 – 2018 als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung. Er ist der Autor von zahlreichen Büchern zu Themen internationaler Tragweite.

Wiedergabe des Gesprächs durch Unser-Mitteleuropa mit freundlicher Genehmigung von «Zeitgeschehen im Fokus», welches das Interview führte und herausbrachte: Hier

https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-1-vom-17-januar-2024.html#article_1624

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Die 50 Länder mit der stärksten Verfolgung von Christen

Open Doors Nachrichten für den Gemeindebrief

Open Doors
Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

WEBSITE	MAGAZIN	AKTIV WERDEN	KONTAKT

Open Doors Gemeindebrief – 18.01.2024

Liebe Geschwister in Christus,

hier ist die neue Ausgabe unserer „Nachrichten für den Gemeindebrief".

Das beigefügte Foto zeigt Christen in Indien während einer Zeit der Anbetung. Das Foto in höherer Auflösung finden Sie hier.

Danke, dass Sie Ihre Gemeinde über die Situation der verfolgten Christen informieren.

Herzliche Grüße

Ado Greve

Öffentlichkeitsreferent
Open Doors Deutschland e.V.
Postfach 11 42, 65761 Kelkheim
T +49 6195 6767-218 **F** +49 6195 6767-211

Die 50 Länder mit der stärksten Verfolgung von Christen

(Open Doors, Kelkheim) – Open Doors hat am 17. Januar den neuen **Weltverfolgungsindex 2024** veröffentlicht. In der Negativ-Rangliste finden sich die 50 Länder, in denen Christen aufgrund ihres Glaubens der stärksten Verfolgung weltweit ausgesetzt sind. Kirchen werden zerstört oder geschlossen, Gottesdienste und mehrheitlich christliche Dörfer überfallen, Christen ermordet und Zehntausende vertrieben. Die Verfolger sind zumeist islamistische, hinduistische, buddhistische oder kommunistische Regime und Gruppierungen sowie Autokraten und kriminelle Banden. Aber auch Clans und Familien verfolgen ihre Angehörigen, wenn sie zum christlichen Glauben konvertieren. Weltweit sind Christen in 78 Ländern mit intensiver Verfolgung und Diskriminierung konfrontiert.

Christen in Indien während einer Zeit der Anbetung

Weltverfolgungsindex 2024: Dokumentierte Gewalt in Zahlen

Die Gewalt gegen Christen hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen. Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 ist der 01.10.2022 – 30.09.2023.

- 4.998 Christen weltweit wurden wegen ihres Glaubens getötet. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen, doch zahlreiche Konflikte erschweren die Dokumentation.
- Physische Gewalt oder Todesdrohungen gegen 42.849 Christen, im Vorjahr 29.411.
- Angriffe auf Kirchen und ihre Einrichtungen nahmen stark zu, von 2.110 auf 14.766.
- Angriffe auf Häuser von Christen stiegen gegenüber dem Vorjahr von 4.547 auf 21.431.
- 278.716 Christen wurden aus ihren Häusern vertrieben oder mussten abtauchen, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr mit 124.310.
- 365 Millionen Christen weltweit sind wegen ihres Glaubens mindestens in hohem Maße Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt.

Christen und Kirchen in Subsahara-Afrika am stärksten von Gewalt betroffen

Die meisten Morde an Christen geschahen wie in den Vorjahren in Ländern südlich der Sahara. Allein in Nigeria wurden mindestens 4.118 Christen aufgrund ihres Glaubens getötet. In Äthiopien stieg die Zahl der Angriffe auf Kirchen, kirchliche Einrichtungen und Schulen von 22 im Vorjahr auf 284. In Burkina Faso und der Zentralafrikanischen Republik wurden jeweils weit mehr als 1.000 Geschäfte von Christen gebrandschatzt, geplündert oder beschlagnahmt, ein sprunghafter Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Weiteren afrikanischen Ländern auf dem Weltverfolgungsindex droht eine ähnliche Entwicklung.

Zu jedem Land auf dem Weltverfolgungsindex gibt es einen Länderbericht. Alle Informationen dazu finden Sie unter www.opendoors.de/wvi. Als Christen können wir anhand der Informationen gezielt für unsere bedrängten und verfolgten Brüder und Schwestern beten. Die Gewalt gegen sie sowie der Druck auf sie hat weltweit zugenommen. Sie bitten dringend um Unterstützung und Gebet.

Hinweis: SHOCKWAVE – Am Wochenende 1.–3. März beten Tausende Jugendliche für verfolgte Christen in Indien. Bestellen Sie schon jetzt unsere kostenlose Shockwave-Box zur Gestaltung eines Gebetsabends – als Jugendgruppe, im Hauskreis oder auch privat.

Die PDF-Version dieses Open Doors Gemeindebriefs finden Sie hier.

Bitte leiten Sie diesen Open Doors Gemeindebrief an interessierte Freunde weiter oder teilen Sie ihn direkt:

Gefällt mir Tweet

Über Open Doors

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Jährlich veröffentlicht Open Doors den Weltverfolgungsindex, eine Rangliste von 50 Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Derzeit sind weltweit mehr als 365 Millionen Christen wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Projekte von Open Doors umfassen Hilfe zur Selbsthilfe, Ausbildung von christlichen Leitern, Engagement für Gefangene, Nothilfe und Trauma-Arbeit, die Bereitstellung von Bibeln und christlicher Literatur sowie die Unterstützung von Familien ermordeter Christen. Mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit informiert das Werk in Publikationen und mit Vorträgen über Christenverfolgung und ruft zu Gebet und Hilfe für verfolgte Christen auf. Die Arbeit von Open Doors Deutschland e.V. wird durch Spenden finanziert. Das Werk trägt das Spendenprüfzertifikat der Deutschen Evangelischen Allianz.

Sie haben diesen Open Doors Gemeindebrief weitergeleitet bekommen?
Hier können Sie diesen Open Doors Gemeindebrief direkt bestellen.

Sie möchten diesen Open Doors Gemeindebrief nicht mehr erhalten?
Hier können Sie sich abmelden.

Kontakt:
Open Doors Deutschland e.V., Postfach 11 42, 65761 Kelkheim
Telefon: 06195 6767-0
E-Mail: info@opendoors.de

OPEN DOORS
Seit 1955 im Dienst der verfolgten Christen weltweit
Postbank Karlsruhe: IBAN: DE67 6601 0075 0315 1857 50 BIC: PBNKDEFFXXX

Christenverfolgung

Weltverfolgungsindex 2024

Wo Christen am stärksten verfolgt werden

Die 50 Länder des Weltverfolgungsindex

Durch Anklicken eines Ländernamens gelangen Sie zum jeweiligen Länderprofil mit detaillierten Informationen über die Verfolgungssituation.

https://www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/weltverfolgungsindex-karte#rangfolge

Sortieren nach

1. Nordkorea
2. Somalia
3. Libyen
4. Eritrea
5. Jemen
6. Nigeria
7. Pakistan
8. Sudan
9. Iran
10. Afghanistan
11. Indien
12. Syrien
13. Saudi-Arabien
14. Mali
15. Algerien
16. Irak
17. Myanmar
18. Malediven
19. China
20. Burkina Faso
21. Laos
22. Kuba
23. Mauretanien
24. Marokko
25. Usbekistan
26. Bangladesch
27. Niger
28. Zentralafrikanische Republik
29. Turkmenistan
30. Nicaragua
31. Oman
32. Äthiopien
33. Tunesien
34. Kolumbien
35. Vietnam
36. Bhutan
37. Mexiko
38. Ägypten
39. Mosambik
40. Katar
41. Demokratische Republik Kongo
42. Indonesien
43. Kamerun
44. Brunei
45. Komoren
46. Tadschikistan
47. Kasachstan
48. Jordanien
49. Malaysia
50. Türkei

Weitere Länder

Der Weltverfolgungsindex ist auf 50 Länder begrenzt. Deshalb können nicht alle Länder, in denen ein hohes bis sehr hohes Maß an Verfolgung herrscht, aufgeführt werden. Hier die 28 weiteren Länder mit einem ebenfalls hohen bis sehr hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung:

51. Kenia
52. Tansania
53. Nepal
54. Kuwait
55. Dschibuti
56. Tschad
57. Vereinigte Arabische Emirate
58. Sri Lanka
59. Aserbaidschan
60. Palästinensergebiete
61. Kirgisistan
62. Russische Förderation
63. Ruanda
64. Burundi
65. Bahrain
66. Honduras
67. Venezuela
68. Togo
69. Guinea
70. Uganda
71. Angola
72. Libanon
73. Gambia
74. Südsudan
75. Belarus
76. Elfenbeinküste
77. Ukraine
78. Israel

Der Weltverfolgungsindex ist eine **Rangliste** der 50 Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Er wird von einem ausführlichen **Bericht** darüber begleitet, wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äußern und auswirken. Open Doors gibt den Weltverfolgungsindex jährlich neu heraus.

Unsere **Ziele** mit dem Weltverfolgungsindex sind 1. die Verfolgerländer und den Grad der Religionsfreiheit öffentlich zu machen, 2. Politiker und Medien zu mobilisieren, sich zu engagieren und 3. eine Basis zu schaffen, damit für verfolgte Christen gebetet und ihnen zielgerichtet geholfen wird.

Der Weltverfolgungsindex soll **keine bloße Statistik** sein, in der verfolgte Christen hinter nackten Zahlen verschwinden. Jeder Einzelne von ihnen soll in seinem Leid wahrgenommen werden und Trost und Ermutigung erfahren.

Weltkarte Rangliste Gesichter Bericht Helfen

Wesentliche Entwicklungen 2024

Die **Verfolgung** hat im Vergleich zum Vorjahr **an Intensität zugelegt**. Weltweit sind **mehr als 365 Millionen Christen in 78 Ländern** wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex gilt dies sogar **in einem sehr hohen bis extremen Maß**. Davon betroffen sind **317 Millionen** der dort lebenden 756 Millionen Christen. Hier eine Auswahl der wesentlichen Entwicklungen in Bezug auf die Situation verfolgter Christen:

Interaktive Karte

Klicken Sie auf ein Land, um zum Länderprofil zu gelangen. Die kleineren Inselländer des Weltverfolgungsindex werden sichtbar, indem Sie über das Pluszeichen die Kartenansicht vergrößern. Zur Rangliste mit den Platzierungen und zu einer ausführlichen Statistik der Ränge gelangen Sie unterhalb der Karte.

Ausmaß von Verfolgung
extrem
sehr hoch
(Mehr Informationen zu den Farben hier.)

Die ersten 10 Länder

Platz Land

1 Nordkorea

2 Somalia

3 Libyen

4 Eritrea

5 Jemen

Platz Land

6 Nigeria

7 Pakistan

8 Sudan

9 Iran

10 Afghanistan

Der Weltverfolgungsindex ist eine **Rangliste** der 50 Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Er wird von einem ausführlichen **Bericht** darüber begleitet, wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äußern und auswirken. Open Doors gibt den Weltverfolgungsindex jährlich neu heraus.

Unsere **Ziele** mit dem Weltverfolgungsindex sind 1. die Verfolgerländer und den Grad der Religionsfreiheit öffentlich zu machen, 2. Politiker und Medien zu mobilisieren, sich zu engagieren und 3. eine Basis zu schaffen, damit für verfolgte Christen gebetet und ihnen zielgerichtet geholfen wird.

Der Weltverfolgungsindex soll **keine bloße Statistik** sein, in der verfolgte Christen hinter nackten Zahlen verschwinden. Jeder Einzelne von ihnen soll in seinem Leid wahrgenommen werden und Trost und Ermutigung erfahren.

04) Wahlen in Taiwan diese Woche: Werden die Karten in Fernost neu gemischt?

Von JURY TAWROWSKY

11. 01. 2024

13.2.2024: Wahlen auf Taiwan – kann zumindest in Fernost die Vernunft siegen?

Eine scharfe Konfrontation zwischen den USA und China in der asiatisch-pazifischen Region ist unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen

Von JURY TAWROWSKY | Die für den 13. Januar 2024 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan sind vielleicht das interessanteste politische Ereignis zu Beginn dieses Jahres. Die von kaum einem Land anerkannte Republik China mit ihren 23,5 Millionen Einwohnern würde ohne besonderen Anlass kaum ein so großes internationales Interesse hervorrufen. Selbst Taiwans beträchtliches wirtschaftliches Gewicht – 2/3 des russischen BIP – und seine Schlüsselrolle bei der Produktion leistungsfähiger Produkte der Halbleiterindustrie würden nicht reichen, den Mainstream, welcher mit den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten beschäftigt scheint, entscheidend abzulenken. Doch einige Experten sagen aufgrund des möglichen Wahlergebnisses in Taiwan den Beginn eines weiteren großen Krieges voraus. Ein solcher Krieg um Taiwan ist in der Tat wesentlicher Bestandteil des alten Spiels der USA, um China zu schwächen.

Nach der Vereinigung des Reichs der Mitte und Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 war die Regierung unter Mao Zedong in Feindseligkeiten rund um verschiedene Randgebiete verwickelt. Tibet zum Beispiel wurde erst 1951 annektiert. Es gab noch weitere wichtige Ziele für abschließende Operationen der Volksbefreiungsarmee (VBA), darunter Taiwan.

Mehr als zwei Millionen Soldaten und Funktionäre der Kuomintang-Partei, die China jahrzehntelang regiert, doch einen erbitterten Bürgerkrieg gegen die Kommunisten verloren hatte, flohen auf die Insel Taiwan, die zu diesem Zeitpunkt sechs Millionen Einwohner hatte. Kaum jemand zweifelte am Erfolg der gut aufgestellten roten Truppen, nachdem die USA dem gescheiterten Kuomintang unter ihrem Führer Chiang Kai-shek inzwischen den Rücken zugekehrt hatte. Doch 1950 brach der Koreakrieg aus. Im Oktober verschob Mao Zedong die besten Truppen gegen Norden, um den Führer Nordkoreas, Kim Il-sung vor der endgültigen Niederlage zu bewahren. Darauf änderten die Amerikaner ihre Haltung gegenüber Chiang Kai-shek und stellten Schiffe der 7. Flotte zum Schutz der Insel ab. Die Insel Taiwan selbst wurde in einen „unsinkbaren Flugzeugträger“ verwandelt, von dem aus im Anschluss die Amerikaner die bevölkerungsreichen Städte der benachbarten Küstenprovinzen Chinas bedrohten.

Chiang Kai-shek vor der Flagge von Taiwan

Washington beschloss, die Beziehungen mit Taipeh zu „formalisieren“ und unterzeichnete im Jahr 1954 einen „Sicherheitsvertrag“. Zugleich stationierte die USA Einheiten der Luftwaffe, Marine und des Marinekorps auf der Insel. Die Armee der Kuomintang wurde mit modernen Waffen aufgerüstet, die Produktion eigener Waffen begann und 1961 wurde sogar ein Nuklearprogramm gestartet. Chiang Kai-shek bereitete sich ernsthaft auf einen Revenge-Feldzug gegen Festland-China vor und ließ deshalb in der von dort mitgebrachten „Verfassung der Republik China“ die Bestimmung zur Einheit Chinas so stehen.

Mit Hilfe großzügiger Unterstützung aus Übersee, eines harten Militärregimes und einer effektiven Verwaltung von Staat und Privatwirtschaft, machte Chiang Kai-shek Taiwan bereits in den 60er Jahren zu einem der „asiatischen Tiger“. Seine Erfolge standen ganz im Gegensatz zu den Zerwürfnissen im Zuge des „Großen Sprungs nach vorn“ und der „Kulturrevolution“ in Festlandchina, die erste Gefühle einer eigenen „taiwanesischen Identität“ aufkommen ließen.

Eine bequeme Existenz unter dem amerikanischen „Nuklearschirm“ hätte noch lange fortbestehen können. Doch Washington sah die Chance, einen noch viel größeren politischen Coup zu landen: Um China auf die Seite des Westens zu ziehen, ließen die USA zu, dass Taiwan 1971 aus der UNO ausgeschlossen wurde und die VR China Taiwans Platz übernahm. Im Jahr 1978 nahm Washington diplomatische Beziehungen zu Peking auf, während die Beziehungen zu Taipeh abgebrochen wurden. Allerdings verabschiedete der US-Kongress als „Trostpflaster“ ein Gesetz, das die Fortsetzung von US-Waffenlieferungen an Taiwan weiterhin ermöglichte. Dieses Schlupfloch erlaubte seither der USA, Taiwan wieder als Druckmittel gegen Peking einzusetzen.

Der von Deng Xiaoping eingeleitete Wechsel der VR China auf die Seite des Westens während der westlichen Konfrontation gegen das sozialistische Lager verhinderte für mehrere Jahrzehnte westliche Feindseligkeit gegenüber „Rotchina“ sowie das Druckmittel „Taiwan“ im Tagesgeschäft. Doch die Erfolge der „Reform- und Öffnungspolitik“ unter Deng Xiaoping und seinen Nachfolgern beunruhigte westliche Politiker. Während des Besuchs des damaligen US-Präsidenten Barack Obama 2009 in Peking, überraschte die USA Peking mit ihrem Angebot, gegebenenfalls die globale Rolle des kleinen Bruders in einem „G-2 Format“ – im Tandem mit den USA – einzunehmen. Die Chinesen lehnten jedoch eine untergeordnete Rolle ab, was Washington im Nachgang veranlasste eine Politik der „Eindämmung“ gegen die VR China einzuschlagen.

Außenministerin Hillary Clinton verkündete als neue US-Strategie einen „Schwenk nach Asien“ zusammen mit der Verlegung von militärischen Kräften nach Fernost. Die Militärbündnisse im pazifischen Raum wurden erneuert und die Militärbasen in Japan, Südkorea und auf den Philippinen ausgebaut. Zur wirtschaftlichen Eindämmung wurde der Handelsblock der Transpazifischen Partnerschaft erfunden, zu dem China, die größte Volkswirtschaft der Region, jedoch nicht eingeladen worden war.

Kann die USA den friedlichen Zusammenschluss von Taiwan mit China verhindern?

Zugleich wurden umfangreiche Waffenlieferungen an die rebellische Insel einmal mehr aufgenommen. Die CIA begann mit Nachdruck anti-chinesische Organisationen aufzubauen: Man legte den Schwerpunkt auf Stimulierung nationaler Gefühle „taiwanesischer Identität“ und das Narrativ der vermeintlichen Überlegenheit eines „demokratischen“ Taiwan gegenüber dem „autoritär“ geführten China. Die Demokratische Fortschrittspartei (DPP), die einen Kurs der „Souveränität“ mit endgültiger Loslösung Taiwans vom Reich der Mitte einschlug, wurde zum Treiber solcher Gefühle. Im Jahr 2000 gewannen die Separatisten der DPP erstmals bei Wahlen. Seither zeigte der Kampf zwischen DPP und Kuomintang wechselseitige Erfolge und der nächste Schlagabtausch wird am 13. Januar 2024 entschieden.

Es scheint unwahrscheinlich, dass der Ausgang dieser Wahlen zu den von Washington so sehnlichst erwünschten katastrophalen Ereignissen führen würde. Der Präsidentschaftskandidat der regierenden DPP und derzeitige „Vizepräsident Taiwans“, Lai Ching-te, erklärte bereits, dass man keine konkreten Pläne verfolge, die komplizierten Verfahren zur Erörterung, geschweige denn zur rechtlichen Formalisierung einer „Unabhängigkeit“ von Taiwan einzuleiten. Er gehe davon aus, dass Taiwan bereits unabhängig von Peking sei.

Hou Yu-ih, der Kuomintang-Kandidat und Bürgermeister von Taipeh, betont, dass die derzeitige „Verfassung der Republik China“, d.h. Taiwans, eindeutig den Grundsatz einer „Ein-China-Politik“ festschreibe.

Ko Wen-je, der die neu gegründete Volkspartei (TPP) vertritt, wird nicht als wirklicher Konkurrent zu den Führern der beiden anderen Parteien gesehen. Auch er ist kein Befürworter der „Unabhängigkeit“ und bezeichnet Festlandchina und Taiwan als „eine Familie“. Als Bürgermeister von Taipeh von 2014 bis 2022 pflegte er aktiv Kontakte zur VR China.

Die einzige Möglichkeit, die Situation zu anzuheizen und Peking zu einer Präventivmaßnahme zu provozieren, wäre ein Aufstand von Provokateuren nach dem Muster der Unruhen in Hongkong im Jahr 2019. Damals nutzten Gruppen von Extremisten, zumeist junge Leute mit aufgestauter Unzufriedenheit gegenüber der Sonderverwaltungsregion Hongkong (SAR) und inszenierten Tumulte in der Legislativversammlung, in den U-Bahn-Stationen und besetzten sogar den internationalen Flughafen von Hongkong. Nur Xi Jinpings angeborene „strategische Geduld“ machte es möglich, auf den Einsatz von Truppen über die Grenze hinweg zu verzichten und die Situation lokal zu lösen.

Hongkong bildet einen integralen Bestandteil Chinas

Zuvor schon nutzten taiwanesische Gleichgesinnte ein Skript nach dem Vorbild der Hongkonger Randalierer. Es sei daran erinnert, dass im Jahr 2014 Gruppen junger Menschen das Parlamentsgebäude in Taipeh besetzten und die Verwaltung von Präsident Ma Ying-jeou, dem Vorsitzenden der Kuomintang-Partei, stürmten. Er war dabei, Taiwan der VR China anzunähern und ein Abkommen zur Erleichterung von Investitionen aus dem „Festland“ für Taiwan abzuschließen. Dieses Abkommen, das für die Wirtschaft und die Bevölkerung der Insel äußerst günstig war, vermochte die Position der Separatisten der DPP-Partei zu schwächen.

Die nächste Runde der Konfrontation wurde von den Separatisten entschieden: Im Jahr 2016 gewann die DPP die Präsidentschaftswahlen. Taiwan wurde seither von der Präsidentin Tsai Ing-wen geführt.

Das Ausbleiben eines raschen und dramatischen Wandels in Taipeh nach Ausgang der aktuellen Wahlen bedeutet nicht, dass die regionale oder gar globale Situation davon unberührt bliebe. Ein militärisches Eingreifen Chinas scheint praktisch ausgeschlossen: Eine offensichtliche Tatsache, die Xi Jinping gegenüber Biden bei dem Treffen in San Francisco bestätigte. Die maximal mögliche Reaktion selbst auf ungünstige Ereignisse wäre eine kurze Wirtschaftsblockade der Insel, ähnlich der in Folge der Taiwanreise von Nancy Pelosi im August des Jahres 2022. Die Amerikaner beabsichtigen auch nicht über die Verlegung von Flugzeugträgergruppen in die Nähe von Taiwan und ins Südchinesische Meer hinausgehen.

Wie es weitergeht, wird vom Ausgang der Wahlen abhängen. Ein Sieg der Separatisten würde die militärische und wirtschaftliche Lage auf beiden Seiten der Straße von Taiwan weiter verschärfen: Chinesische Flugzeuge und Schiffe würden zunehmend Manöver abhalten und damit ihre Bereitschaft signalisieren, die Wiedervereinigung nicht nur mit friedlichen Mitteln durchzusetzen.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, deren Volumen beeindruckend ist – die Investitionen taiwanesischer Unternehmen auf dem Festland belaufen sich auf über 200 Milliarden Dollar und der bilaterale Handel belief sich im Jahr 2022 auf 320 Milliarden Dollar – könnten darunter leiden. Mehr als eine Million Taiwaner sind dauerhaft in der VR China ansässig – Geschäftsleute, Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Künstler. Kurz vor den Wahlen kündigte Peking einige Beschränkungen für taiwanesische Firmen an.…

Der Sieg der Befürworter der Einheit Chinas gemäß Deng Xiaopings Formel „ein Land, zwei Systeme“ würde es nicht nur ermöglichen, die militärischen Spannungen abzubauen, sondern auch zum Aufbau einer für beide Seiten vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen. Der Bau der Autobahn Peking-Taipeh könnte ein Symbol für eine Rückkehr zur Normalität werden: Sie soll die Meerenge – die Straße von Taiwan – mit einem etwa 120 Kilometer langen Unterwassertunnel unterqueren. Die Chinesen haben die Technik solcher Bauwerke bereits beim Bau der Unterwasserverbindung zwischen Zhuhai und Hongkong erfolgreich gemeistert. Der Preis von 50–60 Milliarden Dollar wäre erschwinglich. Alles, was nötig ist, wäre die politische Entscheidung von beiden Seiten.

Für Washington bedeutete der Sieg der Separatisten, dass der „Hebel Taiwan“ weiterhin eingesetzt werden könnte, um Druck auf Peking zu verstärken. Die amerikanischen Strategen würden versuchen, Peking in die „Taiwan-Falle“ zu locken und China zu einem Präventivschlag gegen die „rebellischen Separatisten“ zu verleiten. Eine Wiederholung des „ukrainischen Szenarios“ bleibt trotzdem unwahrscheinlich, kann aber nicht völlig ausgeschlossen werden.

Der Sieg der vernünftigen Kräfte könnte Washington dazu veranlassen, die Taiwan-Karte nicht mehr auszuspielen und der „Respekt vor dem Willen der Taiwanesen“ könnte zu einem bequemen Vorwand werden, um die kostspielige und unwirksame Intervention gegen China zu beenden. Die Verlierer der DPP würden wieder schnell vergessen sein und in der Versenkung verschwinden. Der Verrat an „verbrauchten Vasallen“ war schon immer ein beliebter Trick im Arsenal der Vereinigten Staaten. Darüber wird heute in Taipeh am Vorabend der Wahlen am 13. Januar sicherlich nachgedacht!

****

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER-MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) IWF-Geständnis – Dollar-Anteil weltweiter Währungsreserven im Sinkflug

03. 01. 2024

Bild: Pixabay

Jüngst erhobene Daten zeigen nun, dass der Anteil des Dollar an den weltweiten Reserven im dritten Quartal 2023 auf unter 60 Prozent sank.

Wirtschaftswissenschaftler haben nun auch darauf hingewiesen, dass die westlichen Sanktionen zu einer verstärkten Verwendung des chinesischen Yuan weltweit geführt hätten, und zwar wenig erstaunlich auf Kosten des Dollars wie auch *RT* berichtet.

Euro sinkt noch rapider

Der Anteil des US-Dollars an den weltweiten Zentralbankreserven ist weiter im „Sinkflug“ und lag im dritten Quartal 2023 nur noch bei 59,2 Prozent, wie aus den jüngsten Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervorgeht. Der Rückgang erfolgt vor dem Hintergrund des weltweiten Trends zur Entdollarisierung, der an Dynamik rasant zunimmt.

Die IWF-Statistiken zeigen, dass der Anteil des Dollar, ausgehend von rund 70 Prozent im Jahr 2000, nun zurückgegangen ist. Betont wird jedoch „eifrigste“, dass der US-Dollar aber nach wie vor die wichtigste Reservewährung der Welt sei, während der Anteil des Euro auf 19,6 Prozent gesunken ist. Der Anteil des japanischen Yen an den Weltreserven stieg von 5,3 Prozent im vorangegangenen Dreimonatszeitraum auf 5,5 Prozent. Der chinesische Yuan, das britische Pfund, der kanadische Dollar und der Schweizer Franken zeigten sich hingegen wenig verändert.

Yuan mittlerweile auf „Platz 4“

Angaben des globalen Finanznachrichtendienstes *SWIFT* zu Folge, erreichte der Anteil des Yuan am internationalen Zahlungsverkehr im November ein Rekordhoch, wobei die gemeinhin als „Renminbi“ bezeichnete chinesische Währung zur viertwichtigsten Valuta weltweit aufgestiegen ist. Auch die grenzüberschreitende Kreditvergabe in Yuan hat zugenommen, und die People’s Bank of China unterhält über 30 bilaterale Währungsswaps mit ausländischen Zentralbanken, darunter die BRICS+-Partner Saudi-Arabien und Argentinien.

Der wachsende Anteil des Yuan bei grenzüberschreitenden Transaktionen spiegelt laut *SWIFT* den Trend Chinas wider, sich vom Dollar abzuwenden, sowie die Bemühungen Pekings, die Verwendung des Renminbi zu fördern.

Der weltweite Trend, im Handel nationale Währungen anstelle des US-Dollars zu verwenden, hatte im vergangenen Jahr an Fahrt aufgenommen, nachdem Russland durch die Sanktionen wegen des Ukraine-Krieges vom westlichen Finanzsystem abgeschnitten und seine Währungsreserven eingefroren worden waren.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hatte davor gewarnt, dass der zunehmende Handel Russlands mit dem chinesischen Yuan als Reaktion auf die westlichen Sanktionen die Stärke des US-Dollars untergraben werde. Wirtschaftswissenschaftler hatten zudem darauf hingewiesen, dass die westlichen Handelsbeschränkungen zu einer verstärkten Verwendung des chinesischen Yuan weltweit auf Kosten des Dollars geführt hätten.

Die Kehrseite der „Medaille unüberlegter Politik“ wird sich 2024 wohl noch in vielerlei Facetten zeigen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Der Untergang der alten Welt

James Graham Ballards „Garten der Zeit“ wird zum Gleichnis für den Fall Europas.

Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

02. 01. 2024

Foto: twitter.com/CatholicArena

James Graham Ballards „Garten der Zeit“ wird zum Gleichnis für den Fall Europas.

Ein Gastbeitrag von Frank W. Haubold

Angesichts der Zumutungen, denen dieses Gemeinwesen insbesondere seit der Grenzöffnung für jedermann ausgesetzt ist, haben zuwanderungs- und islamkritische Romane wie Jean Raspails „Das Heerlager der Heiligen“ oder Michel Houellebecqs „Unterwerfung“ weite Beachtung gefunden, ebenso wie zahlreiche Sachbücher zum Thema. Ein Autor jedoch, der sich über Jahrzehnte zeit- und zivilisationskritisch artikuliert hat, ist nach wie vor nur dem Genre-Publikum bekannt: James Graham Ballard.

G. Ballard wurde 1930 in Shanghai geboren und wie die gesamte Familie zwei Jahre lang in einem japanischen Zivilgefangenenlager interniert, bevor er 1946 nach England gelangte. Er studierte Medizin und Englische Literatur und ging später zur Royal Air Force, bevor sich die Familie im englischen Shepperton niederließ, was ihm später den Beinamen „Prophet von Shepperton“ einbrachte. Bekannt wurde Ballard mit Dystopien wie „The Wind from Nowhere“ (deutsch „Der Sturm aus dem Nichts“) oder „The Crystal World“ (deutsch „Kristallwelt“). Seine Texte beschreiben vielfach den Zerfall sozialer Strukturen und Bindungen insbesondere in Krisensituationen, und Romane wie „High-Rise“ oder „Crash“ gehören heute zu den Klassikern dystopischer Literatur. 2009 verstarb der Autor nach schwerer Krankheit.

Beinahe prophetisch

Die Kurzgeschichte „The Garden of Time“ (deutsch „Der Garten der Zeit“), auf die ich hier näher eingehen möchte, ist einer von Ballards poetischsten Texten und erscheint im Lichte aktueller Entwicklungen beinahe prophetisch.

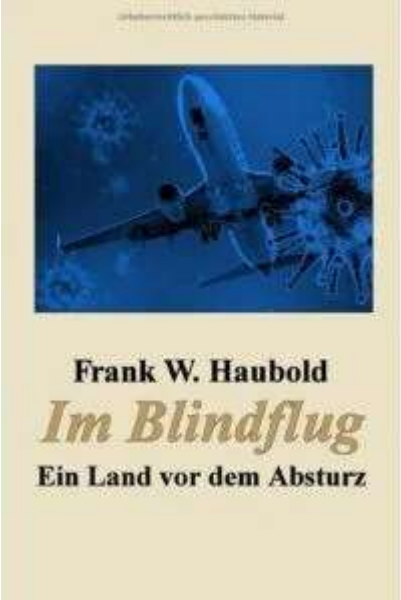
„Der Garten der Villa dehnte sich vor der Terrasse gute zweihundert Meter aus, fiel zu einem von einer weißen Brücke überspannten Miniatursee ab, an dessen anderem Ufer sich ein schmächtiger Pavillon erhob.“ – „Das Haus war von allen Seiten von der Ebene umgeben, deren eintönige Leere die Entrücktheit und heitere Erhabenheit der Villa noch verstärkte. Hier im Garten schien die Luft klarer, die Sonne wärmer zu sein, während die Ebene immer dumpf und unnahbar war.“

Das Idyll, das Ballard hier beschreibt, trügt jedoch, denn jenseits der Mauer, die den Garten säumt, droht dem Anwesen alsbald Gefahr, deren Näherrücken der Autor wie folgt schildert: „Während die unter den begnadeten Händen seiner Frau hervorströmenden Mozartschen Klänge ihn sanft umspielten, fiel ihm auf, dass die vorrückende Kolonne einer gewaltigen Armee sich langsam über den Horizont schob. Auf den ersten Blick schienen die langen Reihen sich in geordneten Linien voranzubewegen, doch bei näherem Hinsehen wurde deutlich, dass die Armee, wie das unauffällige Detail einer Landschaft von Goya, sich aus einem gewaltigen Menschengewimmel zusammensetzte, aus Männern und Frauen, hier und da ein paar Soldaten in abgerissenen Uniformen darunter, die in einer aufgelösten Flut vorwärts drängten.“

Massenansturm illegaler Migranten

Um wen es sich dabei konkret handelt, lässt der Autor offen, aber angesichts der Bilder von den chaotischen Verhältnissen auf der von einem Massenansturm illegaler Migranten heimgesuchten Insel Lampedusa um die Welt gingen, fällt eine zeitgemäße Assoziation nicht schwer. Ohne entschiedene Gegenmaßnahmen werden es zukünftig Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen sein, die auf dem Weg an die Fleischtöpfe der europäischen Sozialsysteme jedes Hindernis niederreißen werden. Machte der gewaltsame

Grenzdurchbruch in der spanischen Enklave Ceuta vor ein paar Jahren noch Schlagzeilen, so sind Angriffe bewaffneter Migranten auf Grenzschützer und tödliche Auseinandersetzungen untereinander an der serbisch-ungarischen Grenze heute bereits die Regel (was die bundesdeutschen Haltungsmedien ihrem Publikum in der Regel vorsorglich verschweigen).



Nun wäre der „Garten der Zeit“ keine typische Ballard-Geschichte, wenn sie nicht ein fantastisches Element enthielte, in diesem Fall sogenannte „Zeitblumen“, deren kristallene Blüten nach dem Pflücken imstande sind, die Zeit zurückzudrehen und damit auch den Vormarsch des Mobs vorübergehend aufzuhalten. Doch ihre Zahl ist begrenzt, und der Zeitgarten wie auch das gesamte Anwesen sind letztlich dem Untergang geweiht: „An dem letzten Abend, da er die Zeitblüte pflückte, hatte die vorderste Linie der Menge die dritte Anhöhe erreicht und schwärmte weiter vor.“

Die Besitzer des Anwesens wissen, dass ihr Schicksal besiegelt ist, gehen aber weiter ihren gewohnten Verrichtungen nach, bis sich die Bedrohung nicht mehr ignorieren lässt: „Er warf nur einen kurzen Blick über die Mauer. Weniger als einen halben Kilometer entfernt konnten sie das gewaltige dumpfe Brüllen der Lumpenarmee hören, das Klirren von Metall und das Peitschengeknall, das auf das Haus zudrängte.“

Die letzte winzige Blüte erlaubt ihnen noch eine kurze Atempause, dann hat der Mob das Anwesen erreicht: „Draußen erhob sich Lärm in die Luft, wohl tausend Stimmen brüllten nur zwanzig oder dreißig Meter entfernt. Ein Stein flog über die Mauer, landete zwischen den Zeitblumen und zerschmetterte mehrere der zerbrechlichen Stängel. Die Gräfin eilte zu ihm, als noch ein Steinhagel gegen die Mauer prasselte. Dann wirbelte ein schwerer Ziegelstein über ihre Köpfe hinweg durch die Luft und krachte in eines der Wintergartenfenster…“

Das Ende von Zivilisation, Kunst und Kultur

Den Zustand des Anwesens nach der Erstürmung schildert der Autor wie folgt: „Die Terrasse war zum größten Teil zerbröckelt, und der Hauptstrom der Masse zog quer über den Rasen an der ausgeraubten Villa vorbei, doch ein oder zwei von den Neugierigen kletterten hinein und durchwühlten die Ruine. Die Türen waren in den Angeln gefault, die

Fußböden eingebrochen. Im Musikzimmer war ein altes Cembalo zerhackt und als Feuerholz verwendet worden, doch ein paar Tasten lagen noch in der Asche. In der Bibliothek hatte man alle Bücher aus den Regalen gezerrt und die Gemälde aufgeschlitzt; vergoldete Rahmen lagen zerbrochen auf dem Fußboden herum."

Anschaulicher kann man das Ende von Zivilisation, Kunst und Kultur nicht beschreiben, das Deutschland und Europa bevorsteht, und anders als in Ballards Erzählung blühen hierzulande keine Zeitblumen, deren magische Kraft das Verhängnis wenigstens zeitweise aufhalten könnte.

Diejenigen, die es eigentlich kraft ihres Wählerauftrags und in Erfüllung ihres Amtseides tun könnten und sollten, haben sich längst mit dem Massenzustrom aus aufklärungsfernen Ländern arrangiert und auf die Seite der neuen Herren gestellt, deren Wohlwollen sie mit üppigen Sozialleistungen und dem Verzicht auf zivilisatorische Errungenschaften, Aufklärung und Christentum zu erkaufen suchen. Und falls es am Ende doch zum Bürgerkrieg kommt und die eigene Herrschaft in Gefahr gerät, sind die Notfallpläne längst geschrieben und die Pöstchen bei der Finanzindustrie und/oder der Uno jenseits des Ozeans gesichert.

An willfährigen und hochdotierten Handlangern mangelt es ihnen dabei nicht. Die sitzen in Redaktionsstuben, Parteivorständen, Gewerkschaftszentralen, Kirchenämtern, Anwaltskanzleien und vorgeblich gemeinnützigen Hilfsorganisationen und sorgen mit dafür, dass der Zustrom an Bedürftigen nicht versiegt. Dass sie damit kräftig an dem Ast sägen, auf dem sie selbst sitzen, ficht sie nicht an. Lampedusa und Südungarn sind weit, und noch tritt der Mob nicht die eigene Haustür ein…

Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. c) Wanderungen und Einwanderungen Seite E 81

01) Damit wir nicht „verhungern“! EU-Kommissarin will 4,5 Millionen Einwanderer pro Jahr

17. 01. 2024

Bildquelle: MPI

Während sogar in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland die “Remigration” diskutiert wird, zeigt die EU-Kommission den Europäern die kalte Schulter.

Nicht nur 3,5 Millionen, sondern 4,5 Millionen

Denn Brüssel denkt nicht daran, die Einwanderung umzukehren oder auch nur zu stoppen. Im Gegenteil. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson erklärte in der vergangenen Woche in Athen, dass die EU ohne Einwanderung „verhungern“ würde. Ihre „Lösung“: mehr Migranten. Und zwar gleich millionenfach. Die Sozialdemokratin aus Schweden bedauerte in einem Podiumsgespräch zu Migrationsfragen, dass aktuell nur 3,5 Millionen Menschen jedes Jahr legal in die EU einwandern. Hier will sie ansetzen: Sie fordert 4,5 Millionen Einwanderer pro Jahr.

Kampf gegen Europäer

Obwohl Johansson die Notwendigkeit der Einwanderung mit dem Schrumpfen der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter begründet, will sie auch „Flüchtlinge“, die in der Regel deutlich seltener einer Erwerbsarbeit nachgehen als andere, willkommen heißen.

Dass dies auf Widerstand treffen könnte, dürfte selbst der EU-Kommission bewusst sein. Daher will sie das „Gift“ der „Fremdenfeindlichkeit“ und des „Rassismus“ bekämpfen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf unzensuriert.de

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. d) Länder weltweit – im Überblick Seite E 82

Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · *Foto: Хрюша / Wikimedia CC 3.0*

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Keine Berichte

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. Seite E 83

Keine Berichte

E. f) Europa, Europa und die Welt Seite E 84 / EU Seiten E 85 – E 90

Keine Berichte

E u r o p ä i s c h e U n i o n (EU) (Seiten E 85 - E 90)

01) Meinungsfreiheit in der EU akut bedroht: Totalzensur durch „Digital Services Act“

20. 01. 2024

Eine schlimmere, bedrohlichere und perversere Gefahr für die Rede- und Meinungsfreiheit in Europa hat es seit 1945 nicht mehr gegeben als dieser Tage.

Der globalistische Transformationswahn durch elitistische korporatistische Machtzirkel sieht sich durch nichts so sehr bedroht wie durch kritische und unabhängige Medien und Meinungsführer im Netz. Um sie einzufangen, wirksam als Verbreiter von “Desinformation” und “Fake-News” zu brandmarken und so frühzeitig zu neutralisieren, indem man ihnen entweder erst gar nicht den Zugang zu den sozialen Netzen ermöglicht oder sie in ihrer Grundglaubwürdigkeit erschüttert, ist der “Digital Services Act” (DSA) der EU konzipiert.

„Böse Schwester des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“

Dieser wird nun tatsächlich ab dem 17. Februar 2024 in Kraft treten; das Datum dürfte für die Presse- und Netzfreiheit eine bittere Zäsur bedeuten und den Übergang in eine neue autoritäre und freiheitsfeindliche Ära markieren. Die Bundestagsabgeordnete und Datenschutzexpertin Joana Cotar (einst in der AfD, jetzt parteilose Abgeordnete) spricht beim DSA treffend von der “bösen Schwester des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes” (NetzDG) und schreibt in diesem Zusammenhang: “Wer geglaubt hat, das NetzDG sei Zensur, sollte sich mit dem DSA beschäftigen, den uns die EU hier aufdrängt.” Denn: Das Recht auf Meinungsfreiheit in großen sozialen Netzwerken werde de facto abgeschafft – und alles, was der Regierung und der Europäischen Kommission nicht passt, könne gelöscht werden.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf journalistenwatch.com unserem Partner in der EROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Wegen Viktor Orbán vergewaltigt die EU die eigenen Regeln

Von PETER HAISENKO

09. 01. 2024

Von PETER HAISENKO | Nichts fürchten die Machtpolitiker in Brüssel mehr als stabile Verhältnisse, die entstanden sind, weil Regierungen das tun, was Wähler wünschen. Bei klaren Mehrheitsverhältnissen können Wahlen nur schwer manipuliert werden. Die letzte Wahl in Ungarn hat das gezeigt. Im Juli könnte Viktor Orbán die EU-Ratspräsidentschaft zufallen und das soll mit allen Mittel verhindert werden.

Der aktuelle EU-Ratspräsident Charles Michel wird bei den Europawahlen im Juni antreten. Das bedeutet auch, dass er im Fall seiner Wahl sein Amt als Ratspräsident abgeben wird. Im Juli, kurz nach der Wahl, übernimmt Ungarn turnusmäßig den Vorsitz im EU-Ministerrat. Sollte es bis dahin keinen Nachfolger für Michel geben, würde die Sitzungsleitung zunächst bei Orbán liegen. Laut EVP-Chef Manfred Weber könnte dies zu einer Destabilisierung der europäischen Institutionen führen. So müsse laut Weber verhindert werden, dass infolge der Wahl Ungarns Staatschef Orbán „in eine zentrale Rolle“ komme. Diese Ansage ist purer Sprengstoff, denn sie zeigt auf, was die EU von Demokratie und ihren eigenen Regeln hält.

Kein einziger Spitzenpolitiker der EU ist auf demokratischem Weg auf seinen Posten gewählt worden. Das müsste gerade Manfred Weber wissen, der von Merkel durch von der Leyen ersetzt worden ist, obwohl er die Wahl gewonnen hatte. So kann man Weber einen jämmerlichen Systemknecht nennen, weil er sich das hat gefallen lassen. Ob dieser Vorgang vereinbar war mit den Regeln der EU, lasse ich dahingestellt. Allerdings wusste

man spätestens was Merkel selbst von Demokratie hält, nachdem sie gefordert hatte, die rechtmäßige Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen zu revidieren. In diese Kerbe schlägt jetzt auch Weber, allerdings bereits präventiv. Er will verhindern, dass Orbán ein Amt erhält, das ihm nach gültigen EU-Regeln rechtmäßig zusteht.

Es wird neue Mehrheitsverhältnisse geben

Wie das laufen soll, haben schon einige Stimmen verlauten lassen. Es soll schleunigst ein neuer Ratspräsident eingesetzt werden und das in weniger als einem Monat. Dass das wieder kein demokratischer Vorgang sein kann, ist selbsterklärend. In dieser kurzen Zeit kann keine Wahl abgehalten werden, aber die findet für diese Kür sowieso nicht statt. Dennoch ist es üblich, dass sich zumindest die Staatschefs darauf einigen. Allerdings hat die letzte Kür gezeigt, dass es beileibe nicht alle Staatschefs sind, die über diese Kür bestimmen. Für diese wichtigen Posten gilt offensichtlich nicht einmal das Prinzip der Einstimmigkeit. Ach ja, das ist also die EU, die allen Ländern vorschreiben will, wie Demokratie zu funktionieren hat.

Die letzte Wiederwahl Orbáns ist gelaufen, obwohl sich die EU massiv eingemischt hat. Von Brüssel ist es gesteuert worden, dass sich alle Oppositionsparteien gegen Orbán verschworen haben und dennoch gescheitert sind. Offensichtlich macht Orbán verdammt viel richtig im Sinne des Willens der Ungarn. Betrachtet man die Haltung Orbáns zu Russland, so zählt er zu den wenigen, die es wagen, eine Politik zu vertreten, die auch im Sinn der EU die richtige wäre. Das könnte er mit dem Vorsitz im EU-Ministerrat und dann noch als Ratsvorsitzender mit mehr Gewicht vorantreiben. Vor allem auch deswegen, weil zu erwarten ist, dass die Mehrheitsverhältnisse im Europarat nach der Wahl so liegen werden, dass der Weg Ungarns größere Unterstützung finden wird. Das wollen die Kriegstreiber mit allen Mitteln verhindern.

EU-Posten werden organisiert

Mit allen Mitteln heißt, dass schon im Vorfeld ausgekartelt werden soll, wer auf Michel folgen soll. Nur so kann verhindert werden, dass mit den neuen Mehrheitsverhältnissen in Europa ein Kandidat das Amt bekommt, der auch den neuen Mehrheitsverhältnissen entspricht. Aber der gesamte Vorgang zeigt noch etwas anderes. Dieser aktuelle Ratspräsident Michel ist nicht einmal ins EU-Parlament gewählt worden. Mit welcher Legitimation er diesen Posten erhalten hat, ist völlig unklar. Wahrscheinlich weiß er selbst, dass er diesen Posten so oder so aufgeben muss und so will er sich noch eine Pension sichern mit einem sicheren Listenplatz für das Europaparlament. So sind sie wohl, die „Spitzenpolitiker“ der EU, denen es offensichtlich nur um ihr persönliches Wohlergehen geht.

Wenn er denn ins EU-Parlament gewählt wird, was mit seinem Listenplatz als gesichert angenommen werden darf, dann kann Charles Michel den Ratsvorsitz bis zur Neukonstituierung der Europäischen Kommission behalten, sagt Weber mit einem „Eigentlich“. Allein das „Eigentlich“ sagt uns, dass gemauschelt werden soll. Michel selbst sagt dazu, „es ist relativ einfach, die Nachfolge zu organisieren“. Aha, zu „organisieren“. Das heißt, dass sich Michel selbst darüber im Klaren ist, dass es sich nicht um einen demokratischen Vorgang handelt. Es soll also organisiert werden, dass Orbán von seinem rechtmäßigen Amt ferngehalten wird. Aber kann man sich da wundern, wo doch keine dieser EU-Figuren auf demokratischem Weg ins Amt gekommen ist? Alles ist „organisiert“ worden.

Demokratie ist Populismus

Viktor Orbán wird Populist geschimpft. Vielleicht habe ich Demokratie nicht richtig verstanden, aber für mich ist Populismus die Grundlage von jeder Demokratie. In einer Demokratie sollen doch diejenigen regieren, die das vertreten, was die Mehrheit der Wähler will. Wer sich also um ein politisches Amt bewirbt, der muss seine Ziele so formulieren, dass eine Mehrheit ihm zustimmen wird. Er muss also als Erstes ergründen, was das „Populus“, das Volk, wünscht. Vertritt er dann diese Wünsche, ist er ein Populist, ein Volksvertreter. Ist das nicht der Sinn von Demokratie? Für mich ist es eine Sprachverwirrung, wenn Populismus als schädlich für die Demokratie verunglimpft wird. Ja geradezu eine Umkehrung des Sinns von Demokratie. In diesem Sinn sind alle Populisten die wahren Demokraten oder versuchen zumindest, es zu sein.

Der Zustand der Demokratie in Deutschland zeigt, dass keine Partei ihr Programm so aufgestellt hat, dass es dem Willen einer Mehrheit entspricht. Das liegt auch daran, dass die Themen ausgeklammert werden, die eine Mehrheit bringen könnten. Die Medien tun ihr Übriges dazu, indem auch sie diese Themen nicht ansprechen. Das ist so gewollt, denn mit mehrheitsfähigen Themen ist es nicht mehr so einfach, die Wähler zu manipulieren. Die werden mit nebensächlichem Firlefanz abgelenkt und gespalten. Immer wenn Koalitionen gebildet werden müssen, um irgendeine „Regierung“ zu ermöglichen, ist das ein Zeichen dafür, dass es eben für keine Partei eine Mehrheit gibt. Wann ist denn das letzte mal ein Kanzler gewählt worden, weil ihn eine Mehrheit als Kanzler wollte? Die Meisten geben ihr Stimme ab, um einen anderen zu verhindern. Man wählt nicht positiv, sondern negativ. Kann da etwas Gutes dabei herauskommen?

Merkel ist die Mutter allen Übels

Mit dem Umgang mit Orbán in der EU geschieht gerade dasselbe. Anstatt eine mehrheitsfähige Politik zu machen, wird mit allen Tricks versucht, Orbán zu behindern. Den Orbán, der meiner Meinung nach der einzige echte Demokrat in Europa ist. Dessen Erfolg von Leuten torpediert werden soll, die allesamt keine demokratische Legitimation haben. Von Leuten, die ihre selbstgeschaffenen Regeln, zu ihrem Vorteil geschaffenen Regeln, einfach grenzwertig auszulegen versuchen, um ihre Macht, ihre Diäten und Pensionen nicht zu verlieren. Von den Leuten, die die EU zu einer zentralistischen Diktatur umformen wollen, was ihnen schon weitgehend gelungen ist.

Wie sehr das von dem abweicht, was die Bürger wirklich wollen, wird gerade sichtbar, an den Massenprotesten der Bauern und denen, die sich solidarisieren. Nicht nur in der BRD. Aber bitte nicht vergessen: Es war Merkels Werk, die EU-Präsidentin völlig undemokratisch auf den Posten zu hieven. Es war Merkel, die mit ihrer Minsk-Lüge den Konflikt mit Russland maßgeblich hergestellt hat. Es war Merkel, die dafür gesorgt hat, dass die Grünen in der Regierung sind. Ach ja, in anderen Ländern nennt man so etwas „gelenkte Demokratie“, die es in der EU natürlich nicht gibt. Und es war Merkel, die mit dem Bankkaufmann/Gesundheitsminister Spahn den Covid-Wahnsinn organisiert hat. Hier können Sie die Meldung von ntv zu dem Vorgang einsehen.

Zum Autor: Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des *Anderwelt-Verlages* und Herausgeber von *AnderweltOnline.com*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Brüssel in Panik: Orban könnte EU-Ratspräsident werden

07. 01. 2024

Ministerpräsident Viktor Orbán (j) und Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, auf dem Strategieforum in Bled, Slowenien · *Foto: MTI / Miniszterelnöki Sajtóiroda*

Laut „Politico“ möchten dies die meisten EU-Staats- und Regierungschefs „verzweifelt vermeiden“.

Charles Michel legt Amt vakant

Charles Michel, der jetzige EU-Rats-Präsident, kandidiert nämlich für die Wahl zum EU-Parlament im Juni – wie sein Sprecher gegenüber „Politico“ bestätigte. Die würde aber bedeuten: Die EU-Staats- und Regierungschefs müssten sich schnell auf einen Nachfolger für den vakanten EU-Ratsposten einigen.

Keine Einigung: Orban übernimmt statutengemäß für sechs Monate

Gibt es keine Einigung, dann müsste – wenn Ungarn im Juli die rotierende EU-Ratspräsidentschaft übernimmt – der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban wird die Treffen leiten.

Laut „Politico“ möchten dieses Szenario – Orbans unkontrollierte Führung des EU-Rates für sechs Monate, und zudem unmittelbar nach den Wahlen zum EU-Parlament 2024 – die meisten Staats- und Regierungschefs der anderen 26 EU-Mitgliedstaaten verzweifelt vermeiden – angesichts der eskalierenden Spannungen zwischen ihnen und Viktor Orban.

Nach Angaben des Portals wäre es außerdem das erste Mal, dass ein amtierende Ratspräsident für die Wahlen zum EU-Parlament kandidiert. Michel würde sonst nämlich bis Ende November im Amt bleiben.

West-Mainstream-Medien zittern mit

Allen voran sprich das österreichische Links-Systemmedium ORF vom „*Schreckgespenst Orban*“, welcher den „R*at vor eine prekäre Aufgabe stellt*“.

Liberale in seltsamer Angst vor demokratischen Prozessen

Die niederländische Europaabgeordnete Sophie in’t Veld von der liberalen Fraktion „Renew Europe“ warf Michel auf „X“ vor:

„*Der Kapitän verlässt das Schiff inmitten eines Sturms… Wenn Sie sich so wenig für das Schicksal der EU engagieren, wie glaubwürdig sind Sie dann als Kandidat?*“

EU-Ratspräsidentschaft seit 2015

Der Belgier Michel trat im Jahr 2019 die Nachfolge von EU-Ratspräsident, dem polnischen links-liberalen Donald Tusk an. Die Funktion eines Ratspräsidenten wurde vor 15 Jahren im Vertrag von Lissabon eingerichtet, um der EU mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Der Amtsinhaber betreibt dann die Vorbereitung und Leitung der EU-Gipfel, zu denen sich die 27 Staats- und Regierungschefs in der Regel in Brüssel treffen.

EU-Wahl im Juni

Die nächste Europawahl findet vom 6. bis 9. Juni statt. Dabei bestimmen mehr als 400 Millionen Wahlberechtigte aus 27 EU-Ländern die 720 Mitglieder des EU-Parlaments für eine Amtszeit von fünf Jahren. Danach werden auch die Spitzen der EU-Kommission und des Rates neu besetzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. g) Mitteleuropa Seite E 52

Keine Berichte

E. h) Deutschland und nahe Landschaften/Staaten Seiten E 92– E 113

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 92 – E 75)

01) KW 5 (29.01. bis 04.02.2024) – erratisch. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 622-05 4. Februar 2024 49. Jahrgang

KW 5 – erratisch

Woher soll ein durchstrukturierter, zwischen Ablagekörben und Leitzordnern lebender Mensch, für den der Terminkalender und die ToDo-Liste wichtiger sind als das Frühstück, wissen, was erratisch ist?

Es bedeutet: „im Schlingerkurs befindlich, abirrend, nicht stringent, eine erratische Politik betreiben."

Erstmals bewusst gehört habe ich das Wort aus dem Munde des Chefs der Münchener Sicherheitskonferenz **Christoph Heusgen** bei **Sandra Maischberger** in dieser Woche. Man muss nicht lange darüber nachdenken, auf wen diese Beschreibung wie die berühmte Faust aufs Auge passt. Natürlich **Donald Trump**. Die Angst, dass er sein eigener Nach-Nachfolger als Präsident der USA werden könnte, ist groß.

Trump war dennoch nicht das bestimmende Thema in dieser Woche, wohl aber immer noch die Kriege in der Ukraine und im Gaza-Streifen. Vor allem letzterer hat das Potenzial für einen Flächenbrand. Nicht nur, dass die so genannten Huthi-Rebellen Handelsschiffe im Roten Meer angreifen, mit Auswirkungen, die bis zum Hamburger Hafen spürbar sind, und in der Folge die USA und Großbritannien Stellungen der mit dem Iran unter einer Decke steckenden Terroristen im Jemen beschießen, hat das US-Militär am Freitag auch im Irak und in Syrien erste Vergeltungsangriffe für die Tötung von drei US-Soldaten bei einem Drohnenangriff in Jordanien geflogen. Es brennt an allen Ecken.

Innenpolitisch bewegt sich bei uns eine Welle von Demonstrationen gegen die **AfD**. Gestern versammelte sich die oft nicht wahrgenommene schweigende Mehrheit hunderttausendfach vor dem Reichstag. Die AfD wird wegen dieser Bilder aggressiver und nervöser. Beleg dafür ist die Rede der AfD-Führerin **Alice Weidel** in dieser Woche im Bundestag, in der sie der Regierung vorwarf, *„dieses Land zu hassen"*. Das ist so absurd und dämlich, dass man eigentlich gar nicht darauf eingehen möchte, weil man diese Leute damit nur aufwertet.

Wenn sowohl in den Umfragen vom 2. Februar bei **ARD** und **ZDF** die AfD drei bzw. zwei Punkte verloren hat und jetzt bei 19 Prozent steht, ist das zwar erfreulich, jedoch noch keine Wende. Aber, jeder Wähler, der sich von der AfD abwendet, ist ein kleiner Erfolg. Über die Wähler der AfD wird immer wieder im tröstenden Sozialpädagogen-Slang behauptet, dass sie nicht alle Nazis seien. Sicher nicht. Wer aber diese Partei wählt, muss wissen, was er tut. Denkzettel an die anderen Parteien verteilen zu wollen, ist kein Argument. Das ist genau so blöd, als wenn jemand seinem Hausbesitzer, den er nicht leiden kann, zwar nicht selbst das Haus anzündet, aber dem Mieter aus dem Erdgeschoss, der den Hauseigentümer hasst wie die Pest, einen Benzinkanister zur gefälligen Verwendung vor die Tür stellt.

Auch keine Trendwende ist es, dass die **SPD** zwei Punkte in den aktuellen Umfrage zugelegt hat und jetzt bei 16 bzw. 15 Prozent steht. Die **Union** stagniert und kann aus der Unzufriedenheit mit der Ampel keinen Zuwachs generieren, sie würde vermutlich 30/31 Prozent bekommen, wenn heute Wahltag wäre. Die **Grünen** lägen bei 14/13 Prozent.

Bei der **FDP** und den **Linken** sind sich ARD und ZDF einig: vier beziehungsweise drei Prozent, also demnächst wie in **Wolfgang Bocherts** Drama, „draußen vor der Tür." Der Gemischtwarenladen von **Sahra Wagenknecht** käme auf fünf bzw. sechs Prozent.

Abgesehen von der keifenden AfD-Dame, deren Diktion mich an schlimme Reden im Sportpalast erinnert, war die Debatte im Bundestag in dieser Woche zum Problemhaushalt recht unterhaltsam. Warum ist **Olaf Scholz** nicht öfter so laut, so angriffslustig, so wortgewandt? Häufig sieht es so aus, als schlafe er ein, während er noch die Worte sucht.

Es tut mir leid, liebe Freunde von der **CDU**, aber mit Eurem **Friedrich Merz** könnt Ihr wirklich keinen Staat machen. Die Union ist derzeit nicht wegen, sondern trotz Merz so stark, leider auch wegen der Performance der Ampel. Wenn eine Regierung einen Haushaltsentwurf vorlegt, ist es das höchste Recht der Opposition, Gegenentwürfe zu präsentieren, damit der Wähler die Unterschiede erkennt. Die Union hat sich total verweigert und keinen einzigen Änderungsantrag eingebracht. Die Erklärung haut einen um. Die Anträge wären ja so und so abgelehnt

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 622-05 4. Februar 2024 49. Jahrgang

worden. Dieser merkwürdigen Logik hat sich noch keine Opposition in den letzten 75 Jahren im Bundestag angeschlossen. Wenn man dieser Logik folgt, könnte die Opposition gleich zu Hause bleiben.

Ja, **Olaf Scholz** hat recht, **Friedrich Merz** ist eine Mimose. Merz nannte den Kanzler einen *„Klempner der Macht."*, und beleidigte damit gleich einen ganzen, höchst wichtigen Berufsstand, mit dem man es sich bei einem verstopften Klo nicht verscherzen sollte. Scholz reagierte so, wie man als Staatsmann zu reagieren hat: *„Ich bin ein Anhänger des Handwerks in Deutschland. Und da glaube ich, habe ich doch eine gewisse Parallelität mit diesem ehrbaren Handwerk des Klempners. Ich jedenfalls bin stolz auf dieses Lob."* Quelle: Redaktionsnetzwerk Deutschland

„Sie sind zu einer Partei der subventionierten Arbeitslosigkeit geworden", warf Merz dem SPD-Bundeskanzler vor. Wutschnaubend. Und als er dann vom Kanzler ein paar eingeschenkt bekam, saß er da mit roten Ohren wie ein Kleinkind, das man beim Rauchen erwischt hat. Schlagabtausch ist OK, auch heftig. Man sollte aber nie vergessen, dass der, auf den man heute draufhaut, schon morgen dein Koalitionspartner sein könnte. Mit wem will denn Merz regieren, sollte er, was hoffentlich nie eintrifft, Bundeskanzler werden? 30 Prozent sind schön. Um regieren zu können, müssten aber nochmal 20 obendrauf gelegt werden. Von wem? Das Verhältnis zwischen Union und SPD ist Dank Merz zerrüttet. Aber, wenn es darauf ankäme, würde sich die SPD wieder opfern und den Junior-Partner geben. Man kann eben nicht gegen seine DNA ankämpfen, in der sich die Erbinformation *„Staatsraison"* befindet. Dabei wäre es für die SPD so gut, sich einmal auszuruhen vom vielen Regieren und neue Kraft zu schöpfen.

Als ginge es um einen Wettbewerb, wollen sich ständig neue Parteien gründen. **Hans-Georg Maaßen**, der selbst von seinem früheren Verfassungsschutz beobachtet wird, will aus der so genannten *„Werteunion"* eine Partei kreieren.

Bereits am Start ist eine Türkei nahe Partei, die sich DAVA nennt, was *„Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch"* heißt. Vielfalt? Haben die bestehenden Parteien versagt? Warum findet die Vielfalt nicht in diesen statt, warum müssen sich die türkischstämmigen Mitbürger in einer eigenen Partei separieren? *„Die Vita der Gründungsmitglieder nährt den Verdacht, dass die Dava ein Ableger der nationalistischen AKP ist, der Partei des türkischen Präsidenten **Recep Tayyip Erdogan**. Vor dessen Einfluss auf Menschen in Deutschland zu warnen, die türkische Wurzeln haben, gibt es gute Gründe, tausend gute Gründe."*, schreibt **Malte Lehming** in einem Kommentar für den **Tagesspiegel**.

Was noch?

Nun soll Cannabis zum 1. April im Betäubungsmittelgesetz von der Liste der verbotenen Substanzen gestrichen werden. Eigenanbau und Besitz bestimmter Mengen der Droge sollen für Volljährige vom 1. April 2024 an erlaubt sein. FAZ-net

Das ist kein April-Scherz. Neben den Trunkenbolden werden wir auf noch mehr Verstrahlte treffen. Wenn es für diese die einzige Möglichkeit ist, die Welt zu ertragen, dann bitte.

Was ist eigentlich in Berlin los?

Tja. Es gibt die große Politik und die Lattenzaun-Kiez-Politik. Wichtigstes Thema in unserer Stadt ist die Einzäunung eines Problem-Parks, liebevoll *„Görli"* genannt. Wetten, dass...? es diesen Zaun nie geben wird?

Von 30 auf 50. Ohne die Taxifahrer anschwärzen zu wollen, ich jedenfalls habe noch keinen erlebt, der über den Mariendorfer Damm mit 30 tuckerte, wenn die Möglichkeit bestand, auch schneller zu fahren. Tagsüber jedoch ist 10 schon ein guter Wert.

Den letzten Teil dieses Wochenrückblicks wollen wir den jungen, talentierten Nachwuchsjournalisten in Berlin widmen. Die Ursprünge von paperpress lagen schließlich bei Schülerzeitungen. Aus diesen speiste sich unsere Gründungsredaktion. Inzwischen gehören die Protagonisten eher in die Kategorie *„Seniorenpost"* oder *„Apotheken-Umschau."* Deshalb sind wir umso begeisterter, dass es noch junge Menschen gibt, die sich für Schülerzeitungen interessieren.

Am 21. Berliner Schülerzeitungswettbewerb haben sich 41 Zeitungen beteiligt, am Dienstag dieser Woche wurden die besten beim Berliner Schülerzeitungswettbewerb ausgezeichnet. Vor allem die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft stand im 2023er Jahrgang im Zentrum der journalistischen Auseinandersetzung.

Unter den Grundschulen gewann das **„Karlchen"**, die Schülerzeitung der Karlsgarten-Grundschule in Neukölln, vor dem **„Milchstraßenboten"** der Pankower Grundschule am Planetarium und der **„Fuchs-Kolumne"** der Reinickendorfer Kolumbus-Grundschule. **„Karlchen"** ist schülernah, witzig, informativ und abwechslungsreich, gibt dem Klimawandel

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 622-05 4. Februar 2024 49. Jahrgang

ebenso einen Platz wie einer Anleitung zum Monsterzeichnen. Besonders überzeugt war die Jury von der Auseinandersetzung der Redaktion mit den sozialen Medien, indem sie über Mediennutzung aufklärt und das Verhalten ihrer jungen Leser/-innen einfängt.
Bei den Gemeinschaftsschulen konnte sich das „**MagazinEins**" der SchuleEins in Pankow vor den „**Fürst news**" der Paula-Fürst-Gemeinschaftsschule in Charlottenburg und „**SCHNIPSEL**" vom Reinickendorfer Campus Hannah Höch durchsetzen. Die eingereichte Ausgabe überzeugte mit dem Thema „*Vielfalt*", das sich nicht nur in der thematischen Breite zeigte, sondern auch in der Herangehensweise, indem sich die Schülerzeitung auch für Gastbeiträge aus der Schülerschaft öffnete.

Unter den Förderschulen überzeugte „**Eschkes Einblicke**" der Charlottenburger Ernst-Adolf-Eschke-Schule die Jury am meisten. An der Schule wird bilingual auf Laut- und Gebärdensprache unterrichtet, viele der Schüler haben nur eine eingeschränkte Hörfähigkeit. Deshalb werden Interviews in Gebärdensprache geführt, müssen dann aber vom Video transkribiert werden. Dabei müssen zuweilen auch noch Sprachbarrieren überwunden werden, etwa wenn – wie hier in einem Interview zum Ukrainekrieg – die Interviewpartnerin ihre muttersprachliche Gebärdensprache verwendet, das Interview aber in deutscher Sprache erscheint. Entsprechend wurde die jährlich erscheinende Zeitung „*für bewegende Texte und unermüdliche Übersetzungsarbeit*" ausgezeichnet, wie es beim Medienpartner des Schülerzeitungswettbewerbs, dem **Tagesspiegel**, heißt. Der „**Gustav-Meyer-Kurier**" der Kreuzberger Gustav-Meyer-Förderschule landete auf Platz zwei, die Zeitung „**Blattsalat**" der Pankower Stephanus-Schule auf Platz drei.

Mit Genderklischees, Homophobie und Mediennutzung hat sich die Redaktion der Schülerzeitung der Pankower Reinhold-Burger-Schule beschäftigt. „**Volle Kanne**" heißt das Schulmedium, das zwischen den Generationen vermittelt, indem es Schüler/-innen ebenso befragt wie die Lehrkräfte. Außerdem gibt die Redaktion konkrete Informationen, wo Schüler/-innen, die Homophobie erleben, Hilfe finden können. Die Jubiläumsausgabe der „**Eifel-News**", der seit zehn Jahren existierenden Schülerzeitung der Pankower Gustave-Eiffel-Schule, belegte Platz zwei bei den Gemeinschaftsschulen.

Unter den Gymnasien konnte „**Der Zeppelin**" vom Eckener-Gymnasium in Tempelhof-Schöneberg mit einfacher Optik und bestechenden Inhalten überzeugen. „*Denk ich an Deutschland… denk ich an Hanau*" titelt die ausgezeichnete Ausgabe, die aus verschiedenen Perspektiven das Thema Rechtsextremismus und Rassismus im In- und Ausland beleuchtet. Besonders hob die Jury einen Beitrag zum Umgang mit rechten Positionen im familiären Umfeld und eine Doppelseite mit rassistischen Alltagserfahrungen der Schüler/-innen hervor. Auf den Plätzen zwei und drei bei den Gymnasien landeten „**Moron**", die Schülerzeitung vom Pankower Carl-von-Ossietzky-Gym-nasium, und „**Schwarz auf Weiss**" vom Paul-Natorp-Gymnasium aus Tempelhof-Schöneberg.

Unter den beruflichen Schulen und Oberstufenzentren konnte sich das **[lit.magazin]** der Ernst-Litfaß-Schule in Reinickendorf durchsetzen. Zugegeben, das Oberstufenzentrum für Mediengestaltung und Medientechnologie hat aufgrund seiner fachlichen Ausrichtung Vorteile, dass die Redaktion auf ein KI-basiertes Titelbild gesetzt hat, ist aber nicht alltäglich. Zudem ist die prämierte Ausgabe „*Allein mit den Schmerzen*"? mit dem Titelthema „*Über die Psyche*" einem fachfremden Sujet gewidmet. Darin berichtet die Redaktion über die Tabuisierung psychischer Erkrankungen, lässt Betroffene zu Wort kommen und bietet Hilfestellung. Platz zwei ging an „**Anna-Freud-Culture**" von der Anna-Freud-Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf, Platz drei an den „**Newsreport**" der Max-Bill-Schule in Pankow.

Darüber hinaus gab es, wie schon in den Vorjahren, zahlreiche Sonderpreise für die Beiträge einzelner Schülerzeitungen. Erstmals verliehen wurde der Preis für „*Digitalen Journalismus*", den die Redaktion vom „**Flugblatt**" des Lilienthal-Gymnasiums in Steglitz-Zehlendorf erhielt. Den Schüler/-innen ist es gelungen, ihre Inhalte crossmedial an ihre Zielgruppe zu bringen. So gibt es das „**Flugblatt**" nicht nur gedruckt, sondern auch als Online-Ausgabe, die die Themen vertieft. Ein eigener Instagram-Kanal greift die Inhalte der gedruckten Zeitung auf und bringt sie noch einmal in anderer Form an die Schüler/-innen der Schule.

„*Die prämierten Arbeiten zeichnen sich durch ihre Inhalte, Kreativität und einen kritischen Blick aus. Diese Schülerzeitungen haben nicht nur Papier gefüllt, sondern auch dazu beigetragen, relevante Themen aufzugreifen und zu diskutieren*", lobte Staatssekretärin **Christina Henke** bei der Preisverleihung in der Max-Taut-Aula. *Quelle: Senatsverwaltung für Bildung*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

02) Er war dabei: Ulrich Vosgerau über das angebliche «Geheimtreffen der AfD mit Neonazis» in Potsdam

DIE WELTWOCHE
216.000 Abonnenten
197.694 Aufrufe vor 2 Wochen

https://www.youtube.com/watch?v=HBED7XruSgQ Video 47:43

03) Tendenziöse Denunziations- und Zensurplattform Correctiv in Glaubwürdigkeitskrise

QUELLE am Sb., 03.02.2024

https://report24.news/

Report24

Report24.news bietet täglich der Wahrheit verpflichteten, unabhängigen Journalismus.

- 03. Februar 2024

Die vor allem unter Linken, Linksradikalen und Linksextremen gefeierte Denunziationsplattform „Correctiv“ hat nach dem Potsdam-Attentat auf die AfD ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Das unter anderem von der deutschen Ampelregierung und George Soros finanzierte „Faktenchecker-Projekt“ hatte Begriffe wie „Deportation“ und „Wannsee-Konferenz“ fälschlich in die Nähe der Veranstaltung gerückt. Dies hat nun rechtliche Konsequenzen.

Ein Kommentar von Willi Huber

Das Magazin Tichys Einblick berichtete mehrfach über die laufenden und geplanten rechtlichen Konsequenzen für die Plattform Correctiv, welche hinter dem unsäglichen demokratiefeindlichen Anschlag gegen die AfD steht – und möglicherweise eine bedeutsame Rolle beim Ibiza-Putsch in Österreich gespielt hat.

„Die Anwaltskanzlei Höcker hat heute im Auftrag des Staatsrechtlers Ulrich Vosgerau eine Abmahnung an die Medienplattform *Correctiv* verschickt, die das Unternehmen auffordert, Behauptungen gegen ihn im Zusammenhang mit seiner Teilnahme an einem privaten Treffen im „Landhaus Adlon“ am 25. November 2023 zu unterlassen.“ *Tichys Einblick*

Die unseriöse Darstellung eines Treffens, welches auch nie ein „Geheimtreffen“ war, dürfte Correctiv noch ordentlich auf den Kopf fallen. Denn bei diesem Treffen, so sind sich alle dabei Anwesenden glaubwürdig einig, ging es nicht um Deportation – und es ging auch nicht um eine „Wannsee-Konferenz“. Alleine den letzteren Vergleich müsste man in Deutschland wegen Verharmlosung der NS-Zeit als Verhetzung verfolgen.

Statt eines „geheimen Strategietreffen“ fand in Potsdam eine Buchvorstellung des von Linksextremen wie den Teufel gehassten Martin Sellner statt. Dieser erklärte die Inhalte des Werks „Regime Change von rechts“, das im Zuge des Skandals schon vor seinem offiziellen Erscheinen auf Amazon auf Platz 1 der Bestsellerlisten landete. Aktuell warten alle darauf, dass das Buch dort aufgrund der linksextremen, intoleranten und demokratiefeindlichen Cancel Culture aus dem Produktkatalog entfernt wird.

Der Jurist Ulrich Vosgerau war selbst Teilnehmer und Vortragender bei dieser Konferenz. Er geht rechtlich gegen Correctiv vor, da sein Vortrag über Probleme bei der Briefwahl aus seiner Sicht völlig falsch dargestellt wurde.

Die Agitation und Darstellung von Correctiv führte Hand in Hand mit der deutschen Ampelregierung, die sich in panischer Angst vor Macht- und Bedeutungsverlust befindet, zur Abhaltung von bestellten Massendemonstrationen „gegen Rechts“ auf den Straßen Deutschlands. Man kann ganz klar sagen, dass all diese Menschen verhetzt und unter falschen Voraussetzungen auf die Straßen geschickt wurden, um Andersdenkenden die politischen Rechte und die Bürgerrechte abzusprechen. Es ist ein erschreckender erster Schritt in Richtung einer Wiedererrichtung einer Diktatur auf deutschem Boden.

Tichys Einblick thematisierte ähnlich wie Report24 den Umstand, dass Correctiv seither stark zurückrudert. In den deutschen Öffentlich-Rechtlichen behauptete Correctiv-Vizechefin Dowideit, dass der Begriff „Deportation“ von Correctiv nie benutzt wurde. Dies dürfte nicht der Wahrheit entsprechen, wie Screenshots von historischen Versionen der Webseite beweisen. Ebenso behauptete sie dort, dass Correctiv nicht von der Deutschen Regierung bezahlt wird. Dem hält Tichy entgegen:

„In Wirklichkeit erhielt *Correctiv* allein im Jahr 2023 insgesamt 431.059,85 Euro aus der Bundeskasse – hinter diesem Sammelbetrag verbergen sich mehrere einzelne staatliche Zuwendungen. Zusätzlich flossen 2023 insgesamt 145.338 Euro von der Landeshauptkasse Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2022 erhielt *Correctiv* 198.500 Euro aus der Kasse der Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth. Zu den Gebern auf Staats- und Regierungsseite gehörten in den vergangenen Jahren außerdem: die Staatskanzlei NRW, die Bundeszentrale für politische Bildung, dazu die mit Steuergeld ausgestattete Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung.“ *Tichys Einblick*

Die Vorgänge sind für die ohnehin schon fragwürdige Glaubwürdigkeit von Correctiv verheerend. Im Grunde genommen wurde einer linkstendenziösen NGO im Umfeld der Grünen die Maske vom Gesicht gerissen – und nun sieht jeder, dass es sich um ein politisches Kampfmittel gegen Andersdenkende handelt. Correctiv ist eine der NGOs, die als so genannte „Faktenchecker“ die Zensur in sozialen Medien quasi als Outsourcing-Betrieb der Grünen bzw. der Regierung vorantreiben. Auf Zuruf von Correctiv werden Inhalte gelöscht oder mit Warnhinweisen versehen, Benutzer verwarnt und temporär oder permanent gesperrt. Mit Demokratie und Meinungsfreiheit hat all das nichts zu tun.

04) Geheimplan gegen Deutschland - Correctiv

QUELLE am Sb., 03.02.2024:

https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/

Geheimplan gegen Deutschland - Correctiv

10.01.2024 **...** Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer planten die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.

Der folgende grün markierte Text konnte nicht einschließlich des Hintergrundes kopiert werden, daher hier Erläuterung:
Auf ocker, grau und schwarz gestaltetem Hintergrund, auf dem plakativ das Gebäude und zwei comicartig dargestellte Personen zu sehen sind, befindet sich dieser Text:

Neue Rechte

Geheimplan gegen Deutschland

Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland.

10. Januar 2024

Dieser Artikel ist hier auch verfügbar auf Türkisch, Arabisch und Englisch – und auf Französisch, Italienisch und Russisch bei den Partnermedien von Mediapart, Internazionale und The Insider sowie in Leichter Sprache von andererseits. Über die Folgen nach Veröffentlichung dieser Recherche informieren wir in diesem Liveticker.

Eine eingesprochene Version dieses Artikels können Sie hier hören:

In den hell erleuchteten Speisesaal eines Landhotels nahe Potsdam treten nach und nach gut zwei Dutzend Menschen. Manche sind Mitglied bei der AfD, ein führender Kopf der Identitären Bewegung ist dabei. Manche sind Burschenschafter, dazu Bürgertum und Mittelstand, Juristen, Politikerinnen, Unternehmer, Ärzte. Auch zwei CDU-Mitglieder sind dabei, Mitglieder der Werteunion.

Über die Mit-Betreiberin des Hotels wurde gerade erst ein ausführliches Porträt in der *Zeit* veröffentlicht, das ihre Nähe zu rechten Kreisen beschreibt.

Zwei Männer haben zu dem Termin eingeladen. Der eine ist Ende 60, er bewegt sich fast sein ganzes Leben in der rechtsextremen Szene: Gernot Mörig, ein ehemaliger Zahnarzt aus Düsseldorf. Der andere heißt Hans-Christian Limmer, ein namhafter Investor im Gastro-Bereich. Limmer hat die Backdiscounter-Kette Backwerk groß gemacht, heute ist er Gesellschafter der Burgerkette „Hans im Glück“ und beim Essenslieferant „Pottsalat“. Anders als Mörig ist Limmer nicht anwesend, er bleibt der reiche Mann im Hintergrund. Als CORRECTIV ihn vor dem Erscheinen dieses Textes dazu befragte, antwortete er: Er distanziere sich von den Inhalten des Treffens und habe bei der Planung „auch keine Rolle gespielt".

Prolog – Hinter den Kulissen

Es ist der Morgen des 25. November, kurz vor neun Uhr, ein trüber Samstag. Auf den geparkten Autos im Hof sammelt sich Schnee. Was sich an dem Tag im Landhaus Adlon abspielt, wirkt wie ein Kammerspiel – doch es ist Realität. Hier zeigt sich, was passieren kann, wenn sich rechtsextreme Ideengeber, Vertreter der AfD und finanzstarke Unterstützer der rechten Szene mischen. Ihr wichtigstes Ziel: Menschen sollen aufgrund rassistischer Kriterien aus Deutschland vertrieben werden können – egal, ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht.

Das Treffen soll geheim bleiben. Die Kommunikation zwischen Organisatoren und Gästen sollte nur über Briefe laufen. Kopien davon wurden aber CORRECTIV zugespielt. Und wir haben Bilder gemacht. Vor und hinter dem Haus. Auch im Haus konnten wir verdeckt filmen. Ein Reporter war mit einer Kamera undercover vor Ort und unter anderem Namen im Hotel eingecheckt. Er verfolgte das Treffen aus direkter Nähe und konnte beobachten, wer anreiste und an dem Treffen teilnahm. Dazu kam, dass Greenpeace zu dem Treffen recherchierte und CORRECTIV Fotos und Kopien von Dokumenten überließ. Unsere Reporter redeten mit mehreren AfD-Mitgliedern; Quellen belegten gegenüber CORRECTIV die Aussagen der Teilnehmenden.

So konnten wir die Zusammenkunft genau rekonstruieren.

Ort des Geschehens

© OpenStreetMap contributors
Deutschland
Deutschland
Grafik: CORRECTIVErstellt mit Datawrapper

Stadtplan mit von Correctiv aufgestellten Kameras und dem Landhaus Adlon / ebenfalls nicht kopierbar

Sie ist weit mehr als nur ein Treffen rechter Ideologen, von denen manche sehr viel Geld haben. Unter den Teilnehmern sind Menschen mit Einfluss innerhalb der AfD. Einer von ihnen wird in dieser Geschichte noch eine Schlüsselrolle spielen. Er brüstet sich damit, an diesem Tag für den Bundesparteivorstand der AfD zu sprechen. Er ist der persönliche Referent von Alice Weidel.

Etwa zehn Monate vor den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg belegt dieses Treffen, dass rassistische Einstellungen bis in die Bundesebene der Partei reichen. Und es soll nicht bei der Haltung bleiben; einige der Politiker wollen auch danach handeln – obwohl die AfD sich darauf beruft, keine rechtsextreme Partei zu sein.

Für die AfD ist das mit Bezug auf die Debatte um ein mögliches Verbotsverfahren juristisch heikel. Zugleich ist es ein Vorgeschmack auf das, was passieren könnte, sollte die AfD in Deutschland an die Macht kommen.

Was dort an diesem Wochenende entworfen wird, ist ein Angriff auf die Existenz von Menschen. Und es ist nicht weniger als ein Angriff gegen die Verfassung der Bundesrepublik.

Die Personen

AfD
Roland Hartwig, rechte Hand der Parteichefin Alice Weidel
Gerrit Huy, Bundestagsabgeordnete
Ulrich Siegmund, Fraktionsvorsitzender Sachsen-Anhalt
Tim Krause, stellv. Vorsitzender im Kreis Potsdam

DER MÖRIG-CLAN
Gernot Mörig, ein Zahnarzt im Ruhestand aus Düsseldorf
Arne Friedrich Mörig, Sohn von Gernot Mörig
Astrid Mörig, Frau von Gernot Mörig

NEONAZIS
Martin Sellner, ein rechtsextremer Aktivist aus Österreich
Mario Müller, ein verurteilter Gewalttäter
Ein junger „Identitärer“

GASTGEBER
Wilhelm Wilderink
Mathilda Martina Huss

UMFELD-ORGANISATIONEN
Simone Baum, Werteunion NRW, Vorstand
Michaela Schneider, Werteunion NRW, stellvertretender Vorstand
Silke Schröder, Verein Deutsche Sprache, Vorstand
Ulrich Vosgerau, ehem. Kuratoriumsmitglied der Desiderius Erasmus Stiftung

SONSTIGE
Alexander von Bismarck
Henning Pless, rechtsextremer Heilpraktiker und Esoteriker
Ein IT-Unternehmer und Blut-und-Boden-Nazi
Ein Neurochirurg aus Österreich
Zwei Angestellte des Hotels

Akt 1. Szene 1: Ein Landhotel am See

Die Villa liegt am Lehnitzsee nicht weit von Potsdam, ein 20er-Jahre-Bau mit Ziegeldach und Blick aufs Wasser. Die ersten Gäste treffen am Vorabend ein. Ein weißer SUV aus Stade rollt auf den Hof, aus dem Fenster ballert die Band Frei.Wild: „Wir, wir, wir, wir schaffen Deutschland."

Viele Gäste kommen am nächsten Samstagmorgen dazu, über den Parkettboden steuern sie auf eine weiß eingedeckte Tafel zu, rund 30 Teller, auf jedem eine gefaltete Serviette.

Viele haben persönliche Einladungen erhalten, in denen im Grunde schon alles Wichtige steht: Von einem „exklusiven Netzwerk" ist die Rede und einer „Mindestspende" in Höhe von 5.000 Euro, die für die Teilnahme empfohlen wird. Das Sammeln von Geld sei eine „Kernaufgabe unserer Runde", hieß es in den Briefen des „Düsseldorfer Forums", wie sich die Gruppe nennt. Und wie es scheint, verfolgt sie dieses Ziel: Spenden sammeln von Vermögenden und Unternehmern, die im Geheimen rechtsextreme Bündnisse fördern möchten. „Es bedarf Patrioten, die aktiv etwas tun und Persönlichkeiten, die diese Aktivitäten finanziell unterstützen", heißt es in der Einladung. Vor Ort bei dem Treffen in der Villa würden die Organisatoren ein „neutrales Konto" bekanntgeben, der Betrag könne auch bar gezahlt werden.

Aber wofür soll gespendet werden?

Einen ersten Hinweis darauf gibt es in der Einladung, unterschrieben von den Organisatoren Mörig, dem Zahnarzt, und Limmer, dem ehemaligen Backwerk-Gesellschafter. In einem weiteren Einladungsbrief, der CORRECTIV vorliegt, schrieb Mörig: Es gebe ein „Gesamtkonzept, im Sinne eines Masterplans“. Diesen werde ein Redner vorstellen, den er stolz ankündigt: „Kein Geringerer“ als Martin Sellner werde sprechen – das langjährige Gesicht der rechtsextremen Identitären Bewegung. Wer an dem Wochenende teilnahm, wusste also, worum es gehen würde.

Akt 1. Szene 2 – Ein Masterplan, um Zuwanderer loszuwerden

Sellner, Buchautor und ein führender Kopf der Neuen Rechten, ist auf dem Treffen der erste Redner. Mörig kündigt ihn an, sagt, dass Sellner den Masterplan habe. Mörig kommt schnell zu dem Punkt, um den es hier heute gehen soll: die „Remigration“.

Dabei verleiht der Organisator einleitend Sellners These besonderes Gewicht: Alles andere – die Haltung zu Corona-Maßnahmen und Impfungen, die Lage in der Ukraine und Israel – all das seien Streitpunkte in der Rechten. Die einzige Frage, die sie zusammenführe, sei eben die Frage der Remigration: „ob wir als Volk im Abendland noch überleben oder nicht“.

Der Großteil der Vorträge und Gespräche an diesem Tag wird um diesen zentralen Punkt kreisen, die „Remigration“.

Sellner ergreift das Wort. Er erklärt das Konzept im Verlauf des Vortrages so: Es gebe drei Zielgruppen der Migration, die Deutschland verlassen sollten. Oder, wie er sagt, „um die Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln“. Er zählt auf, wen er meint: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und „nicht assimilierte Staatsbürger“. Letztere seien aus seiner Sicht das größte „Problem“. Anders gesagt: Sellner spaltet das Volk auf in diejenigen, die unbehelligt in Deutschland leben sollen und diejenigen, für die dieses Grundrecht nicht gelten soll.

Im Grunde laufen die Gedankenspiele an diesem Tag alle auf eines hinaus: Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben – und aus Sicht von Menschen wie Sellner nicht ausreichend „assimiliert“ sind. Auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind. Es ist gegen die Existenz von Menschen in diesem Land gerichtet.

Das wäre ein Angriff auf das Grundgesetz – auf das Staatsbürgerrecht und auf den Gleichheitsgrundsatz.

Das rechtsradikale Konzept der Remigration **(im Folgenden den angezeigten Link geöffnet)**

Sellners Ansichten sind nicht neu. In dessen Buch „Regime Change von Rechts“, das 2023 in dem rechtsradikalen Verlag von Götz Kubitschek erschien, gibt Sellner die Linie vor:

„Das rechte Hauptziel“ sei die Bewahrung der „ethnokulturellen Identität und Substanz“, dazu sei „eine radikale Wende“ notwendig, um den „Bevölkerungsaustausch“ aufzuhalten. Dafür müsse man „die Politik der Remigration“ anwenden. In dem Buch fordert der Kopf der Identitären Bewegung die „Revision“ von bestehenden Staatsbürgerschaften und verweist auf „entsprechende Konzepte rechter Parteien und Bewegung“. Der Text ist einfach zu übersetzen: Es geht auch um die Vorbereitung einer millionenfachen Vertreibung.

Die Nähe zwischen Sellner und AfD-Politikern ist schon länger zu beobachten.

Sellners Buch und das Manifest des AfD-Spitzenkandidaten Maximillian Krah „Politik von Rechts – ein Manifest“, das die Aufgabe der universellen Menschenrechte fordert, werden von Kubitscheks Verlag als Doppelpack angeboten. Auch in Krahs „Manifest“ ist die „Remigration“ von „Staatsbürgern“ kein Tabu, sondern wird als Problem beschrieben. „Selbst, wenn sich eine restriktive Einwanderungspolitik in 10 Jahren politisch durchsetzen ließe, bleibt die Frage, was mit den dann im Land befindlichen Menschen mit Migrationshintergrund geschehen soll.“ Krah rechnet: „25 Millionen Menschen, davon 15 Millionen deutsche Staatsangehörige.“ Der AfD-Spitzenkandidat bedauert, „es wird auch in zehn Jahren nicht ansatzweise eine politische Mehrheit, gar die verfassungs- und völkerrechtliche Möglichkeit geben, diese Menschen gegen ihren Willen aus dem Land auszuweisen“.

Rigide Methoden zur Abwehr von Migranten sind derzeit auch anderswo Thema, etwa in der CDU. Deren Abgeordneter Jens Spahn brachte kürzlich eine Verbringung von Geflüchteten nach Ruanda oder Ghana ins Spiel. Bei diesem Vorschlag geht es allerdings darum, zunächst den Status von Geflüchteten in einem Drittstaat feststellen zu lassen.

Die Beiträge der Teilnehmer des Treffens gehen laut den Quellen sehr viel weiter: Ihnen geht es um Geflüchtete und Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus. Und ihnen geht es auch um Deutsche. Um Menschen, die in Deutschland geboren sind, in zweiter oder dritter Generation. Deren Eltern oder Großeltern sich in Deutschland eine Existenz aufgebaut haben, Angestellte oder Unternehmer, die als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus dem Land gedrängt werden sollen.
(hier Link beendet)

Akt 1, Szene 3 - Keine Einwände aus der AfD – trotz der Diskussion um ein Verbotsverfahren

Inhaltlich gibt es in der Runde keine grundsätzliche Kritik an der Idee des „Masterplans“, es kommen viele unterstützende Nachfragen. Zweifel gibt es nur an der Umsetzbarkeit.

Silke Schröder zum Beispiel, Immobilienunternehmerin und Mitglied im Vorstand des CDU-nahen Vereins Deutsche Sprache, fragt sich, wie das praktisch gehen soll. Denn sobald ein Mensch einen „entsprechenden“ Pass habe, sei dies ja „ein Ding der Unmöglichkeit“.

Für Sellner ist das kein Hindernis. Er antwortet: Man müsse einen „hohen Anpassungsdruck“ auf die Menschen ausüben, zum Beispiel über „maßgeschneiderte Gesetze“. Remigration sei nicht auf die Schnelle zu machen, es handele sich um „ein Jahrzehnteprojekt“.

Auch die anwesenden AfD-Mitglieder haben keine Einwände, im Gegenteil. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy betont, dass sie das skizzierte Ziel schon länger verfolge.

Als sie vor sieben Jahren der Partei beigetreten sei, habe sie schon „ein Remigrationskonzept mitgebracht“. Aus diesem Grund argumentiere die AfD auch nicht mehr gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. „Denn dann kann man die deutsche wieder wegnehmen, sie haben immer noch eine.“ So wie Huy es ausdrückt, sollen Zuwanderer mit einem deutschen Pass in eine Falle gelockt werden.

Im Raum ist auch der AfD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund. Er wird später noch auftreten, um für Geldspenden zu werben. Er ist mächtig in seiner Partei, auch weil sein Landesverband hohe Zustimmungsraten hat. Sein Verkaufsargument, ganz im Sinn des „Masterplans“: Das Straßenbild müsse sich ändern, ausländische Restaurants unter Druck gesetzt werden. Es solle in Sachsen-Anhalt „für dieses Klientel möglichst unattraktiv sein zu leben“. Und das könne man sehr einfach realisieren. Seine Äußerungen könnten schon bei der nächsten Wahl Konsequenzen haben.

CORRECTIV schickte einigen der Teilnehmer im Nachhinein Fragen zu dem Treffen. Unter anderem: Wie stehen Sie im Nachhinein zu den dort getroffenen zentralen Aussagen?

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy antwortete bis Redaktionsschluss auf unsere Fragen nicht, ebenso nicht der AfD-Politiker Roland Hartwig und der Bundesvorstand der Partei.

Ulrich Siegmund aus Sachsen-Anhalt ließ die Medienrechtskanzlei Höcker schreiben, was diese meistens schreibt: Man dürfe aus ihrer Antwort zwar nicht zitieren, aber ihrem Mandanten würden falsche Dinge unterstellt. Unter anderem, er sei nicht als Abgeordneter für die AfD vor Ort gewesen, sondern als „Privatperson“. In ihrer Antwort lässt die Kanzlei offen, wie Siegmund dem Konzept „Remigration“ gegenübersteht. Er lässt lediglich ausrichten, er wolle Menschen nicht „gesetzeswidrig ausweisen“.

Und Gernot Mörig distanziert sich. Er habe die Aussagen Sellners „anders in Erinnerung“. Uns schreibt er: Hätte er solche Aussagen bewusst wahrgenommen, seien sie „nicht ohne Widerspruch von mir geblieben“ – insbesondere im Hinblick auf die Ungleichbehandlung deutscher Staatsbürger.

Die AfD fühlt sich auf Erfolgskurs, der aktuelle Rechtsruck beflügelt die Partei. Laut jüngsten Umfragen wäre sie in Bundesländern wie Sachsen oder Thüringen mit mehr als 30 Prozent stärkste Kraft – deutlich vor CDU, SPD und Grünen. Zugleich aber steht die Partei unter Druck. Der Verfassungsschutz bewertet die AfD in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen als rechtsextrem. Zuletzt stufte er die Junge Alternative (JA) in Nordrhein-Westfalen als Verdachtsfall ein. Als Gründe wurden die Nähe zur Identitären Bewegung genannt, ein „völkisch-ethnisches Volksverständnis“, und „Menschen mit Migrationsbiografie verächtlich zu machen“.

Ein Verbot der Partei wird dieser Tage häufiger diskutiert. Über 400.000 Menschen unterzeichneten eine Petition dafür, der CDU-Politiker Marco Wanderwitz wiederum sammelt Unterstützer im Bundestag, die sich mit ihm für einen Antrag auf ein Verbotsverfahren einsetzen möchten.

Die AfD selbst bringt sich dagegen in Stellung und präsentiert sich nach außen als demokratische Kraft: „Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehaltslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“, steht auf ihrer Website. Zuwanderer mit deutschem Pass seien „genauso deutsch wie der Abkömmling einer seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Familie“ und: „Staatsbürger erster und zweiter Klasse gibt es für uns nicht“.

Anders die Aussagen auf dem Treffen: Zumindest die dort vertretenen Politikerinnen und Politiker der AfD bekennen sich hier, unbeobachtet von außen, frei zu völkischen Idealen; es lassen sich keine wesentlichen Unterschiede zu den Positionen extremistischer rechter Ideologen feststellen.

Akt 1. Szene 4 Die Utopie der Nazis

Draußen zerfällt der Schnee zu grauem Matsch. Die Runde aber ist laut Quellen bestens aufgelegt; für sie ist es eine gute Zeit. Organisator Gernot Mörig sagt, er sei normalerweise eher ein pessimistischer Typ. An diesem Tag aber schöpfe er Hoffnung. Und das hat, unter anderem, mit dem „Masterplan“ des rechten Vordenkers Sellner zu tun.

Eine Idee ist dabei auch ein „Musterstaat“ in Nordafrika. Sellner erklärt, in solch einem Gebiet könnten bis zu zwei Millionen Menschen leben. Dann habe man einen Ort, wo man Leute „hinbewegen“ könne. Dort gebe es die Möglichkeit für Ausbildungen und Sport. Und alle, die sich für Geflüchtete einsetzten, könnten auch dorthin.

Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren. Unklar ist, ob Sellner die historische Parallele im Kopf hat. Womöglich ist es auch Zufall, dass die Organisatoren gerade diese Villa für ihr konspiratives Treffen gewählt haben: Knapp acht Kilometer entfernt von dem Hotel steht das Haus der Wannseekonferenz, auf der die Nazis die systematische Vernichtung der Juden koordinierten.

Sellner wirft noch einen Kampfbegriff aus dem rechtsextremen Vokabular ein: die sogenannte „ethnische Wahl“. Er habe sich schon die Domain dazu gesichert. Sellner sagt: „Nicht nur, dass die Fremden hier leben. Sie wählen auch hier.“ „Ethnische Wahl“, das soll heißen, Menschen mit Migrationshintergrund würden vor allem „migrationsfreundliche“ Parteien wählen.

Das bedeutet: Er delegitimiert nicht nur die Wahlen an sich, sondern macht Deutsche zu Fremden im eigenen Land. Laut Definition des Statistischen Bundesamts haben 20,2

Millionen Menschen eine „Einwanderungsgeschichte“, sind also seit 1950 selbst eingewandert oder die Kinder dieser Einwanderer.

Es wird deutlich, wie die Strategien rechtsextremer Akteure und Gruppen ineinandergreifen: Sellner liefert die Ideen, die AfDler greifen sie auf und tragen sie in die Partei. Im Hintergrund kümmern sich andere um die Vernetzung, Vermögende, Mittelständler, bürgerliche Kreise, und immer drehen sich Debatten um eine Frage: Wie lässt sich eine einheitliche völkische Gemeinschaft erreichen?

Akt 2, Szene 1. Influencer im Dienste des Masterplans zur Vertreibung

Es geht nun um die praktischen Details, die nächsten Schritte: Mörig, der sich später auf Fragen der Redaktion hin als „alleiniger Veranstalter“ bezeichnet, spricht von einem Expertengremium, das diesen Plan – die Vertreibung der Menschen mit Migrationshintergrund, auch deutscher Staatsbürger – ausarbeiten soll. Und zwar unter „ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten“ – ein rassistischer Plan in legalem Gewand. Ein Mitglied habe Mörig schon im Sinn: Hans-Georg Maaßen, den früheren Chef des Verfassungsschutzes.

Maaßen ist häufiger Thema an diesem Tag. Der Ex-Verfassungsschützer plant nach mehreren Berichten im Januar, die Gründung einer eigenen Partei bekannt zu geben; die Menschen in dem Saal wissen das bereits; sie bringen die neue Gruppierung auf der Tagung mehrfach zur Sprache.

Aber so ganz ernst zu nehmen scheinen Teilnehmer diese geplante Partei nicht. Ihnen geht es mehr um ihre eigenen Pläne, und die sollen fertig sein, wenn „eine patriotische Kraft in diesem Land die Verantwortung übernommen hat“, so Mörig.

In der Runde geht es darum, wie aus der Idee der Remigration eine politische Strategie werden soll. Sellner sagt: Dazu müsse „metapolitische, vorpolitische Macht“ aufgebaut werden, um „das Meinungsklima zu ändern“. Ein aktives Vorfeld müsse die kommende rechte Regierung in Deutschland auch nach der Wahl unterstützen.

Wenn man den Inhalten der Vorträge folgt, heißt das praktisch: Es soll auch Geld fließen. In Influencer-Projekte, in Propaganda, in Aktionsbewegungen und universitäre Projekte. Das ist die eine Seite, der Aufbau einer rechtsextremistischen Gegenöffentlichkeit.

Die andere ist die Schwächung der Demokratie, das heißt: Wahlen anzweifeln, das Verfassungsgericht diskreditieren, andere Meinungen zurückdrängen, öffentlich-rechtliche Medien bekämpfen.

Akt 2, Szene 2. Als wäre die Macht bereits gekippt

Ein Redner folgt auf den anderen, jeder Vortrag dauert etwa eine Stunde. Zwischendurch wird das Mittagessen gebracht, eine Servicekraft wirkt genervt von der Menge der Gäste, die sie zu bewirten hat.

Am Nachmittag tritt Ulrich Vosgerau nach vorn. Er ist Jurist und war Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und vertritt die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht im Streit um Fördergelder für die Stiftung.

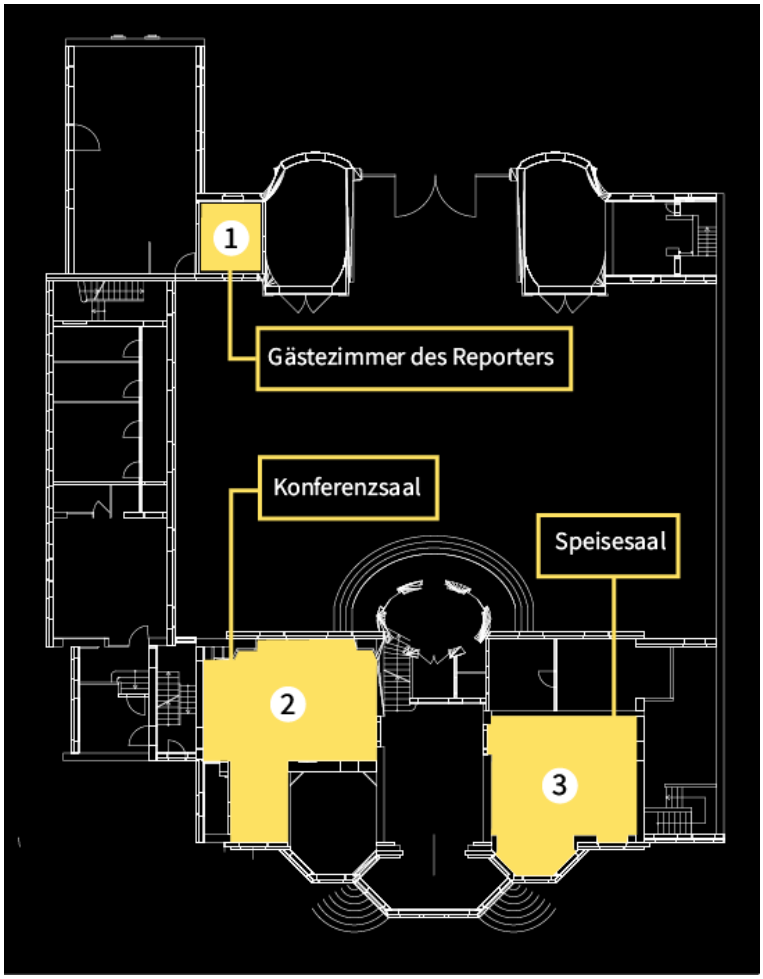
Der Verfassungsrechtler spricht über Briefwahlen, es geht um Prozesse, um das Wahlgeheimnis, um seine Bedenken in Bezug auf junge Wählerinnen türkischer Herkunft, die sich keine unabhängige Meinung bilden könnten. Auf CORRECTIV-Fragen hin bestätigt er diesen Satz später. An die Sache mit der Ausbürgerungsidee von Staatsbürgern in Sellners Vortrag will er sich aber nicht erinnern können.

Den Vorschlag, man könne vor den kommenden Wahlen ein Musterschreiben entwickeln, um die Rechtmäßigkeit von Wahlen in Zweifel zu ziehen, hält Vosgerau für denkbar: Je mehr mitmachten, stimmt er zu, umso höher die Erfolgswahrscheinlichkeit. Als er schließt, gibt es Applaus.

Auch andere hier sprechen, als wäre die Balance der Macht bereits gekippt. Offenbar glauben sie, kurz vor dem Durchbruch zu stehen. In diesem Duktus spricht bei seinem Vortrag an diesem Tag auch Mario Müller, Mitglied der Identitären Bewegung, mehrfach verurteilter Gewalttäter – und aktuell wissenschaftlicher Mitarbeiter beim AfD-Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt.

Akt 3, Szene 1. Der Mörig-Clan

Durch die Sprossenfenster des Landhauses eröffnet sich ein Blick auf die anwesende Gesellschaft. Der Saal verströmt altmodischen Glanz, ein Spinett in der Ecke, eine Standuhr an der Wand, viele der Gäste tragen Hemd und Sakko.



Die Zeiten scheinen ihnen günstig, die Pläne sind ausgearbeitet, zumindest in groben Zügen. Aber alles steht und fällt mit dem Geld, Gernot Mörig weiß das. Mörig amtierte in den 1970er-Jahren als Bundesführer des „Bundes Heimattreuer Jugend“, eines rechtsextremen Verbandes mit Blut-und-Boden-Ideologie. Deren Abspaltung „Heimattreue deutsche Jugend“ 2009 wurde wegen ihrer Neonazi-Programmatik verboten. Die „Heimattreue deutsche Jugend“ war so rechtsextrem, dass sogar Andreas Kalbitz, Ex-Chef der AfD in Brandenburg, aus der Partei ausgeschlossen wurde: Er war zuvor auf einem Lager der Gruppierung zu Gast.

Mörig war es, der die Gäste ausgewählt und das Programm vorgegeben hat. Er war es, der vorab in seinem Brief vom „Masterplan“ schrieb und Spenden von den Eingeladenen erbeten hatte. Bargeld-Spenden und Tagungsbeiträge, sagt er, können die Gäste gleich vor Ort „dezent“ seiner Frau übergeben. Später sagt er noch: Das Geld, das er sammelt, werde genutzt, um kleinere Organisationen zu unterstützen, wie etwa von Martin Sellner.

Das bedeutet: Jeder im Raum, der wie verabredet Geld zahlte, finanziert die Identitäre Bewegung und auch Sellner selbst. So sagt es Mörig. Aber er will noch mehr.

Er zeigt eine Liste von Unterstützern, die angeblich Geld zahlen wollen oder schon bezahlt haben; auch solche, die nicht da sind: Christian Goldschagg, Gründer der Fitnesskette Fit-Plus und ehemaliger Gesellschafter des Süddeutschen Verlags. Er schreibt später an CORRECTIV, er habe „keinen Betrag für diese Veranstaltung oder das von Ihnen beschriebene Projekt überwiesen“ und habe mit der AfD nichts am Hut. Außerdem: Klaus Nordmann, ein Mittelständler aus NRW und AfD-Großspender. Dieser schreibt anschließend auf Fragen der Redaktion, dass er keine 5.000 Euro gespendet habe und sich auch nicht dazu veranlasst sehe.

Mörig nennt weitere Namen. Alexander von Bismarck, der mit seinem Verständnis für Russland und einer bizarren Aktion im letzten Jahr aufgefallen ist, etwa sitzt mit im Raum. Mörig, der ehemalige „Bundesführer“, geht dabei ganz offen mit Namen um. Er prahlt damit, wer eine „hohe vierstellige Summe als Spende schon längst überwiesen“ habe oder noch tätigen würde. Bisher liefen die Spenden über das private Konto seines Schwagers, eines Bankers. Der habe ihn nun gebeten, sich was anderes einfallen zu lassen.

Einigen hier in dem Kreis, sagt er, sei es am ehesten recht, bei seiner Frau einen Briefumschlag abzugeben. Offenbar will er die Spenden aber noch professioneller organisieren und kündigt an, dass sie „wahrscheinlich dann doch beim nächsten Mal einen nicht eingetragenen Verein haben“ werden, über den Überweisungen laufen könnten.

Akt 3, Szene 2: Ein AfD-Politiker wirbt um direkte Millionen-Spende

Auch der AfD-Politiker Ulrich Siegmund, Fraktionschef aus Sachsen-Anhalt, hat offenbar Geldbedarf. Siegmund wirbt bei dem Treffen offen um Spenden: Er denkt schon an die Wahlen und an die Wahlwerbung, die er aussenden möchte, am liebsten direkt in die Briefkästen.

Siegmund sagt, er möchte, dass jeder mindestens einmal angeschrieben werde. Es brauche klassische Radio- und Fernsehwerbung. Aber auch er will noch mehr: 1,37

Millionen Euro benötige er – und zwar „zusätzlich zu dem, was durch die Partei zur Verfügung gestellt wird“. Das könnte auch einen Versuch darstellen, Gelder an der Parteikasse vorbei direkt an ihn zu schleusen – als Direktspende wäre das nicht notwendigerweise illegal.

Parteispenden seien „natürlich mit Abstand das Sauberste“, sagt Siegmund dann noch. „Nichtsdestotrotz“ gebe es „absolut legale Wege, um Zuwendungen zu machen“. Er macht einen Vorschlag, über „Agenturen“ und „Personalgeschichten“ zu gehen. Seine Bitte: so etwas im Einzelgespräch auszumachen, „um individuell den besten Weg zu finden“.

Akt 3, Szene 3: Alice Weidels rechte Hand

Dass Teile der AfD mit Neo-Nazis und Neuen Rechten eng vernetzt sind, ist nichts Neues. Bisher aber schob die Partei das Problem auf einzelne Orts- oder Landesverbände.

Bei dem geheimen Treffen in dem Hotel ist auch ein Vertreter der höchsten Ebene der Partei präsent: Roland Hartwig, ehemaliger AfD-Abgeordneter und persönlicher Referent der AfD-Chefin Alice Weidel – sowie nach Angaben mehrerer AfD-Insider im Bundestag eine Art „inoffizieller Generalsekretär der Partei“. Einer, der im Hintergrund Einfluss auf die höchsten Entscheidungsebenen der Partei habe.

Vor den Gästen bekennt sich Hartwig als Fan des neurechten Aktivisten Sellner, dessen Buch er „gerade mit großer Freude“ lese. Auch er nimmt Bezug zu dem vorher besprochenen und von Mörig bezeichneten „Masterplan“. Hartwig erzählt dann noch, dass die AfD gerade eine Musterklage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk plane, und eine Kampagne, die zeige, wie luxuriös die Sender ausgestattet seien.

Im Kontext von Sellners Vortrag sei auch das Projekt zu sehen, das Mörigs Sohn bei dem Treffen vorstellt: Arne Friedrich Mörig will eine Agentur für rechte Influencer aufbauen. Hartwig stellt in Aussicht, dass die AfD die Agentur mitfinanzieren könnte. Das Ziel sei, so Hartwig, Einfluss auf die Wahlen zu nehmen, vor allem bei jungen Leuten: „Die Generation, die das Blatt wenden muss, steht da.“ Mit diesem Plan sollen also junge Menschen auf Plattformen wie TikTok oder YouTube mit den Inhalten bespielt werden, die als normale politische Thesen wahrgenommen werden sollen.

Der nächste Schritt in diesem Projekt, so Hartwig, werde jetzt sein, das Vorhaben dem Bundesvorstand zu präsentieren, und die Partei davon überzeugen, dass sie auch davon profitiert.

Hartwig sagt dazu einen entscheidenden Satz: „Der neue Bundesvorstand, der jetzt anderthalb Jahre im Amt ist, ist offen für diese Fragestellung. Wir sind also bereit, Geld in die Hand zu nehmen und Themen zu betreiben, die nicht unmittelbar nur der Partei zugutekommen.“

Man bekommt den Eindruck, als trete Hartwig, die rechte Hand von Alice Weidel, hier als Vermittler zum Bundesvorstand der AfD auf – um die inhaltlichen Pläne dieses Treffens in die Partei zu tragen. Hartwig hat auf unsere später zu dem Treffen gestellten Fragen bis Redaktionsschluss nicht reagiert.

Epilog

Am Abend danach ist alles still. Das Hotel wirkt wie ausgestorben. Nur ein leichtes Fernsehflackern kommt aus der Juniorsuite.

Es bleiben zurück:

Ein rechtsextremer Zahnarzt, der sein konspiratives Netzwerk offenlegte; ein Treffen von radikalen Rechtsextremen mit Vertretern der Bundes-AfD; ein „Masterplan“ zur Ausweisung von deutschen Staatsbürgern; also ein Plan, um die Artikel 3, Artikel 16 und Artikel 21 des Grundgesetzes zu unterlaufen. Die Offenlegung mehrerer potenzieller Spender für Rechtsextremismus aus dem gehobenen Bürgertum; ein Verfassungsrechtler, der juristische Methoden beschreibt, um demokratische Wahlen systematisch anzuzweifeln; ein Landtagsfraktionsvorsitzender der AfD, der Wahlspenden an der Partei vorbei organisieren will; und ein Hotelbesitzer, der etwas Geld einnehmen konnte, um seine Kosten zu decken.

Update 13.01.: In einer früheren Version hieß es, dass Alexander von Bismarck ein Nachfahre von Otto von Bismarck sei. Das haben wir korrigiert.

Haben Sie Hinweise zum Thema?

Dann melden Sie sich gerne bei uns, auch anonym. Alle Nachrichten werden vertraulich behandelt. Sie können der Redaktion unter hinweise@correctiv.org Hinweise schicken oder über die diese Seite unsere Reporterinnen und Reporter direkt kontaktieren.

So oder so gilt: Wir von CORRECTIV bleiben am Thema dran. In unserem Spotlight-Newsletter bleiben Sie fortlaufend über neue Entwicklungen informiert.

Das CORRECTIV-Team hinter der Recherche

Text und Recherche: *Marcus Bensmann, Justus von Daniels, Anette Dowideit, Jean Peters, Gabriela Keller*
Design: *Charlotte Eckstein, Maximilian Bornmann, Mohamed Anwar*
Kommunikation: *Luise Lange-Letellier, Valentin Zick, Esther Ecke, Elena Schipfer*
Faktencheck: *Elena Kolb*
Mitarbeit: *Jonathan Sachse, Gesa Steeger, Pia Siber, Finn Schöneck, Tobias Hauswurz*

05) Die Scheinheiligen spielen die Guten

Von Redaktion, von DAVID BERGER

Feb 2, 2024

Unter dem Titel „Nicht mit uns“ wollen deutsche Prominente auf dem Cover des aktuellen „Stern“ zeigen, dass sie mit zu den „Guten“ gehören. Von Udo Lindenberg über Helene Fischer bis hin zum VW-Chef rufen sie – neben weiteren politischen Fachleuten (Atze Schröder, Florian Silbereisen) – zum „Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie“ auf; gemeint ist dabei natürlich die einzige derzeit dem linksfaschistischen Regime gefährlich werdende Opposition.

Von DAVID BERGER | Ganz unabhängig davon, ob man gläubig ist oder nicht, den Islam großartig findet oder ihn kritisiert, sollten alle sich darüber einig sein, dass das Recht auf Religionsfreiheit ein unveräußerliches Menschenrecht ist. Vor diesem Hintergrund ist der Umgang Chinas nicht nur, aber v.a. mit den Muslimen (Uiguren) ein Unrecht, das zum Himmel schreit. Millionen dieser Muslime sind in „Umerziehungslagern“ physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt, sexueller Missbrauch, Massenvergewaltigungen und systematische Folter sind dort an der Tagesordnung.

VW-Produktion neben KZs für Muslimen

All das ist freilich nicht neu, werden viele nun sagen. Was aber doch aufgrund der zugrunde liegenden Scheinheiligkeit erschüttert, dass aus gerechnet der Volkswagen-Chef, der kein Problem damit zu haben scheint, sein Millionen-Gehalt mit einer VW-Fabrik genau in der chinesischen Provinz zu verdienen, in der es Konzentrationslager für Muslime gibt, im aktuellen „Stern“ – zusammen mit anderen realitätsunwissenden bzw. -leugnenden Marionetten der Kartellparteien – als Kämpfer gegen einen angeblichen Rassismus von Rechts in Deutschland auftritt.

Fragen, die nicht nur für den VW-Chef gelten

Wie ist solch widersprüchliches Verhalten überhaupt möglich?

Ist es nur die Geldgeilheit, die blind macht?

Ist es das berauschende Gefühl dazu, zu den „Guten“ zu gehören, die arrogant auf die vogelfreien „Dummen“ und „Bösen“, die es wagen unser Regime zu kritisieren, herabschauen dürfen, das das Gewissen hat abstumpfen lassen?

Das Wissen darum, dass selbst die Karriere einer Helene Fischer in einem totalitären Regime ganz, ganz schnell vorbei sein kann, wenn sie sich nicht eindeutig „mit-bündeln“ lässt?

Oder ist es schlicht das heimliche Wissen, dass es bei dem angeblichen Kampf gegen rechts nie um rechts oder links ging, nie um die Demokratie und schon gar nicht um Menschen- und Bürgerrechte, von denen ohnehin seit der Corona-Krise klar ist, dass man sie als Hemmschuh des totalitären Regimes und seiner Mitläufer missachtet?

Ist es das Wissen darum, dass hier ein im Grund genommen unsere Werte, unsere Wirtschaft und unsere Demokratie mit faschistischen Methoden zugrunde richtendes System um sein Überleben kämpft. Und dass mit seiner Überwindung auch die Mitläufer der Hauptverantwortlichen sich vor Gericht verantworten werden müssen?

Addendum: Es geht um Einschüchterung derer, die es wagen, die Gefahren zu benennen

Malca Goldstein-Wolf: „So viel Scheinheiligkeit macht mich wütend! Liebe Helene Fischer, lieber Udo Lindenberg, lieber Florian Silbereisen, wenn Sie sich nicht trauen, diejenigen zu kritisieren, die Kritik an ihrer Person mit Gewalt beantworten, wenn Sie auf einem Auge gratismutig blind sind, wäre es besser zu schweigen. Wer seine Glaubwürdigkeit opfert, Gefahren verleugnet, um politisch korrekt zu sein, um nicht die Missgunst derer auf sich zu ziehen, die mitverantwortlich sind für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Untergang unseres Landes, der möge die Rechnung ohne seine Fans machen. Hier geht es offensichtlich nicht um die Sache, hier geht es um schnöde Einschüchterung derer, die wagen, alle Gefahren zu benennen. Denn eines ist doch klar: In diesen Kreisen ist jeder rechts, der das rot-grüne Untergangslied nicht singen möchte.“ (Quelle)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Alice Weidel rechnet mit den Deutschland-Hassern der Regierung ab!

Von Redaktion

Feb 1, 2024

In einer fulminanten Rede rechnet Alice Weidel mit den Deutschlandhassern in der Regierung ab! Die Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion listet Punkt für Punkt das Versagen der Ampel auf, erläutert die verheerenden Folgen der gescheiterten Energiepolitik und geht unter anderem auch auf die Geldverschwendung an „befreundete“ NGOs oder ins Ausland ein.

Diese Rede im Bundestag macht auch verständlich, warum die selbsternannten demokratischen Parteien“ und ihre Handlanger in den Mainstream-Medien immer nervöser werden und selbst das tun, was sie der AfD vorwerfen: den Rechtsstaat in Frage stellen und auf das Grundgesetz pfeifen!

https://www.youtube.com/watch?v=scBQcnEQOD0

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Landhaus des Bösen. Nicht Verteufelung der AfD, wirksame Grenzkontrollen retten das Prestige der Demokratie. Von Thilo Sarrazin

THILO SARRAZIN

Landhaus des Bösen

Nicht Verteufelung der AfD, wirksame Grenzkontrollen retten das Prestige der Demokratie.

Zu den moralischen Tiefpunkten deutscher Geschichte zählt die sogenannte Wannseekonferenz. In einer Villa am Grossen Wannsee berieten am 20. Januar 1942 unter der Leitung des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich Spitzenbeamte der Reichsministerien über den organisatorischen Ablauf der Deportation der Juden im deutschen Machtbereich. Organisatorischer Vollstrecker war ein unscheinbarer Beamter aus dem Reichsinnenministerium namens Adolf Eichmann. Er leitete dort das Referat IV B 4 mit der Bezeichnung «Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten». Hannah Arendt schrieb, als sie ihn 1961 vor Gericht in Jerusalem beobachtete, von der «Banalität des Bösen.»

82 Jahre später lud ein pensionierter Düsseldorfer Zahnarzt die von ihm gegründete «Düsseldorfer Runde» zu einem Treffen in einem Landhotel am Lehnitzsee in Potsdam ein. Der österreichische Identitäre Martin Sellner hielt einen Vortrag zur «Remigration» von unerwünschten Personen mit Migrationshintergrund. Vier AfD-Mitglieder und vier CDU-Mitglieder waren auch zugegen.

Das private Treffen wurde von der Correctiv GmbH mit einem illegalen Lauschangriff abgehört. Auszüge daraus wurden sieben Wochen später veröffentlicht. Sie führten zu einem Mediensturm, obwohl sie nichts Neues oder gar Kriminelles enthielten. Nicht einmal Correctiv traute sich, zu behaupten, dass Worte wie «Deportation» oder «Vertreibung» fielen. Sie tauchten lediglich in den Stellungnahmen «demokratischer» Politiker auf. Die Ministerpräsidenten Söder und Wüst nannten die AfD erneut eine «Nazipartei». Die Chancen für ein AfD-Verbot wurden hitzig diskutiert, und am 20./21. Januar nahmen 950 000 Menschen bundesweit an Demonstrationen «gegen rechts» teil. Bundeskanzler und Bundespräsident begleiteten dies mit wohlwollenden Kommentaren.

Der grosse Andrang bei den Demonstrationen zeigte, dass die linke Mitte der Gesellschaft sich stark angesprochen fühlte. Dabei lässt sich nicht auseinanderhalten, was darin nachwirkende Scham über den von Deutschland verantworteten Holocaust war und was sich aus dem Wunsch er-

Das Versagen der Ampel kaschiert man nicht, indem man das Wort «Remigration» mit Makel belegt.

gab, jetzt zu «den Guten» zu gehören und die eigene überlegene Moral zu feiern. Die politischen Folgen der durch die Correctiv-Aktion ausgelösten Empörungswelle bleiben unklar:

— Werden die moderaten Mitglieder in der AfD dadurch gestärkt, und können sie mit Erfolg mehr Zurückhaltung am völkischen rechten Rand der Partei einfordern? Oder führt die pauschale Gesamtverurteilung durch den politischen Gegner als «Nazipartei» zu mehr Trotz und einer Haltung des «Jetzt erst recht»?

— Werden die Bürger der politischen Mitte durch den Medienaufruhr und die Demonstrationen in ihrer Widerstandskraft gegen «rechte» Politik aktiviert, oder fühlen sich nur jene angesprochen, die sowieso unter keinen Umständen AfD gewählt hätten?

— Werden die aktuellen und potenziellen Wähler der AfD verängstigt, abgeschreckt beziehungsweise auf irgendeine Weise überzeugt, oder sehen sie sich durch die Masslosigkeit der Angriffe auf die AfD eher beleidigt, so dass sie aus Protest gerade die AfD wählen?

— Hat die sehr einseitige und parteiergreifende Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks das Vertrauen in dessen Objektivität gestärkt oder noch weiter beschädigt?

Meine Einschätzung ist: Nicht immer schärfere Töne im Kampf gegen die AfD retten das Prestige der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, sondern allein mehr Erfolge bei dem Thema, das die AfD grossgemacht hat: wirksame Kontrolle der Grenzen und Verringerung des Zustroms an Asylbewerbern. Hier versagt die Ampelregierung genauso vollständig wie vorher die grosse Koalition unter Angela Merkel. Und dieses Versagen kann man auch nicht kaschieren, indem man das Wort «Remigration» mit einem moralischen Makel belegt und jeden mit der Nazikeule bedroht, der es in den Mund nimmt. Auch die neue Wagenknecht-Partei stellt sich einwanderungskritisch auf. Soll die auch in die Nazi-Ecke geschoben werden?

Was ist denn, wenn es wie in den USA läuft? Die Entwicklung dort hat doch gezeigt: Je intensiver die Demokratische Partei und ihre Unterstützer in den Medien vor Trump warnen und je mehr sie sich dazu in herabsetzenden Superlativen verlieren, umso gleichgültiger scheint dies den potenziellen Wählern von Trump zu werden.

08) Wider den tierischen Ernst - Ein Hauch von Grausamkeit. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-31 31. Januar 2024 49. Jahrgang

Ein Hauch von Grausamkeit

In diesen Tagen werden Karnevalsordnen wie Kamelle verteilt, die von den Rosenmontagswagen fliegen. Einer der berühmtesten Orden ist der *„Wider den tierischen Ernst"* in Aachen. Staatsanwälte, Richter, richtige Humoristen wie **Ephraim Kishon**, Journalisten wie **Friedrich Nowottny**, ein Kölner Dompropst, Schauspieler wie **Mario Adorf** und **Iris Berben**, Kabarettisten wie **Ottfried Fischer**, *„erfolgreiche Unternehmer"* wie **Joachim Hunold** (Air Berlin), vor allem aber Politiker, haben diesen Orden erhalten. 53 von 74 Ordensträgern sind Politiker, schön verteilt auf CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP. Mehr oder minder ausgewogen.

Legendär die Büttenrede von Bauernpräsident **Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck**, der 1976 stark lallend zu den Narren sprach. Es ist vermutlich die einzige Möglichkeit, diese Veranstaltung zu ertragen, indem man sich kräftig einen hinter die Binde gießt. In Erinnerung auch die Ausführungen von **Annegret Kramp-Karrenbauer**, die sich 2015 über die Gendertoiletten in Berlin lustig machte.

Der Preisträger des Vorjahres hält die Laudatio und der neue Ordensritter darf in einem Käfig auch eine Rede halten. Im letzten Jahr erhielt **Annalena Baerbock** den Orden, in diesem **Daniel Günther**, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Damit ist er bereits der zweite Ordensträger des nördlichsten Bundeslandes, 1998 stand **Heide Simos** in der Bütt. Einem Berliner Politiker wurde diese Ehre noch nie zuteil. **Klaus Wowereit** wäre ein Kandidat gewesen.

Erstmals wurde die Aufzeichnung der Show erst ab 22:35 Uhr, bis weit nach Mitternacht ausgestrahlt, zu einer Zeit, in der rechtschaffende Menschen schon im Bett liegen. Wer die Sendung nicht so wie ich aufgezeichnet hatte und sie sich erst am Folgetag anschaute, musste zuvor die Dokumentation *„Wer rettet Elefant, Löwe & Co."* und *„Hart aber fair"* anschauen. Was für eine beeindruckende Konzeptänderung: Bürger treffen jetzt direkt zum Meinungsaustausch auf Politiker, und CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann**, der Ostbeauftragte der Bundesregierung **Carsten Schneider** und Putins Gasverkäuferin **Sahra Wagenknecht** erklärten der Friseurmeisterin **Zuhra Visnjic,** die um ihre Existenz kämpft, die Welt. Die Süddeutsche Zeitung schreibt über die Sendung *„Da sind Phrasen im Salat"*.

Wer nach den Tagesthemen noch wach war, erlebte ein Feuerwerk der guten Laune mit Reden von **Annalena Baerbock**, **Daniel Günther** und **Wolfgang Kubicki**. Im Publikum alle Narren, die für uns Politik machen. Wenn sich Politiker als Kabarettisten versuchen, geht das meistens schief. Baerbock fand lobende Worte für Günther, regiert er doch in Kiel gemeinsam mit den Grünen.

Daniel Günther hatte während seiner Rede Probleme mit der Narrenkappe, die ihm ständig vom Kopf zu rutschen drohte. Mehr lässt sich über seinen Auftritt nicht sagen. *Screenshot ARD*

Zu Beginn der Veranstaltung betritt **Guido Cantz** die Bühne und gibt den Eröffnungskomiker. Subtrahiert man den üblichen Karnevals-Klamauk mit Kindertanzgruppen, Funkenmariechen und anderen Heiterkeiten, und verdrängt man die Kabarett-Versuche der Politiker, bleibt nur ein sehens- und hörenswerter Programmpunkt übrig, nämlich der von **Wilfried Schmickler** in der Rolle des **Kaiser Karl**.

Screenshot ARD

Zu sehen ab Minute 41:30
https://www.ardmediathek.de/video/karneval/wider-den-tierischen-ernst-2024/das-erste/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmEtN2Y0OTZlZjYtNjNmYS00NDZkLWFlNDgtZmRjYTY3NTM1NGE0

Der Kaiser brach eine Lanze für die Politiker, die kein *„Freiwild"* seien und mahnte an, dass das Volk nicht das Recht habe, gegenüber Politikern Anstand und Respekt zu vergessen. Niemand hielt sich an den Appell. Besonders peinlich, wenn Politiker Politiker unter dem Mantel des Humors beschimpfen. Ich bin kein Fan von **Olaf Scholz**, aber so abfällig behandelt zu werden, hat er nicht verdient. **Julia Glöckner** trat als Handwerkerin auf, die versuchte, die Ampel zu reparieren. Geradezu schamlos von einer Frau, die als Landwirtschaftsministerin ihrem Nachfolger einen großen Misthaufen hinterlassen hat.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

09) Verhaltener Grund zum Jubeln: Ergebnis Saale-Orla-Kreis. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-30 29. Januar 2024 49. Jahrgang

Verhaltener Grund zum Jubeln

Ergebnis Saale-Orla-Kreis

14.01.2024		28.01.2024	
Wahlberechtigt	66.139	66.092	-47
Wähler	43.299	45.341	+2.042
Beteiligung	65,50%	68,60%	+3,1%

	14.01.2024		28.01.2024	
Uwe Thrum AfD	19.611	45,70%	21.364	47,60%
Christian Herrgott CDU	14.289	33,30%	23.534	52,40%
Regina Butz SPD	6.082	14,20%		
Ralf Kahlich LINKE	2.970	6,90%		

Bei uns haben sich Leser gemeldet und gesagt: Ja, es ist schön, dass der CDU-Kandidat **Christian Herrgott** die Landratswahl im Saale-Orla-Kreis in Thüringen gewonnen hat, wie sehen aber die nackten Zahlen aus.

Christian Herrgott hat vom ersten zum zweiten Wahlgang 9.245 Stimmen mehr bekommen. Das entspricht fast genau dem Stimmenanteil aus dem ersten Wahlgang für SPD und Linke.

ABER: Der AfD-Kandidat **Uwe Thrum** hat immerhin 1.173 Stimmen im zweiten Wahlgang mehr erhalten als im ersten. Beim zweiten Wahlgang gingen 2.042 Menschen mehr an die Urnen. Die Annahme ist nicht unbegründet, dass von diesen nicht wenige **Uwe Thrum** ihre Stimme gegeben haben.

Was sagt uns das? Es besteht bestenfalls verhaltener Grund zum Jubeln.

Ed Koch

Anmerkung:

Zweimal sind bei unseren Empfängern mehr Mails angekommen, als wir abgesandt haben. Einmal sogar zwölf, und einmal drei. Nachforschungen haben ergeben, dass sich jemand an unseren Passwörtern zu schaffen gemacht hat. Jetzt wurden diese geändert und mal sehen, wie oft Sie diese Mail bekommen. Wir danken für Ihr Verständnis.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

10) „Hyperdigitale Zahlungswelt“ oder „Bargeld-Renaissance“? Die Bundesbank stellte drei Szenarien für die Bargeldsituation bis 2037 vor

Von Redaktion

Jan 29, 2024

Der 500 Euro-Schein ist schon weg und es geht flott weiter

Am 17. Januar hat die Deutsche Bundesbank die Studie „Bargeld der Zukunft“ vorgestellt, die von der VDI/VDE Dienstleistungsgesellschaft Innovation + Technik und dem Meinungsforschungsinstitut Sinus erstellt wurde. Das Papier enthält drei wahrscheinliche Prognosen für die Entwicklung des Bargelds bis zum Jahr 2037, die vor dem Hintergrund des kürzlich von der Europäischen Union im Rahmen einer neuen Geldwäschebekämpfungsstrategie beschlossenen Verbots von Bargeldzahlungen über 10.000 Euro von besonderem Interesse sind.

Neue Behörde und neue Regeln für Superreiche

Am 18. Januar dieses Jahres hat sich die EU auf neue Regeln zur Bekämpfung der Geldwäsche geeinigt. Die entsprechende Vereinbarung, die von Vertretern des Europäischen Parlaments und der EU-Länder getroffen wurde, wird Methoden der Geldwäsche durch den Kauf von Luxusgütern, Spenden an Fußballvereine und den Kauf/Verkauf von Kryptowährungen unterbinden.

Nach vorläufigen Informationen wird der beschriebene Standard im Jahr 2029 in Kraft treten. Die Kontrolle über ihre Umsetzung wird den nationalen Behörden in Zusammenarbeit mit einer neuen Einrichtung – der EU-Anti-Geldwäschebehörde – übertragen. Über deren Sitz soll 2024 entschieden werden, wahrscheinlich wird die Behörde in Frankfurt am Main angesiedelt.

Auch hochprofitable Fußballvereine wie Bayern München und Borussia Dortmund fallen unter die neue Regelung. Die Beamten hoffen, dass die neuen Regeln es ihnen ermöglichen werden, milliardenschwere Investitionen aus Drittländern in den Profifußball zu kontrollieren.

Darüber hinaus werden die Behörden der EU-Länder verpflichtet, Transaktionen mit Kryptowährungen und Bankgeschäfte von Superreichen mit einem Vermögen von mehr als 50 Millionen Euro zu überwachen. Und Verkäufer von Luxusgütern werden verpflichtet, die Identität ihrer Kunden zu überprüfen. (Und verdächtige Transaktionen den Behörden zu melden).

Das erste Szenario – kein Bargeld

Für den Normalbürger wird das Verbot von Bargeldzahlungen über 10.000 Euro die wichtigste Neuerung sein. Experten gehen davon aus, dass diese Norm in einigen EU-Ländern zu einer echten Herausforderung für die Bevölkerung wird. Zum Beispiel in Deutschland, wo die Bürgerinnen und Bürger daran gewöhnt sind, mit Bargeld und nicht mit Bankkarten oder anderen Zahlungsmitteln zu bezahlen. Dabei handelt es sich nicht um den Versuch, Anonymität zu erlangen, sondern um eine alltägliche Gewohnheit.

Dieser Trend war einer der Anlässe für die bereits erwähnte Studie „Bargeld der Zukunft". Darin beschreibt die Deutsche Bundesbank drei wahrscheinliche Szenarien für die Entwicklung des Bargelds bis zum Jahr 2037. Im Mittelpunkt des ersten Szenarios steht eine „hyperdigitale Zahlungswelt", in der Bargeld im Alltag der Menschen kaum noch vorkommt.

Das Abheben von Bargeld ist sehr schwierig und die Menschen bevorzugen es, alle Zahlungen und Überweisungen elektronisch zu tätigen.

„Die Zahlungsverkehrslandschaft in Europa verändert sich" – Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank.

Das zweite Szenario

Das zweite Szenario bezeichnen Analysten als „Renaissance des Bargelds": Es sieht eine Rückkehr der Menschen zu vertrauten Scheinen und Münzen vor, während die Welt vollständig digitalisiert wird. Das dritte Szenario sieht eine „verschwindende hybride Zahlungswelt" vor, in der der Zugang zu Bargeld nicht schlagartig, sondern allmählich abnimmt.

Dass die Zukunft des Bargelds derzeit ungewiss ist, bestätigt auch Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. „Die Landschaft der Zahlungsmittel in Deutschland und Europa verändert sich", sagt Balz und betont, dass es derzeit keine nennenswerten politischen Bestrebungen gebe, das Bargeld als gesetzliches Zahlungsmittel abzuschaffen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf voiceofeurope.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) „Ricarda sagt grün definierten Verfassungsfeinden“ den Kampf an

Von ELA

Jan 29, 2024

Bild: Wikipedia

Ganz und gar und mitten aus der regierungsdefinierten Echokammer im „Kampf gegen rechts“ ruft Grünen-Chefin Ricarda Lang nun zu einem schärferen Vorgehen gegen offenbar vordefinierte „Verfassungsfeinde“ auf.

Man müsse hierzu nun die Möglichkeiten des „(Ampel-)Rechtsstaates“ nutzen.

Begrenzung der Zuwanderung freilich nicht hilfreich

Eine Begrenzung der Zuwanderung findet die Grüne zur Bekämpfung der AfD als nicht hilfreich. Weniger Migration bedeute nach ihrem Dafürhalten, nicht weniger AfD.

In der Kampagne für AfD-Verbotsverfahren hatte sich ja die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang dafür ausgesprochen, auch gegen die, vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte Identitäre Bewegung, wie auch die Junge Alternative vorzugehen. Dabei gelte es, nach Auffassung Langs, die Möglichkeiten des Rechtsstaats zu nutzen.

Gegenüber der Funke-Mediengruppe erklärte Lang, „unsere Demokratie ist wehrhaft, unser Rechtsstaat ist handlungsfähig gegen Verfassungsfeinde. Die unterschiedlichen Möglichkeiten, die er uns gibt, gilt es abzuwägen und gegebenenfalls auch zu nutzen. So könnte man die Vorfeldorganisationen in den Blick nehmen, beispielsweise die Junge Alternative, die Jugendorganisation der AfD, oder die Identitäre Bewegung.“

Parteienfinanzierung verwehren

Das Grundgesetz sehe auch vor, Verfassungsfeinden die Parteienfinanzierung zu verwehren. Das zeige auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur NPD, die sich mittlerweile „Die Heimat“ nennt.

Die Jurastudium-Abbrecherin weiter, „das gilt natürlich auch in anderen Fällen.“

Lang nannte die derzeitigen Demonstrationen „gegen rechts“ ein „wichtiges Signal, dass die Menschen Angriffe auf unsere Demokratie nicht akzeptieren“. Die Ampelkoalition könne dabei „nicht nur klatschend am Rand stehen“. Die Grüne warnte dabei vor „Schnellschüssen“, es brauche Sorgfalt und Vorbereitung.

Es gelte, einen AfD-Ministerpräsidenten zu verhindern. Noch habe man die Zeit, so Lang. Dabei warf die Grüne dem Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke kurioserweise vor, gegen „Andersdenkende“ vorgehen zu wollen.

„Björn Höcke in Thüringen setzt sich beispielsweise für die millionenfache „Deportation“ von Andersdenkenden ein – ob mit deutschem Pass oder ohne.“

Alle Demokraten hätten die Aufgabe, die AfD politisch zu stellen und klarzumachen, „dass sie unsere Demokratie, unsere Wirtschaft, unser Land angreift“.

Lang räumte eine Mitverantwortung der Ampel für den Höhenflug der AfD ein. Wie bei Politikern der Koalition üblich blieb sie dabei freilich unkonkret und betonte, dass das Wählen der AfD kein Protest sei.

„Wir können Menschen zurückgewinnen, wenn wir Vertrauen in die Regierung wiederherstellen. Wir haben auch Fehler gemacht und können besser werden. Und wir müssen klarmachen, AfD wählen ist kein Protest. Die AfD will die Axt anlegen an das, was den Allermeisten in dieser Gesellschaft wichtig ist, unseren Wohlstand, unsere Freiheit.“

Eine Begrenzung der Zuwanderung hält Lang nicht für zentral zur Bekämpfung der AfD. Mit immer wieder zu „ungläubigem“ Staunen anregender Logik erklärte sie dazu, „in manchen Bundesländern, in denen die AfD momentan viel Zustimmung erhält, ist der Anteil der Zuwanderung sehr gering. Weniger Migration bedeutet nicht weniger AfD.“

Dabei gelte es jedoch, den Kommunen zu helfen, „aber ich warne davor, der AfD auf den Leim zu gehen und nur noch über Migration zu reden.“

Die Grünen-Chefin rief CDU und Linke zur Zusammenarbeit auf. Nach den Landtagswahlen im Osten müsse es also darum gehen, „offen für Kompromisse und geschlossen gegen Rechtsextremismus zu sein“, so Lang.

„Demokratische Parteien, dazu zähle ich die Linkspartei genauso wie die CDU, müssen in der Lage sein, zusammenzuarbeiten. Wo das nicht möglich ist, gewinnen die Feinde der Demokratie.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Der Herrgott hat gewonnen im Saale-Orla-Kreis in Thüringen.
Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-29 29. Januar 2024 49. Jahrgang

Der Herrgott hat gewonnen

Notfalls muss es unter Zurückstellung eigener Interessen Bündnisse gegen die rechten Populisten geben, die dieses Land mit seinen demokratischen Strukturen abschaffen wollen. Und wenn es gar nicht mehr anders geht, muss es der Herrgott richten.

Im Saale-Orla-Kreis in Thüringen hat der Herrgott sogar einen Vornamen. **Christian Herrgott** hat die Landratswahl gegen den Favoriten aus dem ersten Wahlgang, den AfD-Politiker **Uwe Thrum**, mit 52,4 Prozent gewonnen.

Das ändert nichts daran, dass die AfD in Thüringen nach wie vor mit 31 Prozent deutlich vor allen anderen Parteien liegt. Die CDU käme auf 20, die Linke, die mit **Bodo Ramelow** den Ministerpräsidenten stellt, würde 15 Prozent erzielen. Obwohl das **Bündnis Sahra Wagenknecht** zum Zeitpunkt der Umfrage am 17. Januar noch gar nicht offiziell gegründet worden war, erreichte es aus dem Stand 17 Prozent. Dass diese Werte der AfD schaden, ist nicht erkennbar. Das rechte und linke populistische Lager aus AfD und BSW würden in Thüringen auf 48 Prozent kommen. Da wird selbst dem Herrgott schlecht.

Über Splitterparteien in Thüringen müssen wir nicht mehr reden. Die Ampel-Parteien kämen dort zusammen auf 14 Prozent, SPD sechs, Grüne fünf, FDP drei.

Das darf doch nicht wahr sein

Ob und wie die AfD zu stoppen ist, liegt in unseren Händen. Hilflos müssen wir jedoch mit ansehen, wie in den USA **Donald Trump** wie eine Dampfwalze auf das Weiße Haus zurollt. Verhindert werden können Trump und seine willenlose, ihm völlig ergebene Republikanische Partei mit Zügen einer Sekte, nur noch juristisch.

Doch jetzt erschüttern Vorwürfe über die zuständige Staatsanwältin **Fani Willis** den wichtigsten Prozess gegen Trump, der in Georgia gemeinsam mit 18 anderen Beschuldigten wegen seiner Versuche, den Ausgang der Präsidentenwahl 2020 in dem Bundesstaat zu kippen, angeklagt worden ist. Bezweifelt werden darf darüber hinaus, wie sinnvoll es ist, eine Staatsanwältin in die Spur zu schicken, die selbst der Demokratischen Partei angehört. Das allein ist aber nicht das Problem von **Fani Willis**. Sie soll eine Liebesbeziehung zu einem anderen Staatsanwalt haben, den sie selbst eingestellt hat, was nicht gerade gut aussieht. Schwerwiegender ist, dass es um die Veruntreuung öffentlicher Gelder gehen soll. *„Diese Vorwürfe waren in der vergangenen Woche von einem von Trumps Mitangeklagten, dem ehemaligen Wahlkampfhelfer **Michael Roman**, erhoben worden. Beweise waren in der Eingabe nicht enthalten, auch Zeugen wurden namentlich nicht benannt. Trump und seine Verbündeten erheben aber bereits öffentlich die Anklage, Willis habe gegen eine Reihe von Bezirks- und Landesgesetzen verstoßen."*, berichtet der **Tagesspiegel**.

Seit seiner Einstellung soll **Nathan Wade**, dem die Liebesbeziehung zu Willis nachgesagt wird, mindestens 653.000 Dollar für Anwaltskosten erhalten haben. Davon soll er für Reisen bezahlt haben, *„die er mit Willis ins kalifornische Napa Valley und in die Karibik unternahm." „Willis hat sich bisher nicht direkt zu einer möglichen Beziehung geäußert, sie aber auch nicht dementiert. In einer Rede am Wochenende verteidigte sie aber die Fähigkeiten ihres Staatsanwalts und deutete an, dass Rassismus der Grund für die Vorwürfe sein könnte. Sowohl Willis als auch Wade sind Schwarze. ‚Ich habe drei Sonderstaatsanwälte ernannt, was mein gutes Recht ist. Ich habe ihnen allen den gleichen Stundensatz gezahlt. Sie greifen nur einen an', sagte sie.* Quelle: Tagesspiegel

Beweise hat das Trump-Lager nicht vorgelegt. Das hat es noch nie getan. Die Behauptungen von der *„gestohlenen Wahl"* sind haltlos und falsch, was mehrfach, durch Fakten hinterlegt, bewiesen wurde. Das interessiert aber die verblendeten Anhänger von Trump überhaupt nicht. Wenn Trump sagte, die Erde sei eine Scheibe, wäre das eben so und man würde eine Weltraummission starten, um Bilder von der Unterseite der Erdscheibe zu bekommen.

Für Trump ist die mögliche Affäre um die Staatsanwältin eine Steilvorlage. Dabei ist es für uns und seine Spießgesellen völlig unerheblich, ob daran etwas Wahres ist. Trump kreiert seit jeher seine eigenen Wahrheit. Er braucht keine der herkömmlichen Social Media-Anbieter, er schaffte seine eigene Plattform, die dazu noch den verheißungsvollen Namen *„Truth Social"* trägt, und am 27. April 2022 Platz eins im Apple Store erreichte.

Vergleiche hinken immer, dennoch kann behauptet werden, dass die größte Gefahr für unsere Demokratie in Deutschland von der AfD, und neu dabei, vom BSW ausgehen. Für die freie Welt ist Trump eine große Gefahr, neben den üblichen Schurken, von Putin über Erdogan, Orban bis hin zu Xi, den man nicht einmal einen Diktator nennen darf.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

13) KW 4 (= 22. - 28.01.2024) – Zu viele Themen. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-28 28. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 4
Zu viele Themen

In dieser Woche gab es eine Fülle von Ereignissen und Themen, die für einen ganzen Monat ausgereicht hätten. Man darf zurecht erschöpft sein.

Es fanden wieder überall im Land Demonstrationen gegen Rechts, explizit gegen die AfD, statt. Hunderttausend waren es gestern allein in Düsseldorf.

Quelle: Rheinische Post

Die Kreativität beim Gestalten von Plakaten ist bemerkenswert. Als Nordlicht gehört man nicht unbedingt zu den größten Fans des Karnevals, in diesem Jahr werden wir uns aber über die Themen-Wagen der Rosenmontagsumzüge am 12. Februar besonders freuen dürfen.

Dass gerade gestern, am Holocaust-Gedenktag, so viele Menschen in Deutschland auf den Straßen unterwegs waren, ist ein gutes Zeichen. Die faschistoiden Verschwörer, die sich in unserem Land tummeln, haben den Bogen überspannt. Die Mehrheit der Menschen will kein Nazi-Reich 2.0.

Das von AfD-Funktionären verbreitete Narrativ, an den Demos würden nur links-grün versiffte Menschen, oder Lehrer mit ihren Schulklassen, angestachelt durch die öffentlich-rechtliche Berichterstattung, teilnehmen, verfängt nicht. Versuche, Fotos zu manipulieren und damit Fälschungen zu unterstellen, scheitern. Auch wenn sich die Demonstrationen bislang nur marginal auf die Zustimmungswerte für die AfD ausgewirkt haben, so ist der Nervosität bei den Rechtspopulisten groß. **Alice Weidel** und **Tino Chrupalla** sehen ihre Partei als Opfer einer Kampagne und können den Schaum vor ihrem Mund gar nicht so schnell wegwischen, wie er entsteht.

Mitten in dieser aufgewühlten Zeit, haben ein paar Ex-Linke nichts Besseres zu tun, als eine Partei zu gründen. Seit gestern darf **Sahra Wagenknecht** nun Frau Vorsitzende genannt werden. Schon der Name der Partei ist eine Zumutung: *„Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit"*.

Ist es vernünftig und gerecht, die Waffenexporte in die Ukraine zu stoppen und das Land widerstandslos Putins Sowjetunion 2.0 angliedern zu lassen? Ist es vernünftig, die unbefristete Nutzung von Verbrennermotoren und die Rückkehr zu Importen von Öl und Gas aus Russland zu fordern? Das sind nur zwei Ziele von Wagenknecht und Co. Im Hintergrund feixt sich der Spiritus Rector des BSW, **Oskar Lafontaine**, einen. Wenn man sich das anhört, was diese Gruppe vorhat, fragt man sich, ob sie nicht eher BSE statt BSW heißen müsste.

Es gibt noch andere Wahnsinnige, so zum Beispiel den slowakischen Regierungschef **Robert Fico**, der behauptet haben soll, dass in Kiew kein Krieg, sondern ein *„absolut normales Leben"* herrsche.

Eine gute Nachricht ist fraglos, dass der Weg für Schweden in die NATO nun frei zu sein scheint. Die Türkei habe zugestimmt und auch Ungarn ist auf dem richtigen Wege. Ob die Erpressungsversuche der beiden lupenreinen Demokraten Erdogan und Orban Erfolg haben werden, wird sich zeigen. Bislang ist nicht sicher, ob die USA Kampfjets an die Türkei liefern und auch Schweden hat keine *„Terrorliste"* nach Ankara geschickt. Irgendetwas wird Erdogan für seine Zustimmung aber bekommen. Bei Orban ist es einfacher, er wird vermutlich mit Millionen aus dem EU-Budget bedient, damit er wieder seine Verwandtschaft mit Aufträgen bedienen kann. Worüber regen wir uns eigentlich auf, wenn Erpressung und Korruption die gängigen Mittel in der Politik angeblich demokratischer Staaten sind.

Kleinere Brötchen backen wir in Berlin. Um den Görlitzer Park soll ein Zaun gezogen werden. Der Senat traf sich zu einem Vorort-Termin und die Anwohner waren not amused. Die Polizei hatte aber alles im Griff und so musste Kultursenator **Joe Chialo**, im Gegensatz zu allen anderen, erst einmal seinen Ausweis den Ordnungskräften zeigen. Es ist wirklich verdächtig, wenn ein dunkelhäutiger Mensch am hellichten Tage in den Park will. Die **Polizei Berlin** beteuert, berichtet die **Berliner Morgenpost**, polizeiliche Maßnahmen fußten *„grundsätzlich nicht auf dem Aussehen, sondern auf dem Verhalten von Personen."* Tja, was hat der Joe bloß angestellt? Vielleicht sang er *„Who'll Come With Me"* von der Kelly-Family zu laut vor sich hin.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-28 28. Januar 2024 49. Jahrgang

Nichts Böses ahnend, kam gestern Nachmittag die Meldung rein, dass der Bahnstreik früher als geplant endet. Die Güterwagen rollen heute ab 18:00 Uhr wieder, der Personenverkehr ab 02:00 Uhr am Montag, also 16 Stunden früher. Sicherlich gibt es gute Gründe, nicht schon am Samstag wieder alles rollen lassen zu können.

Streiks kann man nicht als Erpressung werten, obwohl sie dem gleichen Muster folgen. *„Weitere Streiks wird es vorerst nicht geben. Die Bahn und die GDL haben sich auf eine Friedenspflicht bis zum 3. März geeinigt. Ab 5. Februar soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Tarife verhandelt werden."*, meldet das **ZDF**.

„Insbesondere die Verhandlungsbereitschaft der DB zur Arbeitszeitabsenkung für Schichtarbeiter ist zentral bedeutsam. Die Bereitschaft, auch über einen Tarifvertrag für die Infrastruktur zu verhandeln, ist nunmehr vorhanden. Im Falle einer Einigung wäre das ein starkes Signal für das gesamte Eisenbahnsystem und ein Schub hin zur Attraktivitätssteigerung der Eisenbahnberufe.", wird Streikführer **Claus Weselsky** im ZDF zitiert. Warten wir es ab.

Schnitt: Länder, in denen es immer noch die Todesstrafe gibt, gehören für mich nicht in die Kategorie demokratischer Vorzeigestaaten. Im US-Bundesstaat Alabama wurde ein 58-jähriger Mann, der vor 28 Jahren zum Tode verurteilt wurde, jetzt hingerichtet. Und zwar innovativ mit einer Injektion reinen Stickstoffs. Tut mir leid, das sagen zu müssen, aber die Amis haben eine Macke.

Eine Macke, offenbar vom vielen Schule schwänzen, hat auch **Greta Thunberg**, die sich jetzt dem Fach Antisemitismus verschrieben hat. Bei einer Pro-Palästina-Veranstaltung in Leipzig, an der die Ex-Klimaaktivistin teilnahm, sollen Fotografen zusammengeschlagen worden sein.

*„83,3 Millionen Dollar Schadensersatz muss **Donald Trump** zahlen, weil er das Ofer seiner sexuellen Übergriffe, die Autorin **E. Jean Carroll**, kontinuierlich und auf bösartige Weise diffamierte, sie als Lügnerin und Hochstaplerin bezeichnete."*, berichtet der **stern**. Die US-Justiz ist die einzige Hoffnung, die man noch haben kann, damit diese Figur nicht erneut auf die Weltbühne zurückkehrt.

Das **KaDeWe** ist offenbar pleite. Auch das Alsterhaus in Hamburg könnte betroffen sein. Tragisch. Wo schlürfe ich bloß künftig meine Austern? Es geht abwärts, wenn einem der letzte Luxus genommen wird. Schuld ist natürlich die Ampel.

Keine passende Wohnung in Berlin gefunden: Schauspieler **Devid Striesow** wohnt jetzt in Wien, meldet die **Berliner Morgenpost**. Ich hatte einmal das Vergnügen, **Devid Striesow** im Zug von Hamburg nach Berlin gegenüberzusitzen. Gern würde ich mit ihm auch nach Wien fahren.

Zwei Jahre hat der beliebte Schauspieler vergeblich nach einer Wohnung gesucht. „Wir haben 2022 Nachwuchs erwartet, weshalb es notwendig war, dass wir uns vergrößern", sagte der 50-Jährige der Tageszeitung „B.Z.". Berlin sei aber so knapp an Wohnungen, dass sie keine adäquate zur Miete finden konnten. Nun wohnen der Schauspieler und seine Familie laut Striesow in Wien, wo es günstiger sei.

Apropos Nachwuchs: *Comedian **Carolin Kebekus** im späten Mutterglück: Baby ist da. Ganz von der Bildfläche verschwindet die 43-Jährige aber nicht. Dieses Jahr sind noch einige Auftritte geplant.*

Die **heute-show** und das **ZDF-Magazin Royale** sind wieder da, freitags im ZDF, 22:30 und 23:00 Uhr. *„**Oliver Welke** berichtet über Gegenwind für Rechtsextreme, Proteste der Landwirte gegen ein hingehudeltes Sparkonzept und das unverständliche Ausbleiben des zugesagten Klimageldes." „Erschwinglich tanken, eine Quinoa-Bowl genießen und einfach Mensch sein. In der Realität sind Raststätten aber teuer, das Essen schmeckt nicht, Tanken ist kostspielig und man muss fürs Schiffen Geld zahlen. Warum sind deutsche Raststätten so ein Elend?"* Diese Frage beantwortet **Jan Böhmermann** in der neuesten Ausgabe seines Magazin.

Heute vor 80 Jahren fand in Berlin die Uraufführung der **Feuerzangenbowle** statt. 1944. Im Kino Schulromantik, draußen Krieg. Die Feuerzangenbowle wird immer wieder gern gesehen, wie der *„Kleine Lord"* zu Weihnachten. Vielleicht bin ich zu zart besaitet, denn meine Gedanken drehen sich um die jungen Schauspieler, die während der Dreharbeiten nicht an die Front mussten. Und danach? Was ist aus ihnen geworden?

*„Die Rechte zur öffentlichen Aufführung des Films liegen in Deutschland bei der ehemaligen AfD-Vorständin **Cornelia Meyer zur Heyde**. Sie lehnte nach einer Anfrage des Deutschen Historischen Museums eine Filmvorführung im historischen Kontext von Filmen im Dritten Reich ab."* wikipedia

Na, dann viel Spaß beim Punsch. Darfs ein bisschen mehr Rum sein...

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

14) Rechte Welle, linke Panik: Kampfzone Demokratie?

schuwi39359@a1.net 26.01.2024, 08:09

Um zu begreifen, mit welch einer **Strategie** die „fortschrittlichen Kräfte“ in Deutschland/Österreich das Volk im „Kampf gegen rechts“ gezielt belügen und aufhetzen, sollte man sich diese gestrige Diskussion in

Servus-TV: „Talk im Hangar 7“ ansehen.

Ein an diesem Gespräch in einem Haus in Potsdam unmittelbar beteiligter Rechtsanwalt **zerreißt die medialen Lügen in der Luft**. Wenige Tage nach dem Potsdamer Gespräch brachte ein Theater in Berlin

eine Aufführung auf die Bühne. Wie kann es sein, daß innerhalb weniger Tage, ohne Vorbereitungszeit, ohne Proben, angebliche Texte des Treffens vor dem Publikum gespielt werden können?

Herzerfrischend, wie die selbsternannten linken Tugendwächter: Harald Walser und eine dämliche Aktivistin vor laufender Kamera völlig zerlegt wurden!

Heute finden in Österreich von diesen linken Kräften inszenierte „Massendemos“ gegen „Rechts“ statt, gerichtet gegen die FPÖ.

==========
==========

Rechte Welle, linke Panik: Kampfzone Demokratie?

Es gelte, die Demokratie zu verteidigen, trommeln dieser Tage NGOs und linke Parteien. Der Anlaß: Eine Recherche des „Netzwerks Correctiv“ über ein rechtsextremes Treffen in Potsdam mit österreichischer Beteiligung.

Unter dem Schlagwort „Remigration“ wurde dort unter anderem über die Abschiebung von Migranten beraten. Ein **für Freitag in Wien geplantes Lichtermeer** will dagegen ein Zeichen setzen.

https://www.servustv.com/aktuelles/v/aajk1hmgrwv7j5wyax78/

...

Rechte Welle, linke Panik: Kampfzone Demokratie?

---

schuwi39359@a1.net <schuwi39359@a1.net> 26. Januar 2024 um 08:09
An: schuwi39359@a1.net

15) Lasst Weselsky doch gewinnen. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-22 22. Januar 2024 49. Jahrgang

Lasst Weselsky doch gewinnen

Es ist unerträglich. Am Mittwoch geht der Bahnstreik in die nächste Runde. Bis zum kommenden Montag stehen die Räder wieder still, weil es nicht möglich ist, eine Einigung zwischen Bahn und Gewerkschaft zu erzielen.

Dass die GDL auch das neue Angebot der Bahn mit einem Streik quittieren würde, hätte dem Vorstand im Elfenbeinsturm am Potsdamer Platz klar sein müssen. Zu weit ist das Angebot von der Forderung entfernt. Von 38 zu 37 Stunden ist eben nicht so viel wie von 38 auf 35.

„Mit dem dritten und angeblich verbesserten Angebot hat die Deutsche Bahn AG erneut gezeigt, dass sie ihren bisherige Verweigerungs- und Konfrontationskurs unverdrossen weiter verfolgt - von Einigungswillen keine Spur", teilte die GDL mit.

Dass aber nicht einmal mehr verhandelt wird, ist ärgerlich. Allein in meinem Umfeld ist ein geschäftlicher Termin am Donnerstag geplatzt, weil es, verständlicherweise, für den Gesprächspartner ohne Bahn zu aufwendig ist, nach Berlin zukommen. Ob sich Freunde aus Westfalen über die Autobahn, die nun alle nutzen, am kommenden Wochenende nach Berlin quälen werden, ist unwahrscheinlich. Und ein anderer Kollege musste seine geschäftliche Reise in den Süden der Republik auch absagen. Allein diese drei kleinen Einzelschicksale müssen millionenfach hochgerechnet werden.

Es geht nicht nur um die Bahn, sondern auch um die vielen Geschäfte an und in den Bahnhöfen, sowie die nächstgelegenen Hotels usw. Die Lokführer erhalten von der Bahn während des Streiks keinen Lohn, aber Streikgeld von der Gewerkschaft. Wer zahlt aber den Geschäftsbetreibern den Verlust? Der wirtschaftliche Schaden durch den Streik ist immens, und das in diesen unruhigen Zeiten.

Tarifautonomie hin oder her, kann aber nicht der Verkehrsminister mal ein Machtwort sprechen? Erfüllt doch Weselsky endlich seine Forderungen, vorher wird der Bahnverkehr nicht wieder laufen. Wenn die Folgen der Arbeitszeitabsenkung dazu führen, dass weniger Lokführer eingesetzt werden können und die Züge unpünktlicher fahren oder ganz ausfallen, ändert sich zum Istzustand kaum etwas.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

16) Ricarda Lang unbedarft wie immer – Durchschnittsrente kennt sie nicht

20. 01. 2024

Die gewaltige Wuchtbrumme Ricarda Lang

Ricarda Lang, Bundesvorsitzende der Grünen, polarisiert und provoziert. In den Medien gibt sie sich mehr oder weniger erfolgreich mit selbstbewusster Eigenpräsentation.

Ihre jüngste Fehleinschätzung im „ZDF“ zur Höhe deutscher Durchschnittsrenten wird nun jedoch zum persönlichen Medien-GAU. In einem Focus-Online-Interview im Mai 2023 unter dem Titel, „Kümmern sich die Grünen überhaupt um unsere Renten, Frau Lang?“ präsentierte sich die Bundesvorsitzende der Grünen in gewohnt selbstbewusster Manier als erklärende, vermeintlich inhaltliche Kennerin der angesprochenen Thematik. Knapp ein Jahr später war Lang dann mal wieder zu Gast in der ZDF-Talksendung „Markus Lanz“.

Der Moderator konfrontierte die meist in sich ruhend wirkende „Berufspolitikerin“ mit einer simplen Frage, „wissen Sie ungefähr, wie hoch ist die Durchschnittsrente in Deutschland?“

Lang antwortete wortwörtlich wie folgt, zusammenfassend zitiert mit den Nachfragen von Markus Lanz:

Lang: ***„Durchschnittsrente kenne ich tatsächlich nicht.“***

Lanz: ***„Haben Sie eine Idee?“***

Lang: *„Nee, tatsächlich keine konkrete.“*

Lanz: *„Nur ungefähr …“*

Lang: *„Ich würde davon ausgehen, dass wir (kopfschüttelnd abwägend) um die 2.000 Euro liegen.“*

Der Moderator musste sie daraufhin korrigieren und je nach Blickwinkel belehren, „1.543 Euro. Nach 45 Jahren Arbeit. Ist das gerecht?“

Die frühere langjährige, jedoch leider erfolglose Jurastudentin bemerkte immerhin, „das ist schon ein Stück geringer.“ Die Antwort zum Thema Gerechtigkeit lautete kurz und knapp von ihr, „Nein“. Und auf die Nachfrage, „was machen wir dagegen?“ folgten nicht weiter erwähnenswerte auswendig gelernte Politphrasen aus dem „Endloskatalog“ spontaner und rechtfertigender Politikerantworten.

Die Nachrichtenwebseite *Nius* berechnete für ihre Leser im Rahmen eines Artikels zur Lanz-Sendung die sehr rosigen Aussichten für die Grünen-Politikerin selbst.

„Auf Grundlage der aktuellen Diäten beträgt ihr Jahresgehalt im Bundestag 120.154,68 Euro (zzgl. üppiger Pauschalen). Die Pensionsansprüche von Lang berechnen sich wie folgt:

Jahresdiäten: 10.012,89 Euro × 12 Monate = 120.154,68 Euro.

Pension pro Jahr im Bundestag (2,5 Prozent der Jahresdiät): 120.154,68 Euro × 2,5 Prozent = 3.003,87 Euro.

Pensionsanspruch nach vier Jahren: 3.003,87 Euro × 4 Jahre = 12.015,48 Euro pro Jahr.“

Nach einer möglichen realistischen vierjährigen Anwesenheit im Bundestag, ausgehend von ausbleibenden Neuwahlen vor dem Jahr 2025, würde Lang somit einen Pensionsanspruch „von rund 12.015,48 Euro pro Jahr“ erlangen. Dies entspricht dann rund 1.000 Euro Rente für vier Jahre Mitgliedschaft im Parlament. Bei einer Mitgliedschaft von acht Jahren, also zwei Wahlperioden, so der *Nius*-Artikel, würde „dieser Anspruch auf etwa 24.030,96 Euro jährlich“ ansteigen. Lang würden damit dann rund 2.000 Euro Pension monatlich zustehen.

Laut Deutscher Rentenversicherung erhalten nur 16,1 Prozent der Männer und lediglich zwei Prozent der Frauen in Deutschland eine Rente von mehr als 1.800 Euro. Diese Summe bezogen auf jahrzehntelange harte tägliche Arbeit, gleichlautende Lohnhöhen und damit verbundene Einzahlungen in die Rentenkasse.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

17) KW 3 (13. bis 21.01.2024) – Na endlich. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-20 21. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 3 – Na endlich

Foto: Hamburger Senat - Screenshot X

Na endlich. Die *„Schweigende Mehrheit"* wehrt sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus und schaut dabei vor allem auf die AfD. In vielen Städten fanden und finden Demonstrationen mit beeindruckender Beteiligung unterschiedlichster Gruppen und Menschen statt. In Hamburg (*Foto*) sollen es über 50.000 gewesen sein, der Veranstalter sprach sogar von 130.000. Es liefen so viele Menschen den Jungfernstieg entlang, dass die Polizei Sorge hatte, einige könnten in die Alster fallen.

Auslöser war ein Treffen von dubiosen Persönlichkeiten in Potsdam im November 2023. Darunter waren Politiker der AfD, gewaltbereite Neonazis und finanzstarke Unternehmer. Am 10. Januar 2024 veröffentlichte die investigative Redaktion von **CORRECTIV** eine Recherche, in der Inhalte von dem Treffen bekanntgemacht wurden. Am 17. Januar 2024 wurde die Recherche im Berliner Ensemble als szenische Lesung aufgeführt.

https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/18_01_2024/rechtsextremer-geheimplan-gegen-deutschland.html

Das Stück ist in der Mediathek verfügbar. Man muss es gesehen haben, um zu erkennen, wie gefährdet die Demokratie in unserem Land ist.

Passend zum Thema zeigte die **ARD** eine Dokumentation, die ebenfalls in der Mediathek abgerufen werden kann. *„Wir waren in der AfD" ist die Innensicht einer Partei, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter radikalisiert hat und zugleich ein Film über die Mechanismen politischer Radikalisierung. In der Dokumentation kommen ausschließlich diejenigen zu Wort, die der Partei in den Anfangsjahren begeistert beitraten.*

Sie beschreiben, was sie in der Partei gesucht und gefunden haben, aber auch, wie und warum sie mittlerweile ernüchtert und erschrocken über die Entwicklung der AfD ausgetreten sind. Wie haben sie den Radikalisierungsprozess der Partei erlebt? Wie haben Freunde und Familie reagiert? Wann und warum haben sie entschieden, der Partei wieder den Rücken zu kehren? Wie schwierig war der Prozess des Ausstiegs?

Es sind Nachinszenierungen, die dem Film sein optisches Gesicht geben und den Zuschauerinnen und Zuschauern einen einzigartigen Blick in die Gedankenwelt der AfD ermöglichen. „Wir waren in der AfD" ist nicht in erster Linie eine Chronik der Partei-geschichte, sondern die eine, intime Innensicht einer Partei, die seit über zehn Jahren die etablierten Parteien und das politische Establishment vor sich hertreibt.

https://www.ardmediathek.de/video/dokumentation-und-reportage/wir-waren-in-der-afd-aussteiger-berichten/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MTA2MC8yMDI0MDExODIyNTAvcmVwb3J0YWdlL-WRva3UtaW0tZXJzdGVuLTM1Ng

„Wir werden sie jagen", verkündete **Alexander Gauland** im September 2017 und meinte damit die demokratischen Kräfte in unserem Land und seinerzeit explizit **Angela Merkel**, der in der Dokumentation vorgeworfen wird, die AfD durch ihre Politik groß gemacht zu haben.

Was sich die AfD unter *„Jagen"* vorstellt, konnten wir in dieser Woche im Bundestag erleben. Unionsfraktionschef **Friedrich Merz** lieferte eine Steilvorlage. Bei der Beratung über die *„Zukunft der Landwirtschaft"* meldet sich Merz zu Wort, nicht aber, um sich zum Thema zu äußern, sondern um alles Elend in diesem Land der Ampel-Koalition zuzuschreiben. Dabei erregte er sich über den Umstand, dass Bundeskanzler **Olaf Scholz** und Wirtschaftsminister **Robert Habeck** nicht anwesend waren. Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** war das einzige anwesende Regierungsmitglied, alle anderen ließen sich durch ihre Staatssekretäre vertreten.

Nach der Rede von Merz meldet sich ein AfD-Abgeordneter zu Wort, schloss sich der Kritik des CDU-Chefs an und forderte ihn auf, gemeinsam mit seiner Fraktion zu beschließen, dass der Bundeskanzler zu erscheinen habe. Die Abstimmung war eindeutig, SPD, Grüne und FDP dagegen, die AfD dafür und die Union? Sie enthielt sich. Natürlich hätte die Union gern den Kanzler in den Bundestag zitiert, aber nicht mittels eines gemeinsamen Beschlusses mit der AfD. Merz hätte vorher wissen müssen, wie dümmlich seine populistische Forderung ist und dass die AfD das nutzen werde, um CDU und CSU vorzuführen. Ein schwerer strategischer Fehler von Merz.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-20 21. Januar 2024 49. Jahrgang

*Sozialminister **Hubertus Heil** bezeichnete die AfD als „Standortrisiko" und als Partei, „die nicht nur unsere Demokratie angreift, sondern unserem Land auch wirtschaftlich und sozial schadet". Qualifizierte Fachkräfte, die Deutschland dringend brauche, würden nur dann kommen, wenn sie sicher sein könnten, dass sie nicht ausgegrenzt oder gar bedroht würden.* tagesschau

Der AfD ist nur argumentativ beizukommen. Über jedes Stöckchen zu springen, dass diese Partei den anderen hinhält, ist ein Fehler und wertet sie nur auf. In Berlin verließen die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linken am Donnerstag den Plenarsaal, als die AfD-Vorsitzende **Kristin Brinker** das Wort ergriff. *„Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Brinker im Sommer bei einem Treffen unter anderem von radikalen Rechten in der Wohnung des früheren CDU-Finanzsenators **Peter Kurth** dabei war. Dort hatte auch der Österreicher **Martin Sellner** gesprochen, der als Taktgeber der rechtsextremen Identitären Bewegung gilt."* Süddeutsche Zeitung

Ab und zu sollte man ein Zeichen gegen die AfD setzen. Ob das Verlassen des Saales so ein Zeichen ist, darf bezweifelt werden. Pointierte Zwischenrufe wären besser gewesen, denn *„Als die CDU/CSU-Fraktion am 13. März 1975 während einer Rede von **Herbert Wehner** in einer Debatte zur inneren Sicherheit aus Protest den Plenarsaal verließ, wurde sein daraufhin getätigter Zuruf an die Fraktion zu einer vielzitierten Redensart: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!"* Wikipedia

Wenn wir uns in diesem Beitrag mit Populismus beschäftigen, darf **Donald Trump** nicht fehlen, der die erste Vorwahl in Iowa klar für sich entschied. Die Gefahr, dass dieser Mensch wieder Präsident werden könnte, wird von Tag zu Tag größer, vor allem, wenn man der miterlebbaren Vergreisung des Amtsinhabers **Joe Biden** zuschauen muss.

„Selbst Vorgänge, die ‚eine rote Linie überschreiten' müssen unter totale Immunität fallen", tippte Trump um 2 Uhr morgens ins Internet. „Sonst drohen traumatische Jahre, in denen es darum gehen wird, richtig von falsch zu trennen." US-Präsidenten müssten Immunität erhalten, um schwierige Entscheidungen treffen zu können, argumentierte Trump. Diese Notwendigkeit sei wichtiger als die Gefahr, die von Präsidenten ausgehe, wenn sie Regeln brechen. Morgenpost

Das ist unglaublich. Ein Politiker mit diesen Ansichten würde bei uns vom Acker gejagt werden. In einem Interview mit der **Augsburger Allgemeinen** sagte **Joschka Fischer** in dieser Woche: *„Mich überrascht der Triumph von Trump nicht wirklich. Wer geglaubt hat, dass es am Ende doch anders ausgehen und schon nicht so schlimm wird, bei dem war viel Wunschdenken im Spiel. Doch, es wird so schlimm! **Und** wir haben uns nicht darauf vorbereitet.*

Trump ist ein großer ‚Freund' Deutschlands – das meine ich natürlich ironisch. Ich weiß nicht warum, aber uns ‚liebt' er besonders. Wir müssen uns also sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch auf einiges gefasst machen. Deshalb wird es Zeit, dass wir aufwachen und unserer Verantwortung gerecht werden. Der wichtigste Beitrag, den Deutschland leisten kann, ist, dass wir unsere Sicherheit stärker in die eigenen Hände nehmen. Das heißt: Wir müssen verstärkt aufrüsten. Ich hätte es mir im Leben nicht träumen lassen, dass ich mit 75 Jahren einmal einen solchen Satz sage. Aber die Welt hat sich geändert. Es ist kein Ausweis von Klugheit, an der eigenen Meinung festzuhalten, wenn sich die äußeren Bedingungen wandeln."

Ohne dass wir eine Verbindung zwischen Trump und der AfD unterstellen, trifft für beide ein Zitat von **Martin Luther King** (1929-1968) zu, der am 15. Januar 95 Jahre alt geworden wäre: *„Wer das Böse ohne Widerspruch hinnimmt, arbeitet in Wirklichkeit mit ihm zusammen!"* Quelle: Axel Springer Jahreskalender

Was noch?

Nachdem sich das **Bündnis Sahra Wagenknecht** als neue Partei gegründet hat, zog in dieser Woche **Hans-Georg Maaßen** nach. Dass dieser Mann einmal Präsident des Verfassungsschutzes war, sorgt einen noch heute. Einst war die **Werteunion** eine CDU-nahe Vereinigung. Heute muss sie sich von der neuen Partei, die auch das Wort *„Union"* im Namen trägt, abgrenzen. Hoffentlich gelingt es den Wählern, den Unterschied zu erkennen.

Für Maaßen wird es keine Brandmauer geben, offenbar auch nicht zur AfD. Wie Wagenknechts Bündnis will auch die *„Werteunion"* so schnell wie möglich an den in diesem Jahr stattfindenden Wahlen teilnehmen. Welches Potenzial die beiden neuen Parteien haben, lässt sich schwer vorhersagen. Aus welchem politischen Lager sollen die Wähler kommen? Wenn beide der AfD die Wähler wegnehmen, kann man so traurig nicht sein, was aber, wenn diese drei Konstrukte gemeinsam eine Mehrheit erlangen?

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

18) Gefahr der Eskalation: Petr Bystron (AfD) kommentiert russischen Angriff auf französische Söldner*)

20. 01. 2024

Der Bundestagsabgeordnete der AfD-Fraktion und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses Petr Bystron kommentierte den russischen Angriff auf die Aufstellung französischer Söldner in Charkiw und forderte eine diplomatische Lösung des Konflikts

Der Bundestagsabgeordnete erklärte, die AfD-Fraktion sei die einzige politische Kraft im deutschen Parlament, die einen konkreten Plan für eine diplomatische Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine vorgelegt habe. Bystron zufolge wurden die Verhandlungen aufgrund der Einmischung des Vereinigten Königreichs unterbrochen.

„Die AfD fordert eine friedliche Lösung des Konflikts vom Beginn des Krieges an. Die Konfliktparteien sollten die auf Druck Großbritanniens unterbrochenen Verhandlungen in Istanbul wieder aufnehmen und eine diplomatische Lösung zur Beendigung des Konflikts finden. Bereits einen Monat nach Kriegsbeginn wurde der Frieden möglich. Seitdem hat sich die Frontlinie nicht wesentlich verändert. Hunderttausende junger Ukrainer und Russen sind jedoch sinnlos umgekommen, und unbestätigten Berichten zufolge sind nun auch 63 französische Staatsbürger ums Leben gekommen“, sagte Bystron.

Wie UNSER MITTELEUROPA berichtete hat die russische Armee in der Nacht zum 17. Januar einen Militärstützpunkt im ukrainischen Charkiw angegriffen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums starben bei diesem Angriff die französischen Söldner. Die Ukraine hat sich zu diesen Informationen noch nicht geäußert.

„Wenn sich die Informationen bestätigen, wird es ein Mahnmal sein. Die Anwesenheit von NATO-Soldaten an der Frontlinie in der Ukraine wäre extrem gefährlich. Sie birgt die Gefahr einer weiteren Eskalation und der Einbindung anderer Kräfte, auch deutscher Truppen, wie

die aktuellen Überlegungen zur Aufstellung von Bundeswehrsoldaten in Polen zeigen. Wir trauern gemeinsam mit den Familien aller gefallenen Soldaten und appellieren an die Verantwortlichen, den Konflikt friedlich zu lösen", sagte der deutsche Politiker.

*) siehe Bericht unter „Osteuropa: Ukraine"

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Baerbock und Habeck zum Rapport nach Davos

19. 01. 2024

Die sogenannten Eliten treffen sich auch dieses Jahr wieder für fünf Tage im schweizerischen Davos.

Führende Ampel-Regierungsmitglieder aus Berlin reisen dazu freilich klimaschonend mit dem Flugzeug an, wie Uli Gelermann für *RT* zu berichten weiß.

Zeitmanagement als „Demütigung" Habecks

Dass Außenministerin Annalena Baerbock, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Ministerpräsident Markus Söder internationale Konferenzen besuchen, ist wohl normal. Wenn beispielsweise die UNO oder die EU Konferenz-Termine ansetzen, können die „Politprofis" kaum Nein dazu sagen. Bei aller Kritik kann man zum Beispiel den Tagungen der Europäischen Union eine gewisse Transparenz und demokratische Verfassung nicht gänzlich absprechen. Wenn deutsche Minister, die ja, wie auch immer, gewählt wurden und

dem Wähler mehr oder minder rechenschaftspflichtig sind, am allgemeinen Konferenz-Auftrieb teilnehmen, ist eine öffentliche Auswertung, trotz aller Hinterzimmer-Absprachen, halbwegs gesichert.

Keinerlei Transparenz in Davos

Wenn jedoch in diesen Tagen Habeck und Baerbock auf Steuerzahlerkosten nach Davos reisen, um Herrn Schwab, dem König des Weltwirtschaftsforums (WEF), ihre Referenz zu erweisen, dann ist das so transparent wie ein Kohlenkeller ohne Lichtschalter und so demokratisch wie die CIA. Diese düstere Beziehung der deutschen Polit-Promis zu Herrn Schwab wird in den üblichen deutschen Medien jedoch tunlichst nicht hinterfragt.

Stattdessen leisten sie, wie zum Beispiel die *ARD-Tagesschau*, flankierende Verschleierungshilfe, indem sie Schwab und seine Multimillionäre zum unschuldigen Ziel von Verschwörungstheorien verklären und Klaus Schwab „irrwitziger Weise“ zum Opfer einer Hasskampagne stilisieren.

„Klaus Schwab ist der Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF), das jedes Jahr ranghohe Politiker und Wirtschaftsvertreter zu einem Treffen in Davos einlädt. Für Verschwörungsideologen ist er eine Hassfigur – vor allem wegen eines Buches.“

Eintrittspreis 190.000 Euro

Das Weltwirtschaftsforum ist ein „exklusiver“ Club, der für einfache Mitglieder einen Eintrittspreis von 190.000 Euro verlangt. Für eine Premium-Mitgliedschaft muss man rund 900.000 Euro hinlegen. Unternehmen wie Google, Nestlé und Siemens können solche Preise problemlos zahlen und dürfen daher auch mitreden und mitstimmen.

Zum Auftakt hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen betont, dass das diesjährige Treffen wichtiger denn je sei. Ob der Eintritt in Davos für Frau von der Leyen von der EU, also dem Steuerzahler, bezahlt worden ist? Diese Frage gilt bei den „Staats-Medien“ als unhöflich. Auch warum denn und für wen das Treffen in diesem Jahr wichtiger ist als je, fragen Akklamations-Sender natürlich nicht. Man will doch keinesfalls in den Verdacht von anständigem Journalismus geraten und vom nächsten „Wichtigtuer-Buffet“ ausgeschlossen werden.

Profit-Verschwörung?

Wenn so viele wichtige Leute zu wichtigen Themen zusammentreffen, will der demokratische Reflex natürlich wissen, wer diese hochrangige Runde delegiert hat, und vor allem, wer sie kontrolliert. Aber ein Meeting, bei dem der Proto-Ukrainer Selenskij gesetzt ist, und Larry Fink – BlackRock-Chef der weltgrößten Vermögensverwaltung – weiß jetzt bereits, „ich bin überzeugt, wenn der Krieg in der Ukraine vorbei ist, wird das Kapital ins Land fließen“. BlackRock glaubt, dass man in diesem Land „faire und gute Renditen“ einfahren könne. „Diejenigen, die an den Kapitalismus glauben, werden Geld in der Ukraine anlegen“. Wer diese Aussage für eine Profit-Verschwörung hält, der ist ganz sicher ein Verschwörungstheoretiker und wird nie zum Weltwirtschaftsforum eingeladen werden. Er könnte ja mal hinter die Kulissen gucken und dann darüber reden.

Gesetz der freien kapitalistischen Wildbahn

Demokratie mag ja ganz nett sein, aber in Davos findet sie eben nicht statt. Warum auch? Baerbock und Habeck haben zwar geschworen, ihre „Kraft dem Wohle des deutschen

Volkes zu widmen“, aber Davos liegt ja immerhin nicht in Deutschland, also außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes. Da gilt nun mal das BlackRock-Gesetz der freien kapitalistischen Wildbahn, also das ökologisch einwandfreie „transatlantische“ Gesetz des Stärkeren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Einer hat endlich genug!

Von REDAKTION

19. 01. 2024

Dieser Slogan der FPD aus 2014 trifft nach wie vor zu - und zwar auf FDP-Mitglieder die noch mit der Ampel gemeinsam untergehen wollen.

Die FDP ist derzeit im deutschen Parteienspektrum das wohl widerlichste, was es gibt. Diese Partei gibt den Steigbügelhalter für alles her, was sie bisher bekämpft hat, oder zumindest vorgegeben hat, zu bekämpfen.

– Während bei den Grünen und der SPD der Irrsinn Programm ist, der ja nicht verheimlicht wird, war es ja bei der FDP bisher doch etwas anders. Besonders schlimm ist, dass den führenden Akteuren dieser Partei ihre widerliche Rolle zum Schaden Deutschlands wohl bewusst ist. Christian Lindner brachte dies höchstselbst unlängst bei einem Vortrag im Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik sehr treffend zum Ausdruck! Er sagte:

„Nachdem ich im staatsgläubigen Deutschland lebe und arbeite, bin ich gerne in die freisinnige Schweiz gekommen“, so Lindner in einem Video von der Veranstaltung. Um dann fortzufahren: *„Nachdem die politischen Realitäten mich zwingen, mit Sozialdemokraten und Grünen zu regieren, freue ich mich, die Luft der Freiheit zu atmen!“ (siehe* unser-mitteleuropa.com/125642–2/)

Wenn Herr Lindner trotzdem weiter macht, ist das ein Verbrechen an Deutschland, für das er sich hoffentlich einmal verantworten muss! Ein langjähriger Parteigenosse von Lindner hat jetzt allerdings das Handtuch geworfen. (www.youtube.com/watch?v=1FpepBMvlGo).

Die Rede ist vom früheren sächsische FDP-Chef Holger Zastrow, der nach 30 Jahren Mitgliedschaft aus der FDP austreten will. In einem Twitter-Posting schreibt er unter anderem:

„Ich habe heute nach 30 Jahren die FDP verlassen. Die Entscheidung fiel mir nicht leicht und ist für mich hochemotional. Aber es geht nicht mehr. Die Rede des Bundesvorsitzenden bei der Bauerndemo gestern war der letzte Tropfen. Das ist es aber nicht alles.“

Das sich die FDP auf diese Regierungspartner eingelassen hat, ist ein historischer Fehler, wie man spätestens seit der Debatte um das Heizungsgesetz weiß, für den sie einen hohen Preis zahlen wird. Dass die FDP trotz des rapiden Verlustes an Zustimmung und Anerkennung stur und starr weitermacht, anstatt „Halt! Stopp! Nicht weiter so!“ zu rufen und umzukehren, finde ich entsetzlich. Eine Wahlniederlage nach der anderen, eine uns einst zugewandte Klientel nach der anderen wendet sich ab, aber man macht weiter- bis zum bitteren Ende.

Dass es 2024 Wahlen in Ostdeutschland gibt, für die die Parteiführung gerade die denkbar schlechtesten Ausgangsbedingungen schafft, sei auch erwähnt.

Es kennzeichnet aber auch die Politik in Deutschland seit längerer Zeit. Ohne Rücksicht auf Verluste werden eigene Vorstellungen durchgezogen. Anstatt Menschen in Zeiten multipler Krisen Atempausen zu gönnen, kommt stets etwas Neues um die Ecke. Wichtige Zeit und Kraft vergeudet man mit Nebensächlichkeiten und Nischenthemen, anstatt sich um die großen Herausforderungen zu kümmern.

Überall agieren Überzeugungstäter, deren Biographien und beruflichen Karrieren sie zwar zu nichts qualifizieren, die sich aber anmaßen, es stets und immer besser zu wissen.

Längst regiert die Politik am Volk vorbei, längst hat sie die Bindung zu ihren Bürgern verloren, Randthemen sind wichtiger als die Grundlagen, Rituale wichtiger als ehrliche Arbeit, Wahrheiten werden genauso ausgeblendet wie der Blick auf die Realität. Man lebt in seinem Kokon, abgeschirmt von nicht wenigen Medien und Interessensvertretern, die ihnen eine Welt vorgaukeln, die es gar nicht gibt und die sie in Gut und Böse einteilen. Und dann wundert man sich, dass sich die Leute abwenden, dass sie nicht mehr zuhören, auch nicht, wenn man viele ordentliche Dinge sagt und tut. Regierende und Volk senden auf unterschiedliche Frequenzen. Wie fatal. Ermöglicht das doch Gut- und weniger Gutmeinenden aus allen Richtungen, Resonanz zu erzielen.

Die Politik, die Parlamente, die Parteien sind in einer schweren Krise. Das Berufspolitikertum und die Selbstbedienungsmentalität, überbordende Kompliziertheit und die Bürokratie der Parteiendemokratie macht Politik in bedenklicher Weise zu etwas Exklusiven für einige Wenige, die diesen Status gern erhalten würden.

Die Vielfalt der Berufe und Lebensläufe findet sich in keinem Parlament mehr wieder. Parteien haben ihre Repräsentativität verloren. Man bleibt unter sich in der eigenen Blase. Die Lebenswirklichkeit streift man höchstens bei Protesten wie jetzt. Dann ist man entsetzt, weil man in seiner bequemen Komfortzone gestört wird.

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Geheimtreffen

Er war dabei: Ulrich Vosgerau über das angebliche «Geheimtreffen der AfD mit Neonazis» in Potsdam

DIE WELTWOCHE
216.000 Abonnenten
197.694 Aufrufe vor 2 Wochen

Wer mitsprechen möchte, muss ihn gehört haben.

https://www.youtube.com/watch?v=HBED7XruSgQ Video 47:43

22) Ulrich Vosgerau (CDU): „Ich werde rechtlich gegen ‚Correctiv' vorgehen"
TE-Interview

Donnerstag, 18. Januar 2024

Der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau war bei dem angeblichen „Deportationstreffen" in Potsdam dabei. Im Gespräch mit TE erklärt er, was dort tatsächlich gesagt wurde - und warum er gegen Behauptungen der Plattform klagen will.

https://www.tichyseinblick.de/interviews/ulrich-vosgerau-ich-werde-rechtlich-gegen-correctiv-vorgehen/

IMAGO / Metodi Popow

Alexander Wendt: Herr Vosgerau, Sie haben an dem sogenannten „Geheimtreffen" in Potsdam teilgenommen, das „Correctiv" rhetorisch auf eine Ebene mit der Wannsee-Konferenz stellt. Und Sie sind Mitglied der CDU. Was sagt Ihre Partei dazu?

Ulrich Vosgerau: Am Freitagabend habe ich ein Schreiben des Berliner Landesgeschäftsführers erhalten, dass nicht nur vom Ton her ein wenig zu sportlich angelegt war, sondern an dem mich vor allem störte, dass ich gar nicht danach gefragt wurde, was denn da eigentlich bei dieser rein privaten Zusammenkunft einer Gruppe von Unternehmern mit etlichen externen Gästen, die dann ausgeforscht oder gar abgehört worden ist, eigentlich passiert ist. Das wäre ja naheliegend, wenn man einen der Teilnehmer kennt – und zwar als Parteifreund. Und ich hätte auch jedes Verständnis dafür gehabt, wenn die zu mir sagen: „Wir lesen ja die unglaublichsten Dinge in der Zeitung – könnten Sie uns vielleicht mal erklären, was da eigentlich los war?" Das hätte ich sofort gemacht – ich habe ja auch mit zahlreichen Medien einschließlich der „Tagesschau" geredet, und habe absolut nichts zu verbergen. Aber der Landesgeschäftsführer hat mich nicht gefragt, sondern hat so getan, als ob er aus Medienberichten, die die weithin unbelegten Insinuationen von „Correctiv" wiederholen, bereits über alles im Bilde sei.

Wie haben Sie reagiert?

Das habe ich zurückgewiesen. Sportliche Briefe schreiben kann ich ja auch, wenn es sein muss. Nun habe ich einen ordentlich formulierten Brief seitens des Kreisverbandes bekommen mit dem Ersuchen, im Hinblick auf die Entscheidung über die mögliche Eröffnung eines Parteiausschlussverfahrens meine Sicht der Dinge zu schildern. Das werde ich tun.

Was ist Ihre Sicht der Dinge? Immerhin heißt es in vielen Medien, bei dem Treffen in Potsdam sei es um massenhafte „Deportation" von Migranten gegangen, darunter auch Inhabern der deutschen Staatsbürgerschaft.

Hier verhält es sich so, dass dem Leser des als „Recherche" bezeichneten Textes von „Correctiv" auch ohne Gegenrede bereits auffallen muss, dass dieser völlig unsubstantiiert ist und auf Vermutungen und Behauptungen hinausläuft, die nicht weiter belegt werden. Letztlich sagt „Correctiv": „Wir wissen, was Martin Sellner heimlich denkt, wenn er von ‚Remigration' spricht, auch wenn er es so nicht sagt." Aber woher wissen die das? Und: Wenn sie ohnehin schon wissen, was Martin Sellner heimlich denkt, hätte man sich das Brimborium mit vier Kameras doch auch sparen können. Fotografieren kann man seine geheimen Gedanken ja schließlich nicht.

Hieran sieht man, dass es sich um eine einzige Inszenierung handelt. Wir erfahren nichts über Martin Sellners Ansichten – die man übrigens leicht in seinem Buch nachlesen könnte –, erst recht nichts über die Gedanken oder gar Pläne weiterer Teilnehmer. Sondern wir erfahren, dass „Correctiv" ihm alles mögliche Böse zutraut. Nur wäre dies in der Mediengesellschaft keine wirkliche Nachricht. Daher diese Geheimdienst-Inszenierung mit körnigen Fotos und matschigem Schnee. Und weil Deutschland ein Irrenhaus ist, werden die Vermutungen von „Correctiv" über geheime Gedanken von Martin Sellner nun seit einer Woche in den Medien als „Enthüllungen" bekanntgemacht, die eine „Recherche" ergeben hätte.

Und da das eben so ist, kann ich es auch der CDU darlegen. Ich bin daher sehr zuversichtlich, dass es nicht zur Eröffnung eines Parteiausschlussverfahrens gegen mich kommen wird.

Im Kern geht es um die Frage: Wurde dort tatsächlich von der massenhaften Vertreibung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund aus Deutschland gesprochen?

Nein. Richtig ist, dass Martin Sellner „Abschiebungen im großen Stil" befürwortet, um hier den Bundeskanzler zu zitieren. Dabei bezieht er sich aber, so wie ich es verstanden habe, auf vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, beispielsweise abgelehnte Asylbewerber und sonstige schlecht integrierte Ausländer ohne dauerhaftes Bleiberecht, die – der politische Wille vorausgesetzt – im Rahmen von Recht und Verfassung ausreisepflichtig gemacht werden könnten. Denn längst nicht alle Ausländer haben ja eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. So werden Asylrecht und auch subsidiärer Schutz regelmäßig immer nur für drei Jahre gewährt, dann müssen sie verlängert werden.

Gegen Ende sprach er nach meiner Erinnerung auch – in zwei oder drei Sätzen – von der Problematik, dass es eingebürgerte, naturalisierte Deutsche gibt, die sich gleichzeitig gewohnheitsmäßig so verhalten, dass man sie eigentlich dennoch gern wieder loswürde. Er nannte hier zwei Fallgruppen, nämlich sogenannte Clankriminelle und militante Islamisten. Auch diese wollte er aber nicht ausbürgern – der verfassungsrechtlichen Problematik, dass das eben nicht geht, war er sich bewusst –, sondern er wollte nach meiner Erinnerung darauf hinaus, dass man innenpolitisch, also auch in kultur- und religionspolitischen Fragen, im Rahmen von Recht und Verfassung einen Kurs der „Leitkultur" fährt, und strafrechts- wie polizeimäßig auf „Law and Order" setzt, das heißt, hoher Verfolgungsdruck und drakonische Strafen für Kriminelle. Und dass das dann dazu führen würde, dass Clankriminelle wie Islamisten sich die Alternative vorlegen: ‚Entweder, ich bleibe so, wie ich bin, dann sollte ich meine Karriere aber vielleicht besser im angestammten oder früheren Heimatland weiterverfolgen, weil dort nicht so ein Verfolgungsdruck ist und es in Deutschland so ungemütlich wird. Oder ich bleibe in Deutschland, dann muss ich mich aber so verhalten, dass

ich hier in Frieden leben kann, also zum Beispiel keine Straftaten mehr begehe, denn die tolerieren die hier neuerdings überhaupt nicht mehr.'

Überlegungen zur verstärkten Abschiebung, ja sogar zum Passentzug gibt es auch von anderen Parteien. Wie kommt es zur Fixierung der öffentlichen Debatte auf die AfD?

Die ganze zweite Jahreshälfte 2023 über haben wir eigentlich von allen Parteien eine Art Überbietungswettbewerb darum erlebt, wie man mehr Leute und neue Gruppen von Ausländern abschieben könnte. Im Koalitionsvertrag der Ampel wird ja nicht von ungefähr eine „große Rückführungsoffensive" angekündigt. So wollte die SPD eingebürgerten Deutschen, die sich als Antisemiten entpuppen – das heißt, die beispielsweise gegen Israel demonstrieren –, die Staatsbürgerschaft wieder aberkennen, und zwar bis zu zehn Jahre nach ihrer Verleihung, was schon eher auf eine „massenhafte" Ausbürgerung von Deutschen hinauslaufen würde. Und Innenministerin Faeser hatte ja sogar vorgeschlagen, Ausländer wegen Zugehörigkeit zu einem „kriminellen Clan" auszuweisen – also Personen, denen selbst gar nichts zur Last gelegt wird, nur weil sie den falschen Nachnamen haben. So ist es jedenfalls in der Öffentlichkeit verstanden worden. Das wäre natürlich offensichtlich verfassungswidrig. Deswegen wurde der Plan in aller Stille wieder beerdigt.

Aber noch einmal nachgefragt: Fiel auf dem Treffen in Potsdam der Begriff „Deportation"?

Begriffe wie „Vertreibung" und „Deportation" hat Sellner nicht benutzt, die hätten ja auch inhaltlich nicht zu seinen Ausführungen gepasst. Auch Hautfarben wurde nie thematisiert, weder in Zusammenhang mit Deutschen noch mit Ausländern. Es ging aber um „Assimilation" und Leitkultur.

Sie werfen „Correctiv" auch darüber hinaus falsche und irreführende Behauptungen vor, die Sie selbst betreffen. Welche konkret?

„Correctiv" schreibt über mich: „Der Verfassungsrechtler spricht über Briefwahlen, es geht um Prozesse, um das Wahlgeheimnis, um seine Bedenken in Bezug auf junge Wählerinnen türkischer Herkunft, die sich keine unabhängige Meinung bilden könnten. Auf CORRECTIV-Fragen hin bestätigt er diesen Satz später." Außerdem erweckt „Correctiv" den Anschein, ich hätte aus diesem Grund – weil an Bundestagswahlen auch türkischstämmige Wählerinnen teilnehmen, die aber nicht selbständig denken könnten – dazu aufgerufen, Wahleinsprüche bzw. Wahleinspruchsbeschwerden zu erheben. Dann soll ich laut Veröffentlichung auch noch gesagt haben, je mehr dabei mitmachten, umso größer sei die Erfolgswahrscheinlichkeit. Aber das ist natürlich alles Unsinn.

Wie war es stattdessen?

Es war so: Weil ein Vortrag ausgefallen war, bat mich der Veranstalter dann, einen Spontanvortrag über Probleme der Briefwahl zu halten. Bei der letzten Bundestagswahl war der Briefwähleranteil exorbitant hoch, die Briefwahl ist jedoch im GG gar nicht vorgesehen, und dessen Wahlrechtsgrundsätze können durchweg nicht eingehalten werden, beziehungsweise, sie sind in den staatlich nicht kontrollierbaren privaten Bereich verlegt. Es gibt zur Briefwahl drei Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Ich vertrete in diesem Zusammenhang mehrere Wahlprüfungsbeschwerden. Im jüngsten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht gesagt, die Briefwahl dürfe nie der Regelfall werden. Das war sie aber 2021. In meinem Vortrag habe ich die Wahlrechtsgrundsätze des Grundgesetzes, die

Problematik ihrer Einhaltung bei der Briefwahl und die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts erläutert.

Und in diesem Zusammenhang habe ich – nebenher – sinngemäß auch gesagt: Wenn eine Jungwählerin türkischer Herkunft ihren Wahlzettel zu Hause in der Küche und unter Aufsicht ihres Vaters und mehrerer Brüder ankreuzt, dann mag sie das nicht immer und zwingend in derjenigen Freiheit tun, die die Verfassung eigentlich voraussetzt.

Ich finde also durchaus, dass Jungwählerinnen türkischer Herkunft selbständig entscheiden können und dies auch tun sollten – und dafür sind eben Wahllokale und Wahlkabinen da. Die Briefwahl ist unter Umständen nicht hilfreich. Darum ging es in meinem Vortrag.

Dass ein Briefwähleranteil von etwa 50 Prozent bundesweit, in manchen Bundesländern über 60 Prozent verfassungsrechtlich problematisch ist, ist nicht nur meine persönliche Auffassung, sondern entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Und nie habe ich gesagt, massenhaftes Vorgehen erhöhe die Erfolgswahrscheinlichkeit von Wahlprüfungsbeschwerden. Ich wurde in der Tat aus dem Publikum gefragt, ob es sinnvoll sei, massenhafte Wahlprüfungsbeschwerden mit Formularvordrucken herzustellen. Dazu sagte ich, dass „massenweises" Vorgehen gerade nicht sinnvoll sei. Der Erfolg einer Beschwerde hänge nicht davon ab, wie oft sie eingereicht werde, sondern davon, wie gut sie begründet sei. Daher sei es auch nicht sinnvoll, wenn ein Rechtsanwalt zum Beispiel 1.000 Beschwerden vertrete, die dann auch alle unter denselben Mängeln litten, sondern am besten sollten fünf Rechtsanwälte jeweils einige wenige Wahlprüfungsbeschwerden vertreten. Dann sei die Wahrscheinlichkeit am höchsten, dass die Argumente das Bundesverfassungsgericht am Ende überzeugen. Ich habe also exakt das Gegenteil dessen gesagt, was „Correctiv" mir in den Mund legt.

Werden Sie rechtlich gegen Passagen vorgehen, die Sie betreffen?

Ja. Und hier verhält es sich außerdem so, dass „Correctiv" ja vorher – wenn auch mit enorm kurzer Frist – bei mir angefragt hatte. Ich hatte denen den Inhalt meines Vortrages und die Sache mit den türkischstämmigen Jungwählerinnen genauestens erklärt. Die wussten es also besser, haben meine Darlegungen ignoriert – und dann auch noch geschrieben, ich hätte den Satz „bestätigt". Das Gegenteil war aber der Fall.

Mit dem Bericht von „Correctiv" werden nun Demonstrationen „gegen rechts" begründet, auch der Ruf nach einem Verbot der AfD. Abgesehen von der juristischen Bewertung – wie sehen Sie die Veröffentlichung über das Potsdamer Treffen politisch?

Ich habe wenig Verständnis dafür, wenn jetzt in vielen Medien von angeblichen ‚Recherchen' von „Correctiv" die Rede ist. In Wirklichkeit handelte es sich ganz einfach um eine Lauschaktion. Freilich hat „Correctiv" nun gegenüber „Nius" bestritten, uns abgehört zu haben – vermutlich, weil das eine Straftat wäre. Aber wenn sie nicht heimlich gelauscht haben, wie wollen sie dann an ihre Erkenntnisse gekommen sein? Jedenfalls wurden wie auch immer gewonnene Zitate sinnentstellend selektiv herausgepflückt und „ummontiert". Dieses Vorgehen kennt man ja übrigens von der österreichischen „Ibiza"-Affäre. Die Art und Weise, wie das Medium dann mit meiner Antwort auf ihre Anfrage umgegangen ist, zeigt, dass es sich gerade um keine Recherche handelte, sondern um den Versuch, ein falsches Narrativ in die Öffentlichkeit zu bringen.

23) Wir erleben einen ungeheuerlichen Politik- und Medienskandal! – AfD-Fraktion im Bundestag

18. 01. 2024

Alice Weidel und Tino Chrupalla äußern sich zu politischen Themen der aktuellen Plenarwoche im Bundestag

Alice Weidel und Tino Chrupalla nehmen zu den Fake-News, die aktuell über AfD verbreitet werden Stellung:

https://www.youtube.com/watch?v=w3nXrsXLj1I

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Mitgliederschwund. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-17 17. Januar 2024 49. Jahrgang

Mitgliederschwund

Bevor wir beklagen, dass sich immer mehr Mitglieder von ihren Parteien abwenden, noch ein paar Worte zu unseren Bauern, die es so schön in Berlin finden, dass sie länger bleiben möchten. Gestern jedenfalls befanden sich noch ein paar Hundert Trecker in der Stadt rund um das Brandenburger Tor.

Die Anliegen der Bauern mögen berechtigt sein. Die einen sagen so, die anderen sagen so. Nicht jede Gruppe, der das Regierungshandeln missfällt, weil Subventionen gekürzt werden oder die Tarifabschlüsse nicht hoch genug sind, hat die Möglichkeit, mit tausenden von Treckern die Stadt oder den Bahnverkehr lahmzulegen. Andere Berufsgruppen, deren Anliegen genauso berechtigt sind, erlangen in der Öffentlichkeit nicht diese Aufmerksamkeit.

Verstörend ist es, wenn Trecker mit Galgen durch die Gegend fahren, an denen eine Ampel hängt. Ruhestörend ist es auch, wenn die Trecker mitten in der Nacht laut hupend über die B96 in die Stadt einfallen. So gewinnt man keine neuen Freunde. Und wenn man sich dann noch von einigen, hoffentlich wenigen Landwirten, das rechte Gequatsche anhören muss, ist die Grenze des Erträglichen überschritten. Man solle doch, sagte ein Bauer, der AfD die Chance geben, es besser als die jetzige Regierung zu machen. Genauso hat alles schon einmal angefangen, wie es endete, wissen wir nur zu gut. Die Fackeln liegen für den nächsten Marsch durchs Brandenburger Tor schon bereit und für die Wannseekonferenz 2.0 wird bereits in Potsdam geprobt.

Man kann über **Christian Lindner** sagen, was man will, seine Rede am Brandenburger Tor vor den Bauern, die zwar Lärm machen, aber nicht zuhören können, war couragiert. *„Sie können mir doch nicht erzählen, dass Sie wegen des Agrardiesels hier sind. Es hat sich doch über Jahre und Jahrzehnte etwas aufgestaut. Und deshalb lassen Sie uns darüber sprechen und nicht über den Agrardiesel."*, rief Lindner der Menge zu.

Wer war denn seit 1949 für die Landwirtschaft zuständig? Acht CSU-Minister und vier der CDU, also zwölf der Union insgesamt. Die SPD stellte lediglich zwei Ressortchefs, wobei **Björn Engholm** lediglich dreizehn Tage im Amt war. Die längste Amtszeit hatte der FPD-Politiker **Josef Ertl** von 1969 bis 1983. Die Grünen waren mit **Renate Künast** von 2001 bis 2005 für die Anliegen der Bauern zuständig und seit 2021 **Cem Özdemir**, der das Ressort nach 16 Jahren von der Union übernahm. Insgesamt 41 Jahre lang seit 1949 waren CSU und CDU für die Landwirtschaft zuständig. Ja, da hat sich nicht nur etwas, sondern einiges aufgestaut.

Man kann die Ampel, trotz ihres kommunikationsschwachen Bundeskanzlers nun nicht für alles verantwortlich machen. Die Union mit ihrem Möchtegern-Kanzler **Friedrich Merz** sollte nicht übermütig werden, nur weil sie aktuell mit 31 Prozent in den Umfragen genauso stark ist wie SPD (13), Grüne (14) und FDP (4) zusammen. Regieren könnte Merz nur mit einem oder zwei anderen Leuchtmitteln aus der Ampel.

Die Regierung hat es aus vielerlei Gründen derzeit schwer. Vor allem aber, weil man sie nicht arbeiten lässt, sondern sie durchs Dorf treibt. Die Rufe nach vorzeitigen Neuwahlen, angeschürt von den für derartige Aktionen bekannten Medien, werden immer lauter. Irgendwann könnte sich eine Eigendynamik entwickeln, die tatsächlich zu Neuwahlen führt.

Der Höhenflug der AfD ist ungebrochen. Sie käme nach einer Forsa-Umfrage vom 16. Februar auf 22 Prozent. Nicht jeder, der die AfD wählt, ist auch Parteimitglied. Aktuell sollen 40.000 Menschen in der Mitgliederkartei stehen, was einem Anstieg von mehr als 37 Prozent zum Jahresende 2022 entspricht.

Auch die Grünen können sich über einen Zuwachs freuen. Ende 2022 hatte die Partei 700 Mitglieder mehr als im Vorjahr, immerhin. Bei der SPD hingegen sieht es schlechter aus, ihre Mitgliederzahl sank um fast 15.000 von 379.861 auf 365.190 binnen eines Jahres. Noch schlechter sähe es aus, wenn nicht gleichzeitig rund 9.500 Neumitglieder zu verzeichnen gewesen wären. 1990 gab es noch rund 940.000 Genossinnen und Genossen.

Bei der CDU sieht es nicht viel besser aus. Zum Jahresende 2022 hatte sie knapp 372.000 Mitglieder, 1990 waren es noch fast 800.000. Bei der Union kommen noch die Mitglieder der CSU hinzu, zirka 131.000 zum Jahresende 2023. *Quelle: Süddeutsche Zeitung*

Es gibt viele Gründe, sich über unsere Demokratie Sorgen zu machen, und zwar weltweit. Mit dem bevorstehenden Durchmarsch von **Donald Trump** ins Weiße Haus, dürfte sich die größte Katastrophe dieses Jahres anbahnen. Es ist nicht zu fassen, dass jemand, der als Präsident das Parlament stürmen ließ, erneut Präsident werden darf. Genießen Sie die Demokratie, solange es sie noch gibt.

Ed Koch

Impressum: paperpress - seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Mathias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12062 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

25) Kampagne gegen Patrioten. Mit Fake News soll Opposition kriminalisiert werden. Von A. Schmitt

Kampagne gegen Patrioten

Mit Fake News soll Opposition kriminalisiert werden

Das Jahr 2018 war die Urmutter für gefälschte oder manipulierte Meldungen, mit denen versucht wurde, eine rechte Gewaltgefahr herbei zu phantasieren. Nach dem Mord an einem Chemnitzer durch Migranten behauptete eine zuvor weitgehend unbekannte Quelle „Antifa Zeckenbiss", es habe Hetzjagden auf Ausländer in Chemnitz gegeben. Der Staatsfunk und die Mainstreammedien griffen diese Behauptung sichtbar dankbar auf und als der damalige Präsident des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen dies anzweifelte, wurde er entlassen und später von seiner Partei, der CDU, mit einem Ausschlussverfahren überzogen.

Aufgeschreckt durch steigende Umfragewerte der AfD und sich ausweitende Massenproteste der Landwirte und Spediteure radikalisiert sich der Haltungsjournalismus. Dabei spielen von staatlichen Zuwendungen und anderen Gönnern wie der Open Society Foundation des Spekulanten Soros lebende „Medien" eine Rolle. Z.B. Correctiv. Es steht nun der Verdacht im Raum, dass ein Tagungsraum in Potsdam verwanzt wurde, denn woher will Correctiv sonst detaillierte Informationen über ein im November stattgefundenes angebliches Geheimtreffen haben. Erinnerungen an die kriminellen Machenschaften um das sogenannte Ibiza-Video gegen den damaligen österreichischen Vizekanzler H.-C. Strache werden wach. AfD-Politiker und Mitglieder der WerteUnion sollen sich mit dem Chef der Identitären Bewegung Martin Sellner getroffen haben. Dabei sei es um „Deportation" von Ausländern gegangen. Sellners Thesen und Vorschläge sind aber fast identisch mit der dänischen Ausländerpolitik, und sogar die Bundesregierung will abgelehnte Asylbewerber nunmehr ausschaffen. Wo ist also der Skandal?

Vom Staat finanzierte „Faktenchecker" bespitzeln private Treffen von Oppositionellen.

Die Berichterstattung um den aus dem Urlaub zurückkehrenden Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in den öffentlich-rechtlichen Medien brauchte kein Correctiv, um zu manipulieren. Während ein vollständiges Video von der anlegenden und wieder abfahrenden Fähre von Robert Habeck in Schlüttsiel zeigt, dass niemand vorhatte, die Fähre zu stürmen, radikalisieren sich Schreiber und Politiker. Der „Spiegel" behauptete „Eine Minute später, und der Mob wäre an Bord gewesen". Der Berliner „Tagesspiegel" (Julius Geiler) schrieb, demonstrierende Landwirte hätten versucht, „eine anlegende Fähre mit Wirtschaftsminister Robert Habeck an Bord zu stürmen".

Die Fraktionschefin der Grünen Britta Haßelmann erfand einen „Übergriff" auf den Minister, der Queer-Beauftragte Sven Lehmann sogar einen „Angriff".

Da wollte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) sich nicht lumpen lassen und schwadronierte: „Gewalt gegen Menschen oder Sachen hat in der politischen Auseinandersetzung nichts verloren!", und der mit den Grünen in Nordrhein-Westfalen regierende Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sprach von einer „inakzeptablen Grenzüberschreitung". Sahra Wagenknecht hingegen fand es „peinlich", dass sich Habeck „jetzt als Opfer der Proteste inszeniert". Aber die Lügerei nutzt nix mehr. Bundesweit stieg die AfD dieser Tage auf 24 % – ein neuer Höchststand.

Mittlerweile lichten sich die Wolken über dem von Correctiv erdachten und von den Mainstreammedien verbreiteten Geheimtreffen von Rechtsextremen, bei dem die „Vertreibung von Millionen von Menschen geplant worden sein soll. Es handelte sich dabei schlicht um eine private Zusammenkunft kritischer Bürger, die sich über die Probleme des Landes austauschen wollten. So etwas wie ein Geheimplan wurde nie besprochen. Bedenklich an dem Treffen ist einzig und allein seine Bespitzelung mit Geheimdienstmethoden durch eine mit Steuergeldern finanzierte Organisation. Mit Hilfe von Correctiv will die Ampel Oppositionelle offenbar kriminalisieren und mundtot machen. A. SCHMITT

ZZ 03_2024 Seite 32-33.indd 32 16.01.2024 14:56:37

Aus: Zur Zeit, 3/2024, 16.01.2024, Seite 32

26) ACHTUNG REICHELT!
Interview mit Emrah Erken. „Es ist eine Schuldkultur, die uns dazu bringt, den Westen zu hassen

14. 01. 2024

JULIAN REICHELT | Warum gleicht die *Fridays For Future* Bewegung gesellschaftlichen Dynamiken, die wir gewöhnlich nur aus totalitären Systemen kennen? Warum kann die derzeitige Transsexuellen Bewegung als Anti_feministisch betrachtet werden?

Steuern wir tatsächlich auf ein Ende unserer westlichen Welt hin? In dieser Folge von „Achtung, Reichelt!“ beleuchtet Julian Reichelt im Interview mit dem Rechtsanwalt Emrah Erken, („Einer der intelligentesten Stimmen auf X“) die wichtigsten Themen unserer Zeit.

https://unser-mitteleuropa.com/achtung-reichelt-110/

oder

https://www.youtube.com/watch?v=sRAE_PHZuxo&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2F&feature=emb_imp_woyt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Die „demokratischen Parteien“ wollen die AfD verbieten – wieder einmal

14. 01. 2024

Bild: Screenshot ZDF

Je höher die Zustimmungswerte für die AfD in den Umfragen ansteigen, desto schriller werden die Rufe der Altparteien nach einem Verbot der unliebsamen Konkurrenz. Ein Gastbeitrag von Sven Korte.

„Die AfD ist eine Bedrohung für die Demokratie!“ – so schallte es einem mittlerweile fast täglich aus dem Fernsehen und dem Radio entgegen. Neben Frau Esken (SPD) und Herrn Wanderwitz (CDU), haben sich inzwischen viele weitere Vertreter der Altparteien dahingehend geäußert, dass sie am liebsten so schnell wie möglich ein Verbotsfahren gegen die Alternative für Deutschland eröffnen möchten. Als Begründung wird die Einstufung der AfD als „Rechtsextrem“ der – weisungsgebundenen – Verfassungsschutzämter in drei ostdeutschen Bundesländern angeführt – namentlich betrifft das Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Diese drei Bundesländer sind nun exakt jene, in denen die AfD derzeit die stärkste politische Kraft darstellt und wo sogar eine alleinige Regierungsbildung in den Bereich des Möglichen gerückt ist. Ein Zyniker würde nun anmerken, dass genau dieser Umstand der Grund für die hysterischen Rufe nach einem Verbotsverfahren ist, speziell von Seiten der SPD, die in den Umfragen in Sachsen derzeit bei 3% steht, während die AfD dort 37% der Wähler auf sich vereinen kann.

Doch wie sind eigentlich die rechtlichen Grundlagen, um ein Parteiverbot zu eröffnen?

Aus der bitteren Erfahrung der 1930er-Jahre heraus, sind die Hürden für ein Parteiverbot in Deutschland sehr hoch angesetzt. Da der Gesetzestext für den Durchschnittsbürger schwere Kost ist, kann man Artikel 21 des Grundgesetzes vereinfacht wie folgt zusammenfassen: Eine Partei kann dann verboten werden, wenn sie „eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung“ gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einnimmt und es gute Chancen gibt, dass sie dieses Ziel in die Tat umsetzen

kann. Letzteres war einer der Hauptgründe dafür, dass die beiden Verbots-Anträge gegen die NPD (2001 – 2003 und 2013 – 2017) gescheitert sind. (Der andere Hauptgrund war, dass die NPD zum größten Teil von den Verfassungsschutz-Ämtern geleitet worden ist und zwei von fünf Mitgliedern V-Leute der Behörden waren.)

Doch genau das letzte Argument – die Chance, etwas zu bewirken – wird nun gegen die Alternative ins Feld geführt, denn vor allem in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, besteht eben die realistische Möglichkeit, dass die AfD in Regierungsverantwortung kommen kann.

So kommt es, dass der ehemalige Ost-Beauftrage Markus Wanderwitz sich offen hinstellen und vor den Medien behaupten kann: „Mittlerweile ist die AfD das, was die NPD gewesen ist. Rechtsradikaler geht‘s nicht.“ Ein AfD-Verbotsverfahren habe aus seiner Sicht daher „ausgezeichnete Chancen“.

Nebenbei: Bei der Bundestagswahl 2021 verlor Herr Wanderwitz im Bundestagswahlkreis Chemnitzer Umland – Erzgebirgskreis II sein Direktmandat mit 23,7 Prozent der Erststimmen gegen den Kandidaten der AfD Mike Moncsek, der 28,9 Prozent der Erststimmen erhielt.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Was die Einstufung des AfD-Landesverbandes in Thüringen als „gesichert Rechtsextrem“ angeht, so hat das Verwaltungsgericht Gera hat diese Einstufung eigentlich auseinandergenommen.

Der Verfassungsschutz Sachsen stuft die AfD auch als gesichert rechtsextrem ein, hält aber den Bericht oder das Gutachten darüber als „Geheimsache“ unter Verschluss. Die Gründe, die für ein Verbot aufgeführt werden, sind derart allgemein und schwammig gehalten, dass man sie eigentlich auch auf jede andere Partei anwenden könnte. Man sollte erwarten, dass diejenigen, die ein Verbot der AfD fordern, ihre besten Argumente nennen, aber da kommt nicht viel. Man darf auch den Umstand nicht außer Acht lassen, dass der Verfassungsschutz, als weisungsgebundene und dem Innenministerium unterstellte Behörde, treu und brav die „Befehle“ ausführt, die er von oben erhält.

Zudem ist es in einer Demokratie äußerst unüblich, eine legitimierte Partei zu verbieten. Und die Alternative ist eine demokratisch legitimierte Partei, denn andernfalls wäre sie in Deutschland gar nicht erst zugelassen worden. Parteiverbote kennt man eigentlich nur aus Diktaturen, jedoch nicht im sogenannten „Westen“. (Und ja, es gab auch in Deutschland Ausnahmen.)

So „umstritten“ mancher Politiker in den Niederlanden, in Italien oder Schweden auch sein mag, niemand wäre in diesen Ländern je auf die Idee gekommen, den betreffenden Politiker oder dessen Partei verbieten zu lassen. Eine Ausnahme in den westlichen Ländern bilden hierbei die USA, wo die Demokraten gerade versuchen, Donald Trump von den Wahlen auszuschließen und eben Deutschland, wo man die Alternative, deren Politiker, deren Mitglieder und deren Wähler mit geheimdienstlichen Methoden bekämpft.

Dabei ist die größte Sorge des Altparteien-Komplexes und der Medien nicht einmal, *dass* die AfD in Regierungsverantwortung kommen könnte. Nein, deren größte Sorge ist, dass die AfD *gut* regieren könnte und so die Inkompetenz und die zerstörerische Politik der aktuellen Regierung (und deren Vorgängern) noch deutlicher dokumentiert.

Jene Leute, die nun erneut ein Verbot der AfD fordern, halten sich ernsthaft für die einzig wahren Demokraten. Dieses Verhalten könnte in jedem Psychologie-Lehrbuch als Musterbeispiel für Projektion stehen – in Anderen das zu sehen und zu verurteilen, was man selbst in sich hat. Man will einfach nicht wahrhaben, dass man selbst das Problem ist. Die Politik verfolgt die Interessen von Minderheiten und Ideologen, dient aber schon lange nicht mehr dem Wohl der breiten Bevölkerung. Eine Politik, die erkennbar gegen die Interessen weiter Teile der Bevölkerung gerichtet ist, kann nicht ernsthaft erwarten, dass man ihr widerspruchslos zustimmt.

Und es war eben nicht die Alternative für Deutschland, die eine Impfpflicht einführen wollte, die eine Ausgangssperre verhängt und die Bürgerrechte außer Kraft gesetzt hat – das waren die Altparteien. Ebenso wenig ist die Alternative für die unbegrenzte Zuwanderung, den Verfall der inneren Sicherheit, die hausgemachte Energiekrise und die Abwanderung der Industrie verantwortlich – auch das ist das Werk der Altparteien.

Diejenigen, die der AfD die Zerstörung der Demokratie und die Spaltung des Landes vorwerfen, sind so blind in ihrem Hass, dass sie gar nicht merken, dass sie es sind, die die Demokratie mit ihren unredlichen Methoden zerstören.

Und wie soll es weitergehen, sollte die Alternative tatsächlich verboten werden? Danach wird es weitere Parteiverbote geben. Wer könnte als nächstes das Ziel eines solchen Verbots-Antrages sein?

Die gerade erst im Entstehen begriffene WerteUnion unter Herrn Maaßen? Die Freien Wähler unter Herrn Aiwanger? Oder etwa die CDU, weil sie nicht „links“ genug ist und nicht genug „Haltung“ zeigt?

Sollte diese Büchse der Pandora erst einmal geöffnet werden, dann wird die Demokratie in unserem Land endgültig zu Grabe getragen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf PHILOSOPHIA PERENNIS, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) KW 2 (08. bis 14.01.2024): Ich trink Ouzo. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-16 14. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 2 – Ich trink Ouzo

Heute beschäftigen wir uns mal nicht mit der aktuellen unerfreulichen Lage zwischen den Kriegen und gefährlichen Extremisten und Demokratiefeinden, die sich im Sinne der Wannseekonferenz in Potsdam trafen, um die Welt neu zu ordnen, sondern um das deutsche Kulturgut, also den Schlager.

Ja, ich opfere mich dann und wann und schaue mir im Fernsehen Produktionen an, die nach meinem Geschmack unterirdisch sind, nur um mich darüber aufregen zu können. 20:15 Uhr ARD *„Schlagerchampions – Das große Fest der Besten."* Parallel zeichne ich im ZDF *„Wilsberg"* auf, um mir den neuesten Fall des kriminalistischen Buchhändlers aus Münster später anschauen zu können.

Angekündigt bei Traumschiff-Kapitän **Florian Silbereisen** waren die üblichen Verdächtigen. Das deutsche Schlager-Ensemble, das in unterschiedlicher Zusammensetzung bei allen Musik-Show immer und immer wieder auftritt. **Matthias Reim**, **Ross Antony**, **DJ Ötzi** und **Andy Borg** habe ich tapfer ertragen. Auch beim Nachwuchs habe ich noch nicht abgeschaltet, als **Joelina Drews**, **Lucas Cordalis** und **Achim Petry**, die Kinder von **Jürgen Drews**, **Costa Cordalis** und **Wolfgang Petry** auftraten sowie **Anna Ermakova**, unverkennbar die Tochter von **Boris Becker**.

Foto: MDR

Den Auftritt von **Helene Fischer** gegen 22:00 Uhr wartete ich noch ab, war dieser doch das bis dahin angenehmste an dieser Show, die live bis 23:30 Uhr aus dem Velodrom übertragen wurde. Ob live wirklich für alle Singenden und Musiker auch live war, wage ich zu bezweifeln. Nach Frau Fischers Medley zog es meinen Finger zum Ausschalknopf an meiner Fernbedienung. Verpasst habe ich dadurch **Thomas Anders**, **Ben Zucker**, **Andrea Berg**, **Maite Kelly** und **Howard Carpendale**. Und wo war **Roland Kaiser**? Vermutlich habe ich wenig verpasst, außer zum hundertsten Male das Wort *„Wahnsinn"* von Käpt'n Silbereisen und seinen Gästen gehört zu haben. Alles war Wahnsinn, die tollen Erfolge der Singenden, das Publikum, *dass wir hier sein dürfen*, dass *ich hier auftreten darf vor einem Millionenpublikum*. Wahnsinn!

Mit **Vincent Gross** begann die Show, die sich auch die Österreicher und Schweizer ansehen mussten. Was für ein Auftakt:

Ich war allein in Griechenland
Und ging durch heißen Sand
Da traf ich einen alten Mann
Er lachte mich nur an
Und er fragte mich: „Bist du allein?
Diese Nacht soll unendlich sein
Setz dich zu mir
Ich lad' dich ein"
Ich trink' Ouzo, was trinkst denn du so?
Kaliméra, kalispéra, kalinichta
Tanz' Sirtaki und mach' heute Party
Kaliméra, kalispéra, kalinichta

Großartig. Da lässt sich also der 27-jährige Schweizer Sänger von einem alten Mann in Griechenland anquatschen, der ihn noch fragt, ob er allein sei, um ihm dann eine *„unendliche Nacht"* zu versprechen. Was entstehen da für Bilder im Kopf?

Ist ja im griechischen Wirtshaus von **Udo Jürgens** auch nicht viel anders: *„Da saßen Männer mit braunen Augen und mit schwarzem Haar, und aus der Jukebox erklang Musik, die fremd und südlich war. Als man mich sah stand einer auf und lud mich ein."* Ouzo und griechischer Wein, vermutlich die legalsten Drogen, um den Schlager zu ertragen.

In anderen Werken des an diesem Abend vorgetragenen Liedguts gab es Textzeilen wie diese: *„Alles im Griff, auf dem sinkenden Schiff."*, *„Keine Panik auf der Titanic."* oder *„Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert."*

In den Medien wird die Show rauf und runter kommentiert. Der Auftritt von **Anna Ermakova** kam nicht besonders gut an: *„Wenn man nur flüstert, statt zu singen. Den Rest macht die Technik"*, meckerte einer. Und ein anderer: *„Sie gibt sich nicht mal Mühe so zu tun, als würde sie singen."* Q: express

Man will ja kein Spielverderber sein. Wenn es den Leuten überwiegend gefällt und es die einzige Möglichkeit ist, mal fröhlich zu sein, dann ist es auch gut so.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

29) Wacht jetzt der deutsche Michel endlich auf?

13. 01. 2024

Nachdem sich die Deutschen von Frau Merkel von 2005 bis 2021 auf der Nase herumtanzen hatten lassen, wählten sie danach noch die jetzige Katastrophenregierung! Offenbar musste es noch einmal schlimmer werden, damit es endlich besser werden kann!

Jetzt, nach zwei Jahren (H)Ampelregierung scheint es endlich soweit zu sein, dass den Deutschen der Kragen platzt!

Die landesweiten Bauernproteste könnten jetzt den Untergang dieser Regierung, aber vielleicht sogar den Untergang der herrschenden Mainstream-Parteien samt all ihrer Torheiten einleiten.

Fassen wir zusammen, was in der letzten Zeit so alles passierte:

Da ist einmal der Höhenflug der AFD (derzeit schon bei 24%), vor allem in den neuen Bundesländern, der nicht zu stoppen ist und den Irren in der Regierung den Angstschweiß auf die Stirn treibt. Das einzige, was jetzt noch einigen Akteuren einfällt, ist ein Parteiverbot der AFD, womit sich unsere Superdemokraten der selbsternannten „demokratischen Parteien“ endgültig ihre scheindemokratische Maske vom Gesicht reißen. Niemand könnte dann noch behaupten, dass Deutschland eine Demokratie wäre, ohne dass er mit höhnischem Gelächter ausgebuht werden wurde, wie es beispielsweise Sachsens Ministerpräsidenten Kretschmer gerade ergangen ist.

Besonders wichtig erscheint auch die Konstituierung des Vereins „Werteunion“ als neue Partei! Diese Parteineugründung hat gewaltiges Potential, da sie hoffentlich ein Weckruf für die vielen Schlafschafe ist, die bisher traditionell CDU/CSU gewählt haben, obwohl diese Partei unter Merkel praktisch eine linksextreme, ökosozialistische Grünpartei mutiert ist.

Jetzt gibt es für die vielen traditionellen CDU-Wähler eine Alternative, eine neue CDU mit alten Werten! Der Vorsitzende dieser Gruppierung definiert die Werteunion als programmatischen Rechtsnachfolger der „alten“ CDU mit Kohl, Adenauer und FJ Strauß.

Speziell die Bauernverbände sind ja traditionell CDU-hörig, was sich jetzt auch ändern könnte! Die Bauern sind ja besondere Opfer der grünfaschistischen Landwirtschaftspolitik, deren Ziel es ist, die bäuerliche Lebensmittelproduktion durch die großindustrielle Produktion von Lebensmittel unter dem Deckmäntelchen des „Klimaschutzes“, also des Klimaschwindels (www.klimaschwindel.net) zu ersetzen. Die bäuerliche Produktion soll peu à peu durch vielfältigen Terror (z.B. Flächenstilllegungen, endlose Bürokratie, Düngebeschränkungen, etc.) einfach ruiniert werden!

Das Fass läuft aber nicht nur bei den Bauern über. Reihenweise gibt es durch die (H)Ampelpolitik Verlierer, angefangen bei der mittelständischen Wirtschaft bis hin zur Autoindustrie, die gerade dem Klimawahnsinn geopfert wird. Dieser Irrsinn trifft normale Menschen als Arbeitnehmer, Konsumenten, aber auch als Mieter immer teurer werdender Wohnungen und explodierenden Heizkosten.

Auch die FDP wurde von dem Aufruhr erfasst. Zwar konnte Lindner den Aufstand der Anständigen gerade noch einmal mit 52% bei ca. 40% Wahlbeteiligung abwehren, aber eine Legitimierung für die weitere Unterstützung dieser Koalition als Steigbügelhalter für linksextreme, ökosozialistische Politik sieht anders aus.

Am linken Ende des Parteispektrums tut sich mit der Neugründung der Wagenknecht-Partei ebenfalls etwas. Zwar darf man sich davon nicht allzu viel erhoffen. Vielleicht knappst diese Partei nicht nur der Linkspartei, sondern auch der SPD Stimmen ab. Trotzdem ist auch diese Entwicklung eine Indikation dafür, dass sich die traditionellen Parteien in Deutschland in Auflösung befinden.

Dieses Erdbeben in der Parteienlandschaft wird aber alleine nicht den ersehnten Umsturz bringen, vor allem in Hinblick auf ein mögliches AFD-Verbot. Es wird Zeit, dass die Bürger Deutschlands die Tradition der Montagsdemonstrationen wieder aufnehmen, um die Systemparteien zu verjagen, so wie dereinst die SED.

Merkel hat die BRD in eine DDR 2.0 verwandelt. Das Ende muss das Gleiche werden, wie bei der ersten Version!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) ACHTUNG REICHELT!
Die Lügen-Maschine. Die Regierung will uns einschüchtern und fast alle Medien machen mit

12. 01. 2024

JULIAN REICHELT | Nicht sympathisch findet Robert Habeck Menschen, die nicht radikal, sondern friedlich sind, die jeden Morgen früh aufstehen, um zu arbeiten und dieses Land zu ernähren. Menschen wie die Bauern von Schlüttsiel. Was Habeck hier behauptet, ist nichts anderes als erbärmliche Propaganda im totalitären Gewand.

Um die Bauernproteste medial niederzuschlagen, versucht die schlechteste, inkompetenteste, gefährlichste und unbeliebteste Bundesregierung der Geschichte, friedliche, brave, fleißige Bauern als radikale Umsturzbewegung darzustellen, die unsere Demokratie beseitigen, die Regierung stürzen und Politiker lynchen wollen. Aus einem harmlosen Protest an einem Fähranleger soll ein gewaltsamer Umsturzversuch konstruiert werden, um alle Bauern, die Menschen, die jeden morgen früh aufstehen, um uns zu ernähren, zu kriminalisieren. Woher wir das wissen? Das und mehr erfahren Sie in dieser Sendung von „Achtung, Reichelt!“

https://unser-mitteleuropa.com/achtung-reichelt-109/

oder

https://www.youtube.com/watch?v=VB4XxaW-e4Y&embeds_referring_euri=https%3A%2F%2Funser-mitteleuropa.com%2F&feature=emb_imp_woyt

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Ampel wie „nasser Hund“ – Proteste „abgeschüttelt“ und weiter wie gehabt

12. 01. 2024

Genau jenes Sparpaket, das bundesweit zu wütenden Protesten, Blockaden und Straßensperren, nicht nur getragen durch die Bauernschaft, führt wird nun „eiskalt und ungerührt“, durch die Ampel auf den Weg gebracht.

Gesprächs- oder Kompromissbereitschaft Fehlanzeige

Seitens der Ampel-Regierung gibt es trotz massivster Proteste von Bauern wie auch unterschiedlichster Gewerke, die sich dem Bundesweiten „Generalstreik“ angeschlossen hatten, keinerlei Gesprächsbereitschaft, einen angestrebten Kompromiss oder auch nur irgendein Signal des Entgegenkommens gegenüber der empörten Bevölkerung.

Ganz im Gegenteil. die Bundesregierung zieht ihre Sparpläne für Landwirte „bedenkenlos“ durch. Nun ist beim Sparpaket zum Haushalt 2024 der Bundestag am Zug. Neben den Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft soll unter anderem auch eine Erhöhung der Ticketsteuer im Flugverkehr beschlossen werden. Die Bundesregierung hat mehrere Maßnahmen aus dem sogenannten Sparpaket zum Haushalt 2024 durchgesetzt, darunter auch die höchst umstrittenen Subventionskürzungen für Landwirte.

Für „Schiefgelaufene Trickserei“ büßt erneut der Steuerzahler

Laut Informationen der *dpa* beschloss die Ampel am 8. Jänner eine sogenannte Formulierungshilfe für einen Gesetzentwurf, den die Koalitionsfraktionen nun in den Bundestag einbringen können. Die Sparmaßnahmen wurden nötig, nachdem ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts „das Jonglieren“ des für Corona-Hilfen vorgesehenen Geldes in den Klima-Fond, als nicht rechtmäßig beurteilt wurde. Somit entstand eine rund 30 Milliarden Euro-Lücke im Kernhaushalt des Klima- und Transformationsfonds, die nun durch weiteres „Schröpfen“ der Steuerzahler geschlossen werden soll.

Beispielsweise auch bei Flugreisen soll nun ab Mai eine höhere Ticketsteuer anfallen. Je nach Endziel der Reise soll diese um fast ein Fünftel auf 15,53 bis 70,83 Euro je Fluggast steigen. Die Ticketsteuer betrifft somit sämtliche Passagiere, die von deutschen Flughäfen aus abheben. Zahlen müssen diese Aufschläge nun die Fluggesellschaften, die diese freilich postwendend an die Passagiere weitergeben werden.

Die Ampel rechnet allein durch die höheren Steuersätze in diesem Jahr mit Mehreinnahmen von rund 400 Millionen Euro.

Mit ebendiesem Beschluss brachte man auch trotz der Bauernproteste die höchst umstrittenen Subventionskürzungen für Landwirte auf den Weg. Die Steuerbegünstigung beim Agrardiesel soll schrittweise abgeschafft werden.

Das generelle „Totschlagargument" auch in diesem Fall, „dies stellt insbesondere einen Beitrag zum Abbau klimaschädlicher Subventionen dar", wie der Entwurf erwartungsgemäß erläutert.

Komplettes Aus für Subventionen mit 2026

Bis dato konnten sich Landwirtschaftsbetriebe die Energiesteuer für Diesel teilweise zurückerstatten lassen, mit einer Vergütung von 21,48 Cent pro Liter. Ursprünglich wollte die Ampel diese seit 1951 gewährte Hilfe sofort und komplett streichen.

Nun jedoch gewährt man den betroffenen Betrieben „gnädigst" mehr Zeit zur Anpassung. In diesem Jahr werden die Subventionen um 40 Prozent reduziert, in den Jahren 2025 und 2026 jeweils um weitere 30 Prozent. Für die, im Jahr 2026 verbrauchten Mengen soll es überhaupt keine Subvention mehr geben.

Die ursprünglich geplante Streichung der Kfz-Steuerbefreiung für Landwirte hatte die Ampel-Koalition bereits in der vergangenen Woche zurück nehmen müssen. Die muss also auch als Reaktion auf die heftigen Proteste der Branche gewertet werden.

Beginnend mit 8. Januar demonstrierten Tausende Landwirte, Bus- und Lastwagenfahrer, wie auch zahlloser anderer Gewerke in beinahe allen Regionen Deutschlands. Sie blockierten Autobahnauffahrten und zogen mit Traktorkolonnen in die Städte. Allein vor dem Brandenburger Tor in Berlin zählte die Polizei, nach eigenen Angaben am Vormittag 566 Traktoren, Lkw, Autos, Transporter und Anhänger.

Auch Bürgergeld-Bonus wird abgeschafft

Die Ampel gab zeitgleich auch grünes Licht für die geplanten Verschärfungen beim Bürgergeld. Jobcenter sollen Arbeitslosen das Bürgergeld für maximal zwei Monate komplett streichen können, wenn die Betroffenen eine Arbeitsaufnahme nachhaltig verweigern würden. *„Die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme muss tatsächlich und unmittelbar bestehen und willentlich verweigert werden"*, heißt es dazu im Entwurf. Überdies soll der Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat wieder abgeschafft werden.

Dieser war für Weiterbildungen, die nicht auf einen Berufsabschluss abzielen, eingeführt worden. Weiterbildungen für einen Abschluss werden somit weiter mit monatlich 150 Euro unterstützt. Für bestandene Prüfungen sollen auch weiter Prämien fließen.

Überdies kürzt der Bund nunmehr seinen Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Jahre 2024 bis 2027 um jeweils 600 Millionen Euro.

Der Bundeshaushalt 2004 soll nun Ende Januar vom Bundestag beschlossen werden. Vorher soll jedoch der Haushaltsausschuss Mitte Januar noch über die Änderungen abstimmen. Den Bundesrat könnte der Haushalt Anfang Februar passieren. „Unwahrscheinliche“ Änderungen sind im parlamentarischen Verfahren jedoch theoretisch noch möglich.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Man muss nur daran glauben – Lauterbach gegen Homöopathie.
Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-14 12. Januar 2024 49. Jahrgang

Man muss nur daran glauben

Der Mensch ist ein komisches Wesen. Vor allem, wenn es um den Glauben geht. Glauben ist nicht Wissen, sondern Einbildung. Natürlich kann jeder glauben, was er will. Geradezu bewundernswert finde ich Geistliche, die immer wieder versuchen (müssen), die richtigen Worte zu finden und ihren *„Lieben Gott"* selbst dann noch in Schutz nehmen, wenn sie vor einem Sarg stehen, in dem sich ein junger Mensch, gestorben durch einen Unfall, befindet. *„Wo war Gott?" „Warum hat er das zugelassen?"* Kann wirklich alles mit den Worten *„Die Wege des Herrn sind unergründlich"* entschuldigt werden?

Geschieht einem etwas Gutes, wird Gott gedankt. Erreichen wir ab morgen wieder pünktlich die Bahn, geben wir den Seufzer *„Gott sei Dank"* von uns. Sehen wir nur noch die Rücklichter des Zuges, hat uns Gott in diesem Moment verlassen. Läuft etwas schief, hat nie Gott Schuld, sondern nur wir selbst.

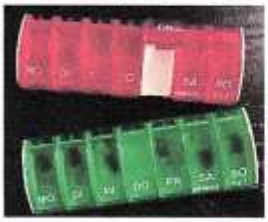
Karl Lauterbach schafft es immer wieder, im Positiven wie im Negativen, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Als gäbe es keine anderen Probleme im Gesundheitswesen, hat er jetzt der Homöopathie den Kampf angesagt. *„Die Homöopathie ist eine Leistung, die keinen medizinischen Nutzen auf Grundlage eines wissenschaftlichen Sachstandes erbringt"*, erklärt der Gesundheitsminister. *„Dann sollte eine solche Leistung auch nicht bezahlt werden."* tagesschau

In den Kommentaren erfährt Lauterbach viel Zustimmung für seinen Plan. Der **SPIEGEL** schreibt, dass *Globuli* nicht in die *„Apotheken gehören, sondern in den Drogeriemarkt, neben Nahrungsergänzungsmitteln oder besser gleich ins Süßwarenregal."* Zwischen zehn und 20 Millionen Euro zahlen die Krankenkassen für kleine weiße Kügelchen, überwiegen aus Zucker, die nichts bewirken. Vielen Patienten gehe es schon nach einem Gespräch mit dem Arzt besser. Zuwendung ist heilsamer alles Plastik.

*„Als Homöopathie wird eine pseudowissenschaftliche Behandlungsmethode aus dem Bereich der Alternativmedizin bezeichnet. Sie beruht auf Vorstellungen von **Samuel Hahnemann** aus dem Jahr 1796, wonach für die Behandlung ein Arzneimittel anzuwenden ist, das in höherer Konzentration an Gesunden ähnliche Symptome hervorruft wie die Krankheit (Ähnlichkeitsprinzip). Eine wissenschaftliche Begründung und ein Nachweis für eine pharmakologische Wirksamkeit homöopathischer Arzneien existieren nicht. Es lässt sich keine therapeutische Wirkung nachweisen, die über Placebo-Effekte hinausginge. Von der wissenschaftlichen Medizin wird die Homöopathie als pharmakologisch wirkungslose, in einigen Fällen riskante Behandlung abgelehnt."* Wikipedia

Es ist nicht zu fassen, wie über Jahrhunderte allein der Glaube die Tatsachen ignoriert. *„Als Placebo-Effekt bezeichnet man das Auftreten therapeutischer Wirkungen nach Scheinbehandlungen, insbesondere nach der Gabe von Scheinpräparaten. Die beobachteten Wirkungen können dabei qualitativ denen eines ‚echten' Medikaments bzw. einer ‚echten' Therapie entsprechen."* Dafür, dass die Ärzte dies alles wissen, ist es umso erstaunlicher, dass sie diese *„Medikamente"* weiterhin munter verschreiben. Die Einsparungen werden das Gesundheitssystem nicht retten, es ist aber ein richtiger Schritt. Wer an Homöopathie glaubt, soll sich die Mittel selbst kaufen, egal, ob bei **dm** oder **Rossmann**.

Viel wichtiger wäre, den Zeitumfang der Zuwendung des Arztes für seinen Patienten zu erhöhen. Oft hilft es, ein Glas Wasser zu trinken, um wieder fit zu werden. Es ist meistens nicht wirkungsvoll, bei einer Erkältung all das zu sich zu nehmen, was einem die Fernsehwerbung offeriert. *„Drei Tage baut sich die Erkältung auf, lässt uns dann drei Tage leiden und klingt dann drei Tage lang ab - so heißt es zumindest im Sprichwort. Aber stimmt das? ‚Diese Weisheit ist weitestgehend richtig', sagt **Jörg Schelling**, Facharzt für Allgemeinmedizin."*



In zunehmenden Alter kommt man ohne diese Boxen nicht mehr aus. Morgens aus der roten, abends aus der grünen ein paar Pillen entnehmen. Ich habe vergessen, wofür oder wogegen diese Mittel wirken. Ich vertraue meiner Ärztin. Und solange sie nach jeder Blutuntersuchung überwiegend zufrieden mit meinem Gesundheitszustand ist, schlucke ich weiter die Kapseln.

Zuwendung, Vertrauen, Glauben sind aber die besten Heilmittel. Fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt, Ihre Pfarrerin oder Ihren Pfarrer. Auf Gehwegen und Straßen ist es heute sehr glatt, bleiben Sie, wenn möglich, zu Hause, denn gegen einen Beinbruch helfen keine Medikamente.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

33) Rettet die Lebensmittelretter. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-13 11. Januar 2024 49. Jahrgang

Rettet die Lebensmittelretter

Über vier Millionen Kilogramm Lebensmittel gerettet, und dennoch: Das Impact-Startup von Mitgründer **Raphael Fellmer** (Foto) hat am 08. Januar 2024 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens beim Amtsgericht Charlottenburg gestellt. Ziel ist es nun, mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter **Dr. Florian Linkert** von **BBL** einen Weg zu finden, wie **SIRPLUS** weitergeführt werden kann, um wertvolle Lebensmittel über den Onlineshop zu retten.

Die ökologische und soziale Wirkung von **SIRPLUS** seit der Gründung im Jahr 2017 auf dem **EUREF-Campus** ist enorm: Das Startup hat mit seinen geretteten Lebensmitteln mehr als zehn Millionen kg CO_2 eingespart, das Bewusstsein für die Problematik der Lebensmittelverschwendung geschärft und andere Unternehmen inspiriert, in diesem Bereich tätig zu werden.

„Die Insolvenz ist ein harter und schmerzhafter Schritt für jeden Unternehmer. Unsere Mission, Bewusstsein für Lebensmittelwertschätzung in die Bevölkerung zu bringen und Lebensmittel vor der Verschwendung zu retten, wird weitergehen. Wir glauben an einen Neustart von SIRPLUS. Denn günstige und nachhaltige Lebensmittel sind in Zeiten von Inflation, vor allem bei Lebensmitteln sowie voranschreitendem Klimawandel, wichtiger denn je", erklärt **Raphael Fellmer**.

BBL-Partner **Dr. Florian Linkert** und sein Team haben sofort mit der Situationsanalyse begonnen und die Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes für die Mitarbeiter in die Wege geleitet. *„Wir werden den Betrieb erst einmal fortführen und sondieren derzeit die Lage, um uns ein umfassendes Bild über die Situation des Unternehmens machen zu können"*, so Linkert. Die Gründe für das Insolvenzverfahren sind vielschichtig. Neben der unsicheren Lage in der Welt kam die Erweiterung des Managements durch eine erfahrene Co-CEO zu spät. Die von vielen Startups beklagte Zurückhaltung von Investoren betraf schließlich auch **SIRPLUS**. Die aktuelle Finanzierungsrunde konnte trotz relevanter Kapitalzusagen von bestehenden und neuen Investoren nicht mit dem notwendigen Gesamtvolumen abgeschlossen werden.

Da half es auch nichts, dass Ende 2023 die Gesamtkosten des Geschäftsbetriebs durch die Auslagerung aller Lagertätigkeiten und einer damit einhergehenden Verkleinerung des Teams von knapp 90 auf unter 30 Mitarbeitende signifikant reduziert wurden.

*„Wir – und ganz besonders ich – hätten bei SIRPLUS früher auf die veränderte Marktlage reagieren müssen. Gerade für unsere vielen Kleinst-Investoren tut es mir leid, dass wir das Ruder nicht herumreißen konnten. Die verpasste Professionalisierung in den vergangenen Jahren hat sich nun schmerzhaft gerächt. Andererseits haben wir in der neuen Teamkonstellation in den zurückliegenden Monaten eine steile Lernkurve durchlaufen und sind genau deshalb optimistisch, in einem neu aufgestellten Setup ein wirtschaftlich erfolgreiches Geschäftsmodell entwickeln zu können. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit **SIRPLUS** eine bequeme und kostengünstige Alternative sind für nachhaltigen Konsum und Klimaschutz."*, sagt der Mitgründer.

So geht es für SIRPLUS weiter

Ziel ist es nun, **SIRPLUS** auf ein stabiles Fundament zu stellen und mit neuen Investoren das auf vielen wertvollen betrieblichen Erkenntnissen in den letzten Monaten weiterentwickelte Geschäftsmodell umzusetzen und in die Wachstumsphase zu bringen.

Das Berlin Startup möchte weiterhin Box für Box seiner Vision von einer Welt, in der alle Menschen genügend zu essen haben, näherkommen. **SIRPLUS** wird in diesem Sinne weitere Restrukturierungen durchführen und Gespräche mit Lieferanten sowie

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-13 11. Januar 2024 49. Jahrgang

anderen Kooperationspartnern führen, die wichtige Partner für die Mission und das Geschäft von **SIRPLUS** waren und sind. Denn die unnötige Verschwendung von Milliarden Tonnen von Lebensmitteln, die für ca. zehn Prozent aller globalen Treibhausgase verantwortlich sind, gehört zu der größten Herausforderung unserer Zeit, sowohl ökologisch als auch ethisch.

Über SIRPLUS

Aus paperpress im Oktober 2018: *„Mit ihren Rettermärkten und dem Online-Shop für gerettete Lebensmittel zählt **SIRPLUS** zu den 19 innovativen Preisträgern des Wettbewerbs ‚Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen' 2018 aus Berlin. Anlässlich eines Empfangs im Roten Rathaus begrüßte die Bürgermeisterin **Ramona Pop** (Grüne) am Mittwoch, dem 17. Oktober 2018, die Preisträger und sprach ihnen für das beispielhafte Engagement und die vorbildlichen Leistungen ihre Glückwünsche aus."*

SIRPLUS ist ein 2017 gegründetes, deutschlandweit agierendes Impact-Startup, das überschüssige Lebensmittel über einen Online-Shop deutschlandweit zurück in den Kreislauf bringt. Durch die direkte Zusammenarbeit mit hunderten Produzenten und Großhändlern rettet **SIRPLUS** wertvolle und noch bestens genießbare Lebensmittel und ergänzt so die wertvolle Arbeit der Tafeln. Gemeinsam mit seinen 130.000 Kunden und Partnerfirmen leistet **SIRPLUS** einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigem Konsum und Klimaschutz. **SIRPLUS** bietet allen Menschen ganz bequem von zuhause Lebensmittel. Die Vision ist: eine Welt, in der alle Menschen genügend zu Essen haben. Derzeit werden ca. 50 Prozent aller Lebensmittel in der EU verschwendet und das obwohl ein Großteil noch bestens genießbar ist.

Quelle: SIRPLUS Fotos: SIRPLUS / Ed Koch

Anmerkungen

Zwischen 2017 und 2021 hat paperpress 17 Beiträge über SIRPLUS veröffentlicht. www.paperpress.org. 2017 lernte ich **Raphael Fellmer** bei unserem ersten Interview auf dem EUREF-Campus kennen. Raphael duzt sofort alle Menschen, die ihm begegnen. Nur in der *„Höhle der Löwen"* kam das nicht gut an, weil sich die dortigen Investoren ohnehin für etwas Besseres halten. Kein Wunder also, dass keiner dieser Löwen in SIRPLUS investieren wollte.

Beim ersten Gespräch mit Raphael hatte ich das Gefühl, ihn schon ewig zu kennen. Selten bin ich einem so herzlichen, offenen und sympathischen Unternehmer begegnet wie ihn. Vielleicht deshalb, weil er kein Unternehmer im klassischen Sinne ist. Er ist Visionär und Gutmensch, Eigenschaften, mit denen man im harten Geschäftsleben nicht immer erfolgreich ist.

Bei allen Markteröffnungen, die Raphael und sein Team mit großer Freude und Hingabe zelebrierten, war ich dabei, in der Steglitzer Schlossstraße, der Wilmersdorfer Straße, der Bergmannstraße, der Karl-Marx-Straße und der East Side Mall. Sorgen machte mir diese Expansion bei jeder neuen Eröffnung. Schafft er das, behält er den Überblick? In seinem Statement schreibt er selbst, dass die *„Erweiterung des Managements durch eine erfahrene Co-CEO zu spät"* kam. Viel früher hätte er Idealismus mit Geschäftssinn kombinieren müssen. Im September 2021 mussten alle Märkte wieder geschlossen werden, wozu auch Corona einen Beitrag leistete.

Raphael Fellmer hat dennoch Großes geleistet und dafür viele Preise erhalten. Mehr als Preise wären aber Kapital und Business-Know-How wichtig gewesen. Aber, es geht ja weiter und die Hoffnung, dass mehr als nur die Idee der Lebensmittelrettung von SIRPLUS übrigbleibt, getreu der Überschrift aus unserem ersten Artikel vom 16. Juni 2027, *„Lebensmittel gehören nicht in die Tonne"*.

Werfen Sie bitte einen Blick auf **https://sirplus.de/** und kaufen Sie Lebensmittel, die es verdienen, gerettet zu werden, zum Beispiel die **„Geschenkbox"**, von der wir zwei verlosen. Wir wünschen Raphael und seinem Team alles Gute für die Zukunft.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

34) Bereits 2016 – „Gesetz zur Enteignung im Notfall könnte nun greifen“

11. 01. 2024

Für den Krisenfall beschloss die Bundesregierung unter Angela Merkel bereits im November 2016 staatliche Eingriffe in die Lebensmittelversorgung. Ein entsprechender Notfallplan von damals wurde von Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) und dem Kabinett gebilligt.

Mögliche Versorgungskrise durch „Bauernaufstand“ als Anlass zur Umsetzung?

Bei einer Versorgungskrise darf also der Staat in die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln massiv eingreifen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde also damals von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) reformiert und ersetzte damit die bestehenden Regeln aus Zeiten des Kalten Krieges.

Das Ministerium kann nun also im Fall einer Versorgungskrise, hervorgerufen etwa durch Naturkatastrophen, Kraftwerksunfälle, militärische Ernstfälle, oder etwa auch die „momentane Generalstreik-Situation“, vorschreiben, dass nur noch große Einzelhandelsfilialen geöffnet werden dürfen.

Die Notfallpläne sollen greifen, wenn ein Großteil der Deutschen sich nicht mehr über den freien Markt mit Lebensmitteln eindecken könne.

Enteignung von Bauernhöfen

Demnach können Bauernhöfe oder andere Lebensmittelbetriebe beschlagnahmt werden, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen.

Das Gesetz sieht außerdem vor, die bürokratisch aufwendige Vergabe von Lebensmittelkarten abzuschaffen.

Seit den 60er-Jahren existieren bundesweit an geheim gehaltenen Orten riesige Lager etwa für Weizen, Linsen und Kondensmilch. Zum damaligen Zeitpunkt lagerten 800.000 Tonnen davon in Hallen fernab der Großstädte und an sensiblen Anlagen wie Tankstellen oder Atomkraftwerken, wie damals etwa die *Rheinische Post* berichtete.

Um Plünderungen zu vermeiden, sieht das Gesetz außerdem die Möglichkeit vor, auch die Abgabe von Lebensmitteln gänzlich unter staatliche Aufsicht zu stellen. Zudem sollen Lebensmittelhändler dazu verpflichtet werden können, die bisher nur geringen Mengen vorgeschriebener Vorräte aufstocken zu müssen.

Dauert eine Versorgungskrise über Wochen an, könnten Betriebe außerdem verpflichtet werden, Mehl oder Brot herzustellen. Auch bei Schlachthöfen oder Wurstfabriken ist ein solcher staatlicher Eingriff gesetzlich vorgesehen.

Bei Enteignungen sieht der Gesetzentwurf eine Entschädigung der betroffenen Betriebe vor. Mit der Zusammenlegung zweier alter Gesetze zu einem neuen sollten also Staat und Wirtschaft entlastet werden, ohne die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden, lautete somit die „offizielle“ Erklärung zu dieser Gesetzesanpassung.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

35) KW 1 (01. bis 07.01.2024): Das Jahr fängt nicht gut an. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-08 7. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 1
Das Jahr fängt nicht gut an

Warum soll das neue Jahr gut anfangen, wenn das alte schlecht endete? Für Aufregung in Berlin sorgte zuerst ein eigentlich unpolitisches Thema, was aber zum Politikum erklärt wurde. Kurz nach Bekanntwerden der Trennung von seiner Lebensgefährtin, gab es offenbar kein wichtigeres Thema als die Frage, wer ist die Neue an der Seite des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner**. Und wieder einmal hat sich gezeigt, dass die Medien auf eine zögerliche und schlechte Kommunikation geradezu warten. Je zögerlicher jemand mit einer Information herausrückt, desto mehr Zeit für Spekulationen.

Wozu Herr Wegner einen Anwalt braucht, um dann doch endlich mitzuteilen, dass er und Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch** ein Paar ist, weiß ich nicht. Nun bleibt aber die Frage, seit wann. Erst im Herbst, wie behauptet wird, als Frau Günther-Wünsch bereits Senatorin war, oder schon früher, womit sich eine weitere Frage verbindet, nämlich ob sie das Amt wegen der Beziehung erhielt. Man kann nur hoffen, dass die offizielle Erklärung den Tatsachen entspricht, denn schon einmal musste ein Politiker zurücktreten, weil sich eine Aussage später als falsch erwies. Gemeint ist **Björn Engholm**, der am 3. Mai 1993 als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und SPD-Vorsitzender zurücktrat, weil er von etwas früher gewusst hatte als er zugab. Eine Regierungskrise können wir in Berlin nun wirklich nicht gebrauchen.

Es muss schon etwas ganz Besonderes passiert sein, im Negativen wie im Positiven, um als erste Meldung in der **rbb-Abendschau** erwähnt zu werden. Die Abendschau hätte beweisen können, dass sie über dem Boulevard steht, und das Thema einfach ignorieren oder auf eine Meldung im Nachrichtenblock reduzieren. Was will man aber von einer Sendung erwarten, in der sich ein Moderator in Turnschuhen und einem lustig bedruckten T-Shirt den Zuschauern präsentiert, als sei dieses Nachrichtenflaggschiff des rbb die Abendausgabe von *„Volle Kanne"*.

Der von mir (ansonsten) sehr geschätzte Moderator des **InfoRadios**, **Thomas Hollmann**, hat meines Erachtens in seinem Kommentar *„100 Sekunden Leben"*, den Bogen überspannt. Dass Hollmann Wegner als *„kleinbürgerlichen Christdemokraten"* bezeichnet, ist noch der harmlosere Teil seines Kommentars. *„Das Private ist politisch. Wobei inzwischen auch die AfD fragt: Hat der Regierende Bürgermeister seine Geliebte zur Senatorin gemacht?"* Ausgerechnet die AfD als moralische Instanz ins Spiel zu bringen, ist bedenklich.

Hollmann beißt sich an der Frage des Timings fest, siehe auch meine Ausführungen dazu im zweiten Absatz der linken Spalte. *„Die Frage des amourösen Timings wird **Kai Wegner** dem Abgeordnetenhaus womöglich noch beantworten müssen. Alleine schon, um den Verdacht zu entkräften, er sei der **Till Lindemann** der CDU, der seine Gespielinnen aus der Row Zero nach oben auf die politische Bühne zieht. Womit ich natürlich nicht gesagt haben will, dass **Katharina Günther-Wünsch** ein CDU-Groupie ist."* Derbe satirische Vergleiche gefallen mir durchaus, aber Lindemann mit Wegner in einem Atemzug zu nennen, finde ich unverschämt.

Was bleibt, ist allerdings ein gewisses Unbehagen. Es ist eben nicht Privatsache, wenn der Regierungschef mit einer seiner Ministerinnen liiert ist. Privates von Dienstlichem zu trennen, gelingt nicht. Jede Zuweisung an das Bildungsressort wird künftig immer unter einem gewissen Verdacht der Bevorzugung stehen. Ich finde das alles sehr unschön, wenngleich ich beiden eine glückliche Beziehung wünsche.

Ist den schon wieder Wahlkampf?

In meinem Mariendorfer Stimmbezirk muss nicht neugewählt werden. Schließlich war ich dort Wahlhelfer. Dennoch hat **Jan-Marco Luczak** hier sein Plakat aufgehängt. Es kann ja sein, dass jemand auf dem Wege zu seinem Wiederholungswahlbezirk über den Mariendorfer Damm zur ***ufa*Fabrik** in der Viktoriastraße fährt und wissen muss, dass Herr Dr. Luczak nach wie vor zur Verfügung steht.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-08 7. Januar 2024 49. Jahrgang

Was war los am 26. September 2021 in der ***ufa*Fabrik**? Haben die Wähler ihre Stimmzettel aus Versehen beim Kinderzirkus abgegeben? Die kleine Viktoriastraße ist vollgeklebt mit Plakaten, von der CDU, den Grünen und den Linken. Bis Freitag war von **Kevin Kühnert**, der den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg mit 27,1%, vor **Renate Künast** (25,1%) und **Jan-Marco Luczak** (21,9%) gewonnen hatte, nichts zu sehen.

Bauernaufstand

Die *„letzte Generation"* ist eine harmlose Kindergartengruppe im Gegensatz zu den Bauern. Wenn die Landwirte mit ihren Treckern in die Stadt rollen, was in Berlin und überall im Land mehrfach geschehen ist, droht Stillstand. So leicht wie ein Klimakleber lassen sich die gewaltigen Fahrzeuge nicht von der Straße entfernen.

Es gibt Elektrotrecker. Gerade zeigte das Unternehmen **Fendt** auf der *Agritechnica* den elektrisch angetriebenen Traktor e100 Vario. Längst ist dieses Fahrzeug nicht Standard. Unsere Bauern fahren mit Diesel durch die Landschaft, der, Bio hin oder her, alles andere als umweltfreundlich ist. Dieser Treibstoff wird für die Landwirte subventioniert, und eben diese Förderung sollte wegfallen.

Da machten sich die Bauern gleich auf den Weg, um uns zu zeigen, wer den größten hat. Die Bundesregierung knickte gleich ein und verkündete artig, dass *„Forst- und Landwirtschaftsmaschinen weiterhin von der Kfz-Steuer ausgenommen bleiben. Und auch die Subventionen für den Agrardiesel sollen nicht sofort fallen, sondern über mehrere Jahre zurückgefahren werden."* *tagesschau.de*

Ich gebe zu, keine Ahnung davon zu haben, wie existenziell bedrohlich der Wegfall der Subventionen für die Landwirte wäre. Gut wäre allerdings, wenn die Bundesregierung auch mal mehr Arsch in der Hose zeigen würde. Wir müssen alle Abstriche machen und zahlen als Verbraucher ohnehin immer die Zeche, während sich Unternehmensverbände die Subventionen, die wir von unseren Steuer bezahlen, in die Tasche schaufeln.

Schlecht auch, dass Restaurantbesuche jetzt teurer werden, weil die Mehrwertsteuer wieder auf 19 Prozent zurückgesetzt wurde. Abgesehen davon, dass in anderen Ländern geringere Sätze gelten und die Steuergerechtigkeit mehr als fragwürdig ist, darf doch die Frage erlaubt sein, warum der Besuch beim Italiener oder Griechen teurer werden muss. **Urban Priol** stellte in seinem Jahresrückblick zurecht diese Frage und erwähnte, dass sein Schnitzel während der Zeit, als sieben Prozent galten, nicht preiswerter geworden sei.

Am 8. Januar wollen die Bauern *„überall präsent sein, in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht erlebt hat"*, hatte Bauernverbandspräsident **Joachim Rukwied** Ende vergangenen Jahres bei einer Kundgebung gerufen. Schon am Donnerstag gab es einen Vorgeschmack, als rund einhundert Chaoten **Robert Habeck** daran hinderten, eine Fähre im schleswig-holsteinischen Schlüttsiel zu verlassen. Ein Gesprächsangebot von Habeck lehnten die Bauern ab. Es ging ihnen nur um Randale und einen unglaublichen Fall von Nötigung. Da hilft es auch nichts, wenn sich jetzt Bauernfunktionäre entschuldigen und rechte Gruppierungen für die Eskalation verantwortlich gemacht werden.

Kein Bahn-Streik in dieser Woche?

Am Mittwoch wollen Bahn und GDL wieder verhandeln. Somit scheint die kommende Woche safe zu sein. Nicht ausgeschlossen hingegen, dass die Verhandlungen erneut scheitern und ab dem Wochenende, wenn die Bauern hoffentlich zurück auf ihren Höfen sind, alle Räder bei der Bahn wieder stillstehen. Erfreulich wäre es, wenn während der Verhandlungen nicht erneut gestreikt würde. Die GDL, haben wir gelernt, ist leider unberechenbar.

Verzicht auf Kandidatur

Franziska Giffey hat in dieser Woche auf eine erneute Kandidatur für den SPD-Vorsitz verzichtet. Bis zum Landesparteitag im Mai bleibt also genügend Zeit für das Casting einer neue Vorsitzenden. Den Berliner Jusos, die im September des vergangenen Jahres einen neuen Vorstand gewählt haben, geht der Rückzug von Giffey nicht weit genug. Sie fordern auch den Rückzug von **Raed Saleh**. Saleh ist seit 2011 Fraktionsvorsitzender und seit 2020 gemeinsam mit Giffey Chef der Berliner SPD. Es sieht gegenwärtig nicht danach aus, dass Saleh die Rufe der Jusos wahrnimmt. Warum auch? **Klaus Wowereit** hatte einmal bei einer erneuten Kandidatur als Regierender Bürgermeister gesagt, dass es keinen besseren gäbe, was mit frenetischem Beifall der Genossen quittiert wurde. Das Meckern über die amtierenden Funktionäre hat wenig Sinn, wenn es keine Alternativen gibt. Bisher hat sich niemand aus der Deckung gewagt. Aber, das Jahr ist ja noch jung.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

36) Nach Zensur-Warnhinweisen 007 Bond nun in bester Gesellschaft mit Pippi Langstrumpf

06. 01. 2024

Lizenz zum Zensieren: James Bond nur noch mit Warnhinweisen

Die Zensur-Welle des woken Wahnsinns macht vor nichts halt, egal ob Bücher oder Filme. Nachdem unter anderem bereits die Krimis von Agatha Christie und die Kinderbücher von Roald Dahl wegen angeblich unangemessener Bezeichnungen für Minderheiten nicht einfach mit Warnhinweisen versehen, sondern sogar umgeschrieben und verstümmelt wurden, sind nun, nach den Romanen, auch die James-Bond-Filme ins Visier der Freiheitsfeinde geraten. Das Britische Filminstitut (BFI), das eigentlich für die Pflege der Filmkultur zuständig ist, geriert sich lieber als deren Ankläger und Zerstörer. Die Bond-Filme der 60er Jahre wurden mit inquisitorischem Eifer auf sexistische, rassistische oder andere Szenen untersucht, die angeblich Anstoß erregen könnten.

„Während wir dafür verantwortlich sind, Filme so genau wie möglich zu bewahren, auch wenn sie Sprache oder Darstellungen enthalten, die wir kategorisch ablehnen, haben wir auch eine Verantwortung dafür, wie wir sie unserem Publikum präsentieren. Die Trigger-Warnungen/Inhaltswarnungen, die wir in allen unseren Ausstellungsräumen und auf unseren Online-Plattformen bereitstellen, dienen als Hinweis darauf, dass ein Film oder ein Werk die Ansichten der Zeit widerspiegelt, in der er/sie gedreht wurde, und die möglicherweise Anstoß erregen“, schwafelte ein BFI-Sprecher.

Kranke Zensorenpsyche

Mit diesem Vorgehen will man unter anderem die psychische Gesundheit von Jugendlichen schützen. Es ist jedoch allein die Psyche der woken Zensoren, die gestört ist. Selbsternannte Hüter der öffentlichen Moral entscheiden mit atemberaubender Arroganz, welche Kulturgüter der Öffentlichkeit noch in welcher Form präsentiert werden dürfen. Dass man damit nicht nur anmaßend, sondern auch im Stile totalitärer Regime agiert, ist den Kulturhütern, die in Wahrheit kulturelle Analphabeten sind, dabei nicht einmal ansatzweise

bewusst. Die Bond-Filme haben jahrzehntelang Menschen auf der ganzen Welt begeistert und sind einer der größten kulturellen Exportschlager Großbritanniens. Was Generationen begeistert hat, ist heute plötzlich gefährlich, weil übersensible Gemüter sich zu Richtern über die Vergangenheit aufwerfen dürfen.

Und natürlich applaudiert der „Spiegel“ dieser Barbarei auch noch:

„Lange kam 007, Chauvinist und notorischer Schürzenjäger, ungeschoren davon. Das Britische Filminstitut legt ihm nun das Handwerk“

- heißt es triumphierend im Bericht über die Warnhinweise für 60 Jahre alte Filme, bei denen kein vernünftiger Mensch je auf die Idee gekommen wäre, sie ernst zu nehmen. Der diktatorische linke Bevormundungsdrang, der im „Spiegel“ ohnehin eines seiner Zentralorgane in Deutschland hat, feiert hier also wieder fröhliche Urständ. (TPL)

Dieser Beitrag erschien zuerst auf journalistenwatch.com, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) SPD nach Umfragen-Absturz im Panikmodus: Scharfmacherinnen Köpping und Esken für AfD-Verbot

05. 01. 2024

Saskia Esken und Petra Köpping

SACHSEN – Vor dem kommenden SPD Totalabsturz in Sachsen – nur mehr drei Prozent laut Umfrage – glauben die Frontfrauen Petra Köpping, Sozialministerin in Sachsen und SPD-Spitzenkandidatin für die Landtagswahl und als ihre Schutzmantel-Madonna die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken nur mehr per Verbot der AfD die kommende völlige Bedeutungslosigkeit abwenden zu können

Diese Repräsentantinnen einer der selbsternannten „demokratischen Parteien“ wollen offensichtlich nicht das in jeder Hinsicht komplette Versagen der Kanzlerpartei SPD durch Eingestehen der Fehler der Ampel aufarbeiten und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen. Das Gegenteil ist der Fall: Wie Diktaturen in ihrer Endphase, versucht man nun mit aller Gewalt am Ruder zu bleiben. Im Konkreten Fall glaubt man das erreichen zu können, indem man die mit Abstand stärkste Partei in vielen Bundesländern, die AfD einfach verbieten lässt. Sehr demokratisch, nicht wahr.

„AfD ist Gefahr für Demokratie“

Köpping sprach sich im „Spiegel“ dafür aus, die Chancen eines AfD-Verbots regelmäßig zu prüfen. Das NPD-Verbotsverfahren sei gescheitert, weil die Partei nur auf geringe Wahlergebnisse gekommen sei und damit keine Gefahr darstellte. „Das sehe ich bei der AfD anders“, argumentierte Köpping. „Die AfD ist stark, sie ist eine Gefahr für die Demokratie.“ Hier lügt die Dame. Vom NDP-Verbot nahm man nur deshalb Abstand, weil diese Partei damals von V-Leuten massiv durchsetzt, wenn nicht sogar getragen war.

Köpping nur mit Vorsicht zu genießen

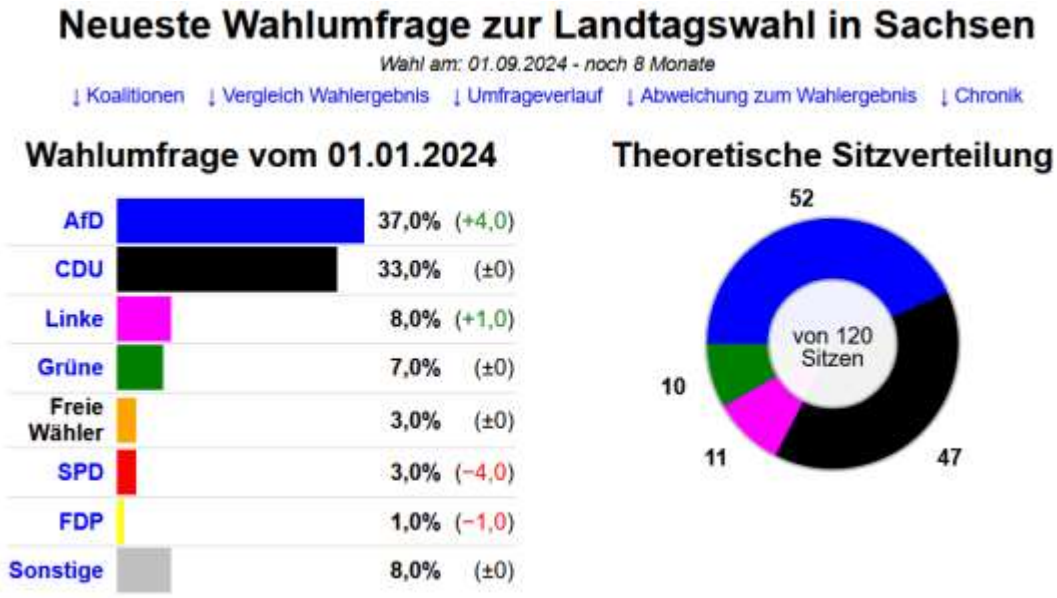
Zum Demokratieverständnis und ihrer Einstellung zu Bürgerrechten soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass am Höhepunkt der COVID-19-„Pandemie“ das von Petra Köpping geleitete Sächsische Ministerium für Soziales die Verwahrung von sogenannten

„Quarantäne-Verweigerern“ in Psychiatrien ankündigte und bereitete die Zwangseinweisung in insgesamt vier psychiatrischen Anstalten vor. Ministerpräsident Kretschmer zog noch die Notbremse und zog den Erlass unter Verweis auf „falsche Sorgen bei den Menschen“ zurück.

Die unerhörte Begründung, die „Demokratie“ durch Verbot einer der stärksten demokratisch gewählten Partei zu retten, lässt sich am ehesten mit folgendem Witz vergleichen:

„Landen zwei Forscher auf einer Insel und fragen die ihnen entgegenkommenden Inselbewohner, ob es hier noch Menschenfresser gäbe. Darauf die Insulaner: Keine Sorge, die letzten haben wir aufgefressen.“

Hier noch die letzten Umfrageergebnisse für Sachsen wo Köpping auf einem völlig verlorenem Posten steht:



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) An Dummheit nicht zu überbieten. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-06 4. Januar 2024 49. Jahrgang

An Dummheit nicht zu überbieten

Es ist verständlich, dass sich Israel ein für allemal von der Terrororganisation Hamas befreien will. Ob es besonders klug ist, gerade jetzt einen der Führer umzubringen, dazu noch nicht im Gaza-Streifen, sondern im Libanon, darf bezweifelt werden. Immer noch versteckt die Hamas in ihren Tunneln israelische Geiseln, und solange diese nicht befreit sind, sollte man mehr auf Diplomatie als auf Gegengewalt setzen.

Alle Bemühungen, ein neues Abkommen über die Geiselbefreiung auszuhandeln, wurden natürlich sofort gestoppt. Terroristen sind die schlimmsten Lebewesen, die diesen Planeten bevölkern. Sind sie aber deswegen zum Abschuss freigegeben? Sollte es in einem Rechtsstaat nicht üblich sein, die eines Verbrechens Beschuldigten vor ein ordentliches Gericht zu stellen? Offenbar ist das viel zu aufwendig und teuer. Dann doch lieber mit einer Drohne die Sache klären, oder, wie im Fall Bin Laden, Lynchjustiz vor Ort durchzuführen. Auch wenn wir alle besser schlafen können, nachdem diese Unmenschen aus dem Weg geschafft wurden, aus rechtsstaatlicher Sicht kann man nicht zufrieden sein.

In allen ostdeutschen Bundesländern, bis auf Berlin, liegt die AfD deutlich vorn. Brandenburg 27%, Sachsen 35%, Thüringen 34%, Sachsen-Anhalt 33% und Mecklenburg-Vorpommern 32%. In den drei erstgenannten Ländern wird in diesem Jahr gewählt, in den anderen erst 2026.

Ja, die AfD gehört verboten. Dafür gibt es viele Gründe. Die Frage ist nur, ob es klug ist, diese Karte zu spielen. *„Wenn wir eine Partei verbieten, die uns nicht passt, die in Umfragen aber stabil vorne liegt, dann führt das zu noch größerer Solidarisierung mit ihr. Und das selbst von Leuten, die keine AfD-Sympathisanten oder -Wähler sind"*, sagte der Ostbeauftragte der Bundesregierung **Carsten Schneider** der **Süddeutschen Zeitung**. *„Ein Parteiverbot ist sehr schwer durchzusetzen. Die juristischen Erfolgschancen betrachte ich als gering."*, sagte Schneider.

„Das Ziel müsse sein, die AfD inhaltlich zu stellen und den Wählern zu verdeutlichen, ‚was die Konsequenzen ihrer inhaltlichen Positionen wären. Sie hat gegen den Mindestlohn gestimmt. Sie will die Erbschaftssteuer abschaffen, also weniger Umverteilung', sagte Schneider. Die Partei pflege in der Sozialpolitik ‚das rückständige Gesellschaftsbild der 1950er-Jahre, das muss für viele ostdeutsche Frauen furchtbar sein'". Quelle: SPIEGEL

Ein Gerichtsverfahren zöge sich ewig in die Länge. Der Ausgang wäre ungewiss. Es gibt traurige Beispiele, wie sich der Rechtsstaat selbst ein Bein gestellt hat, so beim Versuch, die NPD zu verbieten. *„Wir haben die Schnauze voll von diesen hirntoten Zombies. Wir wollen keinen einzigen Neonazi mehr auf deutschem Boden sehen"*, sagte einst **Udo Lindenberg**. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

An Dummheit nicht zu überbieten ist vor allem die Deutsche Bahn. *„Weil die Gewerkschaft eine Leiharbeitergenossenschaft gegründet hat, sieht die Bahn schwere Interessenskonflikte. Vor einem hessischen Gericht will das Verkehrsunternehmen nun klären lassen, ob die GDL überhaupt Tarifverträge abschließen darf."* Das ist sicherlich überprüfenswert, aber doch bitte nicht im laufenden Tarifkonflikt.

Anstatt sich den Forderungen der GDL anzunähern, geht die Bahn auf Konfrontationskurs. Ab dem 8. Januar könnte es längere Streiks geben. Bislang ist nichts darüber zu hören. Auch nicht, ob es Bewegung in den Verhandlungen gibt.

Vorsorglich teilt der VBB mit: *„Aufgrund von Streiks und Demonstrationen kann es am 08.01.2024 im gesamten Verbundgebiet zu Beeinträchtigungen im Linienverkehr kommen. Sollten weitere Informationen bekannt werden, stellen wir diese zur Verfügung."*

„Die GDL will etwaige längere Arbeitskämpfe mindestens 48 Stunden vorher ankündigen.", meldet der **Münchner Merkur**. Wer also in der nächsten Woche verreisen will, sollte mit der Buchung noch bis zum Samstag warten.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

39) „Energiewende“ schafft neue kriminelle Nischen – Wärmepumpen-Diebstähle boomen

04. 01. 2024

Quelle: Youtube, Screenshot ZDF

Wirtschaftsminister Habecks „irrwitziges“ Heizungsgesetz im Sinne der „ampelgeforderten“ Energiewende treibt nun seit geraumer Zeit „kriminelle Blüten“.

Vermehrter (erzwungener) Einbau von Wärmepumpen führt nun sogar zu deren zunehmenden Diebstahl, wie auch von *merkur.de* berichtet wird.

„Notlösung“ Diebstahl oder neuer „Geschäftszweig?

Auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt führt die hochgepriesene Energie-Wende und das, regierungsseitig dafür erlassene „Heizungsgesetz“ zum vermehrten Einbau von teuren Wärmepumpen. Diese kostenintensiven Geräte sind nun aber auch für Diebe zunehmend interessant geworden.

Am Häufigsten werden solche Geräte jüngst von Baustellen oder aus Neubauten gestohlen, wie ein Sprecher des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt (LKA) auf Anfrage der *Deutschen Presse-Agentur* (*dpa*) erklärte.

Laut *dpa* seien im Vorjahr 15 Diebstähle von Wärmepumpen registriert worden. Im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits neun. Die Schadenssumme bewege sich im unteren sechsstelligen Bereich.

Diebe gehen besonders dreist vor

In Sachsen, im Landkreis Bautzen beispielsweise wurde im Vorjahr eine Anlage im Wert von 7800 Euro von einem Grundstück gestohlen. In diesem Jahr wurden bis Ende November zwei Fälle registriert, wie das LKA erklärte. Im Landkreis Nordsachsen brachen Unbekannte in den verschlossenen, unbewohnten Rohbau eines Eigenheimes ein und entwendeten eine bereits installierte Wärmepumpe, Rohrleitung, Hydraulikgerät sowie das

Außengerät im Gesamtwert von etwa 10 000 Euro. Im Landkreis Leipzig wurde auf einem, mit einem Bauzaun gesichertes Baustellengelände, eine etwa 350 Kilogramm schwere Wärmepumpe dreist gestohlen.

Alleine in Magdeburg wurden in den beiden vergangenen Jahren sechs Fälle registriert, betonte ein LKA-Sprecher. Es handele sich zwar (noch) nicht um ein Massenphänomen, ein Anstieg der Fälle sei aber zu erwarten, weil es einen Absatzmarkt für die teuren Geräte gebe. Es gehöre jedoch eine große kriminelle Energie dazu, weil die Täter zum Abtransport der schweren Geräte auch ein geeignetes Fahrzeug benötigten.

Erneute „Ratschläge von Experten“

Kriminalexperten raten nun, das Baugelände so gut wie möglich mit Zäunen zu sichern und nach Möglichkeit Video- und Alarmanlagen zu installieren. Zudem sollte die Individualnummer der Geräte notiert werden. „Verankern Sie die Wärmepumpe mit Eisenstangen im und am Betonsockel mit Abreißmuttern oder Einschlagkugeln für Innensechskantschrauben oder verschweißen Sie die Muttern“, dies rät der Sprecher des LKA-Sachsen. Zudem sollte geprüft werden, ob der Diebstahl einer Wärmepumpe von der Versicherung abgedeckt ist.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Deutsches Fernsehen: Tödliche Abgänge. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-03 3. Januar 2024 49. Jahrgang

Tödliche Abgänge

Warum lässt man die Kriminalkommissare, vor allem die Kommissarinnen, nicht einfach in den wohlverdienten Ruhestand gehen oder auf eine andere, besser dotierte Stelle wechseln. Warum müssen sie so häufig als Leiche vom Bildschirm verschwinden.

„*Der Alte*" **Richard Voss**, (**Jan-Gregor Kremp**) hörte nach zehn Jahren einfach auf und zog nach Italien, wohin er die Gerichtmedizinerin mitnahm. Zuvor jedoch musste sein Kollege **Tom Kupfer** (**Ludwig Blochberger**) im Dienst erschossen werden. Auch der erste „*Alte*", **Erwin Köster** (**Siegfried Lowitz**, ließ sich in der 100sten Folge aus der Serie hinausschießen. Besonders spektakulär war das Ende von **Nina Rubin** (**Meret Becker**) im Berliner „*Tatort*", sie starb im Kugelhagel der Russenmafia.

Auch **Martina Bönisch** (**Anna Schudt**) überlebte nicht ihren dreizehnten Tatort aus Dortmund. Besonders unschön war der Abgang von Kriminaloberkommissarin **Nadeshda Krusenstern** (**Friederike Kempter**) im Münsteraner „*Tatort*". Sie wurde in der Impro-Crossover-Folge „*Tatort: Das Team*", die am Neujahrstag 2020 ausgestrahlt wurde, ermordet. In der Folge trat NRW-Ministerpräsident **Armin Laschet** (**Armin Laschet**) auf. Kein Grund, sich gleich umbringen zu lassen. Die Liste der im Dienst umgekommenen TV-Gesetzeshüter ließe sich fortsetzen.

Früher, als alles besser war, war der „*Tatort*" das monatliche Highlight im Fernsehen. Da kannte man alle Kommissare bei ihren Namen, was heute wegen der Fülle der Einsatzkräfte kaum noch möglich ist. Kam der „*Tatort*" aus Kiel, konnte man sich auf Kommissar Finke (**Klaus Schwarzkopf**), dessen Vorname nie genannt wurde, verlassen. In Essen ermittele **Heinz Haferkamp** (**Hansjörg Felmy**) und **Paul Stöver** (**Manfred Krug**) und **Peter Brockmüller** (**Charles Brauer**) meldeten sich aus Hamburg mit einem Liedchen am jeweiligen Ende einer Folge. Ein etwas anderer Kommissar war **Horst Schimanski** (**Götz George**) aus Duisburg. Und als der „*Tatort*" dann schon fast jeden Sonntag lief und die Geschichten und die Protagonisten immer beliebiger wurden, konnte man im Münsteraner „*Tatort*" mit **Frank Thiel** (**Axel Prahl**) und **Prof. Karl-Friedrich Boerne** (**Jans Josef Liefers**) in der Gerichtsmedizin auch mal lachen.

Eigentlich wollte ich mir den „*Tatort*" aus Hamburg am 1. Januar nicht ansehen, weil ich sonst nur nach Münster blicke. Ich zeichnete ihn auf und schaute dann doch, weil werbewirksam ein Abgang angekündigt wurde. **Julia Grosz** (**Franziska Weisz**). Nach 13 Folgen sei „*ihre Figur auserzählt*", vermeldete NDR-Fiction-Chef **Christian Granderath**.

Geboten wurde eine düstere verworrene Familien-Geschichte, in der alle gesellschaftlichen Probleme untergebracht wurden, bis hin zu einem rassistisch motivierten Brandanschlag auf ein Jugendzentrum. Grosz und ihr Kollege **Thorsten Falke** (**Wotan Wilke Möhring**) lösten natürlich den Fall. Streckenweise konnte ich den Dialogen nicht folgen, weil Herr Möhring halbe Sätze weg nuschelte.

Am Ende sollte in einer Hamburger Kneipe gefeiert werden. Falke war auf dem Weg dorthin, Grosz wartete vor der Tür, half einem Mann, der in Streit mit anderen geraten war, und als sie ihm aufhalf, rammte er ihr unvermittelt sein Messer in den Bauch. Es folge ein opernreifer Abgang, der nicht enden wollte. Und als Falke ankam, war sie tot. Unschön und überflüssig. Was soll das? Früher gab es nur Kommissare, bis dann auch Kommissarinnen folgten, die dann allerdings regelmäßig umgebracht werden.

Wer könnte die nächste sein? Schon am 7. Januar, im Ludwigshafener Fall „*Avatar*" wird **Lena Odenthal** (**Ulrike Folkerts**) zum letzten Mal ermitteln. Überlebt sie? Am 11. Februar folgt dann schon der nächste Abschied. In der Folge „*Geisterfahrt*" wird **Charlotte Lindholm** (**Maria Furtwängler**) zum letzten Mal in Göttingen ermitteln. Tot oder lebendig? Auch Männer sind betroffen, am 18. Februar ist **Jan Pawlak** (**Rick Okon**) das letzte Mal aus Dortmund zu sehen. Die Taktik der „*Tatort*"-Macher ist durchsichtig. Man schaut sich die Folgen nur noch an, um zu sehen, wer überlebt und wer nicht.

Auch 2025 geht's mit den Abschieden weiter. Nürnberg: **Paula Ringelhahn** (**Dagmar Manzel**). Frankfurt: **Anna Jannecke** (**Margarite Broich**) und **Paul Brix** (**Wolfram Koch**) sterben vielleicht gemeinsam, oder auch nicht. Kiel: **Klaus Borowski** (**Axel Milberg**). Dresden: **Karin Gornick** (**Karin Hanczewski**). „*Und dann sind da ja noch die Kölner Ermittler* ***Freddy Schenk*** *(****Dietmar Bär****) und* ***Max Ballauf*** *(****Klaus J. Behrend****), die zielgerade aufs Rentenalter zusteuern, und die Münchner* ***Franz Leitmayr*** *(****Udo Wachtveitl****) und* ***Ivo Batic*** *(****Miroslav Nemec****), die längst drüber sind und schon bekundet haben, dass sie nicht ewig weitermachen können.*" Ist vielleicht sogar die Geschichte des „*Tatorts*" auserzählt?

Ed Koch

(Quellen: Berliner Morgenpost, stern, Wikipedia)

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

41) An die „Ampel“: Reißt Euch endlich zusammen. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-02 2. Januar 2024 49. Jahrgang

Reißt Euch endlich zusammen

Angesichts ihrer Umfragewerte müssten SPD, Grüne und FDP endlich begriffen haben, dass ihnen nur eine Überlebenschance bleibt, nämlich ordentlich zusammenzuarbeiten und der Opposition nicht ständig die Arbeit wegzunehmen. Natürlich kann nicht zusammenwachsen, was nicht zusammengehört. Jede Ampelpartei hat, eigenen Angaben zufolge, ihr eigenes Profi, ihre eigene Klientel, und diese will auch bedient werden und ist ungehalten, wenn die Kluft zwischen Wahlprogramm und Regierungshandeln immer größer wird.

Mit der Farbenlehre kommen wir auch nicht weiter. *„Mischt man rot-gelb-grün aus Licht, bekommt man weiß. Mischt man Tuschkastenfarben, bekommt man irgendwann eine umbrafarbene Suppe.“* Diese Farbe nennt man auch *„Erdbraun, Römischbraun oder Sepiabraun.“* Braun will ja nun wirklich keiner haben, zumal Braun schon hinter dem AfD-Blau steckt.

Am 21. oder 28. September 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. In Berlin darf am 11. Februar in 455 von 2.256 Wahlbezirken schon mal geübt werden. **Friedrich Merz** möchte so schnell wie möglich Neuwahlen herbeiführen, sieht er doch jetzt seine Chance, Bundeskanzler zu werden. Vor allem, nachdem sich auch **Alexander Dobrindt**, Statthalter von **Markus Söder** im Bundestag, für Merz ausgesprochen hat. Die Union liegt nach der aktuellen **INSA**-Umfrage vom 31.12.2023 bei 32 Prozent, die AfD bei 23. Die Ampel-Parteien kommen auf denselben Wert wie die Union (SPD 15, Grüne zwölf, FDP fünf Prozent).

Der CDU-Chef könnte munter weitermachen beim Beschimpfen der Ampel, sollte aber nicht vergessen, dass er eine oder sogar zwei Farben aus der Ampel bräuchte, um eine Mehrheit im Bundestag zu bekommen.

Bei der FDP, deren Verbleib im nächsten Bundestag ungewiss ist, haben sich 26.058 der rund 72.100 Parteimitglieder an der Abstimmung über einen Verbleib in der Regierung beteiligt, das sind gerade mal 36 Prozent! Dieses Desinteresse ist doch beschämend. Und von diesen mageren 36 Prozent haben sich 52,24 Prozent für den Verbleib ausgesprochen, also 13.613 von 72.100 Mitgliedern, knapp 19 Prozent. So etwas nennt man in FDP-Kreisen eine solide Basis. Vielleicht haben sich deshalb so wenige an der Abstimmung beteiligt, weil Parteichef **Christian Lindner** schon im Voraus erklärt hat, dass das Mitgliedervotum keine praktischen Folgen hat. Lindner zitierte aus der Satzung: *„Die Organe der Partei sind in ihrer Willensbildung nicht an das Ergebnis der Mitgliederbefragung gebunden.“* Wenn Abstimmungen nichts bewirken, muss man sich an so einer scheindemokratischen Aktion auch nicht beteiligen. Das Ergebnis taugt nicht einmal als Stimmungsbild.

Offenbar noch in Silvesterstimmung zeigt sich FDP-Vize **Wolfgang Kubicki** *„zufrieden mit dem Ausgang der Mitgliederbefragung.“ „Es ist ein gutes Ergebnis, denn es zeigt sowohl den Willen zum Verbleib in der Ampel als auch den Veränderungswillen. Ich bin froh und dankbar, dass eine solche Befragung in meiner Partei möglich ist.“*, erklärte gestern Kubicki der Deutschen Presseagentur.

Das Sturm erprobte Nordlicht Kubicki glaubt sogar, dass dieses Ergebnis der Partei *„Rückenstärkung für einen selbstbewussten Kurs innerhalb und mit der Ampel“* gibt. Da muss man schon sehr lange im Wind gestanden haben, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. FDP-Generalsekretär **Bijan Djir-Sarai** bezeichnet das Ergebnis als *„ein starkes Ergebnis“ und sieht darin auch eine „Rückenstärkung der FDP-Führung“. Dieses Ergebnis wird auch die FDP insgesamt als Partei stärken.* Der Generalsekretär behauptet tatsächlich, dass *„die überwiegende Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder wolle, dass die FDP weiter Verantwortung übernehme.“* Gibt es eigentlich PISA-Untersuchungen auch für Erwachsene?

Djir-Sarai quatscht sich regelrecht besoffen bei der Auswertung des Ergebnisses. Die FDP sei *„eine echte Mitmachpartei“*. Keine andere Partei im Bundestag verfüge *„über so ein Instrument“*, mit dem Mitglieder befragt und ein Stimmungsbild zu einem bestimmten Thema eingeholt werden könne. Noch nie zuvor hätten sich *„so viele Mitglieder an so einem Prozess beteiligt“*. Wie bitte? *Quelle: ZDF*

Es mag sein, dass keine andere Partei über so ein *„Instrument“* verfüg, 2014 haben sich jedoch die Mitglieder der Berliner SPD dafür ausgesprochen, dass **Michael Müller** Regierender Bürgermeister werden soll (Beteiligung: 64,77 Prozent von 17.000 Mitgliedern) und 2018 haben alle SPD-Mitglieder einer Koalition mit der Union zugestimmt (Beteiligung: 78,4% von 463.722 Mitgliedern). Das, liebe Freunde der FPD, nenne ich *„Rückenstärkung“*.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

42) Bundesnetzagentur erklärt „Zeit der billigen Energie vorüber“

02. 01. 2024

Klaus Müller, Chef der deutschen Bundesnetz-Agentur erklärte zu Jahresende „die Deutschen hätten sich also damit anzufreunden, dass die Zeit der billigen Energie ein für alle Mal vorüber sei“.

Zumindest 120 Euro pro Jahr mehr

Das Preisniveau sei höher, und daran werde sich „so schnell nichts ändern“, erklärte Klaus Müller nüchtern, sodass ein durchschnittlicher Familienhaushalt dadurch wohl rund 120 Euro mehr Netzentgelt im Jahr zahlen wird müssen, wie auch *epoch times* berichtet.

Die Bundesnetzagentur also rechnet mit dauerhaft hohen Strompreisen. „Die Zeit der billigen Energie ist vorbei, jedenfalls solange wir noch große Mengen konventionell erzeugter Energie verbrauchen“, erklärte Agentur-Chef Klaus Müller gegenüber der *Rheinischen Post* (*RP*) am 27. Dezember.

Eigentlich seien die Großhandelspreise für Strom zwar verglichen mit 2022 „deutlich gefallen“, dennoch sei das Preisniveau höher als vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs und daran werde sich „so schnell nichts ändern“.

Verdoppelung von Netzentgelten

Zusätzlich fallen höhere Netzentgelte ab dem kommenden Jahr an. Die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, Transnet und 50Hertz hatten bereits Mitte Dezember mitgeteilt, dass die Netzentgelte von 3,12 Cent pro Kilowattstunde in diesem Jahr auf 6,43 Cent im nächsten Jahr steigen werden.

Der Grund dafür sei, dass ein, von der Bundesregierung zunächst zugesagter Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro, nun ohne eine Begründung zu nennen, nun doch nicht fließen wird.

Müller verteidigte freilich diese Sparbeschlüsse. Das sei eine „schwere Entscheidung für die Bundesregierung“ gewesen, es könne jedoch kein Geld eingespart werden, ohne dass das Auswirkungen habe, erklärte er getreu dem „Regierungs-O-Ton“ gegenüber der *RP* mit Verweis auf den „Haushaltsstreit“.

Müller gab dazu an, dass ein durchschnittlicher Familienhaushalt dadurch wohl rund 120 Euro mehr Netzentgelt im Jahr zahlen wird müssen.

Müller rechnet selbstredend auch damit, dass die Netzbetreiber die Kosten möglichst rasch an die Kunden weitergeben werden. „Früher oder später werden die Kosten bei allen Verbrauchern ankommen, unabhängig davon, wann die Änderungen umgesetzt werden“, erklärte er abschließend gegenüber der *RP*.

Es könne allerdings „hier und da“ zu Verzögerungen kommen, da einige Betreiber ihre IT nicht zum Jahresbeginn umstellen könnten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B e r l i n u n d L a n d B r a n d e n b u r g (Seiten E 76 – E 202)

01) Energetic Aperitivo ging in die nächste Runde. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 622-03 2. Februar 2024 49. Jahrgang

Energetic Aperitivo ging in die nächste Runde

Was im März 2023 bei **Scheider Electric** mit der ersten Ausgabe des *„Energetic Aperitivo"* begann und bei **Arcadis** und **Convex Energy** fortgesetzt wurde, ist inzwischen zu einem beliebten Format geworden, bei dem sich die Studierenden des TU-Campus-EUREF mit Unternehmen vernetzen können, die auf dem EUREF-Campus tätig sind.

Ende Januar fand die inzwischen fünfte Veranstaltung, diesmal in den Räumen von **Wilo**, statt. Wilo ist ein langjähriger Partner, vor allem auch beim EUREF-Talent-Campus in Berlin und Düsseldorf.

Eine entscheidende Rolle bei der Energieversorgung spielt Wilo auch auf dem EUREF-Campus in Düsseldorf. An das Grundstück grenzt ein Baggersee. Mit einer Studie wurde belegt, dass unterschiedliche Tiefen des Sees herangezogen werden können, um die Erwärmung beziehungsweise Kühlung der Gebäude auf dem Campus zu unterstützen. Mittels Wärmepumpen von Wilo können zu den entsprechenden Jahreszeiten Wärme und Kälte des Sees entnommen werden. Die Wärmepumpen werden mit Fotovoltaik betrieben. *„Somit haben wir ein autarkes System, das nur in sehr kalten Wintern auch noch auf ein Fernwärmeanschluss zurückgreifen kann"*, so EUREF-Chefarchitekt **Johannes Tücks**.

Den Firmensitz hat Wilo in Dortmund, und eigens von dort reiste der Director & Technical Advisor **Gero Böhmer** an, um den Studenten sein Unternehmen vorzustellen. Das Unternehmen wurde 1872 ursprünglich als Kupfer- und Messingwarenfabrik gegründet. Heute ist die Wilo SE ein Maschinenbauunternehmen, das vor allem Pumpensysteme für Anwendungen in der Gebäudetechnik, der Wasserwirtschaft, der Industrie und der Erstausrüsterbranche entwickelt und produziert. Der Firmenname ist aus den Initialen des Begründers **Wilhelm Opländer** abgeleitet.

Wilo beschäftigt weltweit rund 8.500 Mitarbeitende, davon über 2.600 in Deutschland, verteilt auf die Standorte Hof und Dortmund. Weiter unterhält Wilo weltweit 15 Hauptproduktionsstandorte und ist mit über 70 Produktions- und Vertriebsgesellschaften in mehr als 90 Ländern weltweit vertreten und erwirtschaftete 2022 einen Jahresumsatz von 1,9 Milliarden Euro.

Auf seiner Website stellt Wilo sein neuestes, außergewöhnliches Projekt vor, das in Dortmund entstehen wird: der Health Cube auf dem Wilopark, ein innovatives Gesundheitszentrum, das 2026 fertiggestellt sein wird. Das Konzept: Mit einem modernen Standort, einem ganzheitlichen medizinischen Ansatz und hochwertigen Behandlungen beheben ambulant tätige Hausärzte, Fachärzte und Therapeuten nicht nur akute Probleme, sondern fördern aktiv und langfristig die Gesundheit ihrer Patientinnen und Patienten. Möglich macht das ein umfangreiches Leistungsspektrum aus Di-agnostik und Therapie in Premiumqualität.

Wilo-Chef **Oliver Hermes** sendet aus Dortmund einen Weckruf an die Regierung in Berlin: *„Wir brauchen eine industriepolitische Wende!"*, *fordert er. „Wilo leistet heute und in Zukunft global einen wichtigen Beitrag, um die galoppierende Urbanisierung zu gestalten, der Energieknappheit und dem Wassermangel zu begegnen und den Klimawandel zu entschleunigen."*

Besonders interessant ist der Artikel: *„Sechs Fragen und Antworten zum Klimawandel"*, *in dem die Zusammenhänge und Unterschiede von Klima und Wetter erklärt werden, sowie der Beitrag des Menschen zum Klimawandel, die Ursachen und Folgen des Klimawandels, der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Globalisierung und die Auswirkungen des Klimawandels und die Zukunftsaussichten.*

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 622-03 2. Februar 2024 49. Jahrgang

Die Dringlichkeit des Klimawandels hat Wilo längst erkannt und darauf mit entscheidenden Maßnahmen reagiert. Bis 2025 will Wilo klimaneutral sein – auf dem Wilopark, der Firmenzentrale in Dortmund, ist das bereits heute der Fall, wie auch auf dem EU-REF Campus in Berlin und nach Fertigstellung dem in Düsseldorf. Wilos Ziel ist es, Vorreiter in der Industrie zu sein. „Das gelingt uns unter anderem durch hocheffiziente Pumpen, mit denen wir die eigenen CO_2-Emissionen bis 2025 auf 50 Millionen Tonnen reduzieren. Darüber hinaus zeigen wir unser Engagement für einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Planeten durch die Fokussierung auf nachhaltige Produktionsmethoden, das Recycling von Pumpen sowie die Entwicklung von energieeffizienten Produkten."

Die Studenten des TU-Campus-EUREF staunten nicht schlecht über die Möglichkeiten, die Wilo vielleicht auch für sie nach einem abgeschlossenem Studium eröffnet.

Ed Koch
(auch Fotos)

www.wilo.com

Quellen: Wilo, Wikipedia

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

02) Gasometer EUREF-Campus - Pünktliche Übergabe an Deutsche Bahn

paperpress
seit 1976
Nr. 622-02 1. Februar 2024 49. Jahrgang

Pünktliche Übergabe

Foto: Frank Schubert

Der Innenausbau des Gasometers war das finale Bauvorhaben auf dem **EUREF-Campus** Berlin. Gestern wurden die 28.000 Quadratmeter Bürofläche pünktlich an die **Deutsche Bahn** übergeben. Die Deutsche Bahn wird in den kommenden Wochen mit bis zu 2.000 Mitarbeitenden in das Gebäude einziehen und von hier aus die Digitalisierung der Schiene vorantreiben.

*Foto: **Reinhard Müller** und **Bettina Held** von DB-Immobilien, unterzeichnen das Übergabeprotokoll.*

Die Neugestaltung des Gasometers orientierte sich an dem historischen Bild des im Inneren des Gerüsts auf- und abfahrenden Teleskopbehälter des Niederdruckgasbehälters. Das graue, historische Stahlgerüst fungiert nun, mit einem Respektabstand von einem Meter, als Rahmen für den runden Neubau. Es ist damit in seiner Pracht erhalten und sichtbar geblieben und wurde zeitgleich zum Bau denkmalgerecht in Stand gesetzt.

Der grüne Stahlmantel, also der untere Teil des Gasometers, wird wieder zum Konferenzbereich, also zum Forum des EUREF-Campus. Dieser wird am 24. und 25. Juni 2024 mit dem Tag der Industrie, der Zukunftskonferenz des BDI, eröffnet. In der oberen Etage entsteht hinter der Stahl-Glas-Fassade Raum für Präsentationen und Events sowie eine Dachterrasse – inklusive Blick über Berlin aus rund 66 Metern Höhe. Mehr als 200 Millionen Euro hat das pünktlich übergebene Projekt gekostet.

Der EUREF-Campus:
Führender Standort der Energiewende

Der EUREF-Campus Berlin ist der führende Standort der Energiewende in Deutschland. Mehr als 150 Unternehmen, Start-ups sowie kleine und mittelständische Firmen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sind auf dem 5,5 Hektar großen Gelände ansässig und arbeiten mit ihren rund 5.000 Beschäftigten an den Themen der Zukunft wie Energiemanagement, Mobilität und Klimaschutz. Neueste Technologien werden hier entwickelt und ihr Einsatz erforscht. Als internationales Schaufenster der Energie- und Mobilitätswende erfüllt der EUREF-Campus bereits seit 2014 die CO_2-Klimaziele der Bundesregierung für das Jahr 2045. Zugleich ist der EUREF-Campus ein Referenzort für die Smart-City-Strategie des Landes Berlin.

2024 eröffnet die EUREF AG einen zweiten EUREF-Campus am ICE-Bahnhof Düsseldorf/Flughafen. Weitere Standorte in anderen Städten sind in Planung, so z.B. in Zürich und Hamburg.

Quelle: EUREF AG

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

03) Nachhaltig beein-druckt. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 622-01 1. Februar 2024 49. Jahrgang

Nachhaltig Beein-Druckt

„Nachhaltig beeindruckt" zeigte sich Tempelhof-Schönebergs Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** von seinem Besuch in der **PIEREG-Druckerei** in Marienfelde.

Bevor sich Bürgermeister **Jörn Oltmann**, **Katerina Tahawokh** von der Wirtschaftsberatung und **Saskia Schwermer** vom Quartiersmanagement, mit PIEREG Chef **Sven Regen** und Betriebsleiter **Sebastian Preißler** zu einem Gespräch zurückzogen, stellten sich alle erst einmal zum Gruppenfoto auf.

Zwanzig Minuten später, beim Rundgang durch die Druckerei, konnten dann alle schon das Erinnerungsplakat mit dem Foto in den Händen halten. Schneller geht's nicht.

Das Motto von PIEREG ist *„Aus Leidenschaft zum Druck."* *„Uns sind die Menschen wichtig; das bestätigen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir drucken aus absoluter Leidenschaft zum Handwerk und seinen perfekten Ergebnissen. Wir kümmern uns um ganzheitliches Arbeiten, Ausfallsicherheit und höchste Qualität, damit Sie auch in Zukunft mit einer zuverlässigen Druckerei zusammenarbeiten können. Und wir nehmen die Verantwortung für unser aller Zukunft und der folgenden Generationen sehr ernst, was seit Neuestem in unserer Zertifizierung als Blaue Engel Druckerei Ausdruck fand. Das alles bestimmt unser unternehmerisches Handeln. Wer uns kennt, weiß, warum wir dem Druckhandwerk so leidenschaftlich zugetan sind."* sagt **Sven Regen**.

Pünktlich zum zwanzigjährigen Bestehen im Dezember 2023 wurde PIEREG mit dem *„Blauen Engel"*, dem Umweltzeichen, das seit 1978 für besonders umweltschonende Produkte und Dienstleistungen vergeben wird, ausgezeichnet. Stolz halten **Sven Regen** und **Sebastian Preißler** mit **Jörn Oltmann** die Urkunde in den Händen.

Für die Kinder im Bezirk gab es auch noch ein gewichtiges Geschenk, das **Jörn Oltmann** nicht im Kofferraum seines Wagens mitnehmen konnte: 3 x 200 kg zugeschnittenes Malpapier für drei Kindertagesstätten in Tempelhof-Schöneberg inklusive Anlieferung. Gerade in Zeiten, in denen Papier sehr teuer ist, dürfte dieses Geschenk in den Kitas und bei den Kindern sehr gut angenommen werden.

Impressum: paperpress – seit 1978 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 622-01 1. Februar 2024 49. Jahrgang

Beim Rundgang durch die Druckerei zeigten Sven Regen und Sebastian Preißler ihren Gästen alles, was sie zu bieten haben, und das ist nicht wenig. Denn, es gibt nichts, was PIEREG nicht drucken kann, bis hin zu einem fertig eingebundenen Buch.

Kein Weg führt an PIEREG vorbei, wenn es um nachhaltige Produktion geht. PIEREG, das sind 60 Mitarbeitende, die in drei Schichten an fünf Tagen an 15 Druckmaschinen auf dem 2.500 qm großen, eigenem Firmengelände, arbeiten.

Seit August 2021 liefert eine Photovoltaikanlage auf dem Dach des Produktionsgebäudes bis zu 40 Prozent des täglichen Strombedarfs.

Für PIEREG beginnt Nachhaltigkeit mit der Entscheidung, heute nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben zu wollen. Daher verbindet das Unternehmen intelligentes Wirtschaften mit dem Schutz der natürlichen Umwelt und der sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter und ihre Familien. Und PIEREG freut sich über Kunden, die Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft übernehmen.

Im Sommer 2016 wurde der Vorgängerin von Bürgermeister Oltmann, **Angelika Schöttler**, eine besondere Ehre zuteil. Die neue Druckmaschine mit dem etwas sperrigen Namen *„manroland 704 3B Evolution"* wurde in *„Schöttler 704"* umbenannt und erfüllt noch heute ihre Dienste, während sich Frau Schöttler inzwischen im Ruhestand befindet.

Auf dem Foto der im Februar 2018 verstorbene Firmengründer **Erhard Pietsch**, der das PIE im Firmennamen beisteuerte, und sein Geschäftspartner **Sven Regen**, der die Buchstaben REG hinzufügte.

Drucker unter sich. Im August 2019 besuchte der damalige Regierende Bürgermeister und gelernte Drucker **Michael Müller** die Druckerei in Marienfelde.

Ein einem Artikel über PIEREG darf das außerordentliche soziale Engagement nicht vergessen werden. Von der Unterstützung eines Vereins für Waisenkinder, über Sportvereine bis hin zum ROCKTREFF und Spielfest in Mariendorf, PIEREG ist dabei und unterstützt nach Kräften. Und immer steht die Nachhaltigkeit im Vordergrund.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Fotos: Michael Fuchs / Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

04) Kultur hautnah erleben. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-32 31. Januar 2024 49. Jahrgang

Kultur hautnah erleben

Foto: Peter von der ufaFabrik

Ja, das Geld ist knapp, und niemand weiß, wie die nächste Heizkostenabrechnung aussehen wird. Horrorzahlen werden in den Medien verbreitet. Dennoch: Man kann nicht mit abgestellter Heizung, eingewickelt in dicken Decken nur noch vor dem Fernseher sitzen. Gehen Sie ins Theater, schauen Sie sich die tollen Programme an, die Berlin, vor allem auch unterhalb der hochsubventionierten Kultur zu bieten hat.

In der ***ufa*Fabrik**, wo sich der Kabarettist und Chef der Stachelschweine **Frank Lüdecke** mit **Ed Koch** und **Juppy Becher** traf, gibt es nicht nur Apfelstrudel mit Sahne und Eis für 6,50 Euro, sondern auch Kultur satt. Nach der Januar-Pause geht's jetzt wieder los am Teltowkanal.

Schauen Sie bitte in den Spielplan:

https://www.ufafabrik.de/de/spielplan.html?month=2024-02

So ist zum Beispiel **Sebastian Krumbiegel** am Samstag, dem 17. Februar 2024, um 20:00 Uhr, zu Gast. Ein Mann am Klavier...ein Sänger...ja, eine Legende! Sebastian Krumbiegel ist einer der berühmtesten deutschen Musiker. Mit den „*Prinzen*" füllt er mühelos Arenen und Hallen, er ist Autor und Interpret zahlloser Hits. Eine beispiellose Karriere. Doch abseits der ganz großen Bühnen gibt es noch den anderen Sebastian Krumbiegel: Den Chansonier, den Pianisten, den Solisten. In seinem über zweistündigen Soloprogramm spielt und singt Sebastian Krumbiegel eigene, bekannte und unbekannte Songs, gewürzt mit Coverversionen etwa von **Rio Reiser** oder **Udo Lindenberg**. Er erzählt Geschichten aus dem Leben im Allgemeinen und aus seinem Leben im Speziellen. **Sebastian Krumbiegel** solo ist authentisch, humorvoll und vor allem mitreißend!

Foto: Markus Hauschild

Kriminell geht es am Donnerstag, dem 22. Februar 2024, ab 20:00 Uhr zu. Es ist wohl die Rolle seines Lebens, die **Roland Jankowsky** seit 24 Jahren in der beliebten ZDF-Krimireihe **Wilsberg** spielt - die des etwas schrägen Kommissars Overbeck, der zwar keinen Vornamen hat, dafür jedoch mutig von einem zum nächsten Fettnäpfchen stapft. Seine Rolle hat mittlerweile Kultstatus. Vor drei Jahren wählten ihn die Fernsehzuschauer zum „Coolsten TV-Kommissar Deutschlands 2018".

In mittlerweile sechs Programmen liest Jankowsky stets Kurzgeschichten verschiedener Autoren, die durch überraschende Wendungen, Wortwitz und groteske Situationen gekennzeichnet sind und unerwartet enden. Jankowsky ist ein exzellenter Vorleser.

Ein grandioses Programm bieten auch **Die Stachelschweine**, Berlins Traditionskabarett:

https://diestachelschweine.de/

Wie sagte ein Nachfolger **Willy Brandts**, ein Mann namens **Kai Wegner**: „Berlin gehört in die Top 3 der Welt!". Daher: Lokale Visionäre aus Berlin planen jetzt den großen Coup! Woran bislang Amerikaner und Russen scheiterten, auch Chinesen und Inder sowie zuletzt Elon Musk: Unter der Leitung eines ehemaligen BVG-Koordinators soll der Mars besiedelt werden!

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierog.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-32 31. Januar 2024 49. Jahrgang

Die Berlinonauten: Per Los ausgewählt. Die Rakete: Mit Wärmepumpe. Das Ziel: Eine Marskommune 1 ohne Diskriminierung, ohne Ausbeutung und endlich bezahlbarer Wohnraum! Ein kühnes Projekt. Bei dem am Ende hoch ambitionierte Politiker auf Berliner Klimaschützer, extrovertierte Künstler und philosophierende Kleingärtner treffen. Aber auch ausländische Geheimdienste werden auf den Plan gerufen. Wird Mastermind **Franziska Giffey** in die Geschichte eingehen? Und wie reagieren die Bayern auf Überlegungen des Berliner Senats, die 50 Milliarden Projektkosten über den Länderfinanzausgleich zu finanzieren?

Die nächsten Termine im Februar: 1., 2., 11., 12., 13., 19., jeweils um 20:00 Uhr.

Foto: Dirk Dehmel

Mit zwei Vorpremieren startet **Frank Lüdecke** am 3. und 29. März sein neues Programm „*Träumt Weiter!*" Weitere Vorführungen folgen im April.

Benötigen Sie betreutes Denken? Wunderbar! **Frank Lüdecke** hat so lange über diese Welt nachgedacht, sie können seine Meinung einfach getrost übernehmen. Das ist praktisch. Gerade in dieser verwirrenden, unübersichtlichen Zeit. In der viele verunsichert sind: Darf man heute noch mit Menschen reden, die eine andere Meinung vertreten? Und warum ist die richtige Meinung bei den anderen so selten anzutreffen? Die Politik macht es uns auch nicht einfach. Wenn die Regierung fast 30 verschiedene Sondervermögen hat – sind wir dann überhaupt noch verschuldet? Warum setzen wir wieder aufs Militär, wollen aber gleichzeitig die Bundesjugendspiele abschaffen?

Und dann noch KI: Wer gewinnt den Wettlauf zwischen künstlicher Intelligenz und natürlicher Dummheit? Noch steht es nicht fest. Aber es gibt erste Anzeichen: Behörden sind nicht erreichbar, weil die Bürger keine Faxgeräte mehr besitzen. Schüler haben Mühe, Buchstaben zu entziffern, obwohl die Lehrer regelmäßig Lernzielkontrollgesprächsprotokolle schreiben. Was läuft da schief?

Frank Lüdecke durchforstet unsere chaotische Lebenslandschaft gewohnt aktuell und überraschend und scheut sich nicht, zwei kurzweilige Stunden lang Politik, Philosophie und Witz scharfsinnig miteinander zu verknüpfen. Musik gibt es auch, wie immer. Am Ende seiner Analyse hat er eine gute und eine schlechte Nachricht für Sie. Die schlechte: Er weiß es selbst nicht so genau. Die gute: Er bleibt trotz aller Widrigkeiten optimistisch. Und rät: „*Träumt weiter!*".

Auch für **Arnulf Ratings „Blauen Montag"** gib es noch Tickets. Die nächste Show findet am 5. Februar 2024 bei den Wühlmäusen am Theo statt.

http://www.der-blaue-montag.de/

Die folgenden Termine sind am 3. Juni 2024, 7. Oktober 2024 und am 2. Dezember 2024.

Auch **Lüül** ist wieder am Start. Freitag, 9. Februar 2024, 20:00 Uhr, Lüül & Band - Der stille Tanz, Kulturhaus Spandau, Mauerstraße 6 13597 Berlin

https://luul.de/concerts/

Der umtriebige Berliner Musiker hat ein neues, wunderbares, abwechslungsreiches Album im Gepäck: *Der Stille Tanz*. Darin reflektiert er die letzten zwei Jahre auf die ihm eigene Art und zieht darin einen musikalischen und textlichen Bogen seines ereignisreichen Lebens.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-32 31. Januar 2024 49. Jahrgang

Seit fünfzig Jahren wandelt Lüül zwischen Krautrock (Ash Ra Tempel), wunderbarer Weltmusik (17 Hippies) und modernem Liederschreiben. Seine Stimme ist markant, seine Kompositionen sind nie beliebig und immer herausragend interpretiert von einer fantastischen Band, mal poetisch, mal bissig die Texte. So entfalten Lüüls Songs musikalische Vielfalt und mitreißenden Charme, eigenwillig und authentisch, und mit Berliner Chuzpe präsentiert. Souverän gelingt Lüül & Band der Spagat zwischen Tiefgang und Humor, Alltags-Wahnsinn und bewegenden Momenten. Das ist vor allem gute Unterhaltung!

Kartentelefon: 030 – 333 40 22

Foto: Malene

Zum Frühlingsanfang am 20. März 2024 können wir wieder **Klaus Hoffmann** und **Hawo Bleich** in der Bar jeder Vernunft erleben. Sie stellen das neue Programm *„Flügel"* vor.

Termine: 20., 21., 22. und 23.03. um 20:00 Uhr, und am 24.03. um 19:00 Uhr.

https://www.bar-jeder-vernunft.de/de/programm/programmuebersicht/klaus-hoffmann-fluegel.html

50 Jahre Bühnenarbeit als Schauspieler und Chansonnier. **Klaus Hoffmann** veröffentlichte am 17. November 2023 sein 50. Album „Flügel" und geht damit auf Deutschlandreise.

Auf seinem Album klingt Klaus Hoffmann so frisch wie nie und bleibt sich doch selbst treu. 14 neue Lieder hat der Berliner Liedermacher und Sänger dafür komponiert und getextet und mit seiner fabelhaften Band eingespielt. Dabei erweist er sich einmal mehr als großer Geschichtenerzähler und feinsinniger Beobachter unserer zunehmend verstörenden Gegenwart. Und jeder einzelne Song ist dabei so punktgenau und strahlend arrangiert, dass man nur sagen kann: Vorsicht, Suchtpotential!

In eine mit Bedacht angeordnete, fein ineinander verzahnte Dramaturgie der Songs taucht man ein mit dem Eröffnungssong *„So fängt es an"*. Ein Kosmos unterschiedlichster Gefühle, von beschwingter Melancholie über Trauer und Schmerz bis hin zu berührendem Glück und größter Liebe öffnet sich, gewandet in einen Mix aus Chanson, Jazz, Latin und Pop, der nuanciert mit immer neuen Klangfarben zu überraschen weiß. Man meint stets gleichsam deutsche Seelenschwere und die flirrende Wehmut irischer Folklore, aber auch mediterrane Leichtigkeit und französischen Charme zu hören.

In all seinen Liedern schimmert Liebe durch, Klaus Hoffmann ist ein großer Menschenfreund, ein Humanist im wahrsten Sinne. *„Egal, was uns im Leben widerfährt, retten kann uns alle nur die Liebe, denn sie gibt uns Halt und Zuversicht"*. Genauso wie die Lieder dieses neuen Albums mit ihrer Herzenssprache voller Poesie.

Auftritte wie Abende unter Freunden, mit einem lachenden und weinenden Auge, inmitten seines Publikums. Hoffmann, so scheint es, ist bei sich angekommen.

www.stille-musik.de

Ob Klaus Hoffmann am 20. März sein Lied „Frühling" singen wird, wissen wir nicht, hier schon mal eine Textprobe:

Frühling, Frühling, Frühling, erklingt's aus jedem Wald. Frühling, Frühling, Frühling, die Küche bleibt heute kalt, die Stadt erblüht in Grün, man kann schon vor Grün nichts mehr sehn, die Ämter erwachen, die Baustellen lachen und Schüler erblinden, das kommt von den Linden. Frühling, Frühling, Frühling, rauscht es in Kiez und Mark. Frühling, Frühling, Frühling, es lebe der Frühlingsquark.

In den Kneipen spielt man nicht Moll, man findet einander jetzt toll, es wird täglich heiter, die Cops denken schneller, Touristen erstarren vor Spatzen und Staren, es juckt in der Nase, es rammelt im Grase, der Himmel verwandelt sich Blau in Blau. Fortuna kommt nieder, die Bahn fährt auch wieder, es ist einfach nicht mehr so grau. Was noch lebt, das fühlt sich stark, ist das Wetter auch noch ein Graus, man zieht sich zum Ausgehen aus und setzt wieder Zeichen, zum Umgang mit Weibchen in hautengen Hosen und röhrenden Posen…

Schreiben Sie uns, ob Sie für eine der hier aufgeführten Veranstaltungen Karten haben möchten. Wir versuchen die Wünsche zu erfüllen, wie sich schon in den letzten Wochen viele Leserinnen und Leser über Ticktes freuen konnten.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

05) Dörfliche Idylle. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-27 27. Januar 2024 49. Jahrgang

Dörfliche Idylle

„Ich bin ein Berliner", sagen bestenfalls ausländische Staatsgäste. Oder, man bekennt sich, wenn man als Berliner außerhalb der Stadt unterwegs ist. Innerhalb der Stadt zählen allein die Ortsteile, Dörfer, Felder und Wiesen. Berlin besteht aus 434 Kiezen, 96 Stadtteilen und zwölf Bezirken. Niemand würde sagen, *„Ich bin Tempelhof-Schöneberger"*, Gott bewahre. Nein, man ist zum Beispiel Mariendorfer oder Marienfelder.

Ein Mitarbeiter des Jugendamtes stellte vor langer Zeit zwei Ortsteile des Bezirks einer amerikanischen Besuchergruppe vor und meinte, die Namen übersetzen zu müssen. Das war heiter: *„Mary in the Village"* und *„Mary in the Field"*. Zum Glück gibt es keine Übersetzungsmöglichkeiten ins Englische für Schöneberg, Friedenau, Tempelhof oder Lichtenrade.

Das Leben findet in den Kiezen statt. Besonders romantisch ist der Ortskern von Alt-Marienfelde. *Der alte Dorfanger hat sich bis heute erhalten können. Er wird durch die um 1220 oder 1240 erbaute Dorfkirche Marienfelde markiert. Diese ist das wahrscheinlich älteste erhaltene Bauwerk im Stadtgebiet von Berlin und eine der ältesten Feldsteinkirchen der Mittelmark. Der Dorfanger geht unmittelbar in den Gutspark Marienfelde über.* Über die Dorfgrenzen hinaus bekannt ist die Naturschutzstation der Naturwacht Berlin mit dem NaturRanger **Björn Lindner**.

Die ehemalige Feuerwache im Dorfkern hat der **TSV Marienfelde 1890 e.V.** 2009 saniert. Seitdem ist das Gebäude Sitz des Turn- und Sportverein mit ca. 1.100 Mitgliedern, davon knapp 500 Kinder und Jugendliche. Badminton, Motorsport, Tischtennis, Eltern-Kind/Kleinkinderturnen, Prellball, Turnen und Gesundheitssport, Handball, Teppichcurling und Volleyball sind die angebotenen Sportarten. Besonders spannend findet der unwissende Autor dieses Beitrages das Teppichcurling.

Die Regeln beim Teppichcurling entsprechen weitgehend denen beim Eisstockschießen – nur, dass das Eis fehlt. Stattdessen wird auf einem Spezialteppich gespielt, über den die 4,2 Kilogramm schweren Spiel-Steine (Curls) Richtung Zielkreis gleiten. Mit etwas Übung gelingt es, die Curls strategisch günstig zu platzieren. Haben wir das also auch geklärt.

Der Verein lässt es sich nicht nehmen, die Bezirksprominenz aus Politik und Sport zu einem Neujahrsempfang nach Alt-Marienfelde einzuladen. Zu den Gästen gehörte am heutigen Samstag auch Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**, der vom Vereinspräsidenten **Stefan Behrendt** herzlich begrüßt wurde.

Ebenfalls dabei Jugend- und Gesundheitsstadtrat **Oliver Schworck** sowie paperpress-Gründungsherausgeber **Peter Mertin**.

In seiner Begrüßung schlug der Vereinsvorsitzende Behrendt auch kritische Töne gegenüber dem Bezirksamt an. Der Neujahrsempfang wurde dann auch für ein hoffentlich versöhnliches Gespräch mit dem Sportamt genutzt. Möge das neue Jahr besser werden als das alte.

Unter den Gästen hielt **Oliver Schworck** als einziger das SPD-Fähnchen hoch, während die Grünen immerhin neben dem Bürgermeister auch mit der Vize-BVV-Vorsteherin **Martina Zander-Rade** vertreten waren, hingegen die CDU mit großem Aufgebot zeigte, wie sehr sie das Sportvereinsleben schätzt. Neben den Abgeordneten **Christian Zander** und **Scott Körber** war auch der Fraktionsvorsitzende **Patrick Liesener** und natürlich der Wahlkämpfer **Dr. Jan-Marco Luczak** anwesend, der sich am 11. Februar 2024 ein besseres Ergebnis erhofft als am 26. September 2021. *Fotos: Ed Koch*

Einer Stimme kann sich Luczak sicher sein, nämlich der seines Parteifreundes Mertin, in dessen Wahlbezirk in Mariendorf nachgewählt werden muss. Im Gegensatz zu Wahlkreisgewinner **Kevin Kühnert**, sind Plakate mit dem Konterfei von Luczak im Bezirk allgegenwärtig.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

06) Bildungssenatorin bildet sich weiter. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-26 27. Januar 2024 49. Jahrgang

Bildungssenatorin bildete sich weiter

Auch eine Bildungssenatorin lernt jeden Tag etwas dazu. Viel hinzulernen konnte Berlins Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, **Katharina Günther-Wünsch** bei ihrem gestrigen Besuch auf dem EUREF-Campus in Schöneberg.

Im letzten Jahr besuchten den Campus 257 Delegationen mit mehr als 5.000 Interessenten aus den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Politik, Verwaltung und Medien. Die Nachfrage nach Rundgängen über das Reallabor der Energiewende zu Füßen des Schöneberger Gasometers ist auch 2024 ungebrochen.

Am Eingang wurde sie von den EUREF-Vorständen **Karin Teichmann** und **Reinhard Müller begrüßt**. Auf der Baustelle des Gasometers herrscht Hochbetrieb. Die Arbeiten befinden sich auf der Zielgeraden, im Juni soll das Gebäude offiziell eröffnet werden. Mit der Senatorin ging es zuerst ganz nach oben auf die Aussichtsplattform, von der aus sich auch bei nebeligem Wetter wie an diesem Tag ein unvergleichlicher Ausblick auf die Stadt bietet.

Frau Günther-Wünsch war sichtbar beeindruckt. Innerhalb des neuen Gasometer Gebäudes ist es wohlig warm. Dafür sorgt **GASAG Solution Plus**, dessen Geschäftsführer **Gunnar Wilhelm** der Senatorin die Energiewerkstatt zeigte, von der aus der Campus mit Wärme und Kälte versorgt wird.

Anschließend ging es zu **Schneider Electric** mit seiner **zeeMobase** (zero emission energy and mobility base), dem Ort, an dem Mobilität und Energie zusammenlaufen und sowohl physisch als auch digital vernetzt werden. Strom wird mittels erneuerbarer Energie gewonnen, lokal gespeichert und in Mobilität umgesetzt.

Stefan Grund und **Gabriele van Laar-Rossa** stellten der Bildungssenatorin das Projekt vor. Frau van Laar-Rossa wies bei der Gelegenheit auf den großen Frauenanteil in der Führungs- und Beschäftigtenebene des weltweit tätigen Unternehmens hin und warb für mehr Frauen in technischen Ausbildungsberufen.

Schneider Electric unterstützt auch die universitären Aktivitäten des EUREF-Campus in Berlin und Düsseldorf. Die **TU-Campus EUREF gGmbH** ist ein An-Institut der Technischen Universität Berlin und seit

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-26 27. Januar 2024 49. Jahrgang

ihrer Gründung 2008 eine interdisziplinär vernetzte europäische Lehr-, Forschungs- und Beratungseinrichtung in dem Bereich *„Stadt und Energie"*. Inhaltlich fokussiert sie sich auf den Transformationsprozess von fossilen Energiekonzepten zu Konzepten, die auf regenerativer Energie basieren.

Dr. Jing Wu stellte der Senatorin die aktuellen Masterstudiengänge, die alle in Englisch abgehalten werden vor, *„Energy Management"* und *„Building Sustainability – Management Methods for Energy Efficiency"*, *„European and International Energy Law"* und *„Sustainable Mobility Management"*. Seit der Gründung haben hunderte von Studierende aus aller Welt ihre Abschluss-Urkunden ausgehändigt bekommen, die ein Schlüssel für gute Jobs in den jeweiligen Arbeitsbereichen sind.

Zum Schluss gab es noch eine Mutprobe bei **Garamantis**, den Experten für interaktive Showrooms, Multitouch-Tische, Virtual Reality, interaktive Projektionen oder immersive Räume. **Oliver Elias** und **Andreas Will** führten die Senatorin nicht aufs Glatteis, sondern auf einen Nachbau eines kleinen Teils des obersten Ringes des Gasometers, aus dem ein Laufsteg ins Freie ragt. Völlig ungefährlich, weil er sich auf dem Boden unterhalb des 80 Meter hohen Gasometers befindet. Durch eine spezielle Brille blickend, fühlt man sich, als stünde man ganz oben. Entsprechend vorsichtig sind die Bewegungen, um nicht abzustürzen. Der virtuelle Rundgang wird noch aufregend dadurch, dass man mit einem Netz umherfliegende Berliner Bären einfangen kann. Die Senatorin hat es gut überstanden.

Am Ende des Rundgangs antwortete sie auf die Frage, wie es ihr gefallen habe, mit einem vierfachen *„sehr gut!"* *„Ich komme wieder."* **Katharina Günther-Wünsch** hat aus ihrem Besuch auf dem EUREF-Campus gleich drei Anschlusstermine mitgenommen. So will sie zum Beispiel mit den Schulen nochmal über das Thema Energiewende sprechen, und was die Berufsorientierung betrifft, ebenso.

Der zweistündige Lernausflug nach Schöneberg hat sich also gelohnt und wird so nachhaltig sein, wie alles auf dem EUREF-Campus.

Ed Koch

Fotos: Frank Schubert / Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

07) Reformstau. Ein Abend mit Karl Lauterbach. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-25 26. Januar 2024 49. Jahrgang

Reformstau

Ein Abend mit Karl Lauterbach

In unregelmäßigen Abständen lädt **Michael Müller** prominente Persönlichkeiten zu einem Bürgergespräch in sein Wahlkreisbüro in Charlottenburg-Wilmersdorf ein. Am 25. Januar war Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** zu Gast.

In seinem einleitenden zwanzigminütigen Statement war zwölfmal der Begriff *„Reformstau"* zu hören. Am Beispiel des Gesundheitswesen, was auch für andere Bereiche zutrifft, scheint in den 16 Merkel-Jahren viel liegengeblieben zu sein, was SPD (2005-2009 und 2013-2021) und FDP (2009-2013) als zeitweilige Koalitionspartner offenbar nicht verhindern konnten.

„Schuldig gemacht" am Zustand des deutschen Gesundheitswesen haben sich alle Parteien, 15 Jahre lang die Union, 22 Jahre die SPD, vier die FDP und drei die Grünen. Der Reformstau hat sich also im Laufe der Jahre aufgebaut und Karl Lauterbach ist jetzt derjenige, der in abtragen muss, denn es gibt Probleme über Probleme.

Viele Gesetze, so Lauterbach, wurden in den letzten Jahren gemacht, ohne dass sie die Wirkung erzielt hätten, die sie hätten erzielen müssen. Nehmen wir nur die Digitalisierung. Lediglich ein Prozent der Bevölkerung hat eine digitale Patientenakte, und das seien, sagt der Minister, meistens Mitarbeitende der Krankenkassen.

Die Babyboomer aus den Jahren 1955 bis 1964 sind inzwischen 60 bis 65 Jahre alt. 60 Prozent von ihnen nehmen mindestens eine chronische Krankheit mit in den Ruhestand. Auch Pflegekräfte sind natürlich darunter, das heißt, in einer Zeit, in der wir mehr Personal brauche würden, gibt es immer weniger.

Rund 100 Gäste nahmen an der Diskussion teil.

Nächste Baustelle: Krankenhäuser. Ein schwer diskutiertes Thema. 30 Prozent der Betten stehen leer und wenn man das, was man auch ambulant machen könnte, ambulant und nicht im Krankenhaus machen würde, wäre jedes zweite Bett unbelegt. Trotz erheblicher Zuschüsse entstehen Defizite. Mit zwölf Milliarden Euro aus Steuermitteln musste den Krankenhäusern geholfen werden. 130 Insolvenzen habe es trotzdem schon gegeben und wenn keine Reform kommt, so Lauterbach, werde es eine noch viel größere Anzahl an Insolvenzen geben. Allein in NRW verursachen die Kliniken ein Defizit von 600 Millionen Euro, 400 in München, 300 in Berlin und 200 in Köln. Damit nicht genug der Probleme. In keinem anderen Land gibt es so viele Arzt-Patienten-Kontakte wie in Deutschland, nämlich eine Milliarde im Jahr. Fünfzehn bis siebzehnmal wird ein Patient bei seinem Arzt vorstellig. Muss das sein, darf man sich fragen und fragt sich auch der Gesundheitsminister. Trotz dieser vielen Arztkontakte ist die Lebenserwartung in Deutschland von allen westeuropäischen Ländern am geringsten.

Ein geradezu unwürdiger Bereich für ein Land wie Deutschland ist die Forschung. Die bürokratischen Hürden sind viel zu hoch, wie in anderen Bereichen auch. Schneller forschen geht beispielsweise in England und Spanien. Und was für ein Zeichen ist es, wenn ein Unternehmen wie **BioNTech** seine Tumorforschung nach England auslagert?

Über Rettungsdienste, Qualifikation von Pflegekräften und damit verbundene höhere Kompetenzen, Apotheken und Medikamente ließe sich auch viel

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-25 26. Januar 2024 49. Jahrgang

sagen. Lauterbach spricht die Themen an und sagt fast resignierend, *„vieles ist nicht angefasst worden"*, womit er nur seine Vorgänger meinen kann.

Dass Reformen notwendig sind, ist unbestritten, dennoch stößt jede Initiative auf Widerstand. Lauterbach sagt, dass er Streit darüber intern in der Ampel austrägt, denn außerhalb gebe es ja schon genug Ärger.

Im Publikum saß **Prof. Dr. Michael Abou-Dakn**, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe des St. Joseph-Krankenhauses in Tempelhof (*auf dem Foto neben **Michael Müller** und dessen Lebensgefährtin **Reyhan Sahin***) Über den regelmäßigen Kontakt zu ihm ist **Prof. Dr. Karl Lauterbach** sehr erfreut. Er sei immer dankbar und schätze es sehr, wenn er sich mit ihm austauschen könne und gut gemeinte, praktische und sehr wertvolle Ratschläge erhalte. Er sei immer gern mit Leuten in Kontakt, die sehr viel praktische Erfahrung haben und weniger mit welchen, die sich öffentlich mit ihm auseinandersetzten und seit langem kein Skalpell mehr in der Hand gehalten hätten.

Cherno Jobatey, der in dieser Woche durch einen flotten Spruch über den Sachsen **Claus Weselsky** in der ARD-Sendung *„Maischberger"* (*siehe Anmerkungen am Ende des Beitrages*), auffiel, erwähnte, dass ihm **Horst Seehofer** einmal erzählt habe, wie oft er bzw. sein Ministerium verklagt werde und fragte, ob das bei Lauterbach auch so sei. Dieser erwiderte, dass dies nicht sein Hauptproblem sei, sondern, mit Blick auf seine Personenschützer, etwas anderes.

Karl Lauterbach nahm sich noch 45 Minten Zeit, um mit dem Publikum zu diskutieren. Man gewinnt von einem Politiker immer einen anderen Eindruck, wenn man ihn live erlebt, als nur im Fernsehen. Bei Lauterbach war leicht zu erkennen, dass hier ein Politiker steht, der viel von dem versteht, was er sagt. In unser aller Interesse können wir nur hoffen, dass er es schafft, den Reformstau aufzulösen.

Wir alle sollten uns überlegen, ob wir wegen jedes Furzes, der uns quer im Enddarm hängt, gleich zum Hausarzt rennen müssen.

Ed Koch
Fotos: Ed Koch / Frank Schubert

Anmerkungen zu Maischberger. Die Sendung am 24. Januar 2024 begann mit einem angeblichen Zitat von **Claus Weselsky**. Dieser soll gesagt haben: *„Man muss das auch mal positiv sehen. Immerhin weiß man an der Streiktagen vorher, dass der Zug ausfällt und bemerkt es nicht erst am Bahnsteig, wie an den übrigen Tagen."* Als Quelle wurde **The Pioneer** genannt. Dieses Zitat wurde anschließend aus der Sendung mit dem Hinweis entfernt, dass es fälschlicherweise Weselsky zugeschrieben wurde. Die ARD entschuldigte sich dafür.

Man kann ja über **Claus Weselsky** denken, was man will, auch weiß man, dass er gern provoziert. So einen Spruch hätte er aber nicht abgelassen. **Cherno Jobatey** nahm den Ball mit dem angeblichen Zitat auf und gab ein Kurzgedicht zum Besten: *„Die ganze Welt dreht sich um eine Achse, in der Kurve sitzt ein Sachse!"* Durch das falsche Zitat aus dem *Pioneer* fiel auch der Spruch von Jobatey dem Schnitt zum Opfer, was ein bisschen schade ist.

Im Original lautet übrigens das Zitat: *„Die Erde dreht sich um die Achse, an der Kurbel sitzt ein Sachse."* Ein T-Shirt mit diesem Aufdruck hatte im August 2014 der damalige sächsische Ministerpräsident **Stanislaw Tillich** bei den *„Erdachsenschmierern"* in Pausa geschenkt bekommen. *Quelle: Facebook*

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

08) Ein Kasten Buntes. Preisverleihung für das „Stromkastenstyling“ 2023

paperpress
seit 1976
Nr. 621-24 24. Januar 2024 49. Jahrgang

Ein Kasten Buntes

Preisverleihung für das „Stromkastenstyling“ 2023

Die Sieger des Vorjahres stehen fest – Schulen aus Wedding, Reinickendorf, Neukölln, Friedrichshain, Treptow-Köpenick, Charlottenburg-Wilmersdorf und Marzahn-Hellersdorf unter den Gewinnern.

Kurz bevor das Schulprojekt „Stromkastenstyling“ für dieses Jahr Fahrt aufnimmt, wurden im Heizkraftwerk Moabit noch schnell die Gewinner des Vorjahres gekürt. Beim Stromkastenstyling verschönern Schülerinnen und Schüler Stromkästen und Trafostationen des Verteilungsnetzbetreibers Stromnetz Berlin in ihrem Kiez mit farbenfrohen Motiven.

Jährlich werden so aus rund 500 „grauen Kästen“ im Stadtbild kleine Kunstwerke. Etwa die Hälfte der insgesamt rund 16.500 Stromverteilerkästen von Stromnetz Berlin sind so in den letzten Jahren bereits bunt gestaltet worden. Nachdem die teilnehmenden Schulen im Rahmen von Projektwochen Kästen gestaltet haben, können sie diese zum Wettbewerb „Kreativster Stromkasten“ einreichen.

Zur traditionellen Preisverleihung, um die Gewinnerkästen des Jahres 2023 zu küren, erschienen auch in diesem Jahr wieder zahlreiche der beteiligten jungen Künstlerinnen und Künstler. Eine Jury hatte zuvor in den vier Kategorien „Projekte“, „Klassisch“, „Freestyle“ und „Trafostation“ die Siegermotive ausgewählt.

Nun wurden die Preise in Form von Gutscheinen für Aktivitäten, die die Schülerinnen und Schüler selbst auswählen können, übergeben.

Kategorie „Projekte“

1. Platz:
Reinhold-Otto-Grundschule (Charlottenburg)
Motiv „Action Rainbow-Inlineskater“ (siehe Foto)
2. Platz
Amtsfeld-Schule (Köpenick)
Motiv „Karnickelwiese“
2. Platz
Reinhold-Otto-Grundschule (Charlottenburg)
Motiv „Sugar Pie“
3. Platz
Amtsfeld-Schule (Köpenick)
Motiv „The big catch“
3. Platz
Reinhold-Otto-Grundschule (Charlottenburg)
Motiv „Fliegende Eule“

Moderator Gianluca von KissFM

Kategorie „Klassisch“

1. Platz
Lew-Tolstoi-Schule (Karlshorst)
Motiv „Mondkatze“ (Foto)

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-24 24. Januar 2024 49. Jahrgang

2. Platz
Grunewald-Schule (Charlottenburg-Wilmersdorf)
Motiv „Pinguin in Eislandschaft mit Polarlichtern"
2. Platz
Ernst-Habermann Grundschule (Wilmersdorf)
Motiv „Das leckere Sushi und der heuelende Wolf"
3. Platz
Emmy-Noether-Gymnasium (Treptow-Köpenick)
Motiv „Start in den Tag"

Kategorie „Freestyle"

Gewinner
Georg-Klingenberg-Schule (Marzahn-Hellersdorf)
Motiv „Familienausflug der Vögel"

Kategorie „Trafostation"

1. Platz
Schule am Bienwaldring (Neukölln)
Motiv „Ein Haus voller Schmetterlinge"
2. Platz
Schule im Zille-Park (Wedding)
Motiv „Im Dschungel"
3. Platz
Stötzner Schule (Reinickendorf)
Motiv „Tier im Wasser"

Der Publikumspreis für Stromkästen geht nach Friedrichshain. Nach mehrwöchiger Abstimmungsdauer, in der alle Berlinerinnen und Berliner auf Instagram sowie auf der Webseite von Stromnetz Berlin über den Publikumsliebling des Jahres 2023 mitentscheiden konnte, setzte sich hier das Motiv „Ein seltener Anblick" der Pettenkofer Grundschule aus Friedrichshain durch. Die Gewinnergruppe sammelte unter 3.000 Teilnehmern die meisten Stimmen und ging aus den 44 eingereichten Motiven als Sieger hervor.

Den Preis übergab Stromnetz-Geschäftsführer **Bernhard Büllmann** an zwei Schülerinnen der Pettenkofer Grundschule.

Zum Programm bei der Preisverleihung gehört auch traditionell das Live-Besprühen eines Stromkastens.

Weitere Informationen unter:
https://www.stromnetz.berlin/fur-berlin/stromkastenstyling/

Quelle: Stromnetz Berlin GmbH
Fotos Stromkästen: Stromnetz Berlin
Veranstaltungsfotos: Stageview/Stromnetz Berlin

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

09) Wo bitte, ist dieses Berlin? Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-23 24. Januar 2024 49. Jahrgang

Wo bitte, ist dieses Berlin?

WorldwideBerlin

„Die Lamas sind in Berlin das Wichtigste. In vielen Teilen Berlins gibt es keine Elektrizität." Dieses Berlin kann nicht gemeint sein. Auch nicht das in der kanadischen Provinz Nova Scotia am Atlantik. Dort markieren grüne Schilder den Anfang und das Ende der Ortsteile West Berlin und East Berlin. Da würden sich Nostalgiker besonders wohlfühlen.

100 Orte gibt es weltweit, die den Namen Berlin tragen, darunter auch dieses in Ohio mit der größten Amish Community. Auch in Maryland, El Salvador, Jamaika, Nevada und Costa Rica gibt es Berlins. All diese sind nicht gemeint. Es gibt nur ein Berlin, mit dem sich das Magazin *„Time Out"* beschäftigt hat. Und das ist unser Berlin, die deutsche Hauptstadt.

Das Magazin kürte unser Berlin zur drittbeliebtesten Stadt nach New York und Kapstadt. Hinter uns liegen London auf Platz 4 und Madrid auf Platz 5.

Sitzen Sie gut? Denn jetzt erfahren wir, warum unsere Stadt so beliebt ist. *„Vor allem die „Freundlichkeit der Berliner" und die gute Erkundung per Fahrrad machen die Stadt attraktiv für die Juroren. Im Wortlaut heißt es: „Was Berlin großartig macht: Berlin ist so viel mehr als seine Clubs, seine Galerien und sein Ruf als europäische Hauptstadt der Coolness. Die Stadt ist vielleicht nicht für ihre Freundlichkeit bekannt, aber die Berliner sind das Herz und die Seele der deutschen Hauptstadt. […] Die zwölf Bezirke sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht zu erreichen, aber auch mit einem gemieteten Fahrrad lässt sich die Stadt gut erkunden."*

Wer das Vergnügen hat, mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein zu müssen, kann jeden Tag die Freundlichkeit der Berliner, oder die, die sich dafür halten, genießen. Auch der Umgang unter anderen Verkehrsteilnehmern ist nichts für Zartbesaitete. Wer in Lichtenrade wohnt wird kaum bestätigen können, dass sein Ortsteil gut zu erreichen ist, und das nicht nur, wenn die S-Bahn streikt.

„Auch das Tempelhofer Feld als riesiger Park und die ‚scheinbar endlos weiten Grünflächen' werden von ‚Time Out' gelobt." Berlin ist aber auch eine Stadt, die sich ihres Sperrmülls auf den Straßen entledigt, anstatt ihn zur BSR zu bringen.

Grace Beard, „Time Out"-Reiseredakteurin: *„Jede Stadt, die es auf die Liste geschafft hat, wurde von den Locals hoch bewertet. In diesem Jahr sind die Top-Städte nicht nur unglaubliche Orte zum Besuchen und Ausgehen, mit Weltklasse-Restaurants, Kultur und Nachtleben, sondern auch großartige Orte zum Leben, mit starkem Spirit und einer unbestreitbaren Atmosphäre."*

Das Ranking erscheint jährlich. Befragt wurden tausende Stadtbewohner nach der Qualität und Erschwinglichkeit des Essens, der Kultur und des Nachtlebens in ihrer Stadt und danach, wie sie sich in ihrer Stadt fühlen. Quellen: Tagesspiegel / Time Out

Unter https://www.timeout.com/berlin finden Sie zahlreiche Anregungen, die die Attraktivität Berlins bestätigen. Die Berliner CDU wollte vor einiger Zeit die Vornamen derjenigen Tatverdächtigen wissen, die von der Polizei als deutsche Staatsbürger angegeben wurden. In Berlin Mitte wurden 2023 844 Geburten registriert. Favorisierte Namen bei den Mädchen Emilia, Mia, Charlotte und Emma und bei den Jungs Anton, Felix, Louis und Noah. Tja.

Ja, Berlin ist ne tolle Stadt, die einen aber auch auf die Nerven gehen kann. Wenn uns andere aber so positiv bewerten, sollten wir es klaglos hinnehmen, meint der gebürtige Berliner

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

10) KW 3 (= 1 5. bis 21.01.2024) – Die schönen Momente. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-21 21. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 3 – Die schönen Momente

Wenn man ein paar Tage lang nichts von der Auseinandersetzung zwischen DB und GDL gehört hat, kann das ein ebenso gutes wie schlechtes Zeichen sein. Nun hat die Bahn ein neues Angebot vorgelegt. Im Gegensatz zu dem vorherigen, das sofort einen Streik nach sich zog, will die Gewerkschaft das Angebot erst einmal bewerten. Die Forderungen der GDL decken sich noch längst nicht mit den Vorstellungen der Bahn.

Es ist Schlimmes zu befürchten, denn das Verhältnis zwischen den Kontrahenten ist denkbar schlecht, gegenseitige Beleidigungen sind an der Tagesordnung. Gewerkschaftsboss Weselsky nennt Bahnvorstand Seiler einen *„Schauspieler"* und Seiler wirft Weselsky vor, aufzustacheln und zu spalten. Einen Paartherapeuten lehnt Weselsky ab.

Aber, es gibt sie, die schönen Momente mit der Bahn, wenn man beispielsweise durch die Schneelandschaft im wohlig warmen Zug fährt und einen Tee trinkt. Ehrlicherweise muss ich zugeben, am letzten Sonntag auch Glück gehabt zu haben. Als vom Streik Betroffener war die Zugbindung entfallen und ich konnte frei wählen. Praktisch ist es, dass man auch nur Sitzplätze buchen kann. Sicherheitshalber tat ich das für zwei aufeinanderfolgende Züge, denn man weiß ja nie.

Auf dem Wege zum Bahnhof leuchtete der DB-Navigator auf und informierte mich über eine Verspätung von rund 15 Minuten wegen Reparaturarbeiten am Zug. Meistens enden diese Ankündigungen mit dem Wegfall der Verbindung. Kurz danach gab es eine weitere Mitteilung bezüglich des Alternativzuges, an dem auch noch rumgeschraubt werden musste. Letztendlich bin im Zug meiner ersten Wahl neun Minuten später in Hamburg angekommen, was ich als Reibungsverluste auf der Strecke bewerte und nicht als Verspätung. Der Alternativzug ist übrigens ausgefallen. Die Rückfahrt von Altona nach Südkreuz am Dienstag war *„just in time"*. Beim Blick auf mein Ticket sagte die Zugbegleiterin freundlich, *„Ach, Sie sind noch vom Streik übriggeblieben."*

Nun schaue ich ängstlich auf die ZDF-App, die mich stets zuverlässig mit allen aktuellen Meldungen versorgt und hoffe, nicht ohne ein gewisses Maß an Egoismus, darauf, dass die Bahn nicht am 5. Februar streikt, denn an diesem Tage möchte ich mir endlich einmal die Elbphilharmonie von innen anschauen und meinen Liebslings-Klavierspielern **Arthur** und **Lucas Jussen** lauschen.

Apropos lauschen.

Es gibt keinen Grund, sich ein Konzert von **André Rieu** und seinem **Johann-Strauß-Orchester** live anzuschauen, werden doch diese ständig im Fernsehen gezeigt. Sie können von mir denken, was Sie wollen, ich sehe sie immer wieder gern. Einmal aber wollte ich dann doch live dabei sein, zusammen mit 17.000 anderen in der **Mercedes-Benz-Arena**, die demnächst **Uber-Arena** heißen wird.

Da ich schon mein Sparbuch plündern musste, um mir das Ticket kaufen zu können, kam es auf die Taxifahrt dorthin nun auch nicht mehr an. Problemlos kann man herausfinden, was die Fahrt kosten wird. Ich habe auch mal bei **Uber** nachgeschaut. Es war nicht möglich, einen Preis zu erfahren, ohne sich vorher registrieren zu lassen, bis hin zur Bankverbindung, was ich natürlich nicht gemacht habe. Dann doch lieber mit einen Wagen der Taxi-Innung, da weiß man, was man hat.

Was wäre die Welt ohne Musik. Und ein Glück, dass die Geschmäcker der Publikümmer, wie man so

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-21 21. Januar 2024 49. Jahrgang

schön sagt, so unterschiedlich sind. Was Rieu mit seinen rund 60 Musikerinnen und Musikern, Sängerinnen und Sänger auf die Bühne bringt, ist von höchster Qualität. Den Spaß beim Musizieren, den dieses Ensemble hat, überträgt sich auf die Konzertbesucher, die im großen Zugaben-Block nichts mehr auf den Sitzen hält.

Dass ein Orchester, das den Namen des Walzerkönigs **Johann Strauß** trägt, den Klassiker *„An der schönen blauen Donau"* spielt, ist selbstverständlich. Vor der Bühne und in den Gängen tanzten die Menschen mit.

Im an Höhepunkten nicht gerade armen Programm bleibt vor allem der Auftritt der 15-jährigen **Emma Kok** im Gedächtnis. Das an der seltenen Krankheit Gastroparese leidende Mädchen (*links neben André Rieu*) verzauberte das Publikum mit ihrer außergewöhnlichen Stimme. Sie sang *„Voilá"*, mit dem **Barbara Pravi** 2021 für Frankreich den zweiten Platz des Eurovision Song Contests erreichte. *Fotos: Ed Koch*

„Seht her - Hört mir zu, mir, der werdenden Sängerin. Erzählt euren Liebenden, euren Freunden von mir. Erzählt ihnen von diesem Mädchen mit den schwarzen Augen und dem verrückten Traum.", heißt es in der Übersetzung des Liedtextes. Passender geht es nicht. Als zweiten Titel sang **Emma Kok** das Lied, mit dem 1982 **Nicole** für Deutschland den Song Contest gewann, *„Ein bisschen Frieden!"* In diesen Zeiten brauchen wir leider mehr als nur ein bisschen Frieden.

Es war ein großer Konzertabend in der ausverkauften Arena, voller wunderbarer Musik und Emotionen. Was man aus seinem Leben machen kann, wenn man sich richtig ernährt und Sport treibt, gab mir der Gleichaltrige **André Rieu** deutlich zu verstehen. Allein zwei Stunden auf der Bühne zu stehen, würde mich und die Bühne schon überfordern. Und dann springt und hüpft er noch im Takt umher. Schon vom Zuschauen taten mir die Knie weh.

Wenn man sich das Tourneeprogramm anschaut, findet man kaum Vergleichbares. Schon am 24. Januar geht es in Stuttgart weiter, 25. München, 26. Nürnberg, 27. Mannheim. Im Februar stehen Bahrain, Straßburg, Paris, Abu Dhabi, Athen und Sofia auf dem Reiseplan. Sechsmal tritt das Orchester im März in Mexiko-Stadt auf und reist danach weiter nach Liverpool und London, Danzig und Krakau. Für vier Konzerte wird die Bühne in Prag aufgebaut. Danach geht's nach Kopenhagen und Oslo.

Im Juli beginnt ein dreizehntägiges Heimspiel in Rieus Heimatstadt Maastricht, und spätestens dieses Konzert dürfte wieder im Fernsehen ausgestrahlt werden. Im November ist **André Rieu** mit seinem Orchester dann in der Geburtsstadt des Walzerkönigs **Johann Strauß**, Wien.

Um so eine Show auf die Bühne zu bringen, bedarf es einer reibungslos funktionierenden Logistik. *„Rieus Unternehmen besitzt ein Tonstudio in Maastricht. Es beschäftigt 120 feste und viele freie Mitarbeiter und Sub-Unternehmer. Die Auftritte während der Tourneen finden im Tagesrhythmus statt. Ein eigenes Transport- und Versorgungssystem mit redundantem Gerätepark, Bühnenbau, Beleuchtern und Toningenieuren und eigene Verpflegung durch mehrere Köche, einschließlich eines mitreisenden Arztes ermöglichen die gedrängte Abfolge. Die Musikinstrumente und Bühnenaufbauten sind dreifach vorhanden, um Transportzeiten und Verzögerungen zu überbrücken, ebenso ist die Kulisse des Schlosses Schönbrunn in dreifacher Ausfertigung vorhanden. Seine Frau Marjorie und sein Sohn Pierre (verantwortlich für die Bühnenaufbauten) sind in das Unternehmen eingebunden."* *Quelle: Wikipedia*

Bleibt für diesen Sonntag nur noch, sich die Knie mit Voltaren einzuschmieren und sich im Walzerschritt durch die Wohnung zu bewegen. ***Ed Koch***

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

11) KW 3 (= 15. bis 21.01.2024) - Na endlich. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-20 21. Januar 2024 49. Jahrgang

KW 3 – Na endlich

Foto: Hamburger Senat – Screenshot X

Na endlich. Die *„Schweigende Mehrheit"* wehrt sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus und schaut dabei vor allem auf die AfD. In vielen Städten fanden und finden Demonstrationen mit beeindruckender Beteiligung unterschiedlichster Gruppen und Menschen statt. In Hamburg (*Foto*) sollen es über 50.000 gewesen sein, der Veranstalter sprach sogar von 130.000. Es liefen so viele Menschen den Jungfernstieg entlang, dass die Polizei Sorge hatte, einige könnten in die Alster fallen.

Auslöser war ein Treffen von dubiosen Persönlichkeiten in Potsdam im November 2023. Darunter waren Politiker der AfD, gewaltbereite Neonazis und finanzstarke Unternehmer. Am 10. Januar 2024 veröffentlichte die investigative Redaktion von **CORRECTIV** eine Recherche, in der Inhalte von dem Treffen bekanntgemacht wurden. Am 17. Januar 2024 wurde die Recherche im Berliner Ensemble als szenische Lesung aufgeführt.

https://www.rbb-online.de/fernsehen/programm/18_01_2024/rechtsextremer-geheimplan-gegen-deutschland.html

Das Stück ist in der Mediathek verfügbar. Man muss es gesehen haben, um zu erkennen, wie gefährdet die Demokratie in unserem Land ist.

Passend zum Thema zeigte die **ARD** eine Dokumentation, die ebenfalls in der Mediathek abgerufen werden kann. *„Wir waren in der AfD" ist die Innensicht einer Partei, die sich in den vergangenen Jahren immer weiter radikalisiert hat und zugleich ein Film über die Mechanismen politischer Radikalisierung. In der Dokumentation kommen ausschließlich diejenigen zu Wort, die der Partei in den Anfangsjahren begeistert beitraten.*

Sie beschreiben, was sie in der Partei gesucht und gefunden haben, aber auch, wie und warum sie mittlerweile ernüchtert und erschrocken über die Entwicklung der AfD ausgetreten sind. Wie haben sie den Radikalisierungsprozess der Partei erlebt? Wie haben Freunde und Familie reagiert? Wann und warum haben sie entschieden, der Partei wieder den Rücken zu kehren? Wie schwierig war der Prozess des Ausstiegs?

Es sind Nachinszenierungen, die dem Film sein optisches Gesicht geben und den Zuschauerinnen und Zuschauern einen einzigartigen Blick in die Gedankenwelt der AfD ermöglichen. „Wir waren in der AfD" ist nicht in erster Linie eine Chronik der Partei-geschichte, sondern die eine, intime Innensicht einer Partei, die seit über zehn Jahren die etablierten Parteien und das politische Establishment vor sich hertreibt.

https://www.ardmediathek.de/video/dokumentation-und-reportage/wir-waren-in-der-afd-aussteiger-berichten/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZWSkdW5nLzI4MTA2MC8yMDI0MDExODIyNTAvcmVwb3J0YWdlL-WRva3UtaW0tZXJzdGVuLTM1Ng

„Wir werden sie jagen", verkündete **Alexander Gauland** im September 2017 und meinte damit die demokratischen Kräfte in unserem Land und seinerzeit explizit **Angela Merkel**, der in der Dokumentation vorgeworfen wird, die AfD durch ihre Politik groß gemacht zu haben.

Was sich die AfD unter *„Jagen"* vorstellt, konnten wir in dieser Woche im Bundestag erleben. Unionsfraktionschef **Friedrich Merz** lieferte eine Steilvorlage. Bei der Beratung über die *„Zukunft der Landwirtschaft"* meldet sich Merz zu Wort, nicht aber, um sich zum Thema zu äußern, sondern um alles Elend in diesem Land der Ampel-Koalition zuzuschreiben. Dabei erregte er sich über den Umstand, dass Bundeskanzler **Olaf Scholz** und Wirtschaftsminister **Robert Habeck** nicht anwesend waren. Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** war das einzige anwesende Regierungsmitglied, alle anderen ließen sich durch ihre Staatssekretäre vertreten.

Nach der Rede von Merz meldet sich ein AfD-Abgeordneter zu Wort, schloss sich der Kritik des CDU-Chefs an und forderte ihn auf, gemeinsam mit seiner Fraktion zu beschließen, dass der Bundeskanzler zu erscheinen habe. Die Abstimmung war eindeutig, SPD, Grüne und FDP dagegen, die AfD dafür und die Union? Sie enthielt sich. Natürlich hätte die Union gern den Kanzler in den Bundestag zitiert, aber nicht mittels eines gemeinsamen Beschlusses mit der AfD. Merz hätte vorher wissen müssen, wie dümmlich seine populistische Forderung ist und dass die AfD das nutzen werde, um CDU und CSU vorzuführen. Ein schwerer strategischer Fehler von Merz.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierag.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-20 21. Januar 2024 49. Jahrgang

*Sozialminister **Hubertus Heil** bezeichnete die AfD als „Standortrisiko" und als Partei, „die nicht nur unsere Demokratie angreift, sondern unserem Land auch wirtschaftlich und sozial schadet". Qualifizierte Fachkräfte, die Deutschland dringend brauche, würden nur dann kommen, wenn sie sicher sein könnten, dass sie nicht ausgegrenzt oder gar bedroht würden.* tagesschau

Der AfD ist nur argumentativ beizukommen. Über jedes Stöckchen zu springen, dass diese Partei den anderen hinhält, ist ein Fehler und wertet sie nur auf. In Berlin verließen die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linken am Donnerstag den Plenarsaal, als die AfD-Vorsitzende **Kristin Brinker** das Wort ergriff. *„Am Mittwoch war bekannt geworden, dass Brinker im Sommer bei einem Treffen unter anderem von radikalen Rechten in der Wohnung des früheren CDU-Finanzsenators **Peter Kurth** dabei war. Dort hatte auch der Österreicher **Martin Sellner** gesprochen, der als Taktgeber der rechtsextremen Identitären Bewegung gilt."* Süddeutsche Zeitung

Ab und zu sollte man ein Zeichen gegen die AfD setzen. Ob das Verlassen des Saales so ein Zeichen ist, darf bezweifelt werden. Pointierte Zwischenrufe wären besser gewesen, denn *„Als die CDU/CSU-Fraktion am 13. März 1975 während einer Rede von **Herbert Wehner** in einer Debatte zur inneren Sicherheit aus Protest den Plenarsaal verließ, wurde sein daraufhin getätigter Zuruf an die Fraktion zu einer vielzitierten Redensart: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen!"* Wikipedia

Wenn wir uns in diesem Beitrag mit Populismus beschäftigen, darf **Donald Trump** nicht fehlen, der die erste Vorwahl in Iowa klar für sich entschied. Die Gefahr, dass dieser Mensch wieder Präsident werden könnte, wird von Tag zu Tag größer, vor allem, wenn man der miterlebbaren Vergreisung des Amtsinhabers **Joe Biden** zuschauen muss.

„Selbst Vorgänge, die ‚eine rote Linie überschreiten' müssen unter totale Immunität fallen", tippte Trump um 2 Uhr morgens ins Internet. „Sonst drohen traumatische Jahre, in denen es darum gehen wird, richtig von falsch zu trennen." US-Präsidenten müssten Immunität erhalten, um schwierige Entscheidungen treffen zu können, argumentierte Trump. Diese Notwendigkeit sei wichtiger als die Gefahr, die von Präsidenten ausgehe, wenn sie Regeln brechen. Morgenpost

Das ist unglaublich. Ein Politiker mit diesen Ansichten würde bei uns vom Acker gejagt werden. In einem Interview mit der **Augsburger Allgemeinen** sagte **Joschka Fischer** in dieser Woche: *„Mich überrascht der Triumph von Trump nicht wirklich. Wer geglaubt hat, dass es am Ende doch anders ausgehen und schon nicht so schlimm wird, bei dem war viel Wunschdenken im Spiel. Doch, es wird so schlimm! Und wir haben uns nicht darauf vorbereitet.*

Trump ist ein großer ‚Freund' Deutschlands – das meine ich natürlich ironisch. Ich weiß nicht warum, aber uns ‚liebt' er besonders. Wir müssen uns also sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch auf einiges gefasst machen. Deshalb wird es Zeit, dass wir aufwachen und unserer Verantwortung gerecht werden. Der wichtigste Beitrag, den Deutschland leisten kann, ist, dass wir unsere Sicherheit stärker in die eigenen Hände nehmen. Das heißt: Wir müssen verstärkt aufrüsten. Ich hätte es mir im Leben nicht träumen lassen, dass ich mit 75 Jahren einmal einen solchen Satz sage. Aber die Welt hat sich geändert. Es ist kein Ausweis von Klugheit, an der eigenen Meinung festzuhalten, wenn sich die äußeren Bedingungen wandeln."

Ohne dass wir eine Verbindung zwischen Trump und der AfD unterstellen, trifft für beide ein Zitat von **Martin Luther King** (1929-1968) zu, der am 15. Januar 95 Jahre alt geworden wäre: *„Wer das Böse ohne Widerspruch hinnimmt, arbeitet in Wirklichkeit mit ihm zusammen!"* Quelle: Axel Springer Jahreskalender

Was noch?

Nachdem sich das **Bündnis Sahra Wagenknecht** als neue Partei gegründet hat, zog in dieser Woche **Hans-Georg Maaßen** nach. Dass dieser Mann einmal Präsident des Verfassungsschutzes war, sorgt einen noch heute. Einst war die **Werteunion** eine CDU-nahe Vereinigung. Heute muss sie sich von der neuen Partei, die auch das Wort *„Union"* im Namen trägt, abgrenzen. Hoffentlich gelingt es den Wählern, den Unterschied zu erkennen.

Für Maaßen wird es keine Brandmauer geben, offenbar auch nicht zur AfD. Wie Wagenknechts Bündnis will auch die *„Werteunion"* so schnell wie möglich an den in diesem Jahr stattfindenden Wahlen teilnehmen. Welches Potenzial die beiden neuen Parteien haben, lässt sich schwer vorhersagen. Aus welchem politischen Lager sollen die Wähler kommen? Wenn beide der AfD die Wähler wegnehmen, kann man so traurig nicht sein, was aber, wenn diese drei Konstrukte gemeinsam eine Mehrheit erlangen?

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Grunder und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

12) Besuch aus dem Oman

paperpress
seit 1976
Nr. 621-18 19. Januar 2024 49. Jahrgang

Besuch aus dem Oman

Mit dem **Royal Oman Symphony Orchestra** (ROSO) spielt am 6. März 2024 ein einzigartiges arabisches Orchester in der Philharmonie Berlin. Es ist das einzige Symphonieorchester westlicher Prägung in der Region, das sich nur aus Musikerinnen und Musikern des Landes zusammensetzt. Anlass des Konzerts in Berlin ist die Präsentation des Sultanats Oman als Gastland der diesjährigen **ITB Berlin**.

Nach ihrem fulminanten Debüt im Jahr 2007 beim internationalen Jugendorchesterfestival **Young Euro Classic** kehrt das Royal Oman Symphony Orchestra nach 17 Jahren erstmals wieder nach Berlin zurück. Das Konzertprogramm, das in der Philharmonie präsentiert wird, verspricht eine exzellente Mischung aus Klassik und landestypischer Musik aus Oman.

Im ersten Teil des Abends steht die klassisch-europäische Orchestertradition im Mittelpunkt, mit Meisterwerken von Beethoven, Schubert und Weber. Als Solist für Webers Klarinettenkonzert tritt **Ammar Al Awaisi** auf. Bereits im Alter von zwölf Jahren begann Al Awaisi seine musikalische Reise beim Royal Oman Symphony Orchestra, und seit 1997 ist er der Solo-Klarinettist des Orchesters. Neben seinen Auftritten als Solist unterrichtet er auch Klarinette für die talentierten Musikerinnen und Musiker des königlichen Orchesters in Oman. Seine beeindruckende Karriere führte ihn zu internationalen Festivals und zu längeren Aufenthalten in Großbritannien.

Im zweiten Teil des Konzertabends präsentiert das 73-köpfige Ensemble eine Auswahl an stimmungsvollen traditionellen und zeitgenössischen Werken aus Oman. Ein Höhepunkt des Abends ist die eigens für diesen Anlass komponierte *„Royal Suite"* von **Hamdan Al Shuaili**, der auch als Dirigent durch den Abend führt. Als Posaunist ist Al Shuaili seit 1985 eng mit dem Royal Oman Symphony Orchestra verbunden. Sein Studium in Schottland und seine Erfahrung als Dirigent, unter anderem beim Royal Scottish Symphony Orchestra, prägen seine Arbeiten ebenso wie die omanische Musik, die ihre Wurzeln in arabischer, afrikanischer und indischer Kultur hat. Bereits im Jahr 2007 erlebte sein Werk *„Blessed Renaissance"* mit dem Royal Oman Symphony Orchestra unter der Leitung von **Simon Wright** seine Uraufführung bei Young Euro Classic im Konzerthaus Berlin.

Das Royal Oman Symphony Orchestra wurde in den 1980er Jahren vom verstorbenen **Sultan Qaboos bin Said**, einem Liebhaber von klassischer Musik und Kunst, gegründet. Das Orchester besteht ausschließlich aus Omanis, was es zu einer einmaligen Formation in der arabischen Welt macht. Die Gründung des Klangkörpers etablierte eine landesweite Förderung musikalisch interessierter und talentierter Kinder. In seiner Heimat leistet das Orchester einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der klassischen europäischen Musik. Das prachtvolle Opernhaus Royal Opera House Muscat, das im Herbst 2011 in der omanischen Hauptstadt eröffnet wurde und dessen Architektur traditionell omanische mit modernen Elementen vereint, dient dem Orchester als eigenes Konzerthaus.

Programm Royal Oman Symphony Orchestra
6. März 2024, 20 Uhr - Philharmonie Berlin
Ludwig van Beethoven (1770-1827) – Ouvertüre zu „Coriolan" c-Moll op. 62 (1807)
Franz Schubert (1798-1828) – Zwischenspiel Nr. 3 B-Dur aus der Ballettmusik „Rosamunde" op. 26 D797 Andantino
Carl Maria von Weber (1786-1826) – Konzert für Klarinette Nr. 1 f-Moll op. 73 J. 114 (1811) Allegro – Adagio ma non troppo – Rondo: Allegretto

Hamdan Al Shuaili – „Royal Suite"
The Land of Joy and Peace
Symphonic Poem
The Land of Sultans
Traditionell – Zwei Omanische Tänze
Traditionell – „Daqat Alhena"
Traditionell – „Oman Alkhair"
Arturo Márquez (*1950) – „Conga del Fuego" (2000)

Tickets 20 € / 28 € / 35 € (zzgl. Versand und Buchungsgebühr) www.ticketmaster.de / Ticket-Hotline: 030- 8410 8909. Tickets erhalten Sie an allen bekannten VVK-Stellen
Veranstalter:
Dr. Gabriele Minz GmbH / www.minzgmbh.de

Quelle: Artefakt Kulturkonzepte

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

13) Willkommen im neuen Jahr. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-15 14. Januar 2024 49. Jahrgang

Willkommen im neuen Jahr

Die Weihnachtsfeiern sind vorbei, der Silvesterpunsch ausgetrunken. Lange Weile kommt nicht auf, denn jetzt ist die Zeit der Neujahrsempfänge. Zu einer der ersten Organisationen, die sich zur Begrüßung des neuen Jahres Gäste einladen, gehört traditionell die DLRG Schöneberg. Ja, Schöneberg und nicht Tempelhof-Schöneberg. Die Schöneberger Lebensretter haben die Bezirksfusion einfach ignoriert. Und so gibt es die DLRG Tempelhof und die DLRG Schöneberg. Die DLRG ist so wichtig, dass sich der Bezirk freuen kann, gleich zwei davon zu haben.

Von der DLRG Tempelhof, die sicherlich genauso gute Arbeit leistet wie die DLRG Schöneberg, hört man wenig. Bei zehn Vorstandsmitgliedern der Tempelhofer ist bei sieben statt eines Fotos ein Fragezeichen zu sehen. Die Schöneberger sind da freizügige und bilden alle sieben Vorstandsmitglieder ab.

Die Schöneberger DLRG ist fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Bezirk, was vor allem an dem umtriebigen Leiter der Verbandskommunikation, **Thomas Schüler**, liegt.

*v.l.n.r.: **Orkan Özdemir**, direkt gewählter Abgeordneter der SPD für Friedenau, Sozial- und Bürgerdienste-Stadtrat **Matthias Steuckardt** (CDU), **Thomas Schüler**, CDU-Bundestagsabgeordneter **Dr. Jan-Marco Luczak**, und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** (Grüne).*

Die Einladungen zum Neujahrsempfang ignoriert niemand. Den anwesenden Politikern kann man nicht vorwerfen, nur zum DLRG-Empfang zu kommen, wenn Wahlkampf ist. Wobei, wann ist mal kein Wahlkampf? Auf dem Wege zum Domizil der DLRG am Sachsendamm, neben dem Möbelhaus Höffner, führt der Weg an den bekannten Wesselmanntafeln vorbei, von denen aus uns **Jan-Marco Luczak** anlächelt. Luczak ging bei der regulären Bundestagswahl 2021 in Tempelhof-Schöneberg als dritter hinter **Kevin Kühnert** und **Renate Künast** durchs Ziel. Plakate mit dem Konterfei des SPD-Generalsekretärs sucht man vergeblich. Es sind in Tempelhof-Schöneberg zu wenig Wahlbezirke, in den nachgewählt werden muss, als dass sich das Ergebnis einschneidend verändern könnte. Aber, warten wir es ab.

*links: Ex-Bürgermeisterin **Angelika Schöttler**, **Orkan Özdemir** und **Jörn Oltmann**, rechts: Jugend- und Gesundheitsstadtrat **Oliver Schworck** (SPD), **Thomas Schüler** und der Vorsitzende des TSV Marienfelde, **Stefan Behrendt**, v.l.n.r. Alle Fotos: Ed Koch*

Natürlich entspricht es nicht der Wahrheit, dass alle nur deshalb zur Begrüßung des neuen Jahres bei der DLRG wegen der leckeren Bratwürste erscheinen, die **Georges Wanthony** zubereitet.

In Schöneberg gibt es wenig Wasser, infolgedessen muss die DLRG hier auch nicht tätig werden. Der DLRG-Bezirk Schöneberg verrichtet seit 1952 den Wasserrettungsdienst an der Havel, neben der Wasserrettungsstation Schildhorn in den Sommermonaten auch an der Wasserrettungsstation Kuhhorn. Im letzten Jahr waren 37 ehrenamtliche Einsatzkräfte tätig und haben über 9.000 Wachstunden abgeleistet und waren bei 32 Einsätzen gefragt.

Gegen Ertrinken hilft oft auch Schwimmen zu können. Erschreckend, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen. Auch das kann man bei der DLRG. Alle Informationen unter:
https://schoeneberg.dlrg.de/

Der nächste Sommer kommt bestimmt und dann geht's wieder ab zum Wannsee und an die Havel.

Ed Koch

Impressum: paperpress - seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Matthias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

14) Rettet die Lebensmittelretter. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-13 11. Januar 2024 49. Jahrgang

Rettet die Lebensmittelretter

Über vier Millionen Kilogramm Lebensmittel gerettet, und dennoch: Das Impact-Startup von Mitgründer **Raphael Fellmer** (Foto) hat am 08. Januar 2024 den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens beim Amtsgericht Charlottenburg gestellt. Ziel ist es nun, mit dem vorläufigen Insolvenzverwalter **Dr. Florian Linkert** von **BBL** einen Weg zu finden, wie **SIRPLUS** weitergeführt werden kann, um wertvolle Lebensmittel über den Onlineshop zu retten.

Die ökologische und soziale Wirkung von **SIRPLUS** seit der Gründung im Jahr 2017 auf dem **EUREF-Campus** ist enorm: Das Startup hat mit seinen geretteten Lebensmitteln mehr als zehn Millionen kg CO_2 eingespart, das Bewusstsein für die Problematik der Lebensmittelverschwendung geschärft und andere Unternehmen inspiriert, in diesem Bereich tätig zu werden.

„Die Insolvenz ist ein harter und schmerzhafter Schritt für jeden Unternehmer. Unsere Mission, Bewusstsein für Lebensmittelwertschätzung in die Bevölkerung zu bringen und Lebensmittel vor der Verschwendung zu retten, wird weitergehen. Wir glauben an einen Neustart von SIRPLUS. Denn günstige und nachhaltige Lebensmittel sind in Zeiten von Inflation, vor allem bei Lebensmitteln sowie voranschreitendem Klimawandel, wichtiger denn je", erklärt **Raphael Fellmer**.

BBL-Partner **Dr. Florian Linkert** und sein Team haben sofort mit der Situationsanalyse begonnen und die Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes für die Mitarbeiter in die Wege geleitet. *„Wir werden den Betrieb erst einmal fortführen und sondieren derzeit die Lage, um uns ein umfassendes Bild über die Situation des Unternehmens machen zu können"*, so Linkert. Die Gründe für das Insolvenzverfahren sind vielschichtig. Neben der unsicheren Lage in der Welt kam die Erweiterung des Managements durch eine erfahrene Co-CEO zu spät. Die von vielen Startups beklagte Zurückhaltung von Investoren betraf schließlich auch **SIRPLUS**. Die aktuelle Finanzierungsrunde konnte trotz relevanter Kapitalzusagen von bestehenden und neuen Investoren nicht mit dem notwendigen Gesamtvolumen abgeschlossen werden.

Da half es auch nichts, dass Ende 2023 die Gesamtkosten des Geschäftsbetriebs durch die Auslagerung aller Lagertätigkeiten und einer damit einhergehenden Verkleinerung des Teams von knapp 90 auf unter 30 Mitarbeitende signifikant reduziert wurden.

*„Wir – und ganz besonders ich – hätten bei SIRPLUS früher auf die veränderte Marktlage reagieren müssen. Gerade für unsere vielen Kleinst-Investoren tut es mir leid, dass wir das Ruder nicht herumreißen konnten. Die verpasste Professionalisierung in den vergangenen Jahren hat sich nun schmerzhaft gerächt. Andererseits haben wir in der neuen Teamkonstellation in den zurückliegenden Monaten eine steile Lernkurve durchlaufen und sind genau deshalb optimistisch, in einem neu aufgestellten Setup ein wirtschaftlich erfolgreiches Geschäftsmodell entwickeln zu können. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit **SIRPLUS** eine bequeme und kostengünstige Alternative sind für nachhaltigen Konsum und Klimaschutz."*, sagt der Mitgründer.

So geht es für SIRPLUS weiter

Ziel ist es nun, **SIRPLUS** auf ein stabiles Fundament zu stellen und mit neuen Investoren das auf vielen wertvollen betrieblichen Erkenntnissen in den letzten Monaten weiterentwickelte Geschäftsmodell umzusetzen und in die Wachstumsphase zu bringen.

Das Berlin Startup möchte weiterhin Box für Box seiner Vision von einer Welt, in der alle Menschen genügend zu essen haben, näherkommen. **SIRPLUS** wird in diesem Sinne weitere Restrukturierungen durchführen und Gespräche mit Lieferanten sowie

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-13 11. Januar 2024 49. Jahrgang

anderen Kooperationspartnern führen, die wichtige Partner für die Mission und das Geschäft von **SIRPLUS** waren und sind. Denn die unnötige Verschwendung von Milliarden Tonnen von Lebensmitteln, die für ca. zehn Prozent aller globalen Treibhausgase verantwortlich sind, gehört zu der größten Herausforderung unserer Zeit, sowohl ökologisch als auch ethisch.

Über SIRPLUS

Aus paperpress im Oktober 2018: *„Mit ihren Rettermärkten und dem Online-Shop für gerettete Lebensmittel zählt **SIRPLUS** zu den 19 innovativen Preisträgern des Wettbewerbs ‚Ausgezeichnete Orte im Land der Ideen' 2018 aus Berlin. Anlässlich eines Empfangs im Roten Rathaus begrüßte die Bürgermeisterin **Ramona Pop** (Grüne) am Mittwoch, dem 17. Oktober 2018, die Preisträger und sprach ihnen für das beispielhafte Engagement und die vorbildlichen Leistungen ihre Glückwünsche aus."*

SIRPLUS ist ein 2017 gegründetes, deutschlandweit agierendes Impact-Startup, das überschüssige Lebensmittel über einen Online-Shop deutschlandweit zurück in den Kreislauf bringt. Durch die direkte Zusammenarbeit mit hunderten Produzenten und Großhändlern rettet **SIRPLUS** wertvolle und noch bestens genießbare Lebensmittel und ergänzt so die wertvolle Arbeit der Tafeln. Gemeinsam mit seinen 130.000 Kunden und Partnerfirmen leistet **SIRPLUS** einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigem Konsum und Klimaschutz. **SIRPLUS** bietet allen Menschen ganz bequem von zuhause Lebensmittel. Die Vision ist: eine Welt, in der alle Menschen genügend zu Essen haben. Derzeit werden ca. 50 Prozent aller Lebensmittel in der EU verschwendet und das obwohl ein Großteil noch bestens genießbar ist.

Quelle: SIRPLUS Fotos: SIRPLUS / Ed Koch

Anmerkungen

Zwischen 2017 und 2021 hat paperpress 17 Beiträge über SIRPLUS veröffentlicht. www.paperpress.org. 2017 lernte ich **Raphael Fellmer** bei unserem ersten Interview auf dem EUREF-Campus kennen. Raphael duzt sofort alle Menschen, die ihm begegnen. Nur in der *„Höhle der Löwen"* kam das nicht gut an, weil sich die dortigen Investoren ohnehin für etwas Besseres halten. Kein Wunder also, dass keiner dieser Löwen in SIRPLUS investieren wollte.

Beim ersten Gespräch mit Raphael hatte ich das Gefühl, ihn schon ewig zu kennen. Selten bin ich einem so herzlichen, offenen und sympathischen Unternehmer begegnet wie ihn. Vielleicht deshalb, weil er kein Unternehmer im klassischen Sinne ist. Er ist Visionär und Gutmensch, Eigenschaften, mit denen man im harten Geschäftsleben nicht immer erfolgreich ist.

Bei allen Markteröffnungen, die Raphael und sein Team mit großer Freude und Hingabe zelebrierten, war ich dabei, in der Steglitzer Schlossstraße, der Wilmersdorfer Straße, der Bergmannstraße, der Karl-Marx-Straße und der East Side Mall. Sorgen machte mir diese Expansion bei jeder neuen Eröffnung. Schafft er das, behält er den Überblick? In seinem Statement schreibt er selbst, dass die *„Erweiterung des Managements durch eine erfahrene Co-CEO zu spät"* kam. Viel früher hätte er Idealismus mit Geschäftssinn kombinieren müssen. Im September 2021 mussten alle Märkte wieder geschlossen werden, wozu auch Corona einen Beitrag leistete.

Raphael Fellmer hat dennoch Großes geleistet und dafür viele Preise erhalten. Mehr als Preise wären aber Kapital und Business-Know-How wichtig gewesen. Aber, es geht ja weiter und die Hoffnung, dass mehr als nur die Idee der Lebensmittelrettung von SIRPLUS übrigbleibt, getreu der Überschrift aus unserem ersten Artikel vom 16. Juni 2027, *„Lebensmittel gehören nicht in die Tonne"*.

Werfen Sie bitte einen Blick auf https://sirplus.de/ und kaufen Sie Lebensmittel, die es verdienen, gerettet zu werden, zum Beispiel die **„Geschenkbox"**, von der wir zwei verlosen. Wir wünschen Raphael und seinem Team alles Gute für die Zukunft.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

15) Orden für Zander Junior

paperpress
seit 1976
Nr. 621-12 10. Januar 2024 49. Jahrgang

Orden für Zander Junior

Foto: Schlager Radio

Frank Zander hat bereits das Bundesverdienstkreuz am Bande seit 2002, und 2022 erhielt er aus den Händen von Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** die nächsthöhere Stufe, das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Morgen nun tritt Sohn **Marcus Zander** beim Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** an, um sich sein Bundesverdienstkreuz am Bande abzuholen.

Offiziell heißt es: *„Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**, händigt am 11. Januar 2024 in seinem Amtszimmer im Berliner Rathaus das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an den Geschäftsführer der Zett-Records Produktion & Verlag GmbH und Organisator des Weihnachtsessens für Obdachlose **Marcus Zander** aus. Die Übergabe erfolgt im Auftrag des Bundespräsidenten."*

Wegner vorab: *„**Frank Zanders** Weihnachtsessen für obdach- und wohnungslose Menschen in unserer Stadt ist eine Berliner Institution. Sein Sohn Marcus ist seit zwei Jahrzehnten der Garant dafür, dass im Vorfeld und am Abend selbst alles optimal läuft. Planung und Logistik für zeitweise 3.000 Gäste, die Abstimmung mit Helferinnen und Helfern und die Koordination mit Sponsoren – das ist das Geschäft von **Marcus Zander** hinter den Kulissen. Als Helfer vor Ort habe ich immer wieder gestaunt, wie perfekt alles funktioniert. Die Auszeichnung für Marcus Zander ist zugleich eine Ehrung für all die Menschen, die mit ihm arbeiten und die sich als Ehrenamtliche in Berlin für die Ärmsten der Armen einsetzen. Vielen Dank, Marcus Zander, vielen Dank allen, die mitmachen – und vielen Dank und gute Besserung, Frank Zander."*

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Presseerbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

16) Das ist doch Murks

paperpress
seit 1976
Nr. 621-11 10. Januar 2024 49. Jahrgang

Das ist doch Murks

Die Bauern legen heute Brandenburg lahm. Die Bahn wird bestreikt. Selbst ein eigenes Fahrzeug hilft nicht weiter, weil die Autobahnzufahrten blockiert werden. Wer einen Schleichweg über die Landstraßen kennt, könnte vielleicht mit seinem Auto nach Berlin zur Arbeit kommen. Also mal wieder Homeoffice? Klingt gut. Fragt sich nur, wie ein Rasierklingenhersteller bei Gillette die Maschine in sein Wohnzimmer bekommt.

Das sind aber alles nur kleine Probleme im Gegensatz zu dem, was in Berlin „*Talk of the Town*" ist.

Screenshot rbb Abendschau 09.01.2024

Die Liebesbeziehung des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** mit Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch**, die bereits bei **Wikipedia** Erwähnung findet, beschäftigt weiter die Medien und nicht nur die, sondern auch den Senat selbst. Dieser hat einen Krisen-Gesprächs-Geschäftsverteilungsplan (KGG) beschlossen. Ist doch eigentlich überflüssig, wenn das, was **Kai Wegner** immer sagt, stimmt, nämlich dass sich alle im Senat zu gut verstehen. Sollte es aber zwischen KW und KGW politische Probleme geben, dann betritt Bürgermeister und Finanzsenator **Stefan Evers** die Bühne und vermittelt. Sollte es ums Geld gehen, und wann geht es nicht ums Geld, kommt Bürgermeisterin und Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** als Paartherapeutin zum Einsatz. Wir erklären das vor allem für unsere Leser in Bayreuth, Minden, Dresden und Hamburg so ausführlich, damit diese auch etwas vom Berlin-Spirit mitbekommen.

Der **Tagesspiegel Checkpoint** macht sich noch weitergehende Gedanken. *„Übrigens: Wer bei privaten Streitigkeiten vermittelt, wurde selbstverständlich nicht geklärt, dafür müssen Sie nach wie vor Wegners Anwalt **Christian Schertz** fragen, ‚zu privaten Angelegenheiten…'. Piiiiiieeeeep."*

Ja, das ist alles ziemlicher Murks. So sehr ich **Kai Wegner** schätze, so sehr missfällt mir dieser Vorgang. Eine Lösung habe ich natürlich auch nicht parat, denn, nach allem, was man hört, ist **Katharina Günther-Wünsch**, vor allem nach dem Totalausfall ihrer Vorgängerin, eine sehr gute Bildungssenatorin, auf die wir nicht verzichten sollten. Und auch **Kai Wegner** soll seine Arbeit weitermachen können. Aber, vielleicht machen wir uns auch zu viele Gedanken und alles läuft gut.

Wenn man, wie der Autor dieses Beitrages, aus lauter langer Weile in verschiedenen gemeinnützigen Vereinen tätig ist, kann es vorkommen, dass die Vorstandsmitglieder eines dieser Vereine über das Land verstreut leben. Und so trifft man sich in unregelmäßigen Abständen dort, wohin alle problemlos anreisen können. Nein, nicht in Berlin, sondern in Hamburg. Das genieße ich als Freund dieser Stadt natürlich besonders und lasse mich deshalb auch immer wiederwählen.

Morgen früh wollte ich nach Hamburg reisen. Schlechtes Timing. Ich habe mich darauf verlassen, dass Bahn und GDL erst einmal in dieser Woche verhandeln. Daraus wurde nichts. Die GDL setzt sich erst wieder mit der Bahn an einen Tisch, wenn diese alle Forderungen erfüllt hat. Da gibt's dann nichts mehr zu verhandeln, sondern nur noch zu unterschreiben.

Die Zugbindung ist aufgehoben, ich kann also jederzeit mit welchem Zug auch immer nach Hamburg reisen, was auch den anderen Vorstandsmitgliedern gelingen muss. Hotel storniert, Platzticket und Hotel für nächsten Montag gebucht. Platzticket problemlos, Hotel ausgebucht. Die Suche nach einer neuen Herberge war keine allzu große Herausforderung, abgesehen vom zeitlichen Aufwand.

Irrtümlich ging ich davon aus, dass sich die Bauern am Ende dieser Woche erschöpft zu ihren Hühnern legen, aber NEIN. Genau am Montag geht's in Berlin richtig zur Sache. Am Schluss dieses Beitrages veröffentlichen wir die Trecker Planungen für den 15. Januar. Zum Bahnhof zu gelangen, dürfte also zu Beginn der kommenden Woche ziemlich schwierig sein. Nun gut, man ist ja flexibel, also reise ich sicherheitshalber schon am Sonntag an.

Wie lösen sich die Probleme? Gar nicht. Die Bundesregierung wird den Landwirten nicht noch weiter entgegenkommen. Die Bahn stellt sich stur und verliert einen Prozess nach dem anderen. In Berlin hat der Senat Lösungen für seine Liebesbeziehungen kreiert.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

17) Einer von uns beiden muss nun gehen. Von Ed Koch

paperpress
seit 1976
Nr. 621-05 3. Januar 2024 49. Jahrgang

Einer von uns beiden muss nun gehen

Der Verzicht von **Franziska Giffey** auf den SPD-Parteivorsitz kommt nicht überraschend. Auf dem Parteitag im Mai des letzten Jahres wurde die Neuordnung der Parteispitze beschlossen. Danach sollen Spitzenpolitiker, also Senatoren, Staatssekretäre und Fraktionsvorstände nicht mehr die Mehrheit im Parteivorstand bilden dürfen. Damit war klar, dass einer der beiden Vorsitzenden verzichten muss. **Raed Saleh**, der Fraktionsvorsitzende, oder **Franziska Giffey**, Bürgermeisterin und Senatorin. Saleh hat zwar noch nicht seine erneute Kandidatur verkündet, es dürfte aber davon ausgegangen werden.

Aber nicht nur bei der SPD wird das Lied von **Marianne Rosenberg**, *„Marleen"*, gespielt, sondern auch bei der CDU. Gestern teilte das Senatspresseamt mit: *„Der Berliner Rechtsanwalt, **Professor Dr. Christian Schertz**, vertritt ab 2. Januar 2024 den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** bei allen Angelegenheiten hinsichtlich seiner Privatsphäre. Medienanfragen sind an die Kanzlei … zu richten."*

Der Chefreporter der Berliner Morgenpost, **Joachim Fahrun**, hat sich ordnungsgemäß an Wegners Anwalt, der schon für **Michael Müller** tätig war, gewandt. Schertz bittet *„um Verständnis, dass wir keinen Anlass sehen, zu Gerüchten über seine Privatsphäre Stellung zu nehmen. Auch Politiker müssen eine Berichterstattung über derartige Spekulationen nicht hinnehmen, zumal hier auch die Familie meines Mandanten geschützt werden muss."*

Wie schon seinerzeit bei **Michael Müller** war der Boulevard-Doppelpack **BZ/BILD** zuerst am Start, und enthüllte, dass angeblich die neue Frau an Wegners Seite Bildungssenatorin **Katharina Günther-Wünsch** sein soll.

„Die Geschichte laufe schon seit mehreren Monaten, berichteten übereinstimmend mehrere gut vernetzte Christdemokraten.", schreibt Fahrun in der MoPo. *„Man habe schnell gemerkt, dass es zwischen Wegner und Günther-Wünsch eine besondere Nähe und Sympathie gäbe, sagt einer, der bei Klausurtagungen und anderen Treffen dabei war. Auch sollen vor dem Wohnhaus der Senatorin im Ortsteil Mahlsdorf des Öfteren auch über Nacht die Bürgermeister-Limousinen gesichtet worden sein."* Wer hat sich da bloß auf die Lauer gelegt? Politiker können so oft sie wollen, auf ihre Privatsphäre pochen, es kümmert bloß keinen.

„In jedem Wirtschaftsunternehmen sei klar, dass so eine Beziehung zwischen einem Vorstandsvorsitzenden und einem Vorstandsmitglied gegen die Compliance-Regeln verstoße, hieß es in der Berliner CDU. Einer von beiden müsse gehen. Die mögliche Verquickung von Interessen und Loyalitäten beeinträchtige die politische Funktion des Regierenden Bürgermeisters, sagte ein wichtiger Christdemokrat. Wo die Funktionsfähigkeit bedroht sei, müsse das Folgen haben. ‚Es gibt ein Problem, das ist allen klar', so ein anderer Parteifreund."

Das neue Jahr ist gerade mal drei Tag alt, und schon haben wir den ersten Skandal, oder sogar eine Regierungskrise? Als hätten wir keine anderen Sorgen. Mit wem auch immer **Kai Wegner** glücklich sein will, wir gönnen es ihm von Herzen.

Ed Koch

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

18) Giffey verzichtet auf Parteivorsitz

paperpress
seit 1976
Nr. 621-04 3. Januar 2024 49. Jahrgang

Giffey verzichtet auf Parteivorsitz

In einem Schreiben an die Mitglieder der Berliner SPD hat **Franziska Giffey** mitgeteilt, nicht erneut für den Vorsitz zu kandidieren. In der Mitteilung heißt es:

Foto: SPD

Die Zeit des Jahreswechsels ist eine Zeit der Reflektion, des Innehaltens und der Neuausrichtung für das kommende Jahr. Auch ich habe diese Zeit dafür genutzt und über die Zukunft unserer Partei und den richtigen Weg für die Berliner SPD im Jahr 2024 und darüber hinaus nachgedacht.

Drei Dinge halte ich für die Zukunft der Berliner SPD für überaus wichtig:

Erstens:

Nur wer in Regierungsverantwortung ist, kann auch wirklich politisch gestalten. Deshalb war es nach den Wiederholungswahlen im Februar des letzten Jahres richtig, dass wir nicht einer Schwarz-Grünen Landesregierung das Feld überlassen haben, sondern in das jetzige Regierungsbündnis gegangen sind. Aus der Opposition heraus wäre es ungleich schwieriger, unsere sozialdemokratischen Themen durchzusetzen: denkt nur an unseren Einsatz für eine gute und gebührenfreie Bildung, für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle, gute Arbeitsbedingungen und Tariflöhne, für das Wahlalter 16, für Integration und Inklusion, für den Rückkauf der Fernwärme, eine starke kommunale Daseinsvorsorge und für soziale Gerechtigkeit.

Zweitens:

Gute Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit und dem Aussprechen von dem, was ist. Probleme offen anzusprechen und uns um deren Lösung zu kümmern - spürbar, verständlich, nachvollziehbar - das ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir brauchen eine pragmatische, fortschrittliche und bürgernahe Politik der linken Mitte, die an den Bedürfnissen der Menschen anknüpft, die die Themen aufgreift, die den Berlinerinnen und Berlinern auf der Seele brennen. Unsere 5 B's für Berlin, mit denen wir 2021 die Wahl gewonnen haben und uns von Platz 4 in den Umfragen mit 14 Prozent auf Platz 1 nach vorne gekämpft haben, sind nach wie vor richtig: Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit. Mit unserem Einsatz für ein klimaneutrales Berlin gehen wir die größte Zukunftsaufgabe des Jahrzehnts an. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind es, die ökonomische Vernunft, ökologische Notwendigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen.

Drittens:

Wir werden als SPD Berlin nur dann Erfolg haben, wenn die Sozialdemokratie zusammenhält und sich alle, die Verantwortung tragen, egal ob in den Abteilungen und Kreisen, im Landesvorstand oder in Regierung und Parlament gegenseitig stützen und unterstützen und im politischen Wettstreit mit den anderen Parteien eine starke gemeinsame Kraft bilden - nur dann haben wir eine Chance, 2026 wieder nach vorne zu kommen und den Gegnern der Demokratie entschieden entgegenzutreten.

Wir brauchen ein neues Führungsmodell, das in diese Zeit passt:

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es den Wunsch nach einer Neuaufstellung in unserer Partei gibt und dass wir nicht nur strukturelle, sondern auch personelle Veränderungen und ein neues Führungsmodell brauchen, das in diese Zeit passt.

Aus meiner Sicht ist es für die Bewältigung der enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ganz entscheidend, dass Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt wird, dass wir unsere Partei breiter aufstellen und mehr Menschen in Verantwortung holen, die sich diesen großen Zukunftsanforderungen stellen.

Um das zu ermöglichen, habe ich mich entschieden, bei unseren Parteiwahlen im Mai 2024 nicht wieder für den Landesvorsitz der SPD Berlin zu kandidieren.

Ich werde mich mit ganzer Kraft auf meine anderen Aufgaben konzentrieren, die ich für unsere Partei wahrnehme. Das sind die Aufgaben als Bürgermeisterin der Stadt Berlin, als Koordinatorin der SPD geführten Ressorts im Berliner Senat, als Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe und als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für meinen Wahlkreis Rudow.

Mein Einsatz gilt weiter unserer SPD - insbesondere für den bevorstehenden Wahlkampf zur teilweisen

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976
Nr. 621-04 3. Januar 2024 49. Jahrgang

Wiederholung der Bundestagswahl und zur Europawahl, den wir gemeinsam voranbringen werden.

Ich danke allen, die mich in meiner Arbeit als Landesvorsitzende in den vergangenen Jahren unterstützt haben. Gemeinsam sind wir durch bewegte Zeiten gegangen, haben mehrere Wahlkämpfe geführt, die SPD in Regierungsverantwortung gehalten und dabei immer eine starke sozialdemokratische Handschrift durchgesetzt. Danke für diesen gemeinsamen Weg.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Ö s t e r r e i c h (Seiten E 107 – E 113)

xx) Grüner Ösi-Bundespräsident verfolgt Journalisten wegen freier Meinungsäußerung

19. 01. 2024

Der Österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen.

Der vorliegende Skandal wirft ein düsteres Schlaglicht auf die politische Verfasstheit der österreichischen Eliten und der ihr untergeordneten Mainstreammedien:

Dass nämlich der Grüne österreichische Alterspräsident Alexander van der Bellen (79) wegen einer freien Meinungsäußerung eines Journalisten: Er habe während der Corona-Pandemie "*die Verfassung mit Füßen getreten*" letzteren mittels österreichischer Justiz verfolgen ließ. Der Strafrahmen wegen „übler Nachrede" (§ 111 StGB) wird mit bis zu einem Jahr Haft bedroht. Nun hat Van der Bellen diesen Prozess auch in 2. Instanz verloren.

"*Das ist ein wichtiger Sieg der Meinungsfreiheit in unserem Land.*"

- kommentierte Florian Machl, der Herausgeber des Online-Magazins report24, die aktuelle Entscheidung des Oberlandesgerichts.

Wären wir bösartig, wir würden dem österreichischen Bundespräsidenten, beinahe Jahrgänger mit dem US-Präsidenten Biden, Altersstarrsinnigkeit nachsagen. Tun war aber nicht. Denn…

…„*nicht einmal nach der juristischen Niederlage in der ersten Instanz gab die Staatsanwaltschaft der grünen Justizministerin auf.*" (exxpress)

Nun aber entschied das Oberlandesgericht Linz mittels Freispruch gegen den rachsüchtigen Präsidenten.

Totalitaristisches Demokraturverständnis

Dass ein österreichischer Bundespräsident einen österreichischen Journalisten wegen dessen freier Meinungsäußerung:

…ersterer habe während der Corona-Pandemie "*die Verfassung mit Füßen getreten*" und VdB hätte "*die Spaltung der Gesellschaft zugelassen*"…beinahe finanzielle ruinierte, wirft ein erschreckendes Bild auf das totalitäre Demokraturverständnis des Obergrünen Staatsoberhauptes und der allgemeinen Verfasstheit des sogenannten österreichischen „Demokratie": Dass nämlich…„*ein Politiker und Amtsträger die Staatsanwaltschaft dazu instrumentalisieren kann, Kritiker mundtot zu machen.*" (exxpress)

Journalist beinahe finanziell ruiniert

Der Online-Journalist muss nun nämlich mit den entstanden hohen Anwaltskosten selbst zu Rande kommen, ganz zu schweigen von dem monatelangen psychischen Druck. Machl kann nämlich, laut eigenen Angaben auf „X (Twitter), lediglich einen geringen Kostenersatz geltend machen. Und der Poöit-Spitzenverdiener, der österreichische Bundespräsident, trug bei diesem monatelangen Gerichts-Einschüchterungsverfahren kein persönliches finanzielles Risiko: Denn für die Prozesskosten kommt der Steuerzahler auf.
Dies kritisierte auch die oppositionelle FPÖ deutlich: Denn nie zuvor, hätte ein Bundespräsident derart viele Bürger strafrechtlich verfolgen lassen.

Politabhängigkeit der österreichischen Medien

„*Dass sicher nicht viele Mainstream-Medien über dieses Gerichtsurteil berichten werden, zeigt auch eines: Nämlich wie sehr große Verlage mit der österreichischen Politik-Schickeria eng verhabert sind.*" (exxpress)

Vorbild Viktor Orban

Der alte weiße, aber nicht weise, sondern polit-Grüne österreichische Bundespräsident möge sich doch ein demokratie-politisches Vorbild beim ungarischen Langzeit-Ministerpräsidenten Viktor nehmen: Diesem wurde nämlich vom ultra-liberalen Schriftsteller György Konrad unmissverständlich dasselbe Schicksal wie jenes des rumänischen Draula-Stalinisten Ceausescus prophezeit:

„*Mysteriöse Bewegungen können plötzlich dazu führen, dass der Premierminister freiwillig irgendwohin geht, wenn er nicht das Schicksal von Nicolae Ceausescu erleiden will.*" (zsurpubi)

Orban quittierte diese menschenverachtende Hassrede mit der Einstellung „*Die Hunde bellen. Die Karawane zieht weiter*". Und stellte dadurch die demokratische Souveränität eines wirklich souveränen Staatsmannes unter Beweis: Der ultraliberale Soros-Krakeeler Konrad tätigte seine wahnwitzige totalitäre Aussage nur einige Monate nach Orbans demokratischen 2/3 Wahlsieg. Und: Mittlerweile steht Orban in seiner 5. Legislaturperiode.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

xx) Österreicher starten Kampagne zum Schutz der Neutralität

11. 01. 2024

Angesichts der negativen Entwicklungen bedingt durch die Sanktionspolitik (seit 2014) taucht, befeuert durch die Diskussion um einen möglichen Nato-Beitritt, das Thema „Neutralität“ jüngst immer wieder in Österreichs Medien auf.

In „Reaktion“ darauf hat sich nun eine neue Plattform zum Schutz und zur eventuellen Erweiterung der Neutralität Österreichs gebildet. Unter dem Namen „Österreich ist neutral!“ möchte man mittels verschiedener Kampagnen auf das hohe Gut der Neutralität hinweisen.

Der Sprecher der Initiative Patrick Poppel betont dabei, dass es darum geht, die Kultur der Neutralität zu fördern.

Zahllose politische Handlungen widersprechen aktuell dem guten Ansehen Österreichs im Ausland. Handlungen der politischen Akteure schaden aber nicht nur Österreichs Ansehen, sondern auch der Wirtschaft des Landes.

Am 22. Januar 2024 wird daher in Wien eine Neutralitätskonferenz stattfinden, wo nicht nur die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die Österreichische Wirtschaft analysiert werden, sondern auch über Möglichkeiten diskutiert werden soll, um die Neutralität Österreichs zu stärken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seiten E 110 – E 113)

E. i) Ostmitteleuropa **Seiten E 203 – E 221**

P o l e n (Seiten E 203 - E 204)

01) In Polen geht die Kriegsangst um – Musterungen angekündigt

Von ELA

Feb 2, 2024

Bild: IPG Journal dpa

Gut 250.000 Menschen in Polen könnten in den nächsten Tagen zur ärztlichen Militärkommission einberufen werden. Die Musterung beginnt bereits am 1. Februar und dauert bis Ende April, wobei nicht nur Männer, sondern auch Frauen davon betroffen sind, wie auch t*ag24.de* berichtete.

Mehr Militär-Personal benötigt

Polen will nun mehr Personal für seine Streitkräfte und lässt deshalb ab 1. Februar Tausende Männer und Frauen auf ihre Eignung mustern.

Damit gilt die Prüfung, ob jemand aktiv Militärdienst leisten kann, nicht mehr nur für Freiwillige und Männer, sondern auch für Frauen, die zwischen 1997 und 2005 geboren wurden. Überdies sollten die Personen, die über die für den Militärdienst nützliche Qualifikationen verfügen, dahingehend überprüft wie das Portal *RadioZet* *berichtete.*

Die Auswahlkommission würde die körperliche und geistige Eignung der Kandidaten prüfen, hieß es. Nach Abschluss erhält der Kandidat oder die Kandidatin ein Militärheft und wird in das Militärregister eingetragen, um dann im Ernstfall das Land zu verteidigen.

Insbesondere Frauen, die bestimmte Berufe ausüben oder noch studieren beziehungsweise in Ausbildung sind, müssen damit rechnen, im Militärbereich herangezogen zu werden.

Studentinnen bevorzugt

Die Rede ist vor allem von medizinischen Fachrichtungen. Also etwa Psychologinnen, Radiologinnen, Labordiagnostikerinnen oder Personen, die in der medizinischen Rehabilitation tätig sind. In diesen Berufsgruppen sind jedoch auch Männer betroffen.

Zudem müssten Tierärzte damit rechnen, eine Vorladung zu bekommen. Ebenso wie Informatiker, IT-Spezialisten und Übersetzer. Wer allerdings nicht erscheint, muss mit Konsequenzen rechnen.

Erscheint jemand trotz Vorladung nicht zur Musterung und hat dafür keinen triftigen Grund, muss mit Konsequenzen, etwa einer Geldstrafe oder mit der Vorführung durch die Polizei, gerechnet werden.

Nur wer eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegt oder glaubhafte Gründe nennt, weshalb er nicht zum Termin erscheinen kann, was dann etwa vom Bürgermeister oder Gemeindevorsteher bestätigt werden muss, bekommt eine neue Frist für die Prüfung seiner persönlichen militärischen Eignung.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

T s c h e c h i e n (Seiten E 205 – E 211)

01) Susanna Roth-Übersetzungswettbewerb 2024

Die Tschechischen Zentren und das Tschechische Literaturzentrum, Sektion der Mährischen Landesbibliothek in Brünn, schreiben den **10. Internationalen Susanna Roth-Übersetzungswettbewerb** aus. Zielgruppe sind Übersetzer im Ausland (außerhalb Tschechiens, Anm.) mit einem Alter von bis zu 40 Jahren (Geburtsjahr 1983 und jünger).

Hier sehen Sie die genauen Teilnahmebedingungen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 07, 2024

Wien, am 25. Januar 2024

https://wien.czechcentres.cz/de/programm/cena-susanny-roth-2024

Susanna Roth-Übersetzungswettbewerb 2024

- Literatur

15. 01. 2024 – 31. 03. 2024

Die Tschechischen Zentren und das Tschechische Literaturzentrum, Sektion der Mährischen Landesbibliothek in Brno, schreiben den 10. Internationalen Susanna Roth-Übersetzungswettbewerb aus. Zielgruppe sind Übersetzer im Ausland mit einem Alter von bis zu 40 Jahren (Geburtsjahr 1983 und jünger).

Der Wettbewerb ist nach der angesehenen Schweizer Bohemistin und bersetzerin **Susanna Roth** (1950–1997) benannt, die sich in bedeutendem Maße um die Verbreitung der tschechischen Gegenwartsliteratur verdient gemacht hat. Anliegen des Wettbewerbs ist die kontinuierliche Förderung junger Übersetzer und Bohemisten sowie die Unterstützung und Verbreitung der tschechischen Literatur im Ausland.

- **Ausschreibung für die deutschsprachigen Länder (Deutschland, Österreich und die Schweiz):**

Ausschreibung (279.87 KB - *pdf)*

https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/czechcentres.cz/wien/downloads/csr-24-vyzva-final_dt.pdf

ZU ÜBERSETZENDER TEXT

Die tschechische Expertenkommission hat in diesem Jahr das Buch *Rozložíš paměť* von Marek Torčík (Verlag Paseka, 2023) für den Wettbewerb ausgewählt. Wettbewerbstext ist der Auszug auf den Seiten 93 bis 103 (von Anfang bis Ende).

- **Ausgangstext:**

Ausgangstext (249.57 KB - *pdf)*

https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/czechcentres.cz/wien/downloads/rozlozis_pamet_text--k-prekladu-csr-24-1704890868.pdf

TEILNAHMEBEDINGUNGEN

Teilnahmeberechtigt sind Übersetzer **bis zum Alter von 40 Jahren** (Geburtsjahr 1984 und jünger) **mit deutscher, Schweizer oder österreichischer Staatsbürgerschaft bzw. ständigem Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz**, die bisher noch keine Übersetzung aus dem Tschechischen in Buchform veröffentlicht haben. Davon ausgenommen sind Zeitschriftenpublikationen und Veröffentlichungen kürzerer Texte (bis 40 Seiten) in Anthologien, Sammlungen u. ä.

Preisträger der vergangenen Wettbewerbs-Jahrgänge können sich an dem Wettbewerb erneut beteiligen, jedoch nicht wieder ausgezeichnet werden. Bereits veröffentlichte Übersetzungen des ausgewählten Wettbewerbstextes sind zur Einreichung nicht zugelassen. Die Bewertung der eingereichten Übersetzungen in anonymisierter Form nimmt eine Jury aus deutschsprachigen Experten vor.

PREIS FÜR DIE BESTE ÜBERSETZUNG

Ein mehrtägiger Besuch Tschechiens, verbunden mit der aktiven Teilnahme an einem Fach-Seminar mit Begleitprogramm. Es wird angestrebt, die beste deutschsprachige Übersetzung auszugsweise in einer Zeitschrift zu veröffentlichen.

Nicht nur die beste Übersetzung soll gewürdigt werden. Für weitere von der Jury ausgewählte Teilnehmern ist ein online-Übersetzungsseminar geplant, der genaue Termin (voraussichtlich im Herbst 2024) wird noch bekanntgegeben.

TERMINE

- Einsendeschluss für die Übersetzungen: **31. März 2024**
- Bekanntgabe der Preisträger: **bis 15. Mai 2024**
- Aufenthalt der Preisträger in Tschechien: **Juli 2024**

ABGABE DER ÜBERSETZUNG

Zusammen mit der Übersetzung des Wettbewerbstextes reichen die Teilnehmenden einen Lebenslauf in Textform (max. 1000 Zeichen inkl. Leerzeichen) in tschechischer Sprache, ein aktuelles, rechtefreies Porträtfoto in Druckqualität (mit Nennung des Copyrights) sowie eine eidesstattliche Erklärung über die Autorenschaft der eingereichten Übersetzung ein.

Mit Überlassung der oben genannten Dokumente erklären sich die Teilnehmenden damit einverstanden, dass diese zur Bekanntmachung des aktuellen Wettbewerbsjahrgangs und zur Veröffentlichung auf den Webseiten der Tschechischen Zentren und des Tschechischen Literaturzentrums bzw. in relevanten Druckerzeugnissen genutzt wird.

Alle Dokumente sind in elektronischer Form **bis 31. März 2024 an das Tschechische Zentrum Berlin (ccberlin@czechcentres.cz)** zu senden. Später eingesandte Texte

können nicht berücksichtigt werden. Gewünschte Formatierung der Übersetzung: Format .docx, Schriftart Arial oder Times New Roman, Schriftgröße 12, Zeilenabstand 1,5.

Der Gewinner oder die Gewinnerin wird nach dem 15. Mai 2024 auf den Webseiten der Tschechischen Zentren in Deutschland und Österreich bekannt gegeben.

Alle an einer Teilnahme Interessierten werden gebeten, sich die Teilnahmebedingungen durchzulesen.

- **Teilnahmebedingungen:**

Teilnahmebedingungen (444.54 KB - *pdf*)

https://s3.eu-central-1.amazonaws.com/czechcentres.cz/wien/downloads/csr-pravidla-final-1704891110.pdf

Die Veranstalter behalten sich das Recht vor, auch ohne Angabe von Gründen den Wettbewerb jederzeit zu stornieren oder die Wettbewerbsbedingungen zu verändern bzw. gegebenenfalls den Wettbewerb in einem Land nicht auszuschreiben oder alle eingereichten Wettbewerbsangebote abzulehnen. Die Teilnehmenden haben kein Anrecht auf die Erstattung von Kosten, die ihnen im Zusammenhang mit dem Wettbewerb, seiner Absage oder mit veränderten Teilnahmebedingungen entstanden sind.

ANSPRECHPARTNERIN FÜR ÖSTERREICH:

Mag. Sandra Dudek, dudek@czechcentres.cz

02) 63 Prozent gegen Euro-Einführung in Tschechien

Die Neujahrsrede von Staatspräsident **Petr Pavel** hat die Diskussion in Gang gebracht. Pavel regte in seiner Ansprache an, über die Einführung der Eurowährung in Tschechien „nachzudenken". In Reaktion darauf hat die Oppositionspartei ANO, die gegen den Euro ist, angekündigt, sich für ein baldiges Referendum zu dieser Frage einzusetzen (POWIDL berichtet im Wirtschafts-Teil darüber). Umfragen zufolge ist die tschechische Bevölkerung mehrheitlich gegen die Euro-Einführung. Auch die größte Regierungspartei ODS ist gegen einen Wechsel in die Eurozone „zum jetzigen Zeitpunkt". Dennoch mahnt **Oldřich Dědek**, der von 2007 bis 2017 Regierungskoordinator für die Euro-Einführung war, mit den Vorbereitungen für eine allfällige Währungsumstellung rechtzeitig zu beginnen. Hier geht es zum ganzen Bericht im „Powidl".

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 04, 2024

Wien, am 15. Januar 2024

https://www.powidl.info/politik/gretchenfrage-euro-gegner-und-bef%C3%BCrworter-dr%C3%A4ngen-auf-entscheidung?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_1_2024&utm_term=2024-01-14

Gretchenfrage Euro: Gegner und Befürworter drängen auf Entscheidung

11 Jan

Die Neujahrsrede von Staatspräsident Petr Pavel hat die Diskussion in Gang gebracht. Pavel regte in seiner Ansprache an, über die Einführung der Eurowährung in der Tschechischen Republik "nachzudenken". In Reaktion darauf hat die Oppositionspartei ANO, die gegen den Euro ist, angekündigt, sich für ein baldiges Referendum zu dieser Frage einzusetzen (POWIDL berichtet im Wirtschafts-Teil darüber). Umfragen zufolge ist die tschechische Bevölkerung mehrheitlich gegen die Euro-Einführung. Auch die größte Regierungspartei ODS ist gegen einen Wechsel in die Eurozone "zum jetzigen Zeitpunkt". Dennoch mahnt Oldřich Dědek, der von 2007 bis 2017 Regierungskoordinator für die Euro-Einführung war, mit den Vorbereitungen für eine allfällige Währungsumstellung rechtzeitig zu beginnen.

Bereits 2010 wurde für Tschechien eine satirische Euromünze mit dem Abbild des braven Soldaten Schwejk entworfen.- Illustration: Shamila/Necyklopedie

Oldřich Dědek, ehemaliger Koordinator für den Euro, hält es für eine gute Idee, mit den Vorbereitungen für die Einführung des Euro zu beginnen. Er würde nicht die aktuelle Situation betrachten, sondern in die Zukunft blicken. Prognosen sollen uns sagen, wie der Zustand der Tschechischen Republik in zwei bis drei Jahren sein wird, wenn er gut ist, dann wird der Euro zustande kommen, sagte Dědek in einem Interview mit dem tschechischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

"Es gibt Länder, die der Eurozone in einer Zeit der tiefen Finanzkrise beigetreten sind, zum Beispiel die baltischen Republiken. Und es gibt Länder wie Kroatien, die zu einer Zeit beigetreten sind, als die Inflation sehr hoch war. Es hängt also davon ab, wie die Regierung den Euro bewertet, ob sie ihn als langfristige Priorität ansieht und nicht nur auf das schaut, was gerade passiert", setzte Dědek fort.

Er wies auch darauf hin, dass die Einführung des Euro ein langfristiger Prozess sei. "Wenn man beschließt, den Euro einzuführen, ist das technisch in drei Jahren möglich. Heute befinden wir uns vielleicht noch in einer wirtschaftlichen Rezession, aber in zwei bis drei Jahren wird die Lage gut sein, die Inflation wird verschwunden sein, die Regierung wird ihre Konsolidierungsbeschlüsse erfüllt haben, wenn wir es also dynamisch betrachten, ist das die richtige Sichtweise", meinte Dědek.

Die Euro-Befürworter in Tschechien laufen aber Gefahr, die "Rechnung ohne Wirten" zu machen. Die Stimmung in der Bevölkerung ist schon seit Jahren mehrheitlich gegen den Euro eingestellt. Laut den letzten Umfragen liegen die Eurogegner bei gut 63 Prozent, also knapp unter der Zweidrittelmehrheit. Sollte tatsächlich ein Referendum stattfinden, so wie es die ANO-Bewegung des Industriellen und Ex-Premiers Andrej Babiš anstrebt, so wäre eine Diskussion über die Abschaffung der Tschechischen Krone auf absehbare Zeit vom Tisch.

Einig mit der ANO-Bewegung ist sich in dieser Frage auch die Partei ODS von Premier Petr Fiala und Finanzminister Zbyněk Stanjura. Die Bürgerdemokraten lehnen eine Euro-Einführung "derzeit" ab - im Gegensatz zu den anderen Regierungsparteien. Kritiker werfen der ODS dabei vor, "mit gespaltener Zunge" zu sprechen. Fiala und Stanjura argumentierten stets, das Konsolidierungspaket der Regierung sei notwendig zum Erlangen der Maastricht-Kriterien. Diese Kriterien gelten jedoch nur für Staaten der Eurozone und für solche, die sich um einen Beitritt zum Euro bemühen.

https://www.powidl.info/wirtschaft/oppositionspartei-ano-bereitet-ein-referendum-%C3%BCber-die-einf%C3%BChrung-des-euro-vor

Oppositionspartei ANO bereitet ein Referendum über die Einführung des Euro vor

09 Jan

Die Einführung des Euro in der Tschechischen Republik sollte Gegenstand eines Referendums sein, erklärte Alena Schillerová, stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen ANO-Bewegung und ehemalige Finanzministerin, in der Sendung "Fünf Minuten vor Zwölf" des Fernsehsenders Nova. Präsident Petr Pavel hat das Thema in seiner Silvesteransprache wieder angeheizt. Die ANO, die die Einführung

des Euro ablehnt, hat die Absicht, eine Volksabstimmung vorzubereiten, sagte Schillerová. Finanzminister Zbyněk Stanjura (ODS) zufolge wird die eventuelle Einführung des Euro eine politische Entscheidung sein, aber die Priorität sollte darin liegen, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen.

Alena Schillerová, stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen ANO-Bewegung und ehemalige Finanzministerin.- *Bild: ANO*

Von den Koalitionsparteien sind STAN, die Piraten und TOP'09 mehrheitlich für die Einführung des Euro, während die ODS dagegen ist, ebenso wie die ANO und die SPD, die sich seit langem für den Erlass allgemeiner Referendumsregeln einsetzt. Auch der ehemalige Präsident Václav Klaus hat sich für ein Referendum über den Euro ausgesprochen.

"Ich denke, die Entscheidung über die Einführung des Euro sollte Gegenstand eines Referendums sein. Und ich sage im Namen der ANO-Bewegung, dass wir es vorbereiten werden", sagte Schillerová. Sie wies darauf hin, dass eine Reihe von Ländern der Eurozone höher verschuldet sind als die Tschechische Republik, und dass die Länder, die den Euro eingeführt haben, ein unterschiedliches Wirtschafts- und Preisniveau haben. Sie erinnerte auch daran, dass laut einer Umfrage des Zentrums für öffentliche Meinungsforschung im Juni des vergangenen Jahres fast drei Viertel der Bürger mit der Einführung des Euro nicht einverstanden waren.

Die Regierung prüft derzeit ein vom Finanzministerium und der Tschechischen Nationalbank (ČNB) erstelltes Papier, in dem die Grundlagen zur Einführung des Euro bewertet werden. In dem Dokument empfehlen die Experten beider Institutionen, der Eurozone vorerst nicht beizutreten. Stanjura sagte allerdings, dass in der Sitzung der Regierung politische Kommentare zur Einführung des Euro abgegeben worden seien, die nicht auf Expertenebene gelöst werden könnten und vom Kabinett diskutiert werden müssten. Er rechnet damit, dass dies noch im Januar geschehen wird.

Schwierige Geburt

Die stellvertretende Gouverneurin der Tschechischen Nationalbank (ČNB), Eva Zamrazilová, ist der Ansicht, dass einer Entscheidung zur Einführung des Euro ein breiter

politischer Konsens vorausgehen muss. Es wäre ein Fehler, wenn eine Regierung den Euro-Beitritt, der Jahre dauern wird, vorantreiben und eine andere Regierung den Prozess stoppen würde. Zamrazilová sagte außerdem, dass möglicherweise auch einige Gesetze geändert werden müssten. "Ohne dass die politische Vertretung zu einem allgemeinen Konsens gelangt, wäre der Beitritt zum WKM II wahrscheinlich gar nicht möglich. Eine Debatte muss eingeleitet werden, aber auf sachliche Weise, ohne Emotionen", sagte sie.

Um der Eurozone beizutreten, müssen die Länder die vier Maastricht-Kriterien erfüllen. Die Inflationsrate des Landes darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der durchschnittlichen Inflationsrate von den drei Ländern der Eurozone mit dem niedrigsten Preiswachstum liegen, und der Zinssatz darf nicht mehr als zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt derselben liegen. Eine weitere Auflage legt das maximale Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und die maximale Schuldenquote auf 60 Prozent des BIP fest, wobei letztere eine zweijährige Mitgliedschaft im Europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) voraussetzt.

S l o w a k e i (Seiten E 212 – E 215)

01) Fico kritisiert „dumme liberale Demagogen“, die auf Militärhilfe für Kiew bestehen!

12. 01. 2024

Robert Fico, der Ministerpräsident der Slowakischen Republik | Quelle: EU2016 SK, CC0, via Wikimedia Commons

Robert Fico hat am 09.01.2024 in der slowakischen Zeitung Pravda einen Gastbeitrag über die katastrophale Politik des Westens gegenüber Russland im Ukrainekonflikt veröffentlichen lassen. Der Ministerpräsident vertritt den Standpunkt, dass das sinnlose Verschwenden von menschlichen und finanziellen Ressourcen, „nur ukrainische Friedhöfe füllen werde.“

UNSER-MITTELEUROPA macht nachstehend besagten Gastbeitrag des slowakischen Ministerpräsidenten in deutscher Übersetzung seinen Lesern verfügbar:

Robert Fico: „Die Strategie des Westens in der Ukraine ist gescheitert!“

Von ROBERT FICO | Die Verrenkungen, welche heute die liberalen Demagogen des Westens bei der Verteidigung ihrer völlig gescheiterten Strategie gegen Russland in der Ukraine aufführen, verursachen langsam Falten auf meiner Stirn.

Die Protagonisten dieser Demagogie füttern die Öffentlichkeit bereits mit solchen Ungeheuerlichkeiten, dass es nicht ausreicht, diese mit einer einfachen Handbewegung vom Tisch zu wischen.

Ich verstehe die Nervosität im Lager der slowakischen Progressiven und Liberalen. Wir alle warten sehnsüchtig auf die Ablöse des gescheiterten neoliberalen Stars, Zuzana Čaputová [Präsidentin der Slowakei], die zum erzwungenen Ende ihrer Amtszeit nicht einmal mehr versucht, den Eindruck von Überparteilichkeit zu erwecken, indem sich offen gegen die derzeitige Regierung stellt. Aber das berechtigt niemanden, Regierungsbeamte Unsinnigkeiten und schwere Verbrechen zu unterstellen, wie zum Beispiel, dass sie sich eine russische Besatzung herbeiwünschten oder Russland unser Nachbar werden sollte.

Von Anbeginn des Konflikts in der Ukraine, habe ich die von Washington und Brüssel gewünschte Schwarz-Weiß-Sicht abgelehnt. Der Krieg in der Ukraine hat seine Wurzeln im Jahr 2014, in der Entwicklung der ukrainischen politischen Szene, ihren Beziehungen zu Mitbürgern russischer Nationalität und natürlich im totalen Einfluss der USA auf alles, was in der Ukraine nach 2014 bis heute geschah und geschieht. Ich mag das jetzt etwas überspitzt formulieren, aber stellen Sie sich zum Beispiel vor, das gesamte Verteidigungsministerium Mexikos stünde als Nachbarstaat der USA unter der totalen Kontrolle Russlands, ganz zu schweigen von der politischen Führung, einschließlich des Präsidenten.

Russland hat auf die Sicherheitslage und den Vorstoß, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, unter Verletzung des Völkerrechts reagiert, indem es ohne internationales Mandat militärische Gewalt anwendete. Das ist etwas, was große Länder oft tun; man denke nur an das Vorgehen der USA im Irak. Doch, der Westen hat, anstatt sofort alle Anstrengungen zu unternehmen, um einen schnellen Waffenstillstand im Jahr 2022 zu erreichen, einen großen Fehler gemacht. Denn er hat den Einsatz russischer Militärgewalt fälschlicherweise als Chance eingeschätzt, um Russland in die Knie zu zwingen.

» **Ein Blick in die Geschichte aber zeigt: Russland wurde im Juni 1941 von Hitler überfallen, aber die West-Alliierten eröffneten erst im Sommer 1944 die zweite Front, als der Ausgang des Krieges klar zugunsten der ehemaligen UdSSR feststand.** «

Ein Blick in die Geschichte aber zeigt: Russland wurde im Juni 1941 von Hitler überfallen, aber die West-Alliierten eröffneten erst im Sommer 1944 die zweite Front, als der Ausgang des Krieges klar zugunsten der ehemaligen UdSSR feststand.

Es ist eine erwiesene Tatsache, dass der Westen gleich zu Beginn des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 bei mindestens zwei vielversprechenden Gelegenheiten den Ukrainern nicht erlaubt hatte, einen Waffenstillstand zu fairen Bedingungen abzuschließen. Denn eine schrecklich falsche Entscheidung war bereits getroffen: Der Westen will Russlands Völkerrechtsbruch ausnützen, um die Ukraine mit einer Vielzahl an Waffen und Milliarden an Dollar vollzupumpen, Russland mit massiven Sanktionen zu belegen, Russlands wichtigste Einnahmequellen zu minimieren und erwartet zugleich, dass der ukrainische Soldat ihnen zuletzt den Kopf des russischen Bären in Form eines militärisch

erschöpften, wirtschaftlich ruinierten, international isolierten und innenpolitisch unterwanderten Russlands auf dem Tablett serviert. Das war und ist leider immer noch die westliche Strategie, von der ich im In- und Ausland offen sage, dass sie nicht funktionierte und gescheitert ist. Ich bin mit ihr nicht einverstanden. Ich gehöre nicht zu den slowakischen Politikern, die sich darüber freuen, dass die Russische Föderation in der Slowakei zum Todfeind erklärt wird und es gefällt mir ebenso wenig von Russland als Feindesland angesehen zu werden.

Es ist im wahrsten Sinne des Wortes schockierend zu sehen, wie der Westen die Lage in Russland wiederholt falsch eingeschätzt hat. Die Fakten sind unerbittlich:

Russland hat die vollständige militärische Kontrolle über die besetzten Gebiete.

Die Versuche des Westens, der internationalen Gemeinschaft mit Demagogie die Demoralisierung der russischen Soldaten aufgrund enormer Gefallenen-Zahlen weiszumachen, erweisen sich als zunehmend leeres demagogisches Wunschdenken.

Die Ukraine ist zu keiner sinnvollen militärischen Gegenoffensive fähig. Sie ist völlig abhängig von finanzieller Hilfe aus dem Westen mit unabsehbaren Folgen für die Ukrainer über die nächsten Jahre.

» ***Es ist nur eine Frage der Zeit, bis offizielle Informationen über Grundbesitz in der Ukraine und seine größten ausländischen Eigentümer an die Öffentlichkeit dringen werden.*** «

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis offizielle Informationen über Grundbesitz in der Ukraine und seine größten ausländischen Eigentümer an die Öffentlichkeit dringen werden.

Die Position des ukrainischen Präsidenten ist erschüttert, während der russische Präsident seine politische Unterstützung ausbaut und verstärkt. Weder die russische Wirtschaft noch die russische Währung sind zusammengebrochen. Die antirussischen Sanktionen erhöhen die innere Autarkie dieses riesigen Landes und die russischen Energieriesen melden Rekordlieferungen an China und Indien. Stattdessen erzählen Leute aus dem Umfeld des ukrainischen Präsidenten renommierten ausländischen Medien, dass die Ukraine bestohlen wird, als gäbe es kein Morgen.

Natürlich wage ich nicht zu behaupten, dass Russland die negativen Folgen seiner Entscheidung vom Februar 2022, in der Ukraine militärische Gewalt anzuwenden, nicht spürt. Aber bei weitem nicht in dem ruinösen Ausmaß, wie westliche Planer dies annahmen.

Was sind also die Optionen für die Zukunft? Aller Voraussicht nach werden noch einige Zeit lang Waffen und Geld in die Ukraine fließen, aber ohne Erfolg. Es ist für die Verantwortlichen politisch unmöglich, die Fehlerhaftigkeit der eingeschlagenen Strategie offen zuzugeben. In

zwei oder drei Jahren werden wir dort sein, wo wir jetzt sind. Allein die EU wird um vielleicht 50 Milliarden Euro ärmer geworden und die Friedhöfe der Ukraine werden mit Tausenden von toten Soldaten gefüllt sein.

Leider wird der gesunde Menschenverstand nicht siegen, auch wenn dieser besagt, einen sofortigen Waffenstillstand auszurufen und uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Es liegt auf der Hand, dass sich die Verhandlungsposition Russlands durch die Verschwendung von Humanressourcen, Geld und Zeit nicht verschlechtern wird, sondern im Gegenteil gestärkt werden wird, denn in einigen Jahren wird auch die internationale Gemeinschaft gezwungen sein, sich einem Realitätscheck zu unterziehen.

Ich frage mich oft, was an realistischen und faktenbasierten Argumenten zur Notwendigkeit eines Waffenstillstands in der Ukraine defätistisch sein soll, wo doch inzwischen jedem klar ist, dass es keine militärische Lösung aus der Krise für die Ukraine geben kann.

Ich wünschte mir, dass alle Slawen aufhörten, sich aus geopolitischen Gründen, sowohl auf amerikanischer als auch auf russischer Seite gegenseitig anzufeinden. Lasst die Ukraine ihren eigenen souveränen, nicht von außen diktierten Weg gehen. Wenn die Ukraine sich selbst in der EU sieht, soll sie diese Chance bekommen, sofern sie die Bedingungen erfüllt. Wir werden gerne helfen.

Auch Russland braucht seine Sicherheitsgarantien. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir zu jener europäischen Rhetorik zurückkehren sollten, die besagt, dass die EU und Russland gewissermaßen in einem Boot sitzen und einander brauchen. Als Premierminister der Slowakischen Republik werde ich gegenüber keinem Land der Welt Feindseligkeiten verbreiten und wünsche mir auch eine schrittweise Vereinheitlichung der Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland.

» ***Ich werde mich gewiss nicht einer dummen liberalen und fortschrittlichen Demagogie unterwerfen, die gegen den elementaren menschlichen Anstand verstößt und letztlich enormen Schaden anrichtet.*** «

Ich werde mich gewiss nicht einer dummen liberalen und fortschrittlichen Demagogie unterwerfen, die gegen den elementaren menschlichen Anstand verstößt und letztlich enormen Schaden anrichtet.

***

Übersetzung aus dem Slowakischen: UNSER MITTELEUROPA
Der Artikel in slowakischer Sprache erschien:

https://nazory.pravda.sk/analyzy-a-postrehy/clanok/695354-robert-fico-strategia-zapadu-na-ukrajine-jednoducho-nefunguje/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S e r b i e n (Seiten E 216 – E 221)

01) Bibliothek des Deutschen Volksverbandes

Deutsche Bücher als eines der Mittel, um die Identität der Deutschen in Serbien zu bewahren

Ein wichtiger Schritt zur Bewahrung der deutschen Kultur war sicherlich die Gründung der Bibliothek des Deutschen Volksverbandes im Jahr 1996. Die Bibliothek wurde mit 150 Büchern gegründet. Heute haben wir mehr als 5000 von ihnen in unserem Hauptsitz in Subotica/Maria-Theresienstadt.

Neben der Möglichkeit, Bücher in deutscher Sprache kostenlos auszuleihen, haben wir auch die Praxis eingeführt, Mitglieder jedes Jahr mit deutschen Bücher zu beschenken. Das ganze Jahr über können unsere Mitglieder und Sympathisanten, die nicht in Subotica wohnen, die Geschenkbücher in unserer Zentrale in Subotica abholen. Die Geschenkbücher stehen dafür immer bereit. Jedes Jahr nehmen auch unsere Delegierten nach der Delegiertenversammlung die Kisten mit Geschenkbüchern für die Zweigstellen des Verbandes.

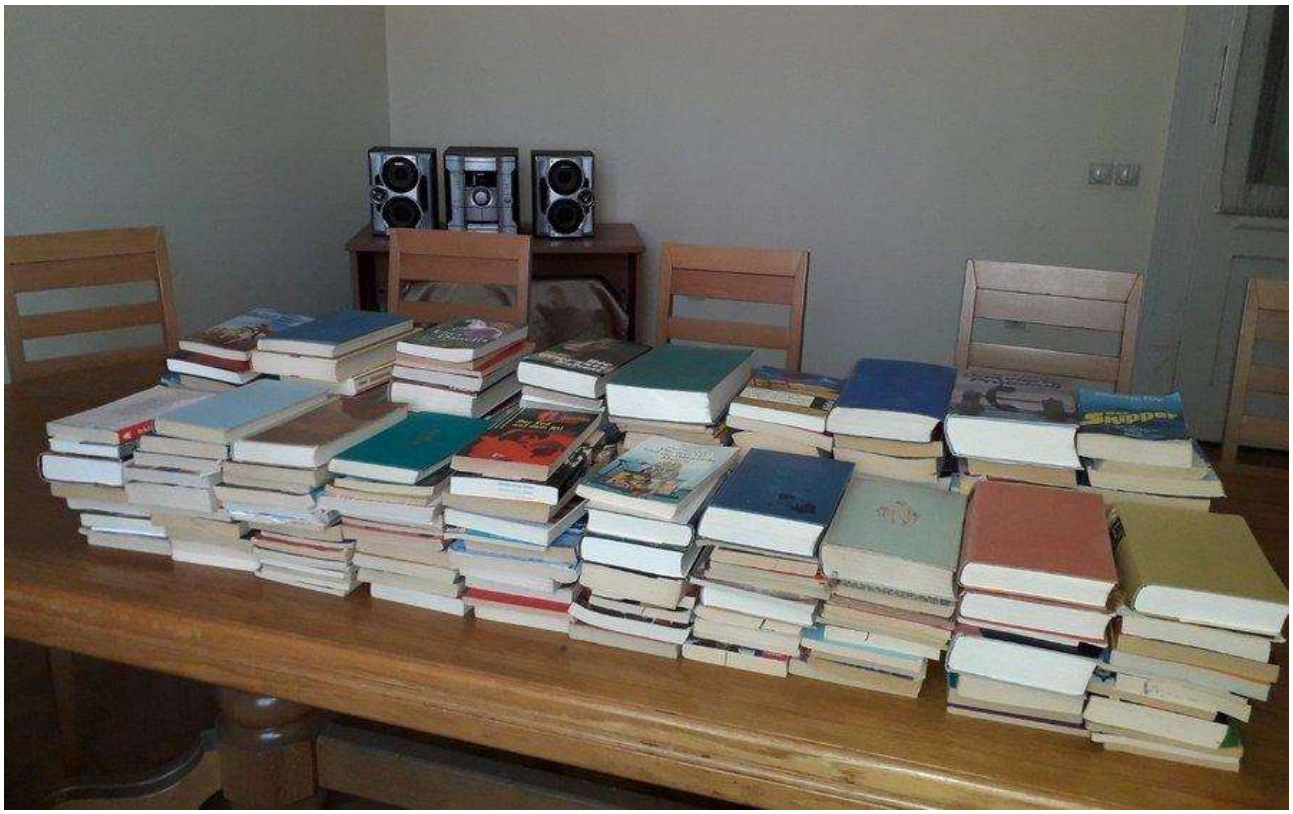
Unser Ziel ist es, dass in jeder deutschen Familie in Serbien deutsche Bücher im Regal stehen. Es ist eine symbolische Geste gegen den Kulturozid (*Kulturozid – die systematische Zerstörung von Erbe und kulturellen Werten, die Zerstörung der kulturellen Identität eines Volkes),* als Tito-Partisanen, d.h. Kommunisten, nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Bücher verbrannten und zerstörten.

Wir haben auch Bücher aus unserem Bestand an öffentliche Bibliotheken gespendet. Dies hat zur Verbesserung der Auswahl deutscher Bücher in diesen Bibliotheken beigetragen. Unsere Organisation hat auch an der Einrichtung von Bücherschränken in Parks mitgewirkt. In diesen Parks konnten Mitbürger kostenlos Bücher mitnehmen und auf den Bänken lesen. Ein erfolgreicher Versuch wurde in einem Stadtpark in Pantschowa im Süd-Banat durchgeführt.

Die meisten deutschsprachigen Bücher in unserer Bibliothek stammen aus Spenden von Privatpersonen verschiedener Nationalitäten aus Serbien, Ungarn, Österreich, Deutschland, Slowenien, Kroatien und der Schweiz. Wir erhielten Spendenbücher auch von Organisationen und Institutionen aus Deutschland, Österreich und Ungarn.

Nachfolgend finden Sie 11 Fotos über in diesem Artikel erwähnte Aktionen und Aktivitäten mit kurzen Erklärungen.

Die Bibliothek des Deutschen Volksverbandes in Subotica.



Die Buchspende seitens der ungarischen Familie Szabó aus Subotica. Die Bücher hat uns Herr Szabó Hunor Dipl.-Historiker und Anführer der Pfadfinder in der Woiwodina, überreicht.

Herr Ludwig Tzapar aus Serbien hat uns 25 antiquarische Bücher geschenkt, die von 1897 bis 1918 in der Donaumonarchie (Österreich-Ungarn) gedruckt wurden.

Seit Mai 2021 ist die Bibliothek um Comics auf Deutsch von renommierten Verlagen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz reicher geworden. Das war eine bemerkenswerte Aktion der Donauschwaben in Österreich mit Unterstützung des VLÖ-Präsidiums in Wien.

Unsere Organisation beteiligte sich auch an der Einrichtung von Schränken mit Büchern in Parks, in denen Mitbürger kostenlos Bücher mitnehmen und auf Bänken in diesen Parks lesen konnten. Eine dieser erfolgreichen Aktionen fand in einem Stadtpark in der Stadt Pantschowa im Süd-Banat statt. Auf dem Bild: Johan Allheimer, Vizevorsitzender der Zweigstellen im Banat.

Herr Iwan Korponay aus Slowenien hat uns 200 neue deutschsprachige Bücher geschenkt.

Die deutschsprachigen Spendenbücher aus Österreich und Deutschland in der Bibliothek des Deutschen Volksverbandes in Subotica. Diese Spendenaktion haben die Herren Gernot und Kowatsch aus Österreich für unsere Bibliothek organisiert.

Neue deutschsprachige Spendenbücher aus Schweiz für die Bibliothek des Deutschen Volksverbandes in Subotica. Auf dem Bild: Vorstandsmitglied des Verbandes, Georg Gutwein und die neuen Bücher aus Zürich.

Die Deutschen Bücher für unsere Mitglieder im Banat. Auf dem Bild: v.l.n.r: Rudolf Weiss, Präsident des Verbandes und Mathias Stein aus dem Banat, Aufsichtsratsmitglied des Verbandes.

Bücher für die Zweigstellen des Deutschen Volksverbandes. Subotica/Maria Theresienstadt, Hauptsitz des Deutschen Volksverbandes.

Rudolf Weiss, Präsident des Deutschen Volksverbandes
Jänner 2024.

E. j) Osteuropa **Seiten E 222 – E 227**

U k r a i n e (Seiten E 222 – E 227)

01) CNN: Vor Spaltung der Ukraine – Oberbefehlshaber Saluschny wird gefeuert

Von Redaktion Ungarn

Feb 2, 2024

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj soll seinen Top-General Waleri Saluschny noch vor dem Wochenende entlassen wie „CNN“ auf Berufung auf vertraute Quellen berichtete.

Ähnliche Gerüchte tauchten auch in der „Financial Times“ und der „Washington Post“ auf, wurden aber von Kiew bisher zurückgewiesen.

Berichten zufolge sollen sich die Beziehungen zwischen Selenskyj und Saluschny verschlechtert haben, als der General im November im „Economist“ zugab, dass die Situation auf dem Schlachtfeld nach dem Scheitern der Gegenoffensive zu einem „Patt“ geführt hatte. Selenskyj wies diese Einschätzung brüsk zurück.

Laut „CNN“ soll Saluschny bereits am Montag in Selenskyjs Büro einbestellt worden sein, wo ihm mitgeteilt wurde, dass er in den kommenden Tagen entlassen werde. Das Präsidialdekret soll bis Ende der Woche erwartet werden.

Laut „Washington Post“ soll Selenskyj Saluschnys Entlassung damit begründet haben, ein neuer Kommandeur wäre erforderlich, und zwar zu Verjüngung der Situation, da das ukrainische Volk des Krieges überdrüssig sei, während Kiews ausländische Unterstützer die militärische Unterstützung reduzierten.

Dem General soll angeblich eine Beraterstelle angeboten worden sein, welcher jener ablehnte und sich stattdessen entschied, die Armee ganz zu verlassen, so die Quelle gegenüber der Nachrichtenagentur.

Nachdem die Nachricht von Saluschnys bevorstehender Entlassung am Montag durchgesickert war, gab Selenskyjs Sprecher Serhij Nikiforow eine offizielle Erklärung ab, in der er alles als „nicht wahr“ bezeichnete. Auch das ukrainische Verteidigungsministerium veröffentlichte eine Nachricht, indem sie die Gerüchte in den sozialen Medien für falsch erklärte.

Laut „New York Times“ vom Dienstag, soll der ukrainische Präsident die Entscheidung allerdings noch überdenken, nachdem der Plan der Presse geleakt worden war. Laut einer anderen Quelle soll Saluschnys Abschuss aber nur vorübergehend verschoben werden, während Kiew nach einem geeigneten Nachfolger sucht.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Gerüchte über die Entlassung des ukrainischen Kommandeurs als Zeichen dafür, dass die Führung in Kiew in Aufruhr sei und „viele Probleme“ habe. Seiner Meinung nach sollen die Spaltungen in der militärischen und zivilen Führung der Ukraine, die sich aus der gescheiterten Gegenoffensive ergeben, weiter zunehmen, während Russland seine Ziele erreiche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Getreu dem „Korruptionsranking“ – 40 Millionen Dollar bei ukrainischem Militär veruntreut

Von ELA

Feb 1, 2024

Bild: Statista

Jüngst aufgedeckt wurde, dass Beamte des ukrainischen Verteidigungsministeriums wie auch Manager eines Waffenlieferanten an einem massiven Beschaffungsbetrug beteiligt gewesen sein sollen, wie auch *RT* zu berichten weiß.

Betrug mit Mörsergranaten

Bei besagtem Betrug geht es also um Mörsergranaten im Wert von 40 Millionen US-Dollar.

Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU soll hierbei ein Korruptionssystem beim Kauf von Waffen durch das ukrainische Militär im Wert von etwa 40 Millionen Dollar aufgedeckt haben.

„Den Ermittlungen zu Folge sind ehemalige und derzeitige hochrangige Beamte des Verteidigungsministeriums und Leiter von Tochterunternehmen an der Veruntreuung beteiligt“, erklärte dazu der SBU am 27. Jänner. Eine Untersuchung habe „Beamte des Verteidigungsministeriums und Manager des Waffenlieferanten Lviv Arsenal diesbezüglich entlarvt“. Bei der Unterschlagung gehe es um den Kauf von 100.000 Mörsergranaten für das Militär, hieß es dazu in der Erklärung.

Vorauszahlung ohne Warenlieferung

Dem SBU zu Folge wurde im August 2022, also sechs Monate nach Kriegsbeginn, ein Vertrag mit Lviv Arsenal über die Anschaffung der Granaten abgeschlossen. Die Zahlung erfolgte im Voraus, wobei einige Mittel ins Ausland überwiesen worden seien. Der Mitteilung zu Folge wurden jedoch nie irgendwelche Waffen geliefert.

Gegen fünf Personen sowohl im Ministerium als auch beim Waffenlieferanten seien Verdachtsmitteilungen, also die erste Stufe eines ukrainischen Gerichtsverfahrens, ergangen. Ein Verdächtiger sei bei dem Versuch, die ukrainische Grenze zu überqueren, bereits festgenommen worden.

Derzeit ist ja bekanntlich die weitere westliche Unterstützung für die Ukraine ungewiss. Der US-Kongress hält bisher dringend benötigte Hilfen zurück. Hinzu kommt, dass derzeit ein jüngster Bericht aus dem Pentagon für Unruhe in den USA sorgt. Demnach könne Washington nicht nachverfolgen, in wessen Hände die an die Ukraine gelieferten amerikanischen Waffen gelangen. Angeblich sollen Waffenlieferungen im Wert von mehr als 1 Milliarde Dollar an die Ukraine „unauffindbar“ sein.

Der jüngste Vorfall sorgte nun im Kontext der ohnehin schon ins Stocken geratenen Hilfslieferungen für zusätzlichen Unmut in Washington. Ein Beamter des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums erklärte gegenüber der *Financial Times*, dass die hohe Rate fehlender oder vermisster US-Waffen in der Ukraine „das Risiko von Diebstahl erhöht habe“. Korruption innerhalb des Militärs ist in der Ukraine ein besonders heikles Thema, da das Land ja bekanntlich die öffentliche Kriegsmoral aufrechterhalten muss und sich überdies intensiv um einen Beitritt zur EU bemüht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ukraine: Ausländische Militärbasis bei russischen Raketenbeschuss zerstört – 62 Franzosen tot ***LÜGE?***

19. 01. 2024

Raketenangriff | *Symbolbild*

Bei einem gezielten Raketenangriff in der Nacht zum 17. Januar haben russische Truppen nach eigenen Angaben eine „ausländische Militärbasis“ in Charkiw (Ukraine) ausgelöscht.

Der Angriff führte zur vollständigen Zerstörung des Gebäudes, in dem Berichten zufolge französischer Söldner untergebracht waren. Das russische Verteidigungsministerium bestätigte die Operation und gab an, dass mehr als 60 Kämpfer getötet und über 20 verwundet wurden.

Auch das Medium *Ukrainische Realität* und die Ermittlungsbehörden der Ukraine und Russlands bestätigen, dass bei dem Angriff 62 französische Staatsbürger ums Leben kamen, während 20 weitere zum Teil schwer verletzt wurden.

Ein anonymer Korrespondent des Onlineportals *Ukrainische Realität* befragte einen der Rettungssanitäter, der an den Arbeiten zur Trümmerbeseitigung vor Ort beteiligt war. Dieser bestätigte ebenfalls die Informationen über die Zahl der Opfer und die Verletzten.

Das russische Verteidigungsministerium gab eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Am Abend des 16. Januar führten die Streitkräfte der Russischen Föderation einen Präzisionsangriff auf eine improvisierte Stellung ausländischer Kämpfer in der Stadt Charkiw aus, die mehrheitlich französische Söldner waren.“

Das Ministerium erklärte, das Gebäude sei vollständig zerstört worden, und machte Angaben zur Zahl der getöteten und verletzten Kämpfer.

Trotz dieser Bestätigungen haben die ukrainischen Behörden die Zahl der ukrainischen Opfer des Raketenangriffs noch nicht offiziell bekannt gegeben.

Der Raketenangriff erfolgte am späten Abend des 16. Januar mit zwei Raketen, die von den S-300-Flugabwehrraketensystemen in der russischen Stadt Belgorod abgefeuert wurden, wie der Leiter der Regionalverwaltung, Oleg Synegubov, berichtete.

Derzeit sind über tausend Ausländer in der Ukraine angeworben worden, um gegen die russischen Streitkräfte zu kämpfen.

Die Redakteure von *Voice of Europe* setzen sich derzeit mit französischen Politikern in Verbindung und werden ausführliche Kommentare zu dieser Angelegenheit einholen. Quelle: *voiceofeurope.com*

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei — Seite E 228

Keine Berichte

E. l) Südosteuropa Seite E 229

Keine Berichte

E. m) Süd- und Westeuropa Seite E 230

Keine Berichte

E. n) Nordwest- und Nordeuropa Seiten E 231 – E 232

N o r w e g e n (Seiten E 231 – E 232)

01) Oslos Elektrobusse geben wegen Kälte den Geist auf

12. 01. 2024

Ganze Buslinien mussten wegen des kalten Winterwetters in Norwegen eingestellt werden. Die arktische Kälte der letzten Wochen mit Temperaturen von bis zu Minus 35 Grad Celsius waren für die sensible Zukunfts-Öko-Technik zu viel.

Der Osloer Nahverkehrsbetreiber „Ruter AS“ hatte größte Problem mit dem norwegischen Winter gehabt – wie „Totalcar“ berichtete.

Stolz war die norwegische Hauptstadt aber bisher gerade darauf gewesen, „*führend*“ bei der Nutzung von Elektrobussen gewesen zu sein: Hunderte von Elektrobussen wurden deshalb in den letzten warmen Jahren angeschafft. Im Sommer 2024 sollen sogar weitere 80 Gelenkbusse des Typs „Ebusco 3.0“ eintreffen.

Oslo führend bei Elektrobussen

Oslo wird also die erste europäische Hauptstadt mit Elektrobussen in ihrer gesamten Flotte sein. Ob das eine gute Idee war? Langsam fragt man sich nämlich, ob die Super-E-Öko-

Technik die Rechnung ohne den traditionellen strengen norwegischen Vater Frost gemacht hat. Und ob es sich bei dieser Technik nicht um ein Öko-Paradoxon handelt: Welche nur funktioniert wegen der sogenannten Klima-Erwärmungskrise.

Problem: Periodische Rückkehr des Winters

Alles sei zwar ein „*schönes Ergebnis*“, aber: Durch die periodisch wiederkehrende Rückkehr des nordischen Winters hielten die Elektrobusse, vor allem deren Batterien, die Minuspunkte einfach nicht aus. – Davon wissen ADAC oder ÖAMTC jeden Winter, selbst in gemäßigten Breiten, ein Lied zu singen.

Anfangs – so hieß es noch – wäre die übliche Kälte kein besonderes Problem gewesen: Allerdings hatten die ersten paar Dutzend Busse (BYD, VDL, Mercedes und Solaris) noch eine zusätzliche Innenheizung mit eingebautem Ölofen (!). Ab 2022 wurden jedoch Busse nur noch mit Wärmepumpen-Klimaanlagen ausgestattet.

Innenheizung überfordert Batterien total

Bereits mit Beginn der Kälteperiode 2022 gaben Busse ohne Ölöfen den Geist auf. Musste doch die Kabine geheizt werden, was mit den E-Batterien unmöglich war. Diese waren schon sehr bald leer.

„Ruter AS“ versprach aber hoch und heilig, hart an einer eine Lösung zu arbeiten – wobei bisher freilich keine akzeptable Alternative gefunden werden konnte: Außer dass den Passagieren empfohlen wurde: Nämlich auch die vorsintflutliche robustere Technik von schienengebundenen Verkehrsmitteln umzusteigen. Gleichzeitig hofft man auf einen gnädigen Wettergott mit guten Beziehungen zur Klima-Erwärmung: Dass also das Wetter wieder milder wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER